

AIB

D7426 E

DIE DRITTE-WELT-ZEITSCHRIFT

Nr. 11-12 Nov./Dez. 1984

15. Jahrgang

5 DM



1984 Kölner Konferenz zum Südlichen Afrika:
Namibia, Südafrika noch zu befreien



1884 Berliner Kongresskonferenz -
koloniale Aufteilung Afrikas

Chile ● Mittelamerika
Korea ● Zimbabwe
Südpazifik

Inhalt

Aktueller Kommentar Ausländerpolitik wohin?	3
Südliches Afrika Die ganz andere Afrikakonferenz von Köln	4
Abschlußerklärung	6
Aktionsprogramm	8
Alfred Nzo (ANC): Das Volk ist nicht einzuschüchtern	9
Hidipo Hamutenya (SWAPO): „Der Friedensprozeß“ – ein Mythos	10
Geheimdokument über die SWAPO	11
Friedensnobelpreis 1984 für Bischof Tutu	12
Gespräch mit Angolas Präsident J. E. dos Santos	13
100 Jahre Berliner Kongokonferenz Die koloniale Aufteilung Afrikas	15
Apartheid in Namibia – eine deutsche Kulturleistung	20
Der deutsche „Schutz“vertrag für „Deutsch Südwest“	21
Rezension: Neuerscheinungen zur Kolonialisierung Afrikas	24
Zimbabwe ZANU-Kongreß bestätigt Mugabes Kurs	26
Aktionsprogramm der ZANU	27
Tschad Wie kam es zum Abkommen von Tripolis?	32
Israel Verheißungen der großen Koalition	34
Saudi Arabien Gespräche mit Führern des saudischen Widerstands (Teil 2)	36
Iran Endoffensive gegen die Kurden?	41
Korea Die Einschnürung des Chun-Regimes	42
Pazifik Japan-Korea: Annäherung in Fernost	46
Der Südpazifik im Griff der Atomkriegsplaner	49
Charta für einen atomwaffenfreien Pazifik	53
Ost-Timor Interview mit Bischof M. da Costa Lopes	55
Chile Pinochet läßt Federn	56
Honduras Cordova isoliert sich	63
Gespräch mit E. Diaz Arrivillaga	64
Kolumbien Der zerbrechliche Frieden	67
Mittelamerika Tauschen um Verhandlungen	70
FMLN: Der Dialog ein Erfolg des Volkes	72
Frieden und Dritte Welt Verhältnis Pazifismus und Befreiungskampf	75
Religion Der Fall Boff	77
Was ist Theologie der Befreiung?	79
Kultur Gespräch mit dem palästinensischen Dichter M. Darwish	82
Leserbriefe	84
BRD-Infodienst	84
Kurzinformationen Hongkong, China-BRD, Indien, Türkei, Grenada, Weltbank/IMF, Marokko, Ägypten-Jordanien, Moçambique, Uganda	86



100 Jahre Kongokonferenz S.15

Vor 100 Jahren begann in Berlin die sog. Kongokonferenz der Weltmächte. Sie läutete die koloniale Restaufteilung Afrikas ein. Das Deutsche Reich teilte kräftig mit. Die Völker des Südlichen Afrika tragen noch immer schwer an den kolonialen Ketten des Apartheidsystems, an dessen Stützung durch die BRD und andere NATO-Mächte. Wir halten Rückschau auf die Kongokonferenz. Und wir berichten von der Kölner Konferenz zum Südlichen Afrika vom Oktober d.J.



Zimbabwe S.26

Der kürzlich veranstaltete Kongreß der Regierungspartei ZANU bestätigte den Kurs von Premier Robert Mugabe. Als Auftrag für die 90er Jahre wurde der Übergang zum Sozialismus formuliert. Doch noch hält das große Kapital die wirtschaftliche Macht in Händen. Und die Krisenmomente häufen sich.

Was ist das Rezept der ZANU? Wir schätzen ein und dokumentieren.



Mittelamerika S.63

Duarte verhandelte mit der salvadorianischen FMLN/FDR. Die Contadora-Gruppe legte einen neuen Friedensplan vor. Die EG beschloß, die mittelamerikanischen Länder stärker zu unterstützen. Die Gespräche zwischen Washington und Managua gehen weiter. Und in Honduras regt sich Widerstand gegen die US-Truppen.

Stehen in Mittelamerika die Zeichen jetzt auf Frieden? Oder will Reagan Nikaragua und die FMLN/FDR mit Verhandlungstricks in die Knie zwingen?

Impressum

AIB (Antimperialistisches Informationsbulletin) – Die Dritte-Welt-Zeitschrift, gegr. 1970, erscheint monatlich.

Herausgeber: Prof. Dieter Boris, Wolfram Brönnner, Bernd Gäbler, Prof. Günter Giesenfeld, Mechthild Jansen, Herbert Lederer, Heinz-Jürgen Nieth, Werner Stürmann, Elisabeth Thölke-Sommer, Peter Wahl, Prof. Erich Wulff

Redaktion: Wolfram Brönnner (Chefredakteur), Nico Biver (stellvertretender Chefredakteur), Pia Grund, Ute Kampmann, Marianne Kolter, Andreas Krajczek, Hans-Erich Schäfer

Ständige Mitarbeiter: Georg Diederichs, Rainer Falk, Klaus D. Fischer, Peter Garcia, Alfonso Gonzales, Dr. Lothar A. Heinrich, Ivesa Lübber-Pistolidis, Fianza Makumbi-Kidza, Katja Maurer, Hans Mayer, Nima Mina, Jürgen Ostrowsky, Christoph Sodemann, Rainer Werning

Weitere Mitarbeiter dieser Ausgabe: A. J. Arndt, B. Graul, D. Knabe, I. Rein, U. Rupp, E. Schneider, U. Schnell, M. Schuck, U. Wöhrmann

Namentlich gezeichnete **Beiträge** geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Titel und Zwischenüberschriften stammen in der Regel von der Redaktion. Nachdruck von Beiträgen bei Quellenangabe und Zusendung von zwei Belegexemplaren gestattet.

Jahresabonnement (inklusive Porto): Inland 25,- DM; Ausland normal 30,- DM, Luftpost Europa 35,- DM, übrige Länder 50,- DM; Förderabos 50,- DM oder mehr, Einzelheft: 2,50 DM, Doppelheft: 5,- DM. Bei Abnahme von 10 und mehr Exemplaren 33% Ermäßigung.

Kündigungen nur zum Jahresende. Spätester Termin: 15. November. Bestellungen unter 10 DM nur gegen Vorauszahlung (möglichst in Briefmarken), zuzüglich 0,60 DM Porto je Heft.

Adressenänderung bitte rechtzeitig bei der Redaktion in Marburg und bei der Post bekanntgeben.

Konten: AIB-Weltkreis-Verlag, Postscheckkonto 312 093-607, Postscheckamt Frankfurt/M., oder Marburger Volksbank, Rudolphsplatz (BLZ 533 900 00), Konto-Nr. 9660

Anschrift von Redaktion und Vertrieb: AIB, Liebigstraße 46, 3550 Marburg, Telefon 0 64 21/2 46 72

Verlag: Weltkreis Verlags GmbH, Dortmund

Druck: Plambeck & Co., Neuss

Anzeigen: Infobüro Nicaragua, Blätter des IZ3W, Peter Hammer Verlag, Shopkiste, ASK, Solidaritätsshop Dritte Welt, Sozialismus, Israel & Palestine, MERIP Reports, Weltkreis Verlag, Antimilitarismus Information, Der andere Buchladen, Der Horizont, Solidaridad, Konkret
Redaktionsschluß: 19. 10. 1984

Aktueller Kommentar: Ausländerpolitik wohin?

„Hier bin ich nicht mehr in meiner Heimat, sondern die haben sie mir in einer ganz bestimmten Weise geklaut. Die ganze Umgebung ist mir fremd geworden. Das fängt beim Geruch an und geht bis zur Straße.“

Wer da so plastisch rassistisch-diskriminierende Plattitüden gegen Ausländer beschwört, ist kein geringerer als der für die Ausländerpolitik Westberlins zuständige Innensenator Heinrich Lummer (CDU). Er ist immerhin mitverantwortlich für den tragischen Todessturz Kemal Altuns, eines Asylbewerbers, der für sich nur noch im Freitod einen Ausweg sah.

Vorreiter Ausländerrecht

In der Aussage H. Lummers wird die Spielweise der von den Herrschenden zur Durchsetzung ihrer unmenschlichen Ausländerpolitik verbreiteten ausländerfeindlichen und menschenverachtenden Ideologie deutlich: Ihre Rechtfertigungspropaganda knüpft diffizil an bereits vorhandene Vorbehalte der „kleinen Leute“ gegen „Fremdes“ an und verknüpft diese gezielt mit eindeutigen Schuldzuweisungen an die Adresse der ausländischen Mitbürger, z.B. bezüglich der Massenarbeitslosigkeit und der voranschreitenden neuen Dimension von Verarmung in der BRD. Dazu nochmals Originalton H. Lummer: „Die Ausländerentwicklung ist ein Faktor, der die Arbeitslosigkeit nachhaltig beeinflusst, das ist klar.“

Klar ist zumindest das Ziel der Kampagne: Die Zustimmung zur, zumindest aber die stillschweigende Duldung der brutalen „Ausländer raus“-Politik, wie sie von der Bundesregierung vorexerziert wird und durch die geplante Änderung des Ausländergesetzes im schlimmeren Umfang zu befürchten ist, soll von der „deutschen“ Bevölkerung erschlichen werden.

Die verantwortlichen Ressortminister singen dazu im Chor den genauso abgedroschenen wie verlogenen Ohrwurm von der hinsichtlich des Ausländeranteils bereits erreichten oder sogar überschrittenen Belastbarkeitsgrenze in der BRD. Nun haben aber andere Länder in Europa (z.B. Schweden) einen höheren Ausländeranteil an der Gesamtbevölkerung, ohne deshalb größere Not als in der BRD leiden zu müssen. Und weit ärmere Länder der sog. Dritten Welt nehmen weit über 1 Mio Flüchtlinge auf (z.B. Angola, Jordanien, Libanon).

Daran kann es also nicht liegen. Aufschlußreich ist hingegen der Weg, den die

Bundesregierung zu gehen bereit ist, um dem Vorhaben der geplanten Gesetzesänderung, die Ausländerzahl um jeden Preis zurückzudrängen, gerecht zu werden.

Kurzgefaßt lauten die Prämissen des vom Bundesinnenministerium ausgearbeiteten Gesetzesentwurfes so:

- Seit langem in der BRD lebende Ausländer und ihre Familien werden „integriert“, besser wohl: „assimiliert“.

- Der weitere Zuzug von Ausländern, so auch der Nachzug von Familienmitgliedern, wird weiter begrenzt bei gleichzeitiger Förderung der „Rückkehrwilligkeit“.

- Die Möglichkeiten der Ausweisung „unliebsamer“ Ausländer „zur wirksamen Bekämpfung von Extremismus und Kriminalität“ werden erweitert.

Diese Punkte zeigen an: Das Leben in der Bundesrepublik soll den ausländischen Mitbürgern aus Nicht-EG-Staaten „zur Hölle“ gemacht werden.

Doch die neuen Gesetze werden nicht nur den Status von Ausländern als Menschen 2. und 3. Klasse weiter verschlechtern und fordern so bereits den Widerstand jedes humanistisch denkenden Menschen heraus. Sie stellen mehr noch einen direkten Angriff auf demokratische Rechte in der BRD dar. Besonders entlarvend ist hier der Plan, die Ausweisungsmöglichkeit von politisch unbequemen Ausländern zu erweitern.

Zimmermanns Entwurf nicht vom Tisch

Die Ausländergesetzgebung hatte nämlich hierzulande immer auch eine Vorreiterfunktion. So wurde das „alte“ Ausländerrecht von 1965 etwa zeitgleich mit den sog. „kleinen Notstandsgesetzen“ beschlossen, die ihrerseits auch eine psychologische Vorbereitung auf die 1968 in Kraft getretenen „eigentlichen“ Notstandsgesetze waren. Und: Die Diskriminierung und Benachteiligung beispielsweise von ausländischen Arbeitern schwächt die Gewerkschaftsbewegung, die Kriminalisierung von politisch aktiven Ausländern den Kampf gegen Demokratie- und Sozialabbau.

Alle demokratischen Kräfte des Landes sind daher gefordert, gegen die den Menschenrechten hohnsprechenden Maßnahmen von Bundes- und Landesregierungen mit ganzer Kraft anzugehen.

Am 28. September d.J. begann der MARSCH gegen Rassismus und ausländerfeindliche Politik, der von zahlreichen Initiativen und Einzelpersonen ge-

tragen wurde (vgl. den Aufruf in AIB 10/1984, S. 42-43).

In zwei Marschsäulen zogen die Teilnehmer des Marsches – 63 Ausländer und Deutsche bildeten die Kerngruppe – durch die BRD. Sie besuchten über 50 Städte, um dort gemeinsam mit örtlichen Initiativen die Öffentlichkeit über die Hintergründe der Ausländerproblematik zu unterrichten.

Auf der Abschlußkundgebung am 13. Oktober d.J. in Köln konnten die Veranstalter vor 3.000 Teilnehmern erklären: „Das Ziel des Marsches, eine breitere Öffentlichkeit über die Praxis herrschender Ausländerdiskriminierung zu unterrichten und weitere Unterstützung für eine Politik der uneingeschränkten Gleichberechtigung zu gewinnen, wurde hiermit erreicht.“

Nicht zuletzt durch die Öffentlichkeitsarbeit der MARSCH-Teilnehmer konnte auch im Protest vieler demokratischer Kräfte der BRD – Gewerkschaften, Parteien und auch Kirchen – ein erster Teilerfolg errungen werden: Anfang Oktober d.J. scheiterten die von Innenminister Friedrich Zimmermann (CSU) propagierten Ausländerpläne vorerst an der in dieser Frage zerstrittenen Regierungskoalition.

Zudem lassen die Vereinbarungen zur Ausländerpolitik zwischen SPD und Grünen in Hessen, die für viele Ausländer spürbare Erleichterungen bringen werden und ein wichtiges Gegengewicht zur Bonner Wendepolitik bilden, hoffen.

Doch der Ausländergesetzentwurf ist damit noch nicht vom Tisch. Der zwischen FDP und CDU/CSU erzielte Konsens, das Nachzugsalter für Kinder und den Ehepartnernachzug nach den Zuzugszahlen der nächsten Monate zu bemessen, ist ein fauler Kompromiß. Endgültig kann nur ein starkes und weitverankertes Bündnis aller demokratischen Kräfte – der parlamentarischen wie der außerparlamentarischen – den notwendigen Erfolg in der Ausländerfrage erkämpfen.

Andreas Krajczek





Wolfram Brönner Die ganz andere Afrikakonferenz

Im Herbst 1884 wurde auf deutschem Boden, in Berlin, von den Großmächten die sog. Kongokonferenz eröffnet. Sie diente dem Zweck, sich untereinander über die koloniale Aufteilung Afrikas zu arrangieren. Reichskanzler Otto von Bismarck verhielt, als er jene Gipfelkonferenz eröffnete, den Nationen Afrikas, man werde ihnen, den „Eingeborenen“, „Zivilisation“, sprich „Handel“ und „Unterweisung“ bringen (siehe Beitrag von J. Ostrowsky).

Namibia war im gleichen Jahr zum ersten Kolonialerwerb des deutschen Kaiserreichs geworden. Und die Untaten der „Schutztruppe“ in „Deutsch-Südwest“ sollten im Vorfeld des I. Weltkriegs traurige Berühmtheit erlangen: Dem Handel des Bremer Kaufmanns Lüderitz war in den Jahren 1904-07 die Ausrottung eines Gutteils des namibischen Volkes auf dem Fuß gefolgt.

Bismarcks Phraseologie von der „Zivilisation“ entpuppte sich so als Tarnung für eine ungehemmte Ausbeutung und Unterdrückung der kolonisierten Völker Afrikas. Im Südlichen Afrika hinterließen der britische und deutsche Imperialismus, quasi als kulturelle Sonderleistung (siehe Beitrag von H. Melber), ein System der Rassentrennung, der Apartheid.

Im Herbst 1984, knapp 100 Jahre nach dem Aufteilungsakt von Berlin, erinnerte die bislang größte bundesdeutsche Solidaritätskonferenz zum Südlichen Afrika in Köln-Rodenkirchen an die besondere Verantwortung jener Kolonialmächte und heutigen neokolonialen Vormächte, der Staatsführungen Westeuropas und Nordamerikas.

In Köln setzten entschiedene Gegner von Apartheid und imperialistischer Vor-

herrschaft in Afrika „ihre“ Regierungen auf die Anklagebank als eigentlich Schuldige dafür, daß die Völker Namibias und Südafrikas noch immer der kolonialen Fremdherrschaft unterworfen sind. Konferenzmotto: „Frieden für das Südliche Afrika! Solidarität mit dem Befreiungskampf der Völker von Südafrika und Namibia! Solidarität mit den Frontstaaten!“

Im Widerspruch zur Entkolonialisierungs-Deklaration der UNO von 1960 verweigert das weiße Minderheitsregime in Pretoria den Völkern Namibias und Südafrikas noch immer das Recht auf nationale Selbstbestimmung, führt es Krieg gegen die Völker Namibias, Südafrikas und – wengleich vorübergehend unterbrochen – gegen die Frontstaaten (Angola, Moçambique, Zimbabwe, Sambia, Botswana und Lesotho).

Apartheid ist nicht reformierbar

Waren auf der Berliner Kongokonferenz die Völker Afrikas bloße Verhandlungsmasse, so stand die Kölner Konferenz vom 12.-14. Oktober 1984 unter der Schirmherrschaft des Befreiungskomitees der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU). Blieben auf der Kongokonferenz die „Eingeborenen“ als auserkorene Opfer der Kolonisierung ausgeschlossen, so fungierten auf der Kölner Veranstaltung die Befreiungsbewegungen Südafrikas und Namibias offiziell als Unterstützer.

Mehr noch, es traten für sie auf dem Forum in Köln Führungspersönlichkeiten tonangebend und richtungweisend in Erscheinung, für den Afrikanischen Nationalkongreß (ANC) sein

Generalsekretär Alfred Nzo und für die Südwestafrikanische Volksorganisation (SWAPO) Hidipo Hamutenya, ihr Informationssekretär und Zentralkomiteemitglied. Ihnen wurde auch bei der Formulierung der Tagungsdokumente, der Abschlusserklärung und des Aktionsprogramms (siehe Kästen), eine ausschlaggebende Einflußnahme eingeräumt.

Waren auf der Berliner Konferenz die Interessen der von der Kolonisierung betroffenen Völker gar nicht gefragt, so stellten auf der Kölner Konferenz Repräsentanten und Beobachter aus Afrika den Großteil der insgesamt 68 ausländischen Teilnehmer, welche sich im Plenum wie den 18 Arbeitsgruppen rege am Diskussionsprozeß beteiligten.

Die Delegationsleiter der Befreiungsbewegungen, Alfred Nzo und Hidipo Hamutenya, hoben einerseits hervor, daß es ungeachtet der neuerdings von Pretoria zur Schau gestellten „Friedens-“ und „Reform“willigkeit für sie in Sachen Selbstbestimmung keinen Kompromiß mit dem Apartheidsystem geben könne.

Sie verwiesen darauf, daß gerade in jüngster Zeit die Aggressivität des Botha-Regimes angesichts des Stärkezuwachses des Volkswiderstands in Südafrika und Namibia eher zugenommen habe. Das Desaster der Wahlfarce vom August/September d.J. zum Drei-Rassen-Parlament habe, so Nzo, einmal mehr erwiesen, daß es für die unterdrückte Mehrheit seines Landes (von 32 Mio Einwohnern Südafrikas sind 23,4 Mio Schwarze, 2,8 Mio Farbige und 0,9 Mio Inder) keine Reformalternative gebe.

Das Apartheidsystem lasse sich nicht reformieren, es müsse vollständig beseitigt

Schlußbetrachtung von Manfred O. Hinz Zeichen auch der Stärke

Prof. Manfred O. Hinz (SPD), Bremer Afrikanist und Vorstandsmitglied der Anti-Apartheid-Bewegung (AAB), hielt auf der Kölner Konferenz im Auftrag der bundesdeutschen Solidaritätsgruppen zum Südlichen Afrika die Schlußbetrachtung.

Der erste Blick unserer Analyse hat sicherlich nicht immer ein sehr hoffnungsvolles Bild gezeigt. Wir mußten zur Kenntnis nehmen, auf welche Weise das rassistische Südafrika durch vielfältige Machenschaften sich bemüht, gut Wetter zu schaffen, um damit von den Aufgaben des Befreiungskampfes abzulenken, ihn zu untergraben.

Wir haben von „Reform“versuchen in Südafrika gehört. Wir haben von den vielfältigen Versuchen gehört, in Namibia heute einen neuen Anlauf zu einer sog. „internen Lösung“ durch die Vielparteienkonferenz hofffähig zu machen.

Dies scheint für eine geschwächte Position im Befreiungskampf zu sprechen — aber nur auf den ersten Blick. Denn auf eine andere Weise reflektieren diese Versuche Südafrikas auch eine eigene realpolitische Ernüchterung, die damit zusammenhängt, daß man des Krieges überdrüssig zu werden beginnt; sei es, weil die Kosten volkswirtschaftlich zu hoch gehen; sei es, weil ein wachsender Teil auch innerhalb der weißen Bevölkerung ihn zu fürchten beginnt und gerne loskommen möchte von dem ungeliebten Krieg in Namibia und Angola.

Ernüchterung selbst in Südafrika

Daher sieht es so aus, als ob diese Schwäche auf den ersten Blick auch ein Stück Stärke der Befreiungsbewegung auf der anderen Seite und der um ihre Befreiung kämpfenden Völker reflektiert. Eine Stärke, die sich darin ausdrückt, daß auf der anderen Seite auch eine SWAPO heute hoffähig wird für Südafrika.

Ich erinnere in diesem Zusammenhang an die Gespräche, die die südafrikanische Administration durch den namibischen Generaladministrator van Niekerk in Lusaka geführt hat (im Mai 1984; siehe AIB 7-8/1984, S. 11ff.). Und ich darf weiter daran erinnern, auf welche Weise das südafrikanische Kalkül mit der Vielparteienkonferenz (sie trat erstmals im November 1983 unter Beteiligung von 7 namibischen Gruppierungen, freilich ohne SWAPO, zusammen; d. Red.) Land zu gewinnen, nach hinten losgegangen ist. Dies gilt insoweit, als die entscheidenden Gruppen im Lande, die bis dato nicht unbedingt als SWAPO-nahe galten, sich auf die Seite der SWAPO gestellt haben; oder besser gesagt: auf die Seite der Resolution des UN-Sicher-

militärische, wirtschaftliche und politisch-diplomatische Unterstützung Pretorias ziele letztlich darauf ab, den Befreiungsprozeß in Namibia/Südafrika zu verzögern, um eine neokoloniale Lösung unter Ausschaltung von SWAPO und ANC anzubahnen sowie über die Destabilisierung der Frontstaaten deren eigenständigen (teils sozialrevolutionären!) Weg zu untergraben.



heitsrats 435/1978 (Wortlaut ebenda, S. 13; d. Red.).

Wenn wir den Blick in unser Land wenden, so sehen wir — denke ich — ein durchaus vergleichbares Ergebnis.

Auf der einen Seite mußten wir bedauernd zur Kenntnis nehmen, daß unsere Regierung seit der berühmten Wende (1982; d. Red.) verstärkt versucht, in den von Südafrika betriebenen reformistischen Prozeß einzutreten. Und erneut wurde auch heute in dieser Sitzung darauf hingewiesen, daß unsere Regierung über verschiedene Institutionen versucht, Entwicklungshilfeprojekte in Namibia durchzuführen.

Dies scheint wiederum auch eine Schwäche unseres Anliegens zu sein. Ich würde sagen, es ist aber auch ein Zeichen der Stärke, denn nur dann, wenn eine Situation gefährlich zu werden beginnt für imperialistische Interessen, werden diese wach und wirken auf die Situation mit eigenen Maßnahmen ein.

Schauen wir auf das Ergebnis unserer Konferenz. Was waren die Aufgaben und haben wir sie erfüllt?

Inwieweit ein Durchbruch in die Landschaft unserer Medien mit dieser Konferenz gelungen ist und weiterhin gelingen wird, wird man abwarten müssen. (...)

Ich glaube, es war für jeden, der an Konferenzen dieser Art schon früher teilgenommen hat — etwa der IGSA-Konferenz in Frankfurt (vom November 1981; d. Red.) —, ein erstaunliches Zeichen, in welcher Weise die Teilnehmer breiter geworden sind, welche verschiedenen Orientierungen in unsere Konferenz Eingang gefunden haben und wie sehr die Meinungen, die aus diesen verschiedenen Ecken der Solidaritätsarbeit kommen, das Ergebnis dieser Konferenz befruchtet haben. (...)

Ich denke auch, daß wir hinsichtlich der dritten Aufgabe, der Koordination der politischen und materiellen Solidarität, ein gutes Stück weitergekommen sind.

Weg zu untergraben.

Die Bundesrepublik wurde wegen ihrer Vorreiterrolle bei der Stützung des Apartheidstaates verurteilt. Als Aufwertungsversuch und Krisenhilfe für das Botha-Regime wurde dessen Empfang im Juni d.J. in Bonn durch Bundeskanzler Kohl gewertet.

Immerhin liegt die BRD in den Wirt-

werden. Für den ANC und seinen bewaffneten Arm Umkhonto We Sizwe gehe es heute darum, im Zuge eines sich explosiv verbreiternden Massenwiderstands das Land unregierbar zu machen. Von einer „explosiven Situation in Namibia und Südafrika“ sprach auch Laban Oyaka (Tansania), Repräsentant des OAU-Befreiungskomitees. „In Namibia“ — so brachte Oyaka die Grundkonstellation im Südlichen Afrika auf den Punkt — „geht es um die Streitfrage Uhuru (Unabhängigkeit) und Souveränität. In Südafrika geht es um die Ausrottung der Apartheid und die Errichtung der Mehrheitsherrschaft. Im Südlichen Afrika allgemein dreht es sich um das Problem der Achtung der territorialen Integrität der Frontstaaten seitens des Rassistenregimes...“

Die Verbindung ('linkage') der Präsenz kubanischer Truppen in Angola mit der Unabhängigkeit Namibias, das sog. konstruktive Engagement (Politik der Reagan-Administration; d. Red.), die Einschüchterung der Frontstaaten unter dem Vorwand der 'Verfolgung heißer Spuren', die sog. Verfassungsreformen sind unbedeutend für die Lösung der explosiven Situation im Südlichen Afrika. Die Völker Namibias und Südafrikas führen einen harten Kampf gegen die militärisch und finanziell machtvolle Apartheidautorität. Sie brauchen die Unterstützung der internationalen Gemeinschaft."

Dieses Grundanliegen fand bei den insgesamt 450 Teilnehmern der Kölner Konferenz einhellige Zustimmung — und selbst in strittigen, wichtigen Punkten Ergänzungen bzw. Präzisierungen.

Das Kulturabkommen muß fallen

So gab es bei allen Vorbehalten gegenüber den Abkommen Moçambiques (März 1984) und Angolas (Februar 1984; siehe nachstehendes Interview mit Präsident dos Santos) Einigkeit darin, daß diese „Friedens“offensive Pretorias und seiner neokolonialen Verbündeten (USA, Westeuropa, Japan) nichts am Festhalten an den internationalen Forderungen nach durchgängigen Sanktionen ändern dürfe.

Ferner wies man — so in der Abschlußerklärung — „jeden Versuch zurück, die Einheit zwischen den Frontstaaten einschließlich Lesothos und den Befreiungsbewegungen ANC und SWAPO zu zerstören“, und versicherte ihnen eine „unerschütterliche Solidarität“.

Unter Bezugnahme auf die Berliner Kongokonferenz machte das Kölner Forum die NATO-Mächte als eigentlich Verantwortliche dafür fest, daß das Apartheidregime und mit ihm der Kriegszustand im Südlichen Afrika fortbestehe. Ihre



Abschlußerklärung

„Apartheid ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit.“ Die Konferenzteilnehmer unterstützen einmütig diese UN-Konvention von 1973, die an die „Verbrechen gegen die Menschlichkeit des Hitler-Regimes“ erinnert, so wie sie 1946 bei den Nürnberger Prozessen verurteilt wurden. Die Teilnehmer stellen dabei fest, daß das Volk der Bundesrepublik Deutschland eine besondere Verantwortung trägt im Kampf gegen das völkermörderische System kolonialer Ausbeutung, gegen institutionalisierte Rassendiskriminierung, gegen Zwangsumsiedlungen und politische Unterdrückung, ausgeübt und noch verstärkt durch staatliche Gewalt und Brutalität.

Apartheid ist ein Ausdruck des Bösen. Die Konferenz unterstreicht, daß das Apartheidsystem moralisch nicht gerechtfertigt werden kann und von allen Religionen der Welt als Ausdruck des Bösen verurteilt worden ist. Darüber hinaus ist das rassistische Konzept des „Christlichen Nationalismus“ einmütig von den christlichen Kirchen im Weltkirchenrat, vom Lutherischen Weltbund und dem Weltbund reformierter Kirchen als Häresie verurteilt und von der katholischen Kirche völlig abgelehnt worden.

Apartheid ist eine Bedrohung des Weltfriedens. Die Konferenz verurteilt das Pretoria-Regime als Quelle von Unterdrückung, Zwietracht und Gewalt in Südafrika, von illegaler Kolonisierung und militärischer Besetzung Namibias, von Banditentum, wirtschaftlicher Sabotage, militärischer Aggression und politischer Destabilisierung der unabhängigen Staaten im Südlichen Afrika. Apartheid ist von Natur aus expansionistisch. Von ihr geht die Gefahr aus, daß der afrikanische Kontinent und die ganze Welt in einen atomaren Holocaust hineingezogen werden.

Apartheid ist Kolonialismus. 1884, auf der berühmten Berliner Kongo-Konferenz, unterteilten die europäischen Kolonialmächte fast den gesamten afrikanischen Kontinent nach ihrem Gutdünken. Damals begann für das namibische Volk die grausame und bittere Kolonialzeit unter dem deutschen Kaiserreich. Sie führte zu Unterdrückung, Ausbeutung und Ausrottung von Teilen des namibischen Volkes.

Heute leben die Völker Namibias und Südafrikas noch immer unter einer kolonialen Fremdherrschaft, die fortwährend für den Nazifaschismus typische Formen annimmt. Unter Mißachtung der UN-Deklaration zur Unabhängigkeit von Kolonialländern und -völkern aus dem Jahre 1960 führt das Apartheidregime Krieg gegen die Völker Namibias und Südafrikas, denen noch immer das Recht auf Selbstbestimmung verwehrt wird.

Der Kampf gegen dieses verbrecherische Regime ist ein legitimer Kampf. Die Verletzungen der Menschenrechte und des Völkerrechts durch Pretoria sind eine Aufforderung an alle friedliebenden, anticolonialen, demokratischen und antifaschistischen Kräfte der Welt, sich im Kampf für die vollständige Beseitigung des Apartheidsystems zusammenzuschließen.

Die Konferenz stellt mit großer Sorge fest, daß den Strategen der Apartheidpolitik 1984 eine neue Methode zur Aufrechterhaltung und weiteren Festigung der Apartheid einfiel: **Bothas „Friedens“-Offensive.**

Einerseits muß dies gesehen werden als Antwort auf die sich verschärfende Wirtschaftskrise des Regimes, den wachsenden Widerstand der Völker Südafrikas und Namibias, auf die fortgesetzte Abwehr der rassistischen Aggression und Destabilisierung durch die unabhängigen Staaten im Südlichen Afrika, sowie als Reaktion auf die wachsende internationale Bewegung zur Isolierung des Apartheidstaates.

Andererseits ist diese „Friedens“-Offensive Teil des weltweiten, neokolonialen Konzepts, das von den USA angeführt wird. Es soll damit versucht werden, mit Hilfe des Hauptverbündeten der USA in dieser Region, dem Pretoria-Regime, auch in Afrika die Bewegung von Unabhängigkeit, Selbstbestimmung und Blockfreiheit zurückzudrängen. Die Unterzeichnung des Nkomati-Abkommens vom 16.3.1984 zwischen Moçambique und Südafrika muß in diesem Zusammenhang gesehen werden.

Südafrika und seine Verbündeten wollen mit dieser „Friedens“-Offensive den ANC, die SWAPO und die Organisation für Afrikanische Einheit zerschlagen, die Bemühungen der Southern African Development Coordination Conference (SADCC) torpedieren, internationale Anerkennung für das Apartheidregime erreichen und der internationalen Forderung nach Sanktionen entgegenwirken.

Die Konferenzteilnehmer weisen entschieden jeden Versuch zurück, die Einheit zwischen den Frontstaaten einschließlich Lesothos und den Befreiungsbewegungen ANC und SWAPO zu zerstören, und erklären ihre unerschütterliche Solidarität mit ihnen.

Die Konferenz stellt mit großer Sorge fest, daß 1984 in Südafrika und Namibia tagtäglich in steigendem Maße festzustellen ist, daß dort absolut kein Friede herrscht.

Mit der sog. Verfassungsreform hat die Militarisierung des Regimes neue Dimensionen erreicht. Die neue Verfassung ist jetzt dadurch gekennzeichnet, daß das Militär in allen Schlüsselpositionen des politischen Entscheidungsprozesses im Staat die effektive Kontrolle ausübt. Der Staatshaushalt 1984/85 sieht eine 21%ige Erhöhung der direkten Militärausgaben vor. Die geschätzten Gesamtausgaben für das Militär überschreiten 5 Mrd Rand – das sind mehr als 26% des Gesamthaushalts. Mit der neuen Verfassung sind der Staatspräsident und der Nationale Sicherheitsrat die einzigen Entscheidungsträger der südafrikanischen Politik.

Kammern für „Coloureds“ (Farbige; d. Red.) und „Inders“ im bis September 1984 rein weißen Parlament in Kapstadt unterstreichen den rassistischen Charakter der neuen Apartheidverfassung. Diese haben keinen wirklichen Einfluß auf den Entscheidungsprozeß. Diese Verfassung wurde nicht nur den „Coloureds“ und „Indern“ aufgezwungen, sondern schließt auch die schwarze Bevölkerungsmehrheit vollkommen aus. Widerstand aller Bevölkerungsteile gegen diese rassistische Verfassungsfarce in Südafrika wurde mit brutalem Mord, Verhaftungen und Schikanen beantwortet.

Die Konferenz begrüßt die außerordentlichen Erfolge von Männern und Frauen, Arbeitern, Schülern und Studenten, von Kirchen- und Frauenorganisationen und anderer bei der Zurückweisung der mit Schmeicheleien getarnten Manöver Bothas. Die

schaftsbeziehungen mit Südafrika neben den USA vorn. Hinsichtlich der Waffenlieferungen hält sie ebenso einsam die Weltspitze wie mit dem einzigartigen Kulturabkommen (Detailbeiträge hierzu folgen in AIB 1 und 2/1985). Führend ist die BRD außerdem an der Verzögerung der UN-Lösung für Namibia beteiligt. Dies u.a. mit ihrem Festhalten an der westlichen Kontaktgruppe und der Förderung sog. Entwicklungshilfeprojekte im okkupierten Namibia.

Da nimmt es nicht Wunder, wenn die Teilnehmer der Kölner Konferenz, erinnernd an die deutschen Kolonialverbrechen 1884-1915 in Namibia, die „Tatsache (verurteilen), daß die Bundesrepublik eine der Hauptstützen der illegalen Besatzer in Namibia und des rassistischen Minderheitsregimes in Südafrika ist. Diese Kollaboration erstreckt sich auf wirtschaftliches, militärisch-nukleares, kulturell-wissenschaftliches und politisches Gebiet“.

Erhöhtes christliches Engagement

Daraus wird die besondere Verantwortung von bundesdeutschem Volk und Solidaritätsbewegung abgeleitet, die Aktivitäten zur Isolierung des Apartheidregimes und zur Unterstützung der Befreiungsbewegungen und Frontstaaten des Südlichen Afrika zu verstärken. Bemerkenswert ist, daß im Forderungskatalog des Aktionsprogramms nunmehr die Kampagne zur Kündigung des Kulturabkommens ganz oben rangiert. Daneben soll materielle Soforthilfe für die Flüchtlingslager von ANC und SWAPO, deren bewaffneter Kampf ausdrücklich als „legitimer Kampf“ anerkannt wurde, geleistet werden.

Die klare antiimperialistische und aktionsbezogene Ausrichtung der Kölner Konferenz ist umso höher zu bewerten, als sich auf ihr das bislang breiteste Spektrum von Apartheid-Gegnern einfand.

Konferenz zollt dem Heldentum, dem außergewöhnlichen Mut und der Selbstaufopferung all jener ihre Hochachtung, die es wagten, dem bewaffneten Feind mit bloßen Händen entgegenzutreten.

Die Kampagne gegen die Wahl unter dem Banner der UDF wurde dadurch zu einem überwältigenden Erfolg, daß es das Volk gegen das „Teile-und-Herrsche“-Prinzip der Regierung noch stärker einte. 18% der registrierten Wahlberechtigten unter den „Indern“ und „Coloureds“ nahmen am 22. und 28.8.1984 an den Wahlen auf Grundlage der neuen Verfassung teil.

Besonders muß der enorme Fortschritt an der Streikfront der Arbeiter in Südafrika hervorgehoben werden. Schon heute übersteigt die Zahl der Streiks 1984 bei weitem die derselben Zeitspanne der letzten Jahre. Die Konferenzteilnehmer begrüßten auch den Schulboykott sowie die Demonstrationen und Streiks der Schüler gegen das Wahlmanöver des Regimes.

Der Widerstand von nahezu 2 Mio Schülern und Studenten wurde mit Polizeieinsätzen, Prügelein, Anklagen, Tränengas, Polizeihunden und Schüssen beantwortet. Hunderte von ihnen wurden getötet oder verwundet, Tausende verhaftet. In Verbindung mit den Massenaktionen steigerte der bewaffnete Flügel des ANC, Umkhonto We Sizwe, seine militärischen Aktionen innerhalb Südafrikas und demonstrierte dadurch, wo Ausgangspunkt und Ziel seiner Operationen liegen.



Juni 1984: Bundeskanzler Kohl empfängt Botha (l.) in Bonn

Trotz der Entlassung von Andimbo Toivo ya Toivo, Mitbegründer der SWAPO, aus der Haft in Robben Island im März 1984, bleibt das Apartheidregime unversöhnlich und beharrt mit durchsichtigen Vorwänden auf der Weigerung, die UN-Sicherheitsratsresolution 435 für die Übertragung der Macht an das namibische Volk in die Tat umzusetzen. Von den USA angestiftet, besteht Pretoria auf dem Rückzug der kubanischen Truppen aus Angola als Vorbedingung für die Unabhängigkeit Namibias. Die Konferenz weist vorbehaltlos dieses Junktim als belanglos und abwegig zurück und weigert sich, den Rauchvorhang hinzunehmen, hinter dem das Regime fortfährt, entgegen den Forderungen der Vereinten Nationen, Namibia illegal besetzt zu halten. Nachdem der Bankrott der Kontaktgruppe offensichtlich geworden ist, setzen die Reagen-Administration, die anderen Kontaktgruppenmitglieder und das Pretoria-Regime

ihre Verzögerungstaktik und ihre Ausflüchte fort.

Sie versuchen damit, die UN-Sicherheitsratsresolution 435 zu umgehen und mit Hilfe von Marionetten, der Mehr-Parteien-Konferenz, eine neokoloniale Alternative zu finden.

Der Imperialismus plündert unter flagranter Verletzung des Dekrets Nr. 1 des UNO-Rates für Namibia weiterhin die natürlichen Ressourcen Namibias aus. Andererseits intensiviert er seine Bemühungen, sog. Entwicklungshilfeprojekte innerhalb Namibias zu fördern, und unterstützt so das illegale Kolonialsystem; hierbei spielt die Bundesrepublik eine führende Rolle.

Die Konferenz drückt ihre volle Unterstützung für den Befreiungskampf der Völker Südafrikas und Namibias unter der Führung von ANC und SWAPO aus.

Bezüglich der Frontstaaten drückt die Konferenz ihre große Empörung über Südafrikas fortgesetzte Destabilisierungspolitik aus. Südafrikanische Truppen sind noch immer in Südafrika, UNITA- und MNR-Banden werden von Pretoria offen unterstützt und nach Zimbabwe werden weiterhin ausgebildete Dissidenten geschickt. Länder wie Lesotho und Botswana stehen unter wachsendem Druck aus Pretoria, sog. Friedensverträge abzuschließen. Das Apartheidregime versucht, die unabhängigen Staaten im Südlichen Afrika zu Satelliten zu machen.

Die Konferenz verurteilt die „Friedensreform“-Offensive des Apartheidregimes als konzertierte Aktion mit dem Ziel, Anerkennung und Legitimität zu erreichen, der wachsenden Isolierung entgegenzuwirken, die wirtschaftliche Destabilisierung der Nachbarstaaten zu intensivieren und in den Reihen des Widerstandes in Namibia und Südafrika Spaltung zu provozieren.

Die Einladung von Bundeskanzler Kohl – und die anderer westlicher Regierungen – an Botha eröffnete dem illegitimen Apartheidregime günstige Gelegenheiten, seine wachsende Isolierung zu durchbrechen und die wirtschaftliche und finanzielle Krise zu mildern. Ungeachtet der verbalen Verurteilungen der Apartheid während Bothas Rundreise durch 7 europäische Staaten ging die **Kollaboration** mit dem Apartheidregime verstärkt weiter. Die Konferenz verurteilt auf das schärfste die Unterstützung durch diese Staaten, ohne die das Apartheidregime längst zusammengebrochen wäre.

Besonders im Lichte des 100. Jahrestages der Berliner Kongo-Konferenz, mit der die brutale Kolonialherrschaft des deutschen Kaiserreichs für das namibische Volk begann, verurteilen die Teilnehmer die Tatsache, daß die **Bundesrepublik** eine der Hauptstützen der illegalen Besatzer in Namibia und des rassistischen Minderheitsregimes in Südafrika ist. Diese Kollaboration erstreckt sich auf wirtschaftliches, militärisch-nukleares, kulturell-wissenschaftliches und politisches Gebiet.

Die Teilnehmer sind sich der besonderen Verantwortung des Volkes der Bundesrepublik Deutschland bewußt, die auf der Erfahrung mit den dunkelsten Kapiteln der menschlichen Geschichte vor 100 und vor 50 Jahren beruht; sie unterstreichen ihre Entschlossenheit, keine Mühe zu scheuen im Kampf für die vollständige Isolierung des Apartheidregimes und für eine verstärkte Unterstützung des Befreiungskampfes der Völker Südafrikas und Namibias sowie der Frontstaaten einschließlich Lesothos.

Von seiten der internationalen Beteiligung fiel neben der Vielzahl europäischer und afrikanischer Gäste die starke, aktive Präsenz von Vertretern der UNO und – erstmals – des Weltkirchenrats auf.

Denkbar weitgefaßt geriet auch der zur Konferenz-Vorbereitung gebildete Trägerkreis, dem 19 bundesdeutsche Organisationen bzw. Bündnisse angehörten, von der Anti-Apartheid-Bewegung (AAB), dem Antiimperialistischen Solidaritätskomitee (ASK), den Vereinigten Deutschen Studentenschaften (VDS), der Arbeiterwohlfahrt – Bundesjugendwerk, den Jungsozialisten in der SPD bis hin zum Bundeskongreß entwicklungs-politischer Aktionsgruppen – BUKO, zur Internationalismus-AG der Grünen und zur Christlichen Arbeiterjugend (letztere als Beobachter).

Abgesehen von der Beteiligung auch einiger Bundestagsabgeordneter der SPD und der Grünen, ist an dem bundesdeutschen Teilnehmerfeld die deutlich höhere Anzahl lokaler Komitees bzw. Gruppen (42) sowie die vergleichsweise starke Teilnahme christlicher Kräfte hervorzuheben.

Dies kam darin zum Ausdruck, daß die kirchliche Arbeitsgruppe die wohl bestbesuchte der Tagung war. Und dies scheint auch ein Reflex auf das gewachsene Engagement der Christen des Südlichen Afrika (Symbolfiguren: Bischof Tutu oder UDF-Präsident Boesak) im Widerstandskampf gegen die Apartheid zu sein.

Um in der Zusammenfassung des breitstmöglichen Protestpotentials gegen das Apartheidregime und seinen Bonner Freundeskreis noch ein Stück weiter voranzukommen, bedarf es einmal einer stärkeren Gewinnung bzw. Einbeziehung der DGB-Gewerkschaften. Zum anderen wäre eine Ausweitung der gemeinsamen Aktivitäten und des Dialogs mit der Friedensbewegung wünschenswert. Auf jeden Fall verspräche beides für die 1985 angepeilten Aktionen vor Rüstungsexport-Betrieben, wie Blockaden oder Menschenketten, eine größere Wirksamkeit.

Kontakt zur Friedensbewegung

Die Diskussion mit Vertretern der Friedensbewegung (A. Zumach/Aktion Sühnezeichen, A. Maske/Kofaz u.a.), die in Ansätzen auf der Kölner Konferenz geführt wurde, könnte auch hinsichtlich des vielleicht größten Schwachpunktes der Kölner Konferenz Abhilfe schaffen. Denn sichtlich zu kurz gekommen, ist im Diskussionsverlauf wie den Schlußdokumenten die Einordnung der Rolle des Apartheidregimes in die konfrontative Globalstrategie Washingtons und seiner

Aktionsprogramm

In Kenntnis

1. der UNO-Konvention von 1973 über die Verfolgung und Bestrafung der Apartheid-Verbrechen,

2. der Verurteilung aller theologischen Begründungen von Apartheid; sie ist eine christliche Irrlehre,

3. der Apartheid als Bedrohung des Weltfriedens gemäß § VII der UNO-Charta,

4. der besonderen Verantwortung des Volkes der Bundesrepublik Deutschland gegenüber dem Kampf gegen Rassismus und Faschismus aufgrund seiner Erfahrung mit dem Hitler-Regime,

5. der besonderen Verantwortung des Volkes der Bundesrepublik Deutschland im Kampf des namibischen Volkes gegen Kolonialismus und militärische Besatzung aufgrund der grausamen Kolonialherrschaft des deutschen Kaiserreiches in „Deutsch-Südwestafrika“ von 1884 bis 1915,

6. der Resolution 38/39 der UNO-Vollversammlung vom 5.12.1983, die zu umfassenden Sanktionen gegen Südafrika aufruft, (...)

fordern wir, die Teilnehmer der Konferenz „Frieden für das Südliche Afrika! Solidarität mit dem Befreiungskampf der Völker von Südafrika und Namibia! Solidarität mit den Frontstaaten!“, die von den Befreiungsbewegungen African National Congress (ANC) und South West Africa People's Organisation (SWAPO) von Namibia unterstützt wird, von ICOSA (Internationales Komitee gegen Apartheid, Rassismus und Kolonialismus im Südlichen Afrika) initiiert wurde und unter der Schirmherrschaft des Befreiungskomitees der Organisation für Afrikanische Einheit steht und die vom 12.-14. Oktober 1984 in Köln/Bonn stattfand,

die Regierung der Bundesrepublik Deutschland auf,

1. die UNO-Konvention von 1973, die Apartheid als ein „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ verurteilt, zu unterzeichnen,

2. jegliche finanzielle und wirtschaftliche Unterstützung für das Apartheidregime, wie z.B. das Doppelbesteuerungsvermeidungsabkommen und die Vergabe von Hermes-krediten, zu beenden,

3. das Kulturabkommen mit Südafrika zu kündigen,

4. jegliche konventionell-militärische und nuklear-militärische Zusammenarbeit mit dem Apartheidregime zu beenden,

5. umfassende, bindende Sanktionen gegen das Apartheidregime zu verhängen,

6. die südafrikanische Regierung aufzufordern, alle politischen Gefangenen aus Südafrika und Namibia freizulassen,

7. alle Importe aus Namibia, vor allem die Uranimporte, zu unterbinden und das Dekret Nr. 1 des UNO-Rates für Namibia zu respektieren,

8. wirksam zur Umsetzung der UNO-Sicherheitsrats-Resolution 435 zur Unabhängigkeit Namibias beizutragen,

9. jegliche direkte und indirekte Hilfe für Projekte innerhalb Namibias und Südafrikas zu beenden,

10. das Zusatzprotokoll I von 1977 der Genfer Konvention zur Behandlung von inhaftierten Freiheitskämpfern als Kriegsgefangene zu unterzeichnen und Südafrika aufzufordern ein gleiches zu tun,

11. die Befreiungsbewegungen ANC und SWAPO anzuerkennen und großzügig zu unterstützen,

12. den Frontstaaten im Südlichen Afrika und anderen unabhängigen Staaten im Südlichen Afrika, die unter den Aggressionsakten Südafrikas leiden, umfassende Unterstützung zukommen zu lassen;

Gewerkschaften, Kirchen, politische Parteien, Parlamentarier, Frauen, Wissenschaftler, Künstler, Sportler, Solidaritätsgruppen, humanitäre und antifaschistische Gruppen, Organisationen der Friedens- und Ökologiebewegung auf,

1. kontinuierlich, schnell und detailliert Informationen über die wirkliche Situation im Südlichen Afrika zu verbreiten,

2. immer mehr Tatsachen über die wirtschaftliche, militärisch-nukleare, kulturell-wissenschaftliche, diplomatische Kollaboration zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Südafrika/Namibia aufzudecken,

3. ihre Kampagne für die vollständige Isolierung des Apartheidregimes auf allen Gebieten zu verstärken, insbesondere

– Kündigung des Kulturabkommens,

– unverzügliche Beendigung jeglicher militärisch-nuklearer Zusammenarbeit,

– Kündigung des Doppelbesteuerungsvermeidungsabkommens,

– Vergabestopp für Hermeskredite,

– Beendigung des Managens durch und die Beteiligung von bundesdeutschen Banken an Anleihen und Krediten für Südafrika,

– unverzügliche Beendigung jeglicher Kohleimporte aus Südafrika,

– Unterstützung eines Ölembargos gegen Südafrika, einschließlich der Einstellung aller Aktivitäten an SASOL,

4. gegen die Aktivitäten der Pro-Apartheid-Kräfte in der Bundesrepublik vorzugehen, wie z.B. UNITA, MNR, Namibia Informations-Büro, Inkatha usw.,

5. ihre Aktionen zur Freilassung von Nelson Mandela, Benjamin Moloise, der namibischen Marienthal-Gefangenen und aller anderen politischen Gefangenen in Südafrika und Namibia zu verstärken,

6. der von Bonn angeführten Offensive zur Unterstützung von Projekten innerhalb Namibias entgegenzuwirken,

7. für die Anerkennung und Verwirklichung des Dekretes Nr. 1 des UNO-Rates für Namibia einzusetzen und den Stopp jeglicher Uranimporte aus Namibia einzutreten,

8. als Priorität sich für die Verwirklichung der UNO-Sicherheitsrats-Resolution 435 für die Unabhängigkeit Namibias einzusetzen und hierfür Unterschriftenkampagnen, SWAPO-Rundreisen und Spendensammlungen für die SWAPO durchzuführen,

9. für das Verständnis einzutreten, daß der bewaffnete Kampf des ANC und der SWAPO ein legitimer Kampf ist,

10. umfassende Solidarität mit politischer, materieller und finanzieller Unterstützung für die Befreiungsbewegungen ANC und SWAPO zu üben,

11. die Frontstaaten und Lesotho in ihrem Kampf gegen die südafrikanische Destabilisierungspolitik zu unterstützen,

12. in der Öffentlichkeit den untrennbaren Zusammenhang zwischen dem Kampf um Frieden und Befreiung, um Gerechtigkeit und Frieden weiter zu verankern. (...)

NATO-Verbündeten. Was folgt beispielsweise aus der Benennung Afrikas als NATO-Interessenssphäre (neben dem Nahen und Mittleren Osten) in AirLand Battle 2000, der gemeinsamen bundesdeutsch-amerikanischen Fassung der neuen US-Kriegführungsdoktrin vom Jahre 1982 (siehe AIB-Sonderheft 2/1984)? Inwieweit beeinflusst oder verändert die neue Pentagon-Richtlinie der globaleren Atomkriegsvorbereitung und der „horizontalen Eskalation“ (C. Weinberger) die Ausgangslage im Südlichen Afrika?

Diesen Fragen nachzugehen, hieße, sich die Erfahrungswerte der Friedensbewegung stärker zu eigen zu machen und zugleich deren Interesse am Spannungsherd Südliches Afrika – ähnlich wie bereits in fortgeschrittenem Maße mit der Krisenregion Mittelamerika geschehen – zu wecken.

Alles in allem überwogen an der Kölner Konferenz zum Südlichen Afrika die bestärkenden, hoffnungserweckenden Zeichen. Weder das positive Resümee von Manfred O. Hinz (siehe Kasten) noch die Würdigung dieser Konferenz seitens A. Nzos, H. Hamutenyas oder des Genfer UN-Vertreters A. Khan als unerwartet erfolgreich, als beispielhaft für die Internationale der Apartheidgegner scheinen insofern überzogen. Die Orientierungspunkte von Köln dürften jedenfalls geeignet sein, um eine Mobilisierung der öffentlichen Meinung, einen noch massiveren Druck auf Bonn in Szene zu setzen.

Was vor 100 Jahren die Berliner Kongo-Konferenz einleitete, die koloniale Endaufteilung Afrikas, will die ganz andere Konferenz von Köln endgültig mitbeseitigen helfen, durch die kräftige Beihilfe zur Entkolonisierung auch des Südlichen Afrika.

ASK - HINTERGRUND



NAMIBIA

Ein Jahrhundert nachdem das Deutsche Kaiserreich das Gebiet des heutigen Namibia zum „Schutzgebiet“ erklärt hatte, ist Namibia immer noch Kolonie.

Der ASK-Hintergrund Namibia benennt die Verantwortlichen. Er informiert über die wirtschaftliche, soziale und politische Lage des Landes. Er skizziert und dokumentiert den Befreiungskampf der SWAPO. Abschließend enthält die Broschüre eine Analyse der Völkerrechtslage, die Resolution 385 des UN-Sicherheitsrats sowie eine chronologische Übersicht.

Preis: 2 DM; Umfang 32 Seiten. Bezug: Solidaritätsshop Dritte Welt, Hamburger Allee 52, 6000 Frankfurt 90



Alfred Nzo (ANC)

Das Volk ist nicht einzuschüchtern

Südafrika wird von einer Welle des Volkswiderstandes gegen das Apartheidssystem von nicht erwartetem Ausmaß überrollt.

Hunderte und Tausende unserer Männer und Frauen, Arbeiter (unter ihnen mehr als 70.000 Bergarbeiter) und Studenten leisten Widerstand. Mehr als 100.000 Studenten aller Rassen im ganzen Land boykottieren den Unterricht. Zehntausende Arbeiter waren in Streikaktionen einbezogen. Ganze Gemeinden in vielen Gegenden haben mit gewaltigen Massenprotesten gegen schwarze Gemeinderäte demonstriert.

Mehr als 80% der farbigen und indischen Wähler haben sich geweigert, die Wahlen zu dem Drei-Rassen-Parlament zu legitimieren. Die Kampagne, die neue Apartheid-Verfassung zu boykottieren, hat überzeugend den entschlossenen Widerstand des Volkes gegen die Legitimierung des Regimes der Apartheid, der kolonialen Ausbeutung und rassischen Unterdrückung gezeigt.

Wie üblich hat Pretoria mit noch mehr Gewalt und Brutalität, dem Einsatz des

Militärs und stark erhöhter Repression geantwortet. Es hat den Gebrauch von Knüppeln, Peitschen, Hartgummikugeln, Schrot, Tränengas in kleinen und großen Dosen und gepanzerter Fahrzeuge gegen unbewaffnete Männer, Frauen und Kinder erlaubt. Mehr als 80 (die meisten Kinder) wurden getötet – offiziell; nichtoffizielle Schätzungen gehen wesentlich höher.

Hunderte wurden verletzt – viele von ihnen ernsthaft. Viele Hunderte wurden festgenommen. Die meisten Führer der Vereinigten Demokratischen Front (UDF) sind in Haft. Versammlungen wurden gebannt. Im Land herrscht der Ausnahmezustand.

Aber das Volk hat sich nicht einschüchtern lassen. Mit unnachgiebigem Heldentum wächst seine Ablehnung des weißen Minderheitenregimes. Die bewaffneten Aktionen des kämpfenden Flügels des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC) werden stärker und fördern den Kampfgeist des Volkes.

Das Regime bleibt Gefangener einer sich

vertiefenden und nicht zu lenkenden Krise. Die Menschen haben erkannt, daß die Freiheitscharta, angenommen auf dem historischen Kongreß des Volkes 1955, den einzigen Ausweg zeigt. Der landesweite Aufstand spiegelt ihre Forderung danach wider, daß die Macht von dem undemokratischen weißen Minderheitenregime an das Volk übergeht.

In diesem Rahmen muß die Größe des Kampfes aller Teile des Volkes von Südafrika unter der Führung des ANC und der Kampf um die Macht verstanden werden.

Verurteilt von den Religionen der Welt als Übel (von den christlichen Kirchen als Häresie) und von der internationalen Gemeinschaft als Verbrechen gegen die Menschlichkeit (wie die Grundsätze der Nazis), bleibt das üble und kriminelle Regime dabei, die Politik und Praxis der Apartheid zu vervollständigen.

Mehr noch, der Apartheid„frieden“, verstärkt durch die atomare Kapazität, hat nicht nur den Frieden im Südlichen Afrika gebrochen, bleibt nicht nur eine Bedrohung des Friedens im Südlichen Afrika und in ganz Afrika, sondern ist offensichtlich eine ernsthafte Bedrohung des Weltfriedens.

Die Bonner Regierung braucht Massendruck

Wir sind zutiefst überzeugt, daß diese Konferenz in der Bundesrepublik Deutschland die Anstrengungen der Menschen intensivieren wird, die öffentliche Meinung zu mobilisieren und Massendruck zu erzeugen, um sicherzustellen

A. daß die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

1. der UN-Konvention zur Verfolgung und Bestrafung des Verbrechens der Apartheid beiträgt;

2. das Kulturabkommen mit dem Apartheidregime aufkündigt;

3. jede militärisch-atomar-technologische Kollaboration mit dem Regime stoppt;

4. Bankanleihen und Kredite und alle anderen Formen der finanziellen Unterstützung oder Verbindungen mit dem Staat von, halbstaatlichen und privaten Institutionen in Südafrika unterbindet;

5. die Kampagne für die totale Isolierung des böartigen und kriminellen Regimes und für die Einsetzung von umfassenden und verbindlichen Sanktionen durch den UN-Sicherheitsrat in Form des Kapitels VII der Charta unterstützt und wirksame Maßnahmen ergreift.

B. daß Regierung und Volk jede moralische und praktische Unterstützung für den nationalen Befreiungskampf des Volkes von Südafrika unter der Führung des ANC leisten.

Polizeieinsatz gegen Demonstranten in Vaal





Hidipo Hamutenya (SWAPO) „Friedensprozeß“ – ein Mythos

Zu der Zeit, in der das Jahr 1984 seinem Ende zugeht, ein Jahr, das 100 Jahre kolonialer Unterdrückung und heldenhaften Widerstandes in unserem Land kennzeichnet, bleiben die Aussichten für die sofortige Unabhängigkeit Namibias düster. Ungeachtet aller tendenziösen und wilden Beschwörung einer sog. Friedensoffensive im Südlichen Afrika sterben und leiden die Menschen Namibias weiterhin unter der Brutalität der illegalen und rassistischen südafrikanischen Besatzung unseres Landes.

Doppeljunktum Südafrikas

6 Jahre, nachdem die UN-Sicherheitsrats-Resolution 435 angenommen wurde, zeigt der Apartheidstaat nicht die Spur der Bereitschaft, dem namibischen Volk sein unveräußerliches Recht auf Selbstbestimmung und nationale Unabhängigkeit zu gewähren.

Jedes Mal, wenn die SWAPO, unterstützt von den Frontstaaten und der UNO, ein Zugeständnis macht, um eine der vielen Hürden Pretorias zur Unabhängigkeit Namibias auszuräumen, ist das rassistische Regime sehr schnell dabei, eine Reihe weiterer vorgeschobener Probleme aufzuwerfen.

So kommt es, daß wir heute neben dem

Junktum zwischen der Unabhängigkeit unseres Landes und der Anwesenheit kubanischer Streitkräfte in Angola jetzt ein weiteres Junktum haben: Jetzt besteht Südafrika darauf, daß sein vielbeschworenes Versprechen, seine Truppen aus der Volksrepublik Angola zurückzuziehen, nicht einlösen kann, solange die SWAPO nicht einer unilateralen Beendigung des bewaffneten Kampfes zustimmt und alle feindlichen Propagandaangriffe auf Südafrikas illegale und brutale Besatzung unseres Landes beendet. Darum sind die südafrikanischen Truppen 8 Monate nach dem südafrikanischen Versprechen, seine Angriffs- und Destabilisierungstruppen innerhalb von 30 Tagen aus Angola zurückzuziehen, nach wie vor in Angola.

Von einigen Seiten wollte man uns raten, die Absicht Südafrikas zu testen, indem wir einer Beendigung unserer bewaffneten Aktionen und unsere feindliche Propaganda gegen Südafrikas Besatzung unseres Landes einstellen.

Wenigstens für eine kurze Zeit könnte dies getan werden, meinten diese Ratgeber. Sie meinten, die SWAPO könne in dieser Zeit abwarten und sehen, welche Antwort Südafrika auf diese Geste des guten Willens geben würde. Wir haben diesen Ratgebern geantwortet, daß diejenigen, die uns Ratschläge geben, von

Pretoria herausfinden müssen, was Südafrika bereit ist, seinerseits für eine Zustimmung der SWAPO zu einem unilateralen Niederlegen der Waffen zu geben. Die Antwort Südafrikas ist, daß Pretoria auch dann noch immer nicht bereit ist, die UN-Sicherheitsrats-Resolution 435 durchzuführen, bis die kubanischen Truppen aus Angola abgezogen sind. Stattdessen möchte Südafrika die SWAPO einladen, an dem „friedlichen, ordentlichen, demokratischen politischen Prozeß, der jetzt in Namibia stattfindet“, teilzunehmen, d.h. Bantustan-Verwaltungen und die Marionettenpolitik der sog. Vielparteienkonferenz.

Die Wahrheit über unsere Region ist, entgegen dem Mythos, daß im Südlichen Afrika ein „Friedensprozeß“ im Gange sei, daß Südafrika mit seiner Destabilisierungspolitik versucht, die benachbarten unabhängigen afrikanischen Staaten in die Knie zu zwingen. Und mit dem Aufzwingen von ungleichen „Nichtangriffs“-Verträgen arbeitet das Regime aktiv daran, einen Keil zwischen diese Staaten und die Befreiungsbewegungen von Südafrika und Namibia, namentlich den ANC und die SWAPO, zu treiben.

Das kurzfristige strategische Ziel dieses Vorgehens Südafrikas ist ganz offensichtlich die Isolierung der Befreiungsbewegungen. Das langfristige Ziel ist es, den Apartheid-Faschismus in Südafrika und den Kolonialismus in Namibia aufrechtzuerhalten.

Das ist die nackte Wahrheit über die sog. Friedensoffensive im Südlichen Afrika. Und deshalb sind diejenigen, die Pretoria und Washington zu ihrer „Friedensinitiative“ im Südlichen Afrika beglückwünschen und bejubeln, entweder extrem naiv oder sie schwelgen bewußt in Spitzfindigkeiten. Es ist eine Tatsache, daß die sog. Nichtangriffsverträge, die Pretoria versucht, als Beweis für eine sog. Normalisierung zwischen sich und seinen Nachbarn zu verkaufen, den Nachbarstaaten mit dem Gewehr aufgediktet wurden. Diese Staaten haben weder die Absicht noch die militärische Stärke, Angriffe gegen Südafrika auszuführen.

Ebenso scheinheilig und für das tiefe Verlangen des namibischen Volkes frei und unabhängig zu sein höchst gefähr-

SWAPO-Guerilleros im Inneren Namibias



lich, sind die derzeitigen Manöver gewisser prosüdafrikanischer Kräfte im Europäischen Parlament, der Europäischen Gemeinschaft und der herrschenden Kreise in westeuropäischen Ländern vor der Unabhängigkeit Entwicklungshilfe für Namibia bereitzustellen.

Die Scheinheiligkeit dieser Kräfte war und ist glasklar für uns in der SWAPO. Für uns bedeutet das Vorhaben, Projekte im besetzten Namibia aufzubauen, nichts als einen vorsätzlichen und berechneten Akt der Kollaboration mit dem illegalen südafrikanischen Besatzungsregime in unserem Land. Keine noch so große Zahl von humanitären Fällen kann diese Tatsache der Kollaboration vor uns verbergen.

Die Tagesordnung und die wirkliche Priorität für das namibische Volk, seine Freunde und alle UN-Mitgliedsstaaten ist die, jede Anstrengung zu unternehmen, um dem Land Freiheit und Unabhängigkeit zu bringen. Diejenigen, die der sog. Hilfe Priorität einräumen, versuchen geschickt, die Aufmerksamkeit vom Kampf um Namibias Unabhängigkeit abzulenken.

Nein zur EG-„Entwicklungshilfe“

Indem sie sich nur für eine Erleichterung der Leiden unseres Volkes einsetzen, anstatt die Wurzel des Leidens – die koloniale Unterdrückung – zu beseitigen, versuchen sie der südafrikanischen Besatzung unseres Landes ein menschliches Gesicht zu verleihen. Damit entlasten sie das Apartheidregime nicht nur, sondern sie unterstützen Südafrika aktiv dabei, seine Besatzung fortzuführen.

Darum lehnen wir diese Manöver, deren vernehmbarste und aktivste Befürworter hier in der Bundesrepublik Deutschland sind, ab und verurteilen sie. Gleichzeitig freuen wir uns über die Regierungen, Organisationen und Einzelpersonen, die beschlossen haben, die kämpfenden namibischen Patrioten unter der Führung der SWAPO zu unterstützen und Solidarität zu zeigen.

In diesem Zusammenhang möchten wir diejenigen, die den namibischen Menschen helfen wollen, ihre Unterstützung aber nicht über die SWAPO leiten wollen, sagen, daß es einen UN-Apparat gibt, der humanitäre Hilfe für die Namibier weiterleitet. Es gibt auch bekannte Organisationen in Namibia, die in klarer Opposition zu der kolonialen Unterdrückung in unserem Land stehen. Diese Organisationen können direkt unterstützt werden, solange diese Unterstützung nicht dazu benutzt wird, die Zusammenarbeit mit dem Apartheidregime und die kapitalistische Ausbeutung, die dieses Regime erhält, zu rechtfertigen.

Ein Geheimdokument bestätigt Die SWAPO ist allgegenwärtig

Die südafrikanische Armee sieht sich einer ersten Krise der inneren Sicherheit gegenüber. Dies geht aus einem Geheimdokument hervor, das die Südwestafrikanische Volksorganisation (SWAPO) dem Observer übergeben hat.

Das Protokoll einer zweitägigen Konferenz von Offizieren der militärischen Spionageabwehr, die im Mai d.J. in Windhoek, der Hauptstadt Namibias, stattgefunden hat, enthüllt die große Beunruhigung darüber, daß die SWAPO praktisch in allen Bereichen des Lebens in Namibia gegenwärtig ist.

Sorgen bereiten den Militärs u.a. auch der amerikanische Geheimdienst CIA und der MI6 (britischer Geheimdienst; d. Red.), rechtgerichtete weiße Saboteure, der verstärkte Drogenkonsum bei Wehrpflichtigen und die Infiltration durch den rivalisierenden zivilen Nationalen Nachrichtendienst, den früheren BOSS.

Als eine besondere Bedrohung wird in dem Protokoll der „nachlässige Umgang mit und die ineffektive Kontrolle über Geheimdokumente und -informationen“ benannt. Jede der zehn Seiten ist mit dem Afrikaans-Wort „Geheim“ abgestempelt.

Vorsitzender der Konferenz war Oberst L.J. Olickers, der 1978/79 eine Reihe von Artikeln über die Sicherheit in der Armee für die offizielle Zeitschrift der Streitkräfte Paratus, verfaßt hat. Weitere Teilnehmer dürften höhere Spionageabwehroffiziere und Vertreter des Hauptquartiers in Pretoria gewesen sein.

Fachmännische SWAPO-Aktionen

Zwar fehlen einige Seiten des Protokolls, trotzdem zeichnet es ein zuverlässiges Bild der Stimmung der Militärs nach dem Abkommen mit Angola, das darauf abzielt, zu verhindern, daß die Guerillakämpfer die Nordgrenze überschreiten. Es läßt keinen Zweifel daran, daß die SWAPO so gut organisiert ist, daß sie für ein wachsendes Gefühl der Unsicherheit verantwortlich ist.

Unter der Überschrift „Spionage“ ist in dem Protokoll zu lesen: „Die SWAPO ist intern in einem großen Gebiet auf verschiedenen Ebenen organisiert und verfügt über die notwendige Infrastruktur, um ein breites Spektrum von Informationen sammeln zu können... Sie hat ein ausgedehntes Nachrichtensystem, in das die Öffentlichkeit, insbesondere Hunderte von 'cuca shops' (Kneipen) in Ovambo und Kavango (wo der Buschkrieg hauptsächlich ausgetragen wird), einbezogen ist und das sie über die Bewegungen der Sicherheitskräfte auf dem Laufenden hält.“

Und weiter heißt es: „Aufgrund der Verbindungen zwischen der SWAPO und dem Afrikanischen Nationalkongreß (ANC) und internationalen Terroristenorganisationen muß man davon ausgehen, daß die SWAPO über eine technisch hoch entwickelte Ausrüstung für Sabotageaktionen verfügt. Es gibt Anzeichen dafür, daß die SWAPO in der Lage ist, Sprengstoff fachmännisch in Fahrzeugen zu verstecken.“ Das Protokoll bestätigt, daß „es ständig zu Sabotageakten

der SWAPO und anderer linker und rechter Gruppen kommt“.

Die Südafrikaner sind der Meinung, daß „das ideologische Konzept der SWAPO auf dem Kommunismus basiert“, daß sie aber auch das ausnützt, was als „vorhandene Normen und Infrastruktur der Demokratie in Südwestafrika“ bezeichnet wird.

Dann folgt eine Liste von 20 „bestehenden Institutionen“, die angeblich von der SWAPO benützt werden. An ihrer Spitze stehen der Windhoek Observer, sein Herausgeber Hannes Smith ... und sein politischer Redakteur, Gwen Lister. Die Wochenzeitung, die von den südafrikanischen Behörden vorübergehend verboten wurde, sei – laut Protokoll – in letzter Zeit bei toten Kämpfern und in SWAPO-Lagern gefunden worden.

„Das wirklich Beunruhigende“, fährt das Protokoll fort, „ist die Zerstörung von militärischer Ausrüstung durch Militärangehörige, was auf Sabotage hindeuten könnte, insbesondere, wenn man die negative Einstellung bestimmter Wehrpflichtiger berücksichtigt.“ Hier „spielt die politische Überzeugung eine Rolle“.

Weiter wird vor „dem ansteigenden Konsum von Marihuana und anderen Drogen, vor allem bei Wehrpflichtigen“, gewarnt, „weil solche Menschen für eine Beeinflussung durch den Feind empfänglicher sind“. Eine weitere warnende Bemerkung gilt „allen Formen der Unmoral“. Obwohl nicht ausdrücklich genannt, bezieht sich dies wohl auf sexuelle Beziehungen zwischen weißen Soldaten und schwarzen Namibierinnen. Die Rolle, die Frauen bei der Spionage spielen, so sagte man den Offizieren, sollte nicht unterschätzt werden.

An einer Stelle spricht das Dokument von Versuchen seitens der SWAPO, eine Beteiligung der Republik Südafrika am „Projekt Forrester“ nachzuweisen, und von ihren Überlegungen, wie diese Zusammenarbeit gestört werden kann. Dies scheint sich auf die Unterstützung zu beziehen, die Südafrika Jonas Savimbi gewährt, dessen UNITA-Rebellen die angolische Regierung bekämpfen.

Ein Teil dieser Zusammenarbeit besteht darin, zur Finanzierung von Savimbis Aktivitäten wertvolles Holz aus Angola wegzuschaffen, das auf Lastwagen durch Namibia transportiert wird.

Es verwundert nicht, daß man versucht hat, die Arbeit von Spionen aus dem sowjetischen Lager in der Region aufzudecken. In Sambia, Angola und Botswana wurden 93 russische und 61 ostdeutsche „mutmaßliche Agenten“ aufgespürt.

Der CIA, der britische MI6 und der westdeutsche Nachrichtendienst „versuchen ständig, Informationen zu beschaffen“, wird geklagt. Die Südafrikaner sind äußerst besorgt darüber, daß ihre Truppenbewegungen von amerikanischen und sowjetischen Satelliten überwacht werden.

Bei diesem Verfolgungswahn ist niemand unverdächtig. Ausländische Besucher, die unter dem Vorwand wissenschaftlicher und anthropologischer Forschungen „subversiv tätig sind“, müssen im Auge behalten werden.

Denis Herstein
(Quelle: The Observer, London, 9.9.1984)

Friedensnobelpreis 1984 für Bischof Tutu

Der Friedensnobelpreis 1984 wurde am 16. Oktober d.J. an den 53jährigen anglikanischen Bischof von Johannesburg, Desmond Tutu, für seine – so das norwegische Nobelpreiskomitee – „einigen- de Rolle in der Bewegung zur Lösung des Apartheid-Problems in Südafrika“ verliehen.

Weiter erklärte das Verleiherkomitee, der Preis sei nicht nur als Geste der Anerkennung für Bischof Tutu und den Südafrikanischen Kirchenrat zu sehen. Er sei auch als Anerkennung aller Individuen und Organisationen in Südafrika aufzufassen, die sich für Menschenwür-

Desmond Tutu 1978 Generalsekretär des Südafrikanischen Kirchenrates (SACC). Diese Funktion hat er heute noch inne.

Der SACC, dem etwa 40 Kirchen und kirchliche Einrichtungen mit ca. 15 Mio Mitgliedern angehören, wurde in den letzten Jahren zu einem wichtigen Sprachrohr der südafrikanischen Opposition.

Als sein Generalsekretär begrüßte Tutu die Entscheidung des Weltkirchenrates, die Befreiungsbewegungen des Südlichen Afrika zu unterstützen und das „Programm zur Bekämpfung des Rassismus“ einzurichten. Er unterstützte wiederholt die Boykottforderung gegen Südafrika und beschuldigte ausländische Investoren in Südafrika, sie seien Nutznießer und Unterstützer der Apartheid.

Konsequenter Apartheidgegner

Internationale Sanktionen bezeichnete Desmond Tutu als eine entscheidende Möglichkeit des gewaltfreien Überwindens der Apartheid.

Er bezog konsequent Position gegen die Inszenierung der sog. Verfassungsreform und das Drei-Rassen-Parlament im Au-

gust/September d.J. (siehe AIB 10/1984, S. 25ff.). Und er bezeichnete das Apartheidregime als eines der schlimmsten der Menschheitsgeschichte, vergleichbar mit dem nationalsozialistischen Faschismus.

Bischof Tutu begründet seinen Widerstand gegen das Regime in Pretoria aus seiner christlichen Überzeugung heraus. Er repräsentiert damit einen wichtigen Teil des südafrikanischen Widerstands. Seine Schirmherrschaft über die Vereinigte Demokratische Front (UDF) hat ihn und das Spektrum, das er vertritt, enger mit der Avantgarde des südafrikanischen Befreiungskampfes, dem Afrikanischen Nationalkongreß (ANC) zusammengeführt.

Desmond Tutu ist nach dem ehemaligen Generalsekretär des ANC, Alberth Luthuli (1961), der zweite Südafrikaner, der mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet wird.

Schirmherr der UDF

Die Verleihung an einen der weltweit anerkannten Führer des südafrikanischen Widerstandes gewinnt gerade in einer Zeit an Bedeutung, in der der Widerstand im Lande stärker wird. Außerdem werden dadurch die Versuche Pretorias erschwert, die UDF durch Verhaftungen ihrer Führer zu schwächen und ein Verbot dieses breiten demokratischen Bündnisses durchzusetzen.

Sie ist aber nicht nur eine Unterstützung des Kampfes gegen die Apartheid in Südafrika selbst, sondern zugleich Aufforderung an die Weltöffentlichkeit, das Rassistenregime in Pretoria endlich zu isolieren und so wirkungsvoll zu seiner Überwindung beizutragen. M. Kolter



de, Brüderlichkeit und Demokratie einzusetzen. Diese Würdigung des Widerstandswillens und -rechts gegen die Apartheidpolitik entspricht auch der Haltung des Preisträgers.

Desmond Tutu wurde am 7.10.1931 in der Provinz Transvaal geboren und 1960 zum Priester geweiht. Er wurde 1975 Dekan von Johannesburg und fungierte 1976-78 als Bischof von Lesotho.

Tutu beteiligte sich maßgeblich an den Bemühungen, eine größere Einheitlichkeit der südafrikanischen Kirchen gegen das Apartheidregime zu erreichen. Eine konsequentere Haltung der Kirchen bildete sich mit der Radikalisierung des Widerstandes in Südafrika in den 70er Jahren heraus.

In Anerkennung seiner hervorragenden Verdienste beim Zusammenschluß und der Entwicklung der Kirchen zu einem gewichtigen Faktor in Südafrika wurde

ANC-Erklärung zur Nobelpreis-Verleihung an Bischof Tutu

Der Afrikanische Nationalkongreß (ANC) hat mit tiefer Freude von der Verleihung des Friedensnobelpreises 1984 an Bischof Desmond Tutu, den Generalsekretär des südafrikanischen Kirchenrates, erfahren.

Diese hervorragende Anerkennung der persönlichen Tapferkeit und des großzügigen Opfers Bischof Tutus im Interesse eines freien und demokratischen Südafrika, frei von rassistischem Haß und Unterdrückung, ist zugleich eine eindeutige Anerkennung der Reife, Ausdauer und Menschlichkeit, die unser Volk angesichts der ungeheuren Herausforderungen und brutalen Repression der herrschenden Clique in Südafrika zeigt.

Es ist eine Anerkennung des wahren Christentums und tiefen Patriotismus, die die Kirche in Südafrika leiten und Millionen anregen, den Kampf gegen Rassismus und Fanatismus in vielfältiger Weise fortzuführen.

Der ANC und das Volk von Südafrika rufen in ihrer Freude über die Verleihung die internationale Gemeinschaft auf, diese Verleihung sinnvoll zu ergänzen durch die Verhängung umfassender Sanktionen und die vollkommene Isolierung des rassistischen Regimes in Pretoria. Dies ist das Gebot Albert Luthulis und Desmond Tutus.

Wir wiederholen den Aufruf unseres Volkes an die internationale Gemeinschaft, durch sofortige und wirkungsvolle Sanktionen die Kraft der demokratischen Bewegung in Südafrika zu stärken, dieses üble System zu überwinden und zu zerstören und ein freies, demokratisches und friedliches Südafrika zu errichten, das sich gründet auf die volle Anerkennung der fundamentalen Rechte aller seiner Bürger.

Abteilung für Information und Öffentlichkeitsarbeit, den 17.10. 1984



Paris-Besucher dos Santos und Frankreichs Präsident Mitterrand

Gespräch mit José Eduardo Dos Santos

Die illegale Besetzung Südangolas dauert an

Im Februar d.J. hatten sich die Regierungen Angolas und Südafrikas in Lusaka (Sambia) auf einen Waffenstillstand und einen Abzug der Truppen Pretorias aus dem Süden Angolas geeinigt. 7 Monate danach zog der angolische Staatschef José Eduardo dos Santos, der Frankreich, Spanien und Italien besuchte, Bilanz, inwieweit diese Vereinbarungen eingelöst wurden und wie die Position seines Landes zur Namibiafrage aussieht.

(...) **FRAGE:** Angola befindet sich in einer wirtschaftlich ziemlich schwierigen Lage. Erlaubt es Ihnen die Last Ihrer Schulden, bei ausländischen Investitionen noch zuzuzahlen?

Die Lusaka-Vereinbarung einlösen

E. DOS SANTOS: Sicher, die wirtschaftliche Situation ist schwierig, da Angola seit seiner Unabhängigkeit einem Klima der Gewalt, das von außen geschürt wird, und der Sabotage der wirtschaftlichen Einrichtungen ausgesetzt ist.

Wie in jedem Land gibt es eine Auslandsverschuldung, jedoch ist deren Umfang nicht so, daß dadurch die Beziehungen zu den westlichen Ländern beeinträchtigt werden könnten.

FRAGE: Sie sprachen eben von den Kämpfen, die sich auf Ihrem Territorium

abspielen. Im Februar d.J. wurde eine Vereinbarung in Lusaka getroffen, die den Rückzug der südafrikanischen Truppen vorsah.

Pretoria unterhält jedoch weiterhin zwei Bataillone auf Ihrem Boden. Kann diese Situation in absehbarer Zeit entschärft werden?

E. DOS SANTOS: In der Tat, die Situation ist noch immer angespannt und gefährlich. In Lusaka war vorgesehen, daß sich die südafrikanischen Kräfte vor dem 30. März d.J. zurückziehen. Keine der Ausreden, die von Pretoria vorgeschoben werden, um die Truppenstationierung zu rechtfertigen, ist annehmbar, da Angola ein unabhängiges und souveränes Land ist. Es handelt sich um einen Überfall, eine illegale Besetzung eines Teiles unseres Territoriums, die allen Regeln des internationalen Rechts widerspricht.

Angola hat seit 1978 mehrere Vorschläge zur friedlichen Lösung der Probleme des Südlichen Afrika im allgemeinen und des Namibia-Konflikts im besonderen gemacht. In letzter Zeit haben wir eine Reihe von Vorschlägen vorgebracht, die von unserem guten Willen zeugen. In dem Maße, in dem Südafrika und die USA ihnen zustimmen werden, werden wir die Situation entkrampfen können. Wie Sie wissen, haben Angola und Kuba in einer gemeinsamen Erklärung (vom

25.3.1984, Wortlaut in AIB 5/1984; d. Red.) die Bedingungen des Abzugs der kubanischen Truppen bekanntgegeben:

- 1) Rückzug der südafrikanischen Truppen aus Angola;
- 2) Unabhängigkeit Namibias gemäß der Resolution 435 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen (von 1978, Wortlaut in AIB 7-8/1984; d. Red.);
- 3) Einstellung der Unterstützung, die Pretoria und seine Verbündeten den bewaffneten Banden der Nationalen Union für die Vollständige Befreiung Angolas (UNITA) gewährt.

Wir sind bereit, die Prinzipien der angolanisch-kubanischen Erklärung flexibel anzuwenden.

FRAGE: Kann man z.B. die Namibia-Frage gesondert lösen? Sind die Südafrikaner nicht dabei, ihre Präsenz dort zu verstärken, was bedeuten würde, daß die Aussichten auf Verhandlungen sich nicht verbessern sondern immer schlechter werden?

E. DOS SANTOS: Zur Zeit gibt es zwei Bataillone, aber in Zeiten erhöhter Spannung können es bis zu fünf sein. Der Dialog wird trotzdem fortgesetzt, da es seit Januar 1984 keine Kämpfe mehr zwischen unseren angolischen Kräften und den südafrikanischen gab.

Südafrika rechtfertigt die Anwesenheit seiner Truppen mit den erhöhten militärischen Aktivitäten der Südwestafrikanischen Volksorganisation (SWAPO) in Namibia. Die Vereinbarung von Lusaka zwischen Luanda und Pretoria bezieht sich jedoch nur auf angolisches Territorium und nicht auf Namibia. Die Lösung dieses Problems betrifft Südafrika und die SWAPO.

Namibia — kein gesondertes Problem

Wenn wir von Flexibilität reden, so wollen wir damit zum Ausdruck bringen, daß wir bereit sind, Vereinbarungen auszuhandeln, die die Interessen Angolas berücksichtigen, unsere Unabhängigkeit, die Unversehrtheit des Territoriums und die Sicherheit unserer Grenzen garantieren und die gleichzeitig die Probleme Namibias auf der Basis der Resolution 435 lösen.

Selbstverständlich ist für Angola eine Garantie des Friedens und der Stabilität nur gegeben, wenn eine definitive und auf internationaler Ebene anerkannte Lösung des Namibia-Problems gefunden wird.

FRAGE: Es ist schwer vorstellbar, daß eine Regierung wie die Pretorias, die über eine beachtliche militärische und wirtschaftliche Macht verfügt, einem Vertrag mit einem ihrer Nachbarn zustimmt, ohne daraus nennenswerte Vorteile zu erzielen.

Glauben Sie nicht, daß unter diesen Bedingungen nur ein Kompromiß über den Status Namibias schließlich zu einer breiteren Vereinbarung zwischen Angola und Südafrika führen kann?

E. DOS SANTOS: Mein Standpunkt ist der, daß die Bedingungen zur Lösung des Namibia-Problems klar sind. Sie wäre ein sehr wichtiger Schritt zur Verringerung des Spannungszustandes, der im Südlichen Afrika aufgrund des Apartheidregimes besteht.

FRAGE: Es gibt jedoch keinerlei Anzeichen dafür, daß Südafrika bereit wäre, das Apartheidregime aufzugeben.

E. DOS SANTOS: Gewiß. Das ist jedoch kein Grund, die Apartheid, ein Verbrechen gegen die Menschheit, begangen von einem Regime, das nach rassistischen Kriterien die große Mehrheit der südafrikanischen Bürger diskriminiert, nicht zu verurteilen.

Wir wissen, daß es ein anderes Südafrika gibt und daß die südafrikanische Regierung sich in Schwierigkeiten befindet, da sie den Kampf, der große Bedeutung gewonnen hat, nicht verhindern kann. An diesem Kampf nehmen nicht nur die Schwarzen teil, sondern alle südafrikanischen Bürger, die die soziale Ungerechtigkeit und die Rassendiskriminierung ablehnen.

Unterschied USA-Frankreich

FRAGE: Moçambique hat vor einigen Monaten ein Abkommen mit Südafrika getroffen. Befürworten Sie dies?

E. DOS SANTOS: Dieses Abkommen ist Sache der unabhängigen Regierung von Moçambique. Es steht uns nicht zu, zu beurteilen, ob es den Interessen des Volkes von Moçambique dient oder nicht. Wir wünschen, daß Südafrika sich genau an den vereinbarten Kompromiß hält. Unsere Situation ist sehr verschieden von der Moçambiques.

FRAGE: Die USA, speziell der Staatssekretär für afrikanische Angelegenheiten (Chester Crocker, d; Red.), sind sehr aktiv in der Suche nach einer Lösung des Namibia-Problems. Wie schätzen Sie die Rolle der USA in der Region ein? Sehen Sie die Möglichkeit einer Normalisierung Ihrer Beziehungen zu den USA?

E. DOS SANTOS: Die USA haben die Führung der Gespräche über Modalitäten, die zur Anwendung der Resolution 435 führen können, monopolisiert. Sie nahmen teil an der sog. „Kontaktgruppe“, die ihre Aufgabe erfüllt hat, da die Diskussionen über die Modalitäten zur Anwendung dieser Resolution dank des Generalsekretärs der UNO zum Ziel führten.

Zwischenzeitlich versuchten die USA jedoch, eine Verbindung herzustellen, ein

„linkage“, wie sie sagen, zwischen der Unabhängigkeit Namibias und der Anwesenheit der kubanischen Truppen in Angola.

Es ist klar, daß sie auf jeden Fall nicht die Interessen Angolas oder Namibias, sondern ihre eigenen strategischen Ziele verteidigen. Die so hergestellte Verbindung, die nichts mit der Resolution 435 zu tun hat, ist der Hauptgrund für die Verzögerung bei der Anwendung dieser Resolution.

FRAGE: Wie beurteilen Sie die Rolle Frankreichs in der Namibia-Angelegenheit und allgemein in Fragen des Südlichen Afrikas?

E. DOS SANTOS: Frankreich hat bei der Suche nach einer Lösung des Namibia-Problems eine wichtige Rolle gespielt. Innerhalb der „Kontaktgruppe“ lehnte nur Frankreich die amerikanische Vorstellung des „linkage“ ab. Frankreich hat öffentlich erklärt, warum die Gruppe ihre Aktivitäten einstellen mußte, da alle Probleme, die sie vorgefunden hatte, praktisch gelöst waren.

Zudem ergriff es öffentlich Partei für die berechtigten Forderungen des namibischen Volkes, sowie aller afrikanischen Völker, die die sofortige Durchführung der Resolution 435 verlangen.

FRAGE: Was die UNITA angeht, wie groß sind die Gebiete, die sie tatsächlich kontrolliert? Haben Sie den Eindruck, daß die militärische Situation sich zugunsten der Regierung verändert?

E. DOS SANTOS: Wie Sie wissen, ist die UNITA ein Instrument Südafrikas.

FRAGE: Mit einer starken ethnischen Basis...

E. DOS SANTOS: In der Vergangenheit war die UNITA ein Instrument der portugiesischen Geheimpolizei und der Kolonialtruppen.

Einflußverlust der UNITA

Ihre wichtigste Basis ist das illegal durch Südafrika besetzte Namibia. Und in den Provinzen in der Nähe Namibias hat sich die UNITA festgesetzt. Von dieser Zone aus führt sie Sabotage- und Terrorakte gegen angolanische Siedlungen und gegen die Bevölkerung durch.

Sie erhält massive Unterstützung durch Südafrika in Form von Waffen, Munition, Transportmittel und Experten. Daran beteiligen sich auch portugiesische Offiziere, die im Kolonialkrieg gegen Angola gekämpft und sich nach der Unabhängigkeit nach Namibia oder Südafrika zurückgezogen haben.

Die UNITA vertritt weder ein Volk noch eine ethnische Gruppe. Sie mobilisiert Bauern mit Gewalt, die dann nach Namibia oder Südafrika gebracht werden, wo sie eine militärische Ausbildung erhalten.

Durch die Verbreitung einer Lügenpropaganda, die sich auf den Haß gegen die UdSSR und Kuba stützt und in Ausnutzung ihres niedrigen Niveaus der Schulbildung, des Bewußtseins und der Kenntnisse werden die meisten dieser Leute durch die UNITA betrogen und lehnen es ab, die Realitäten der angolanischen Situation wahrzunehmen.

Es gibt kein ethnisches Problem in Angola. Unsere Regierung integriert die Elemente der verschiedenen Regionen des Landes.

FRAGE: Wie haben Sie auf die Tatsache reagiert, daß die Tschechoslowakei direkte Verhandlungen mit Savimbi über die Befreiung der Geiseln geführt hat?

E. DOS SANTOS: Die tschechoslowakische Regierung erklärte uns, daß sie ausschließlich aus humanitären Gründen handelte, um die Befreiung der zivilen Techniker zu erreichen, die in Angola von der UNITA entführt worden waren.

FRAGE: Wie stark sind Ihres Erachtens augenblicklich die Truppen der UNITA?

E. DOS SANTOS: Das wissen wir nicht.

FRAGE: Sie haben aber doch eine gewisse Vorstellung...

E. DOS SANTOS: Wir wissen, daß es sich um Banditengruppen handelt, die in Südafrika ausgebildet wurden, die sich hauptsächlich in der Provinz Cuando-Cubango festgesetzt haben, von Zeit zu Zeit Terrorakte durchführen und wirtschaftliche Einrichtungen angreifen. Aber wir haben keine Ahnung über ihre Stärke.

FRAGE: Verliert die UNITA an Einfluß oder ist die Situation gleichbleibend?

E. DOS SANTOS: Die UNITA verliert in letzter Zeit zunehmend an Einfluß. Es ist aufschlußreich, ihre Propaganda zu verfolgen.

1980 gab sie als ihr Ziel, Menongue, die Hauptstadt der Provinz Cuando-Cubango, an, mit Luanda als Endziel. Sie sind weder bis Menongue noch nach Luanda gekommen. 1983 erklärte die UNITA ihre Absicht, die Macht in Luanda zu übernehmen.

So soll sie uns doch sagen, welche Hauptstadt sie kontrolliert. Ich rede nicht von unserer Hauptstadt, sondern von irgendeiner wichtigen Stadt.

Wir müssen zugeben, daß es Militäraktionen gibt, sie sind offensichtlich. Aber die Bedeutung, die ihnen im Ausland zugemessen wird, entspricht nicht den Tatsachen. Wir kontrollieren das Land von Cabinda bis Cunene, bis auf die von mir erwähnten Gebiete.

Dies ermöglicht das Funktionieren unserer Regierung, unserer Wirtschaft, und daß wir in diesem Umfang mit dem Westen und den Ländern des Ostens zusammenarbeiten. (...)

(Quelle: Le Monde, Paris, 13.9.1984)

100 Jahre Berliner Kongokonferenz Die koloniale Aufteilung Afrikas



„Was tun, spricht Zeus, die Welt ist weggegeben“, heißt es bei Friedrich Schiller („Die Teilung der Erde“). Gemeint war damit zwar das Pech des verspätet auf den Plan getretenen Poeten, doch gegen Ende des 19. Jahrhunderts bezeichnete das Zitat zutreffend auch den Zustand der kolonialen Aufteilung der Welt unter die Großmächte und eine Anzahl von Staaten wie Portugal, Belgien oder die Niederlande.

Ein gehöriges Stück hatte zu dieser Entwicklung die sog. Kongo-Konferenz beigetragen, die vom 15. November 1884 bis zum 26. Februar 1885 in Berlin getagt hatte – beweihräuchert als „Humanitätsintervention“ gegen die Sklaverei in Zentralafrika und nostalgisch verklärt als möglicher „Ansatz einer gewissen friedlichen Solidarität der europäischen Nationen in der afrikanischen Kolonialpolitik“, so der einflußreiche Historiker Hans Herzfeld noch 1966.

Auslöser Kongo-Okkupation...

Auslöser der Konferenz war der belgische Vorstoß nach Zentralafrika gewesen, genauer: die „Erwerbung“ umfangreicher Gebiete in Zentralafrika durch die 1876 in Brüssel gegründete Association Internationale Africaine, eine Privatgesellschaft, die unter der Losung agierte, den Afrikanern die „Zivilisation“ zu bringen, und unter der Kontrolle des belgischen Königs Léopold II. stand.

Die Okkupation des Kongo-Gebiets fiel

in die Phase des Übergangs der entwickelten europäischen Nationen in ein neues Stadium, vom Kapitalismus der freien Konkurrenz zum monopolistischen Kapitalismus, dem Imperialismus. Ausgelöst durch eine langanhaltende Wirtschaftskrise 1873 verschärfte sich der Wettlauf um gesicherte Absatzgebiete und Rohstoffquellen. Wo bislang im südlich der Sahara gelegenen Afrika effektive Kolonialherrschaft nur eine verhältnismäßig geringe Rolle gespielt hatte, wurden ab Mitte der 70er Jahre zunehmend Gebiete direkter Kontrolle

unterworfen, wurden die noch nicht eroberten Regionen vereinnahmt.

Expeditionen waren Wegbereiter vieler solcher Aktionen – waren es von 1851 bis 1870 erst 56 Erkundungsunternehmen gewesen, so stieg ihre Zahl von 1871 bis 1890 auf 131 an. Eine davon war die Expedition des US-amerikanischen Journalisten Henry Morton Stanley, der 1877, von der ostafrikanischen Küste kommend, nach mehreren Jahren die Kongomündung erreicht hatte: Es gab einen Wasserweg quer durch den Kontinent!

Rede Bismarcks Verpflichtung, der Humanität zu dienen

Bei der Einladung zu der Konferenz hat sich die Kaiserliche Regierung von der Überzeugung leiten lassen, daß alle eingeladenen Regierungen den Wunsch teilen, den Eingeborenen Afrikas den Anschluß an die Zivilisation zu ermöglichen, indem das Innere dieses Kontinents für den Handel erschlossen wird, indem man seinen Bewohnern die (notwendigen) Bildungsmöglichkeiten verschafft, indem man die Missionen und Unternehmungen in der Richtung ermutigt, die notwendigen Kenntnisse zu verbreiten, und indem man vorbereitende Maßnahmen trifft, die Sklaverei, vor allem den Sklavenhandel mit Schwarzen (Eingeborenen), zu beseitigen, dessen schrittweise Abschaffung schon auf dem Wiener Kongreß von 1815 als eine heilige Verpflichtung aller Mächte verkündet worden ist. (...)

Die natürliche Entwicklung des Handels in Afrika läßt den durchaus legitimen Wunsch aufkommen, die zur Stunde noch unerforschten und noch nicht in Besitz genommenen Gebiete für die Zivilisation zu erschließen. Um Auseinandersetzungen zu vermeiden, die sich aus der Tatsache einer neu-

en Besitzergreifung ergeben könnten, sind die Regierungen Frankreichs und Deutschlands der Meinung, daß es zweckmäßig wäre, zu einer Übereinkunft über die Beachtung von Formalitäten zu gelangen, damit neue Besitzergreifungen an den Küsten Afrikas als (rechts-)wirksam angesehen werden können. (...)

Meine Herren, das Interesse, das alle auf dieser Konferenz vertretenen Nationen an der Entwicklung der Zivilisation in Afrika nehmen – ein Interesse, das unaufhörlich durch kühne Forschungsunternehmung, durch die Bewegung des Handels und durch die Opfer und Anstrengungen bekundet wird, die jede Nation für eines dieser Ziele erbringt –, bietet uns Gewähr für einen erfolgreichen Verlauf der Arbeiten, die wir unternehmen, um die Handelsbeziehungen zu regeln und zu entwickeln, die unsere Nationen mit diesem Kontinent unterhalten, und um gleichzeitig der Sache des Friedens und der Humanität zu dienen. (...)

(Quelle: Bremer Afrika Archiv, Hrsg., Die Protokolle der Kongo-Konferenz, Berlin 1884 bis 1885, Bremen 1984)

In zwei weiteren ausgedehnten Expeditionen (1879-81 und 1882-84) raffte Stanley im Auftrag der belgischen Association ein gewaltiges Territorium zusammen.

Mit einer Vielzahl von Verträgen mit einzelnen Häuptlingen, deren Grundmuster Täuschung und Betrug waren, war 1884 im wesentlichen das Gebiet unter den Einfluß Leopolds II. gebracht worden, das sich später als Kongo-Staat, respektive Kolonie Belgisch-Kongo in Zentralafrika breitmachte – eine Landmasse von der achtzigfachen Größe Belgiens. Der belgische Vorstoß rief die Konkurrenz auf den Plan, namentlich Frankreich und England. Im Oktober 1880 war eine französische Kolonialexpedition unter Savorgnan de Brazza Stanley zuvorgekommen und hatte sich am nördlichen Kongo-Ufer festgesetzt – dort, wo die heutige Hauptstadt der Volksrepublik Kongo, Brazzaville, liegt. Stanley antwortete mit der Okkupation des Südufers und legte den Stützpunkt Léopoldville an (das heutige Kinshasa). Aber auch Portugal, das südlich des Kongo seine Kolonie Angola mit Mühe unter Kontrolle zu bringen versuchte, meldete Ansprüche an. Léopold – immer unter der Flagge „Kampf der Sklaverei“ segelnd – sah den Zugang des sich bildenden Kongo-Staats zum Atlantik durch diese Vorstöße gefährdet, zumal, als sich England mit Portugal auf einen Vertrag



Kongo 1907: „Erziehungsmaßnahme“ abgeschlagene Hände – wegen zu geringer Kautschukabgabe

einigte, der die portugiesischen Ansprüche auf die Kongomündung sanktionierte.

Mit diesem Vertrag erhielt England weitgehenden Einfluß auf den Handel im gesamten Kongogebiet und konnte dem französischen Vordringen in West- und Zentralafrika einen Riegel vorschieben: Es hatte einerseits niedrige Zolltarife für alle portugiesischen Afrikabesetzungen ausgehandelt und andererseits für den Kongo und den Sambesi die volle Handels- und Schifffahrtsfreiheit in den Vertragstext formuliert, der freilich noch vom Parlament angenommen werden mußte.

Zugleich waren jedoch für Spirituosen-, Waffen- und Pulvereinfuhren in das Kongo-Becken verhältnismäßig hohe Einfuhrzölle vorgesehen, und damit war ein weiterer Konkurrent herausgefordert.

Im gerade erst 1871 gegründeten Deutschen Reich war es 1883/84 der noch kleinen Gruppierung an Kolonien interessierter Kaufleute und ihren Propagandisten gelungen, die Regierung Bismarck vor allem mit dem Argument zu gewinnen, Kolonien als Absatzgebiete könnten wirtschaftliche Krisen lindern und so letztlich auch die sozialdemokratisch eingestellte Arbeiterschaft kompromißbereiter stimmen.

Dieses erwachte Expansionsinteresse („Unter den afrikanischen Tropen darf der Deutsche deutsch sein und bleiben“, schrieb im August 1884 eine süddeutsche Zeitung) ließ sich gut vereinbaren mit dem Freihandelsinteresse gerade am Kongo-Gebiet.

Deutscher Schnaps in den Tropen

Höhere Zölle aufgrund des portugiesisch-britischen Vertrags hätten vor allem den Handel deutscher Kaufleute dort getroffen. Die größte am Kongo Handel treibende Firma war ein Rotterdamer Unternehmen, gefolgt von Häusern aus Liverpool.

Jedoch stammten etwa 2/3 der von der „Nieuwe Afrikanische Handelsvennot-

schap“ und anderen holländischen Unternehmen in den Kongo gelieferten Waren aus Deutschland. Und darunter nahmen minderwertiger Kartoffelschnaps – von Friedrich Engels für Preußen als das bezeichnet, „was Eisen- und Baumwollwaren für England sind, der Artikel, der es auf dem Weltmarkt repräsentiert“ – sowie Waffen und Munition die Spitzenpositionen ein.

Für die afrikanische Bevölkerung hatte der Schnapsimport verheerende moralische und physische Folgen. Die Waffeneinfuhren wiederum stärkten in erster Linie kollaborationswillige Häuptlinge und ihre Stämme, die sich an der Unterwerfung anderer Völker beteiligten. Insofern wäre dem englisch-portugiesischen Zolltarif eine wengleich ungewollte „humanitäre“ Wirkung nicht abzuspüren gewesen.

„Freihandel“ für Woermann, Lüderitz

Ein Hauptprofiteur des Handels mit dem Kongo war die Hamburger Woermann-Schiffahrtlinie.

Ihr Inhaber, Adolph Woermann, forderte schon am 1. März 1883 in einer Eingabe an die Berliner Regierung einen diplomatischen Protest gegen die portugiesischen Absichten, damit „die so sehr wichtige Kongomündung mit dem großen bevölkerten Hinterlande für den deutschen Handel und die deutsche Industrie“ nicht „ganz verloren“ gehe. Die Hamburger Handelskammer regte die Neutralisierung der Kongomündung an. Die Parole „Freihandel“ hinderte jedoch Woermann nicht daran, 1883 ebenfalls für deutsche Gebietsannexionen im Kongo-Becken einzutreten. Die „Afrikanische Gesellschaft in Deutschland“ stellte im selben Jahr ein ganzes Programm für eine deutsche Intervention, um „vornehmlich die südlich vom Kongo gelegenen Länder der deutschen Kultur zu erschließen“.

Die Aufteilung Afrikas 1880–1913



Generalakte der Kongokonferenz

Seine Majestät der Deutsche Kaiser, König von Preußen, Seine Majestät der Kaiser von Österreich, König von Böhmen etc. und Apollonischer König von Ungarn, Seine Majestät der König der Belgier, Seine Majestät der König von Dänemark, Seine Majestät der König von Spanien, der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika, der Präsident der Französischen Republik, Ihre Majestät die Königin des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Irland, Kaiserin von Indien, Seine Majestät der König von Italien, Seine Majestät der König der Niederlande, Großherzog von Venedig etc., Seine Majestät der König von Portugal und Algarven etc., Seine Majestät der Kaiser aller Russen, Seine Majestät der König von Schweden und Norwegen etc. und Seine Majestät der Kaiser der Osmanen.

in der Absicht, die für die Ermöglichung des Handels und der Zivilisation in gewissen Gegenden Afrikas günstigen Bedingungen im Weitesten gegenseitigen Einverständnis zu treffen und allen Völkern die Vorteile der freien Schifffahrt auf den beiden hauptsächlichsten, in den Atlantischen Ocean verlaufenden Afrikanischen Strömen zu sichern; andererseits von dem Zwecke geleitet, Mißverständnissen und Streitigkeiten vorzubeugen, welche in Zukunft durch neue Entdeckungen an den Afrikanischen Küsten entstehen könnten und zugleich auf Mittel zur Lösung der rühmlichen und materiellen Wohlthat der eingeborenen Völkerschaften bedacht, haben in Folge der von der Kaiserlich Deutschen Regierung im Einverständnis mit der Regierung der Französischen Republik an Sie erlangenen Einladung beschloffen, zu diesem Zweck eine Konferenz in Berlin zu veranstalten und haben nach einander berathen und angenommen:

- 1) eine Erklärung, betreffend die Freiheit des Handels in dem Becken des Kongo, seinen Abhängungen und den angrenzenden Ländern, nebst einigen damit zusammenhängenden Bestimmungen;
- 2) eine Erklärung, betreffend den Sklavenhandel und die Operationen, welche zu Lande oder zur See diesem Handel Sklaven zuführen;
- 3) eine Erklärung, betreffend die Neutralität der in dem konventionellen Kongobecken einbezogenen Gebiete; (...)

Kapitel VI

Erklärung, betreffend die wesentlichen Bedingungen, welche zu erfüllen sind, damit neue Beherrschungen an den Küsten des Afrikanischen Festlandes als effektiv betrachtet werden.

Artikel 34.

Diejenige Macht, welche in Zukunft von einem Gebiete an der Küste des Afrikanischen Festlandes, welches außerhalb ihrer gegenwärtigen Beherrschungen liegt, Besitz ergreift, oder welche, bisher ohne dergleichen Beherrschungen, solche erwerben sollte, desgleichen auch die Macht, welche dort eine Schutzherrschaft übernimmt, wird den betreffenden Mächten mit einer an die übrigen Signatarmächte der gegenwärtigen Akte gerichteten Anzeige beileiten, um dieselben in den Stand zu setzen, gegebenenfalls ihre Reklamationen geltend zu machen.

Artikel 35.

Die Signatarmächte der gegenwärtigen Akte anerkennen die Verpflichtung, in den von ihnen an den Küsten des Afrikanischen Festlandes besetzten Gebieten das Vorhandensein einer Obrigkeit zu sichern, welche hinreichend am erwerbenden Rechts sind, gegebenenfalls, die Handels- und Durchgangsfreiheit unter den Beherrschungen, welche für letztere vereinbart worden, zu sichern.

„Deutsch-Ostafrika“ Neger muß sich fügen

„Man darf niemals vergessen, daß die ganze Verwaltung von Kolonien nur dazu da ist, um eben die Grundlagen für wirtschaftliche Unternehmungen zu bieten. (...) Die Verwaltung der Kolonie soll nichts sein als ein Apparat, um es möglich zu machen, gewinnbringende Unternehmungen des Mutterlandes durchzuführen...“

Ostafrika-Eroberer Carl Peters
(Quelle: ebenda, S. 29)

„Hier im Innern des Schutzgebietes ist zur Zeit noch Ruhe unter den Eingeborenen, jedoch ist dieser Ruhe nicht zu trauen.

Die sogenannte Tributarbeit, über deren Zeitdauer keine richtig strenge Kontrolle herrscht, haßt der Neger bis aufs tiefste, er muß sich derselben jedoch fügen, sonst wird ihm sein Vieh fortgenommen und seine Hütte mit allem was darin ist verbrannt. Er hat kein Obdach für sich und die Seinen, sein Getreidevorrat ist vernichtet mit seinem Haus, und er kann dann in die Pori (Busch) gehen und mit seinem Weib und Kind verhungern.“

Walter Liebling, Bergwerkswächter des ostafrikanischen Irangi-Syndikats, am 3.10.1905 in einem Bericht an die Direktion der Disconto-Gesellschaft

(Quelle: F.F. Müller, Kolonien unter der Peitsche, Berlin 1962, S.49)

In den entstehenden Kolonialverbänden in Deutschland zeichnete sich der Einfluß des Finanzkapitals zunehmend deutlicher ab, nachdem die ersten kolonialen Vorstöße noch stark von Einzelinitiativen geprägt waren – sei es die Inbesitznahme von Angra Pequena an der südwestafrikanischen Küste durch den Bremer Kaufmann Lüderitz, sei es die Unterwerfung von Gebieten in Ostafrika durch den psychopathischen Kolonialisten Carl Peters. Als Vermittler Bismarcks in der Kongofrage agierte u.a. dessen Hausbankier Bleichröder. Den 1882 gegründeten Deutschen Kolonialverein beherrschten bereits neben Aristokraten Vertreter der Schwerindustrie und des Bankkapitals.

Am 22. April 1884 erhielt der britisch-portugiesische Vertrag den Stoß, der ihn in Anbetracht des Widerstands Frankreichs und Deutschlands zunichte machen mußte.

Bismarcks diplomatischer Triumph

Die Regierung der USA erkannte die Association als faktisch regierende Gewalt am Kongo an, nachdem Léopold eindrucksvoll bekundet hatte, die Handelsfreiheit in dem entstehenden Kongo-Staat zu garantieren. Neben dem Expeditionsleiter Stanley hatte vor allem General H.S. Sanford, der ehemalige Botschafter Washingtons in Brüssel und ein eingetragener Berater der Association, in den USA für eine geneigte Stim-

mung im Kongreß gesorgt.

Das Londoner Parlament und die Regierung Englands sahen sich international weitgehend isoliert, während Bismarck geschickt den französischen Wünschen entgegenkam und auch die Frage nach der Handelsfreiheit auf dem westafrikanischen Nigerfluß ins Spiel brachte, dessen unteren Lauf England und dessen übriges Einzugsgebiet Frankreich beherrschte.

Portugal rückte gleichfalls von dem Vertrag ab und befürwortete nun eine internationale Konferenz, um zu verhindern, daß Frankreich „Herr des ganzen Flußgebiets“ werde.

Diese Befürchtung war nicht unbegründet, denn Frankreich hatte mit der Association eine Vereinbarung getroffen, die Erwerbungen Stanleys anzuerkennen, dafür aber ein Vorkaufsrecht erhalten für den Fall, daß die Association zusammenbrechen sollte.

Die Reichsregierung nutzte die Gunst der Stunde, vor allem Englands zeitweilige Schwächung. In Südwestafrika wurde im April, in Togo und Kamerun im Juli 1884 die Reichsflagge gehißt, um die



Reichsflaggenhissung in Kamerun 1884

kolonialen Ansprüche zu untermauern. In Ostafrika verbreitete Carl Peters mit seinen Kolonnen Schrecken – er wurde als „Hängepeters“ berüchtigt –, und am 27. Februar 1885 erhielt auch dieses Gebiet den kaiserlichen Schutzbrief. Ähnlich wie in Ostafrika stießen die deutschen Kolonialherren auch in Kamerun auf erbitterten Widerstand, nachdem die betrogenen Einheimischen erkannt hatten, was es mit den Verträgen auf sich hatte. Erst im Dezember 1884 konnten sich die deutschen Herren nach der Landung von Marineeinheiten und nach einem Gemetzel unter den Einwohnern

im Küstengebiet festsetzen.

Da war die Kongo-Konferenz bereits im Gange.

Eingeladen – und die Konferenz eröffnet – hatte Bismarck in der Rolle des Vermittlers. Gefolgt waren Delegationen aus England, Frankreich, Italien, Österreich-Ungarn und Rußland sowie aus den USA, Spanien, der Türkei, Holland, Dänemark, Schweden und Norwegen sowie der beiden unmittelbaren Kontrahenten Belgien und Portugal.

Mitglied der deutschen Delegation – als „technischer Delegierter“ – war Adolph Woermann. In der Delegation der USA

Kolonialpraktiken in Kamerun Bei Widerstand vernichten

In einem auf Aktenmaterial gestützten Bericht über Einsätze der deutschen „Schutztruppe“ 1893 in Kamerun unter dem Kommando Wehlans, die sich gegen die unfugbaren Bakoko und Mabea richteten, heißt es: „Über den weiteren Verlauf der Kämpfe hieß es im Gefechtsbericht Wehlans: 'Etwa eine Stunde vor Majesse erhielten wir starkes Gewehrfeuer von beiden Seiten. Bald darauf stieß ich auf Fallgruben, Glasscherben waren in Unmengen auf die Wege gestreut, spitze Bambusstäbe in die Erde gestoßen. Den Abschluß der Befestigung bildete eine 12 Fuß hohe Palisade aus dicken Stämmen. Je näher wir an Majesse heranrückten, desto heftiger wurde das gegnerische Feuer.'

Als auch Majesse mit Hilfe der Artillerie genommen worden war, stieß Wehlan bei Mbele 'auf heftigen Widerstand. Das Dorf wurde gänzlich zerstört. Jeneka, ein aus acht selbständigen Teilen bestehendes Dorf, vermochte ich erst nach hartnäckigem Kampfe, wobei es zum regelrechten Handgemenge kam, zu erobern. Bandi, ein wohlhabendes, aus neun selbständigen Teilen bestehendes Dorf, wurde dem Erdboden gleichgemacht, – einige Gefangene ließ ich erhängen.'

Dieser Vernichtungsmarsch Wehlans dauerte 17 Tage. Das Ergebnis waren Hunderte von Toten und Verwundeten, verbrannte Dörfer und vernichtete Plantagen. King Benga, das Haupt des Widerstandes, der während der Kämpfe in Gefangenschaft geriet, wurde auf Befehl Wehlans umgebracht.

Ferner wurde ebenfalls festgelegt, wieviel Arbeiter jeder Häuptling für das Gouvernement stellen und wieviel Kilo Kautschuk bzw. Elfenbein als 'Strafe' gezahlt werden mußten. Bis Mitte des Jahres 1893 hatten die Mabea an das Gouvernement geliefert: 2.012 kg Elfenbein, 25.230 kg Wildkautschuk und 232 Arbeiter auf ein Jahr. Insgesamt überstiegen die Forderungen der Kolonialisten bei weitem die Leistungsfähigkeit der Mabea. Darauf wies ein mit den Verhältnissen des Stammes wohlvertrauter Missionar den Gouverneur in einem Schreiben hin, in dem es hieß: 'Betreffs der Durchführbarkeit der mit den Mabeas abgeschlossenen Friedensverträge, erlaube ich mir ergebenst zu bemerken, daß ich dieselben für undurchführbar halte.' Der Hinweis wurde bei der Eintreibung der weiteren Zahlungen nicht berücksichtigt.'

(Quelle: R. Kaeseltz, Kolonialeroberung und Widerstandskampf in Südkamerun (1884-1907), Berlin 1968, Bd.2, S. 16ff.)



ERNESTO CHE GUEVERA

DER NEUE MENSCH

ENTWÜRFE FÜR DAS LEBEN IN DER ZUKUNFT

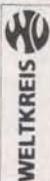
176 SEITEN, 12,80 DM



Che Guevara, der „Revolutionär ohne Grenzen“, schloß sich Fidel Castro in dem Bewußtsein an, daß jahrhundertelange Unterdrückung und Ausbeutung nicht durch soziale Reformen, sondern allein durch die grundlegende Umgestaltung der Gesellschaft beseitigt werden können. Revolution schien ihm nie Selbstzweck zu sein, sondern er sah in ihr die einzige Möglichkeit zum Aufbruch in eine menschliche Zukunft. Aber das verlangt zugleich den „neuen Menschen“. Che Guevaras Entwürfe für das Leben in der Zukunft, die hier zum großen Teil erstmals in deutscher Sprache erscheinen, bieten wichtige Ansätze zur Diskussion über Chancen und Perspektiven einer menschenwürdigen Gesellschaft.

Im Buchhandel
erhältlich

Postfach 789
46 Dortmund



Deutsche „Schutz“truppen 1884 in Kamerun: Politik der verbrannten Erde

befanden sich auch zwei bekannte Experten: Stanley und Sanford, die so für die offiziell nicht vertretene Association wirken konnten – da die Hauptarbeit in den Ausschüssen stattfand, ein gedeihlicher Umstand.

Die belgische Position, also die Interessen Léopolds, der sich der Interessenge-

gensätze der Großmächte geschickt bediente, war von vornherein günstig. Denn sie bot eine Basis, die keine der rivalisierenden Mächte übervorteilte.

Für Bismarck wurde die Konferenz zu einem diplomatischen Triumph. Sie stellte einen Kompromiß zwischen den verschiedenen Ansprüchen dar, wobei

Bibel und Flinte

Was treiben wir Deutschen in Afrika?

Hört, hört!

Die Sklaverei wird von uns allda
zerstört.

Und wenn so ein Kaffer von uns nichts will,
Den machen wir flugs auf ewig still.

Piff paff, piff paff, hurra!

O glückliches Afrika!

Wir pred'gen den Heiden das Christentum.

Wie brav!

Und wer's nicht will glauben, den bringen wir um
Piff, paff!

O selig die „Wilden“, die also man lehrt

Die „Christliche Liebe“ mit Feuer und Schwert

Piff paff, piff paff, hurra!

O glückliches Afrika!

Wir haben gar „schneidige Missionär“,

Juchhei!

Den Branntwein, den Krupp und das Mausergewehr

Die drei.

So tragen „Kultur“ wir nach Afrika.

Geladen! Gebt Feuer! Halleluja!

Piff paff, piff paff, hurra!

O glückliches Afrika!

Das Lied entstammt dem „Demokratischen Liederbuch“, das 1898 in Stuttgart erschien. Melodie: „Es klappert die Mühle...“

die Portugals nur mehr als Manövriermasse eine Rolle spielten.

Léopold hatte für seine Position mit der Zusage geworben, der Kongo-Staat besitze „internationalen Charakter“, und Neutralität, freien Handel für alle Nationen, Zollfreiheit, Verbot des Sklavenhandels und die Zulassung jedweder christlicher Missionen versprochen. Am Ende der Konferenz folgten die Teilnehmerstaaten dem Beispiel der USA und Deutschlands, das im Oktober 1884 die Anerkennung der Association vollzogen hatte.

Das Schlußdokument, die „Kongo-Akte“ (siehe Faksimile) hob den Kongo-Staat aus der Taufe, welcher freilich bis 1908 ein reines Privatunternehmen des belgischen Königs bleiben sollte, und in dem sich auch etliche andere schön klingende Absichtserklärungen verflüchtigen sollten.

Die Formulierung, daß die Kolonialmächte „für Frieden und Gerechtigkeit“ eintreten sollten, war erst gar nicht in den Text der Akte aufgenommen worden. Zur Sklaverei hieß es lediglich, daß der Handel, um Sklaven für den überseeischen Markt zu beschaffen, unterbunden werden sollte, nicht aber die „Institution“ der Sklaverei unter den Afrikanern selbst – eine Forderung Bismarcks.

Noch Jahre später transportierte übrigens die Woermann-Linie Sklaven und Kriegsgefangene des Königs von Dahomey in den Kongo, wo sie als Zwangsarbeiter weiterverkauft wurden.

Schacher der „Kongo-Akte“

Ein weiteres Element der Konferenz war der Schacher mit Territorien. Portugal erhielt nördlich der Kongo-Mündung Cabinda zugesprochen, Frankreich für sein Kolonialgebiet gegen Entschädigung ein Teilstück des Kongo. Grenzen wurden festgelegt, unter deren alle Gegebenheiten ignorierendem Charakter die heutigen Staaten Afrikas immer noch zu leiden haben.

Bismarcks Erfolg war dagegen die Schaffung einer gewaltigen Freihandelszone in Zentralafrika, die auf 20 Jahre von allen Einfuhrzöllen befreit bleiben sollte, also auch für preußischen Schnaps und Waffen. Sie umfaßte vor allem die Gebiete der heutigen Staaten Zaire (Kongo-Kinshasa), VR Kongo, Uganda, Kenia, Tansania, Teile von Angola und Moçambique sowie Sambia und einige kleinere Staaten und Landesteile.

Die Völker der betroffenen Gebiete waren selbstredend nicht gefragt worden. Sie blieben, vor allem im Kongo, dem Objekt dieser „Humanitätsintervention“, Opfer von Zwangsverschleppung

und -arbeit.

1887 schloß Stanley ausgerechnet mit dem größten arabischen Sklavenhändler im östlichen Kongo-Gebiet ein Abkommen, das diesen zum kongostaatlichen Gouverneur seines Einflußgebiets machte.

In Deutsch-Ostafrika wurden der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft (DOAG) bei der Ausfertigung des Schutzbriefs unmittelbar nach Konferenzende erst gar keine humanitären Auflagen gemacht, obwohl ihr Tätigkeitsgebiet sich mit dem in der „Kongo-Akte“ definierten Gebiet überschneidet (die DOAG wurde erst in den 70er Jahren dieses Jahrhunderts von einer „Kolonialgesellschaft“ in eine normale AG umgewandelt).

1888 bereits führte das brutale Vorgehen der DOAG zu einem der größten Aufstände in der Geschichte der Kolonie.

Im selben Jahr erhoben sich in Südwest-

afrika (Namibia) auch erstmals die Herero-Stämme gegen die Kolonialherren. 1904 konnte die deutsche „Schutzmacht“ den Aufstand der Herero und Nama unter ihren Führern Maharero, Witboi und Morenga nur in einem Blutbad sondergleichen ersticken. Und der Unabhängigkeitskampf des namibischen Volkes ist noch immer im Gange.

Eine Intervention mit „humanitärem“ Anstrich mußte der Kongo acht Jahrzehnte nach der Kongo-Konferenz noch einmal über sich ergehen lassen: von 1960 bis 1965 überzogen belgisches Militär, US-Bombenflugzeuge und Söldner aus verschiedenen Ländern das Land mit Gewalt und Terror.

Der Zweck war ein ähnlicher: Den Kongo im Einflußbereich der Interessen zu halten, die nun als „westliche“ das neokoloniale Erbe der Weltaufteiler von damals verwalteten.

Lesebuch Dritte Welt Band 1

Hrsg. von L. Lutze u. a.
Eine Auswahl von Texten aus afrikanischen, asiatischen und lateinamerikanischen Entwicklungsländern.
4. Tb.-Auflage, 352 S.,
pht 2, DM 12,80

Helgard Patemann
Lernbuch Namibia
Deutsche Kolonie 1884-1915
264 Seiten, Format A4, mit über 500 Bildern und Dokumenten, DM 19,80
Das Buch zeigt auf, welche Verantwortung den Politikern und den Menschen in der BRD für die Menschen in Namibia zukommt.



Lesebuch Dritte Welt Band 2

Hrsg. von P. Schultze-Kraft u. a.
Neue Texte aus Afrika, Asien, Lateinamerika.
Originalausgabe, ca. 356 S.,
pht 18, ca. DM 16,80

Ruth Weiss/Hans Mayer
Afrika den Europäern!
Von der Berliner Kongo-Konferenz 1884 ins Afrika der neuen Kolonisation.
224 Seiten, Großformat, Text-Bild-Band (DIN A4),
DM 28,80
Das Buch ist großzügig mit historischem Bildmaterial ausgestattet.



Zur Situation der Kinder in der Welt

Herausgegeben von James P. Grant
208 Seiten, Großformat, durchweg zweifarbig, mit zahlreichen Tabellen, Abbildungen, Schautafeln, DM 19,80

Beatrice Ingermann
Teegrün ist mein Land
Ein Mädchen aus Sri Lanka erzählt
Gemeinsam herausgegeben mit „Brot für die Welt“ und „terre des hommes“
40 Seiten, Großformat, viele farbige und s/w Fotos,
DM 14,80

M. Obländer/H. Schulz/
A. Skármeta (Hg.)
**Zeit der Dürre –
Zeit des Regens**
Entwicklungspolitisch (Vor-)
Lesebuch 176 Seiten,
pht 14, DM 9,80

Albert Tévoédjrè
Armut – Reichtum der Völker
Einführung von Jan Tinbergen
Vorwort v. Dom Helder Camara
Aus dem Franz. von Renate Smit-Krefting. 214 Seiten,
Taschenbuch, DM 12,80

Ronald Daus
**Die Erfindung des
Kolonialismus**
Eine unverzichtbare Kulturgeschichte der Begegnung Europas mit Asien. 384 Seiten,
Taschenbuch, DM 24,80

Dialog Dritte Welt (Band 21)
Es'kia Mphahlele

Chirundu
Roman aus Südafrika
Aus dem Englischen von Ulrich Wittmann. Mit einem Nachwort von Wolfram Frommlet. ca. 256 Seiten,
Taschenbuch, ca. DM 16,80

Dialog Dritte Welt (Band 24)
Eduardo Galeano

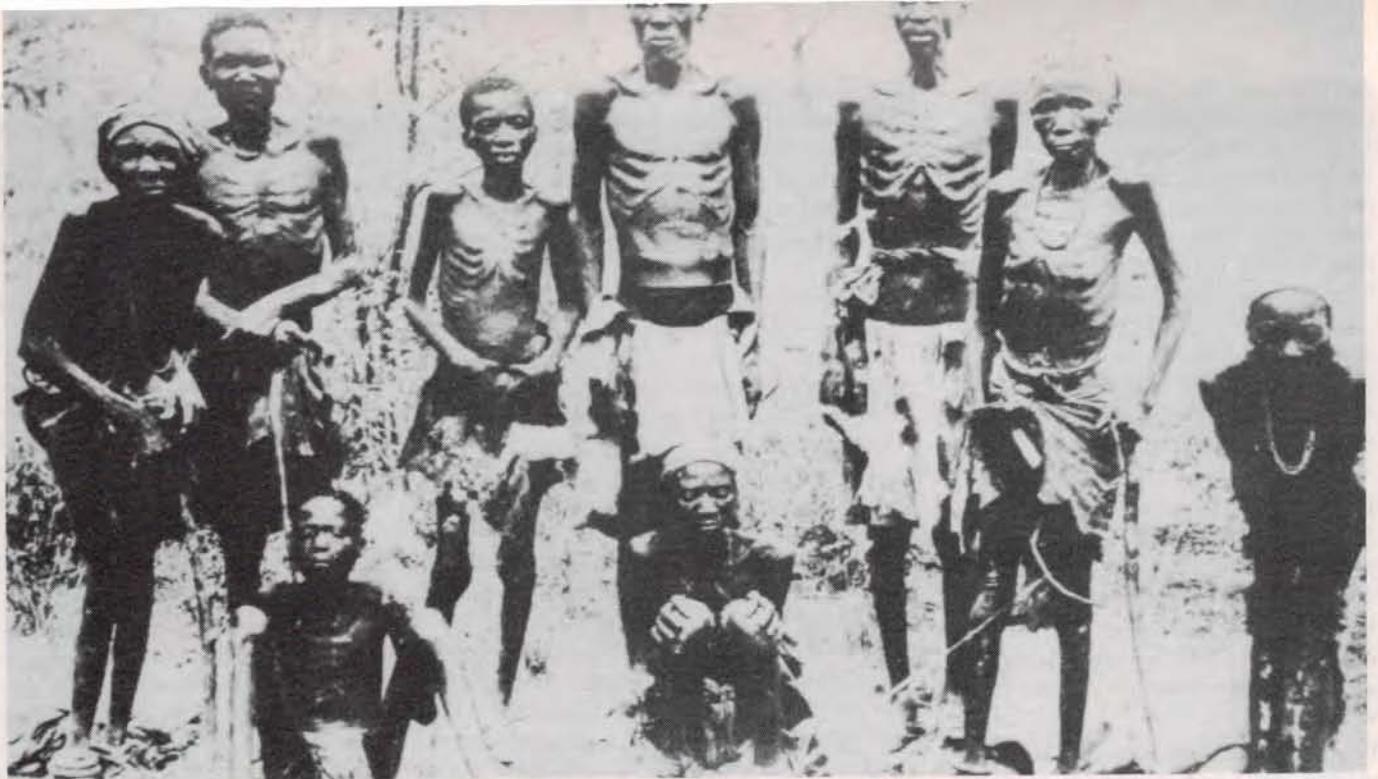
**Tage und Nächte
von Liebe und Krieg**
Autobiografischer Bericht
Aus dem Spanischen von Gunhild Nigggestich
200 Seiten, Taschenbuch,
ca. DM 14,80



Jugenddienst-Verlag Peter Hammer Verlag

Postfach 20 04 15
5600 Wuppertal 2

Bitte fordern Sie unser
Gesamtverzeichnis an!



Ausgehungerte Überlebende des Hererokriegs, die von den Truppen Trothas in Scharen in die Trockengebiete getrieben wurden

Henning Melber

Apartheid in Namibia – eine deutsche Kulturleistung

Das wohl am härtesten von der deutschen Kolonisierung in Afrika betroffene Volk ist das Namibias. Deutsche „Schutztruppen“ leisteten bereits vor dem 1. Weltkrieg die „Vorarbeit“ für die bis heute andauernde Unterdrückung durch das südafrikanische Besatzerregime. Henning Melber und Prof. Manfred O. Hinz von der Anti-Apartheid-Bewegung legten dazu auf der Kölner Konferenz zum Südlichen Afrika aufschlußreiche Materialien vor.

„§ 1. Der Reichskanzler und mit seiner Genehmigung der Landeshauptmann sind ermächtigt, bestimmte, innerhalb des südwestafrikanischen Schutzgebietes gelegene, Eingeborenen gehörige oder der Regierung zur Verfügung stehende Ländereien für das unveräußerliche Eigentum eines Eingeborenstammes oder Verbandes von Stämmen zu erklären und zu Wohnplätzen für die zum Stamm oder Verbands gehörigen Personen vorzubehalten (Reservate). Die hierzu geschaffenen Reservate sind alsbald unter möglichst genauer Bezeichnung der Grenzen öffentlich bekannt zu geben.

§ 2. Die innerhalb eines Reservates gelegenen Grundstücke können, unbeschadet bereits erworbener Rechte Dritter, nur mit Genehmigung des Landeshauptmannes Gegenstand von Rechtsgeschäften zu Gunsten Fremder bilden. Aus anderen Rechtsgeschäften finden Zwangsvollstreckung zu Gunsten Fremder weder in die Grundstücke selbst, noch in deren räumlich davon noch nicht getrennte Zubehörstücke statt.

§ 3. Kein Fremder darf ohne Erlaubnis des Landeshauptmannes in dem Reservat wohnen, Land in Benutzung nehmen oder Handel und Gewerbe dortselbst treiben.

§ 4. Fremde im Sinne dieser Verordnung sind alle nicht zu demjenigen Stamm gehörigen Personen, für welche das Reservat nach § 1 dieser Verordnung geschaffen worden ist.“¹

Apartheid ist in der öffentlichen Wahrnehmung untrennbar mit der spezifischen Herrschaftsform der südafrikanischen Buren verknüpft, und dennoch reicht deren Geschichte im Falle Namibias weiter zurück. Es war das deutsche Kultursystem, das die Basis der Apartheidstrukturen schuf und diese als Herrschaftsmodell hinterließ.

Zwangsumsiedlung in Reservate

Von der deutschen Kolonialverwaltung wurde bereits Ende des 19. Jahrhunderts die Zwangsumsiedlung afrikanischer Stammesverbände in räumlich festgelegte Reservate betrieben. Diese Reservate beschränkten die Bewegungsfreiheit der autochtonen Bevölkerungsgruppen drastisch und ermöglichten dem kolonialen Herrschaftsapparat eine besondere Kontrolle.

Aufgrund der deutschen Pläne, „Deutsch-Südwestafrika“ zur Siedlungskolonie auszubauen, wurde im Zuge dieser Reservatsbildung allerdings sorg-

fältig darauf geachtet, daß bei Gebietszuweisungen keine Kollision mit dem Eigeninteresse der deutschen Verwaltung entstand. So sprach der damalige Gouverneur Leutwein in einem Bericht vom 23. August 1900 an die Kolonialabteilung die Empfehlung aus: „Niemals Plätze zum Reservat erklären, bei welchen eine künftige Besiedlung durch Weiße zu erwarten ist.“²

1902/03 erfolgte die Bildung eines Reservats mit einer Fläche von 50.000 Hektar (ha) für die Angehörigen der Rooinasie („Rote Nation“), einem weiteren Nama-Verband, in Hoachanas. Im Juli 1902 wurden Vorschläge für die Bildung von insgesamt vier Reservaten im Herero-Gebiet ausgearbeitet. Im Dezember 1903 erfolgte die amtliche Proklamation eines 131.500 ha großen Gebietes bei Otijimbingwe zum Herero-Reservat.

Bei der „Ursachenforschung“ in bezug auf die anticolonialen Kriege der Herero und Nama zwischen 1904 und 1907 wurde neben einer Reihe anderer Faktoren auch immer wieder die Landfrage als eine der zentralen existentiellen Bedrohungen für die schwarze Bevölkerung angeführt.

Ganz sicher war die Reservatspolitik als erste Maßnahme einer „getrennten Entwicklung“ einer der wesentlichen

Gründe für den landesweiten Widerstand.

Mit dessen brutaler und kompromißloser Niederwerfung waren die letzten Reste der traditionellen Existenzgrundlagen der Stammesverbände endgültig zerstört. Auf den Trümmern der afrikanischen Gesellschaftsformationen begann die Kolonialverwaltung nun mit preußischer Systematik und Gründlichkeit das neue System zu errichten, das, orientiert an den Bedürfnissen der weißen Siedlerschaft und des kolonialen Verwaltungsapparates, daran ging, die bereits in Ansätzen praktizierte Rassenrennungspolitik in allen sozialen, politischen und kulturellen Bereichen rigoros durchzusetzen.

Ein 1905 erlassenes Gesetz verbot die Schließung von Mischehen und verankerte somit die ohnehin bereits bestehende soziale Trennung entlang der Hautfarbe auch im Bereich des gesetzlichen Überbaus. Weiterhin zielte ein Großteil der bereits erlassenen Bestimmungen neben der wirtschaftlichen Entmachtung und dem damit verbundenen Zwang zur Lohnarbeit bei den Weißen darauf ab, den Zusammenhang der Stämme untereinander zu zerreißen.

1906 wurde allen Nicht-Ovambo der Zutritt zum Ovamboland verboten, im gleichen Jahr wurde im deutschen Reichstag von der Kolonialverwaltung beschlossen, die besiegten Afrikaner von Land und Vieh zu enteignen. Damit wurde den Stämmen die letzte Möglichkeit genommen, eine – sei es auch nur bescheidene – Fortsetzung ihrer gewohnten Produktionsweise und Wirtschaftsform zu praktizieren. Die Weißen waren gestellt, die Domi-

Aus: Stern



Die Vergangenheit lebt
Für den erstürmten Herero-Dorfbau in Swakopmund wird noch heute in vierwöchigen und deutschen Besatzung die Kaiserliche Schutzverpflichtung erfüllt. Swakopmund hat von einer Stille zu einem am meisten im deutschen Charakter bewahrt.

Manfred O. Hinz

Der deutsche „Schutz“vertrag für Südwest

Am 1. Mai 1883 und am 25. August 1883 wurden die ersten sog. Kaufverträge über namibisches Land zwischen dem Bremer Kaufmann F.A.E. Lüderitz, vertreten durch Heinrich Vogelsang, und Josef Frederiks aus Bethanien geschlossen.

Sie dokumentierten den „Landerwerb“ von Lüderitz ungeachtet ihrer rechtlichen Fragwürdigkeit: Ihr Inhalt „Landverkauf“ widersprach der traditionellen namibischen Vorstellung, zudem wurde Frederiks unter Ausnutzung eines Irrtums (der zweite Vertrag bemißt das abgetretene Land nach der „geographischen“ Meile, die Frederiks für gleichbedeutend mit der englischen hielt) auf eine fünfmal größere Landabtretung festgemacht.

Am 24. April 1884 wies Bismarck den Konsul des deutschen Reiches in Kapstadt an, die Lüderitzschen „Erwerbungen“ in Südwestafrika als unter deutschem Schutz stehend zu erklären.

Am 28. Oktober 1884, wenige Tage vor der Berliner Afrika-Konferenz (sie begann am 15. November 1884 und verabschiedete mit ihrer Schlußakte ein für Ordnung und Geist des Kolonialismus entscheidendes Dokument) schließlich schloß Dr. G. Nachtigall als Kaiserlicher Generalkonsul und Kommissar für die Westküste von Afrika mit Josef Frederiks einen „Schutz- und Freundschaftsvertrag“.

Auch wenn es aus unserer Sicht heute, in der noch immer allenthalben vom Lüderitzschen „Erwerb“ in dem Sinne die Rede ist, daß man den Beginn der kolonialen Landnahme Deutschlands in Namibia unter einem Rechts„normalen“ Titel zu sehen habe, wichtig ist, die Qualität der verschiedenen Kauf-, Schutz- und Freundschaftsverträge zu analysieren, zu Beginn des Kolonialismus ging es mitnichten um eine Legitimation in der bürgerlichen Rechtslehre-

samkeit.

Die in der Berliner Afrika-Konferenz Versammelten verstanden sich sehr deutlich als die Träger einer zivilisatorischen Mission, deren offen ausgesprochener selbstverständlicher Bestandteil wirtschaftliche Interessen waren, und die ein „Recht zur Kolonialisierung“ begründete. Demgegenüber ist das Souveränitätspathos das im oben erwähnten Schutz- und Freundschaftsvertrag vom 28. Oktober 1884 „Seine Majestät den großdeutschen Kaiser“ und den „unabhängigen Beherrscher von Bethanien in Groß-Namaqualand“ auf eine Stufe stellt, in seiner Interessengebundenheit mehr als durchsichtig.

Bismarck selbst hat in anderem, aber vergleichbarem Zusammenhang (im Hinblick auf die von Carl Peters in Ostafrika bewirkten Verträge) von dem mit „Negerkreuzen“ versehenen Papieren gesprochen, die für ihn alleingekommen keineswegs politische oder rechtliche Folgen bedingten. Die Bedeutung all dieser Verträge lag allein darin begründet, im Bedarfsfall eine Einstiegsmöglichkeit in ein als Kolonie gewünschtes Territorium zu haben, und zwar mit der Folge, daß sie insbesondere den Ausschluß anderer kolonialer Interessen erlaubte.

In diesem Jahr, 100 Jahre nach 1884, ist Namibia immer noch Kolonie. Die heutige Kolonialmacht Südafrika, die das Land trotz unbestreitbar bindender Entscheidung der Vereinten Nationen widerrechtlich besetzt und in Abhängigkeit hält, versucht in jüngster Zeit im Südlichen Afrika unter anderem auch mittels Verträgen, die den Bezug auf die Verträge der Jahre 1883 und 1884 rechtfertigen, Namibia vor der Unabhängigkeit für die das namibische Volk streitet, zu „bewahren und zu schützen“, indem es diesen Kampf zu neutralisieren sucht.

nanz der weißen Siedler in allen Sphären gesichert. Hauptproblem der künftigen Entwicklung war nun die Lösung der Arbeiterfrage, auf die sich die Verwaltung vorrangig zu konzentrieren hatte und die sich mit der Entdeckung der Diamantenvorkommen 1908 und dem daraufhin einsetzenden Aufbau einer arbeitsintensiven Diamantenindustrie noch zuspitzte.

„Maßregeln“ für Eingeborene

Grundlage für die künftige Versorgung mit Arbeitskräften waren die Verordnungen vom 18. August 1907 („Ordnance Nr. 82“) – „Maßregeln zu Kontrolle der Eingeborenen“, „Verordnung über Dienst- und Arbeitsverträge“ sowie die „Verordnung über die Paßpflicht der Eingeborenen“. Das Bündel an Gesetzen umfaßte unter anderem ein Verbot des Landerwerbs und der (Groß-) Viehhaltung für Afrikaner sowie die Einführung der geregelten Kontraktarbeit und der Paßgesetze. Diese Maßnahmen knüpften unmittelbar an eine 1905

nach der Niederwerfung des Herero-Aufstandes erlassene Kaiserliche Verordnung über die „Einbeziehung von Vermögen Eingeborener“ an, die eine völlige Enteignung der Einheimischen vorsah.

Theodor Leutwein, zwischen 1895 und 1904 als Gouverneur „Deutsch-Südwestafrikas“ höchster amtierender Kolonialbeamter im Lande, sah mit der von ihm maßgeblich betriebenen Reservatspolitik „die Hoffnung gegeben, die Eingeborenen allmählich an den bestehenden Zustand zu gewöhnen. Von der alten Selbständigkeit mußte ihnen schließlich nichts mehr bleiben als die Erinnerung. Hand in Hand mit einer solchen Friedenspolitik konnten in Fällen von Unbotmäßigkeit eine allmähliche Entwaffnung der Eingeborenen, verbunden mit Auflösung der Stammes-Verbände, gehen...“³

Und am Ende seiner Gouverneurstätigkeit beschrieb Leutwein rückblickend in einer Denkschrift zur Reservatsfrage im Oktober 1904 seine Politik als „die Eindämmung der Eingeborenen in Reservate und damit die räumliche Tren-

Sozialismus

Mein Vater war Holzhändler



Ich brauche keine Belehrungen über den deutschen Wald.« (Zimmermann)
»Neue Armut? Zukunftsaufgabe der Familie!« (Geissler)
»Arbeitslosigkeit? Ein Bildungsproblem!« (Bangemann)

Die Linke ...

hat der konservativen Systemreform bislang wenig entgegenzusetzen. Informationen, Analysen und Kommentare sind Voraussetzungen für die Diskussion einer gesellschaftspolitischen Alternative.

Sozialismus

ist ein Diskussionsforum von Gewerkschaftern, Sozialisten, Sozialdemokraten und anderen Kräften der Linken: z.B. U. Klose, L. Mahlein, O. Schily, R. Hickel, E. Berlinguer, N. Kinnock

**Monatlich
60 Seiten
DM 5,-**

Probeheft anfordern oder besser gleich

Abonnieren!

Jahresabo frei Haus: DM 50,- (+ Porto)
Wer darüber hinaus die Zeitschrift wirksam unterstützen möchte, zeichnet ein Förderabo: DM 100,-

VSA,
Postfach 501571,
2000 Hamburg

Nationalunion Namibischer Arbeiter Kolonialbrutalität

Die schwarze Arbeiterklasse Namibias, mehr als eine Viertelmillion Namibianer, – die 40.000 weißen Angestellten (Schätzung 1980) verdienen kaum die Bezeichnung „Arbeiter“ – ist die führende Kraft unter den unterdrückten Klassen Namibias. Die Tiefe ihrer Klassenerfahrung geht in vielen Fällen bis zur Jahrhundertwende zurück – drei Generationen.

Mit der „Würde der Arbeit“ wurden die Menschen Zentral- und Südnamibias über Nacht und mit furchtbarer Brutalität bekannt gemacht, als das deutsche Kolonialregime in einem Krieg des geplanten Völkermordes 60% der Bevölkerung ausrottete und die Überlebenden unter einem barbarischen Zwangsarbeits-System arbeiten ließ. Um 1910 wanderten über 10.000 Ovambos jährlich – das sind fast 10-15% der Erwachsenen männlichen Geschlechts – aus den meistbevölkerten Bauerngebieten nach Süden, zu den Minen und Produktionsstätten.

Diese Zahl stieg rapide nach der Weltwirtschaftskrise (1929-33) auf etwa 35% in den 50er Jahren. Heute blicken viele junge Vertragsarbeiter aus dem Norden auf zwei bis drei Generationen männlicher Verwandter zurück, die kaum eine andere Wahl hatten, als den „Arbeitsvertrag“ als ihre Möglichkeit zu leben anzusehen.

nung der weißen und schwarzen Rassen ...

Rassismus wurde zum Bestandteil der offiziellen Staatsideologie.

Das 1905 erlassene Verbot von „Mischehen“ wurde 1908 als § 17 in die Selbstverwaltungsordnung der Kolonie übernommen und hatte zur Folge, daß davon betroffene Ehepaare und deren Nachkommen automatisch die bürgerlichen Ehrenrechte und damit auch das Wahlrecht verloren.

Diese Regelung betraf auch Familien, in denen deutsche Siedler mit als „Mischlingen“ geltenden Rehobother-Frauen verheiratet waren. Einen Protest der Rheinischen Mission erwiderte der damalige Gouverneur von Lindequist in einem Brief mit dem Argument, geschlechtliche Beziehungen zwischen Europäern und Afrikanern seien „nicht nur ein Verbrechen gegen die Reinhaltung deutscher Rasse und deutscher Gesittung...“, sondern könnten die Stellung des weißen Mannes hier überhaupt gefährden“.⁵

Ihren komprimierten Ausdruck fand dieses bornierte Herrenmenschentum insbesondere in den kulturpolitischen Grundsätzen für die Rassen- und Missionsfragen des ehemaligen Ansiedlungskommissars für „Deutsch-Südwest“, Paul Rohrbach. Zu Rohrbachs kolonialer „Kulturphilosophie“ gehörte als einer der Eckpfeiler die strikte Rassentrennung in allen Lebensbereichen.

Reinhaltung deutscher Rasse

Die Lehre von der „höheren“ und „niedrigen“ Rasse war die Wissenschaft Rohrbachs und Fundament seines Programmes. Darauf gestützt vertrat er die Überzeugung, die Afrikaner seien durchaus nicht „Menschen wie wir“ und aufgrund ihrer begrenzten biologischen Entwicklungsfähigkeit nicht in der Lage, die „Daseinsstufe der weißen Rasse“ je zu erreichen.

„Blutmischung“ müsse deshalb die Weißen mit „prinzipieller Degeneration“ bedrohen und ziehe den allmählichen Verlust ihrer „Rassenüberlegenheit“ nach sich. Darüber dürfe weder „moralisierende Selbsttäuschung“ noch „schwankende Sentimentalität“ hin-

„Deutsch-Südwest“-Attraktion 1914; Diamantenfelder von Pomona





Unterwerfung

Den Herero-Nama-Aufstand von 1903/4 bis 1907 beantwortete die deutsche „Schutztruppe“ unter General Lothar von Trotha mit Völkermordpraktiken. Rund 75.000-80.000 Namibier wurden ermordet, fast die gesamte Herero-Bevölkerung. Im Oktober 1904, nach der Schlacht am Waterberg, erließ von Trotha folgenden Befehl:

„Ich, der große General der deutschen Soldaten sende diesen Brief an das Volk der Herero. Herero sind nicht mehr deutsche Untertanen. Sie haben gemordet, gestohlen, haben verwundeten Soldaten Ohren, Nasen und andere Körperteile abgeschnitten und wollen jetzt aus Feigheit nicht mehr kämpfen... Das Volk der Herero muß jetzt das Land verlassen. Wenn das Volk dies nicht tut, so werde ich es mit dem groot Rohr (Geschütz) dazu zwingen. Innerhalb der deutschen Grenze wird jeder Herero, mit oder ohne Gewehr, mit oder ohne Vieh erschossen. Ich nehme keine Weiber und Kinder mehr auf, treibe sie zu ihrem Volk zurück oder lasse auf sie schießen...“

Der große General des mächtigen Kaisers von Trotha“

(Quelle: Hinz/Patemann/Meier, Weiß auf Schwarz, Berlin-West 1984, S.101)

„Der weiße Kolonistator, der Afrika betritt, um ein Stück davon für seine Nation zu erwerben, oder es, nachdem irgendwelche formellen oder materiellen Rechtsmittel für die Erwerbung auf der Landkarte geschaffen sind, zum ersten Male zu erschließen, muß dem Neger gegenüber autoritativ auftreten, d.h., er muß den Eindruck erwecken, daß er, der weiße Mann mit seinen Leuten, der stärkere, und daß für den Eingeborenen daher die Unterwerfung das Gebotene ist.“

Paul Rohrbach, Ansiedlungskommissar in Südwest 1903-06

(Quelle: Die Kolonie, Frankfurt/M. 1907, S.63)

wegtäuschen. Aus dieser „Rassenüberlegenheit“ der Weißen ließen sich für Rohrbach auch deren „Herrenrechte“ ableiten.⁶

Es verwundert kaum, daß diese „Kulturpolitischen Grundsätze“ aus dem Jahre 1909 in ihren wesentlichen Thesen mit den „Rassenpolitischen Leitsätzen zur deutschen Kolonialpolitik“ der NSDAP und anderen faschistischen Veröffentlichungen fast wörtlich übereinstimmen. Nicht umsonst zählten Rohrbachs Schriften nach 1933 zu den programmatischen Dokumenten.

Die Hinterlassenschaft des deutschen Kolonialismus in Namibia:

Eine räumliche Trennung zwischen Europäern und Schwarzen; Reservate, die dem Schwarzen aufgrund seiner Stammeszugehörigkeit das Wohngebiet zuweisen; Einschränkung der Bewegungsfreiheit durch Paßgesetze; ein perfektioniertes System der Kontraktarbeit; ein rigider juristischer Überbau, der die Rassenzugehörigkeit zu einem dominierenden gesellschaftlichen Antagonismus werden läßt – all dies sind Erscheinungsbilder einer rassistischen Klassengesellschaft, wie sie heute noch im Süden Afrikas existiert und wie es sie in Namibia bereits unter deutscher Kolonialherrschaft in ihren Anfängen gegeben hat.

Es waren nicht die Buren Südafrikas, die ihr Apartheidsystem als exklusiven Exportartikel dem namibischen Volk oktroyierten. Es war der deutsche Kolonialismus, der diese Strukturen vorbereitet und geschaffen hat. Strukturen, die vom südafrikanischen Besatzungsregime in der Folgezeit perfektioniert und mit einer spezifischen Herrschaftsideologie versehen wurden. Das Modell war ein deutsches Fabrikat.

Grundstein für die Apartheid

So konnte auch Heinrich Vedder, ehemals Missionar der Rheinischen Mission im Lande und als Senator während der 50er Jahre Symbolfigur der deutschen Kontinuität und Tradition in dem südafrikanischen Mandatsgebiet, am 18. Mai 1958 im Senat der Union von Südafrika mit Stolz und Genußtuung hinsichtlich der deutschen Pionierleistung bei der zivilisatorischen Erschließung des Landes feststellen:

„In Südwestafrika wurde die Basis der Apartheid vor fünfzig Jahren gelegt... die deutsche Regierung begann hiermit... Südwestafrika ist das einzige Land in der Welt, wo Apartheid in steigendem Maße seit fünfzig Jahren besteht.“⁷

Anmerkungen:

- 1) Zit. nach: G. Sudholt, Die deutsche Eingeborenenpolitik in Südafrika. Von den Anfängen bis 1904, Hildesheim und New York 1975, S.204
- 2) Zit. nach: ebenda S.155
- 3) Th. Leutwein, Elf Jahre Gouverneur in Südwestafrika, Berlin 1906, S.242
- 4) Zit. nach: G. Sudholt, Die deutsche Eingeborenenpolitik..., a.a.O., S.163
- 5) Zit. nach: H. und L. Helbig, Mythos Deutsch-Südwest. Namibia und die Deutschen, Weinheim und Basel 1983, S.183
- 6) P. Rohrbach, Kulturpolitische Grundsätze für die Rassen- und Missionsfragen, Berlin 1909, zit. nach: G. Weinberger, An den Quellen der Apartheid, Berlin (DDR) 1975, S.125
- 7) Zit. nach: M. Scheer, Schwarz und Weiß am Waterberg: Südwestafrika heute und gestern, Schwerin 1961, S.133

antimilitarismus information

der MONATLICHE INFODIENST

Die **ami** erscheint seit über 10 Jahren und berichtet laufend über:

● **Aktuelle militärpolitische Entwicklungen**
KDV, Zivildienst, Bundeswehr, Militärbündnisse, Rüstungskosten, Kriege und Abrüstung ...

● **Neue juristische Tendenzen**
Im Bereich des Zivildienst-, KDV-, Soldaten- und Aktionsrechts ...

● **Theoriesresultate**
aus der Diskussion über Militarismus, Sicherheitspolitik; Kommentare zu aktuellen Problemen sowie Literatur zum Thema.

● **Friedensarbeit**
Diskussionen in der Friedensbewegung, Strategien, Aktionen, Hinweise, Termine.

Themenhefte: Drei Hefte im Jahr sind Themenhefte mit doppeltem Umfang (ca. 60 S.), in denen ein spezielles Thema ausführlicher behandelt wird. Zur Zeit lieferbar sind folgende Hefte: Militärrherrschaft in der 3.Welt — Atomwaffenrisiken — Wirtschaft und Rüstung — Friedensbewegung im Banne der Nachrüstung — Konventionelle Rüstung — Rüstungsexport.

Die **ami** ist durch die Einteilung in Rubriken so aufgebaut, daß daraus ein **antimilitaristisches Handbuch** entsteht, in dem man alle Fakten und Vorgänge leicht wiederfindet.

Das Abonnement der **ami** kostet DM 26,25 im Jahr (incl. Porto); ein Einzelheft DM 2,-, ein Themenheft DM 4,-; ab 10 Ex. 30% Rabatt (+ Porto). Alle Preise incl. gesetzlicher MwSt.

Kostenloses Probeexemplar; Abos und Themenhefte:

Vertrieb **ami**,
Deidesheimer Str. 3,
1000 Berlin 33



**Adressenänderungen
bitte rechtzeitig
bekanntgeben!**

Neuerscheinungen zu

„Den meisten europäischen Historikern bedeutet sie nicht mehr als eine winzige Fußnote in den Annalen der europäischen Diplomatie. In den Augen der Afrikaner markiert sie jedoch einen herausragenden und düsteren Meilenstein in der Weltgeschichte, dessen unheilvolle Auswirkungen auch ein Jahrhundert später noch spürbar sind.“ (S.68)

Die Rede ist von der sog. Kongo-Konferenz, die vom 15. November 1884 bis zum 26. Februar 1885 in Berlin stattfand. Darstellung und Einschätzung dieser Konferenz finden bei Ruth Weiss/Hans Mayer, *Afrika den Europäern! Von der Berliner Kongo-Konferenz 1884 ins Afrika der neuen Kolonisation*, Peter Hammer Verlag, Wuppertal 1984, 222 S. (Großformat), 28,80 DM

breiten Raum. In Berlin wurde der offizielle Startschuß für den Wettlauf der europäischen Mächte um Afrika gegeben. Während 1880 noch 90% Afrikas von Afrikanern regiert wurden, war der „Braten“ Afrika bereits 15 Jahre nach der Konferenz unter den Kolonialmächten aufgeteilt und in Portionen zerlegt.

Die in Berlin begonnene Festlegung politischer Grenzen quer durch Afrika ist heute noch eine der drückendsten Lasten des „kolonialen Erbes“, das die afrikanischen Staaten zu bewältigen haben.

In Berlin haben die europäischen Länder – insgesamt 14 – erstmalig versucht, „die Beziehungen zwischen Europa und Afrika in kontinentalem Maßstab gesetzlich zu definieren“. (S.182) 90 Jahre später – so die Autoren – versuchten sie es ein zweites Mal und unterzeichneten 1975 das erste Abkommen von Lomé – diesmal mit Beteiligung von Afrikanern. Dazwischen liegen 90 Jahre, in denen Afrika und seine Menschen von den Europäern wirtschaftlich ausgepreßt wurden. Koloniale Ausbeutung hat sich – und dies gilt bis heute – in neokoloniale Abhängigkeit verwandelt.

Genau diese Kontinuität aufzuzeigen, ist das Anliegen von Weiss/Mayer. Sie tun dies am Beispiel des Kongo-Zaire, für dessen Entstehung – ebenso wie für Nigeria – auf der Berliner Konferenz die Grundsteine gelegt wurden und die inzwischen „die beiden größten und am meisten mit Konflikten beladenen Nationalstaaten des heutigen Afrikas sind“. (S.85) Die koloniale Landnahme im Kongobecken – dort operierte von 1879-84 im Auftrag des belgischen Königs Leopold II. eine Expedition unter H.M. Stanley – erfolgte nach der damals von allen europäischen Kolonialisten praktizierten Methode: Mit betrügerischen Verträgen, die den afrikanischen Häuptlingen abgegaunert wurden, sicherten sich private Kolonialgesellschaften Landbesitzrechte und Handelskonzessionen. Anschließend übertrugen die Kolonialgesellschaften die oft gewaltsam erworbenen Hoheitsrechte der Regierung ihres Heimatlandes, die den „Schutz“ des Territoriums sichern mußte. Auf der Berliner Konferenz wurden die Formalitäten für diese Art der „effektiven Besetzung“ vereinbart: Anzeigepflicht, Einrichtung von Behörden, physische Präsenz.

Im Sonderfall des Kongo – auch dies war ein Ergebnis von Berlin – konnte ein Privatunternehmen, die belgische Internationale Kongo-Assoziation, staatliche Hoheitsrechte behalten.

Auf einem riesigen Territorium – viel größer als das heutige Zaire – entstand der Freistaat des königlichen Privatunternehmens.

Die gnadenlos betriebene Ausbeutung der Kautschukvorkommen bescherte in den folgenden 20 Jahren den zur Zwangsarbeit verpflichteten Afrikanern eine Todesrate von jährlich 100.000 Menschen („Kongo-Greuel“) und dem belgischen König das größte Privatvermögen der damaligen Zeit. Als der belgische

Staat 1908 den Kongo offiziell als Kolonie übernahm, wurde das System der Konzessionsgesellschaften und einer diktatorischen Verwaltung beibehalten, die letzten Formen der Zwangsarbeit erst 1954 abgeschafft.

Die Geschichte des Kongo ist für die Autoren vor allem auch ein Lehrstück, wie gezielt Kolonialpolitiker humanitäre Phrasen zur Durchsetzung ihrer imperialistischen Interessen eingesetzt haben. Es ist schon eine Art diabolischer Geniestreich, wenn der belgische König, dessen Zwangsarbeitssystem in 20 Jahren mehr Tote gefordert haben soll als der Sklavenhandel im ganzen 18. Jahrhundert, mit der Inszenierung der Brüsseler Antisklavereikonferenz von 1890 sich an die Spitze dieser Bewegung setzt!

Weiss/Mayer entlarven auf hervorragende Weise die diplomatisch-taktischen Ränke des belgischen Königs, die stellvertretend für die systematische Verlogenheit der europäischen Unterdrücker stehen. Bei der dabei an den Tag gelegten Akribie, verlieren sie sich jedoch mitunter in zu viele Details: „Die hehren Ziele (der Zivilisation und Humanität; d. Verf.) rechtfertigten auch nach der Unabhängigkeit die widerwärtigsten Methoden. Im Kongo wurde alles ausprobiert: von der Bestechung der Politiker über den Bürgerkrieg, vom Militärputsch bis hin zur militärischen Intervention.“ (S.110) Nach der Liquidierung des progressiven Premiers Lumumba und mehrjährigem Bürgerkrieg wird 1965 die CIA-Marionette Mobutu an die Macht geputscht: Seitdem ist Zaire fest im Griff internationaler Konzerne. Am Fallbeispiel des Kongo-Zaire (neben anderen) demonstrieren Weiss/Mayer, wie multinationale Konzerne heute die Nachfolge der alten Kolonialgesellschaften angetreten haben. Wirksame Kontrolle dieser Unternehmen im Interesse des nationalen Wohles ist eine ihrer Empfehlungen an die afrikanischen Nationalstaaten. Doch Chancen, sich binnen absehbarer Zeit über wirtschaftlichen Druck – ähnlich wie die ölexportierenden Entwicklungsländer – aus der tödlichen Umklammerung der kapitalistischen Weltwirtschaftsordnung zu befreien, sind für die afrikanischen Länder praktisch nicht gegeben. Die Schwäche der Organisation für die Afrikanische Einheit (OAU) – deren Handlungsmöglichkeiten von den Autoren insgesamt sehr kritisch, dabei aber stets als Widerspiegelung nachkolonialer Schwierigkeiten gewürdigt werden – führt zudem zu mangelndem politischen Durchsetzungsvermögen der afrikanischen Staaten. Weiss/Mayer diskutieren diese Faktoren freimütig und hinterlassen damit beim Leser – mit Blick auf die Zukunft Afrikas – viel Nachdenklichkeit.

Ein ganz anderer Ansatz des Begreifens von Geschichte findet sich bei Wilfried Westphal, *Geschichte der deutschen Kolonien*, Bertelsmann-Verlag, München 1984, 367 S., 36 DM.

Westphal erzählt in seinem populärwissenschaftlichen Buch die Geschichte der deutschen Kolonien – einschließlich der asiatischen Besitzungen – unterteilt in drei Phasen: 1. Die Zeit der ersten Besitzergreifungen bis zur Berliner Kongo-Konferenz (ein Ereignis, das nur oberflächlich abgehandelt wird). 2. Die gewaltsame Konsolidierung der deutschen Herrschaft in den kolonialen Besitztümern, die von der Niederschlagung zahl-



reicher afrikanischer Aufstände geprägt war. 3. Die Phase von etwa 1907 bis zum 1. Weltkrieg, als die inzwischen etablierte Kolonialmacht daranging, weniger durch Ausrottung der Schwarzen als durch ihre Nutzbarmachung als Arbeitskräfte die Früchte der Kolonialpolitik zu ernten. Die Auflösung des deutschen Kolonialreiches im 1. Weltkrieg und die darauffolgenden Jahrzehnte sind bei Westphal gleichsam schon Nachspiel.

Kolonialismus ist für Westphal in erster Linie die Errichtung der politischen und administrativen Herrschaft der europäischen Mächte auf fremden Kontinenten, die dem „Streben nach Weltherrschaft“ entspringt. (S.242) Die wirtschaftliche Seite des kolonialen Verhältnisses, die heute so lebendig wie eh und je ist, vermag Westphal (oder er will es nicht) in ihrem Wesen nie richtig zu analysieren. Den Begriff „Neokolonialismus“ wird man z.B. vergebens bei ihm suchen.

Westphal leidet unter einem ausgeprägten Schuldkomplex. Die deutsche Schuld ist eine ständig wiederkehrende Frage.

Waren die Deutschen nun schuldiger als die anderen Europäer? War der Kaiser auch schuldig an der Kolonialpolitik oder nur Bismarck? Und hatten sich nicht gar die Afrikaner vor der europäischen Kolonialisierung auch mit Schuld beladen? („...in Afrika wurde dieser Hang zur natürlichen Unmenschlichkeit noch verstärkt durch den schädlichen Einfluß der Araber“; und wenige Zeilen später, wir schreiben das Jahr 1886: „Uganda war also der Inbegriff der Barbarei.“, S.133)

Zum Schluß erfährt der Leser erleichtert: „Nein, die Deutschen waren in guter Gesellschaft (...) Nein, die Deutschen brauchten sich nicht zu verstecken hinter den Greuel der anderen...“ (S.318)

Tatsächlich zeichnet der Autor – unter Verwendung zahlreicher Dokumente und Originalberichte – ein anschauliches Bild von der grausigen Wirklichkeit in den Kolonien. Doch bei aller ehrlichen Erschütterung, die sich auch

Kolonisierung Afrikas



lismus und afrikanischer Widerstand, Berlin 1984, 192 S. (Großformat), 24,80 DM.

Dies ist ein erneut überzeugendes „Bilderlese-Buch“ der Elefantenpress-Produktion zur gleichnamigen Ausstellung, die zunächst in Bremen angelaufen ist und die ab November in Berlin steht. Neben den teilweise wirklich exklusiven Ausstellungsgegenständen und einer ebenso reichhaltig wie sorgfältig recherchierten Sammlung von (Bild-)Dokumenten tragen über 40 Artikel von fast ebenso vielen Autoren dazu bei, ein plastisches Bild des Kolonialismus von der Vergangenheit bis in seine höchst aktuelle Gegenwart zu entwerfen. In drei Bereichen setzen die Herausgeber besondere Akzente, von denen die eigentliche Faszination dieses Gesamtwertes ausgeht.

Zum einen gelangen die Autoren zu einer differenzierenden Charakteristik auch der kolonialisierenden Gesellschaft. Da ist z.B. ein einfühlsamer Aufsatz von Prof. Manfred O. Hinz, der unter der – allerdings eher markigen – Überschrift „Humanistischer Wissenschaftler oder Kolonialagent?“ den Bewußtseinsnöten mancher Afrika-Reisenden nachspürt. Selbst diejenigen nämlich – wie der beispielhaft porträtierte Bremer Afrikaforscher Gerhard Rohlf – die darunter litten, „daß ihre Arbeit und ihre persönlichen Fähigkeiten mehr oder weniger unausweichlich in den Dienst des Kolonialismus gezogen wurden“, konnten sich nie aus diesem Dilemma befreien. Denn für alle diese „Forscher“ galt, daß sie in ihrer Herangehensweise wesentlich einem Weltbild verpflichtet waren, das .. weder den Geist der Aufklärung ernsthaft rezipiert hatte noch den Impulsen gerecht zu werden vermochte, die von der Geschichtsphilosophie eines Hegel oder Marx ausgingen.“ (S.26)

Erst die marxistisch inspirierte Arbeiterbewegung des ausgehenden 19. Jahrhunderts vermochte das noch hilflose Unbehagen der forschenden Einzelgänger in eindeutige Ablehnung der Kolonialpolitik zu wenden. So schrieb die sozialdemokratische „Neue Zeit“ zur Analyse des „Nord-Süd-Verhältnisses“ 1888: „Je rechtloser der Eingeborene in der deutschen Kolonie, desto barbarischer die Bourgeoisie in Deutschland.“ (zit. auf S.120) Es ist eines der Verdienste dieser Ausstellung, auch die Geschichte des antikolonialen Kampfes in Deutschland aufgegriffen zu haben (siehe den Beitrag von Armin Meier) – ein Aspekt des antiimperialistischen Kampfes der sicher in Zukunft ein eigenes Projekt rechtfertigen sollte.

Mit einer ausführlichen Würdigung des afrikanischen Widerstandes gegen die Kolonialisierung in dem Kapitel „Widerstand und Befriedung“ haben die Autoren einen zweiten herausragenden Komplex des Buches geschaffen. Vor allem der erst in den letzten Jahren genauer erforschte antikoloniale Kampf der Nama und Herero in „Deutsch-Südwest-Afrika“ wird eindrucksvoll dokumentiert. Diesem Widerstand gebührt in der Tat verstärkte Aufmerksamkeit. Nicht nur weil damals im Volk eine vielfältige „Kultur des Widerstandes“ (S.92) gewachsen ist, von deren Traditionen noch heute die Befreiungsbewegungen Südafrikas (Afrikanischer Nationalkongreß – ANC) und Namibias (Südwesafrikanische Volksorganisation – SWAPO) zehren. Sondern bedeutsam auch für uns: Nur wenn wir diesen Freiheitskampf historisch rezipieren, nehmen wir die Opfer kolonialer Unterdrückung über-

haupt erst als „Subjekte der Geschichte“ zur Kenntnis. Solange im Süden Afrikas Schwarze noch um ihre Befreiung kämpfen müssen – und zwar mit der Waffe in der Hand –, bleibt die Anerkennung dieses historischen Rechtes nicht nur Vergangenheitsbewältigung, sondern eine ganz aktuelle Herausforderung.

Für den dritten hervorzuhebenden Bestandteil des Buches steht der gelungene Versuch, sich dem Phänomen „Neokolonialismus“ neben dem politischen und wirtschaftlichen Aspekt vor allem über die Frage zu nähern, inwieweit sich koloniale und neokoloniale Strukturen in unserer heutigen Kultur und dem Alltagsbewußtsein festgesetzt haben. Prof. Brigitta Benzing entwirft in einem anspruchsvollen Beitrag Thesen, die den historischen Wandel des Afrika-Bildes in Kunst und Massen(Un-)Kultur theoretisch bestimmen. Geradezu eine Gänsehaut schafft es aber, wenn der Leser/Betrachter mit einer wohl beliebig zu erweiternden Sammlung von Gebrauchsgegenständen konfrontiert wird, die die Präsenz von rassistischen Überlegenheitsmustern – mit durchaus variierenden ideologischen Schablonen – in der gegenwärtigen (Alltags-)Kultur belegen.

„Wohin mit einem Elefanten (dem Bremer Kolonialdenkmal; d. Verf.) der in der Stadt steht und weint?“ fragen die Autoren/Aussteller. Immer wollen sie zum Nachdenken anregen, ein breites Publikum finden. Z.B. mit den drei Dossiers über die heute noch nicht befreiten Territorien von Südafrika, Namibia und der Westsahara. Wenn auch der „Insider“ darin sicher nicht viel Neues finden wird, sind diese Beiträge für ein solches Projekt jedoch unerlässlich. Insgesamt bleibt die Vielseitigkeit dieses Buches bestechend.

Als eine gelungene Ergänzung dazu und als bislang einmalige Länderstudie zur deutschen Kolonialpraxis anzusehen, ist der Titel

Helgard Patemann, Lernbuch Namibia. Deutsche Kolonie 1884-1915, Hammer Verlag, Wuppertal 1984, 264 S. (Großformat), 19,80 DM.

Das Lernbuch wurde von der Bremer Universitätsprojektgruppe „Politische Landeskunde Namibia“ unter der Leitung von Manfred O. Hinz und dem Lusakaer UNO-Institut für Namibia gemeinsam erarbeitet, in enger Abstimmung mit der SWAPO. Ursprünglich hatten die Beteiligten lediglich ein Schulbuch für namibianische Jugendliche im Auge. Schließlich wurde auch ein Material für bundesdeutsche Schulen daraus, genauer: die Bremer Bildungsbehörden erkannten das Lernbuch Namibia inzwischen offiziell als Lese- und Arbeitsbuch für die Sekundarstufe I an.

Es zeigt in einer geschichtlichen Gesamtschau ungeschminkt die zerstörerischen, ausbeuterischen Momente der deutschen Kolonialisierung, vom „Schutz“vertrag über Land- und Diamantengeschäfte bis hin zu den Kolonialkriegen. Es zeichnet die Rolle der Deutsch-Namibier und bundesdeutscher Kapitalinvestoren unter der anschließenden Apartheidbesatzung nach. Es stellt eingehend den namibianischen Widerstandskampf vom Aufstand der Hereros (1904) bis zum andauernden bewaffneten Befreiungskampf der SWAPO dar, und gibt Anregungen zur tätigen Solidarität mit den Betroffenen.

Insofern ist dieses Lernbuch Namibia mehr als eine Empfehlung wert, man möge es auch in anderen Bundesländern je nach Möglichkeit in den Bildungsbetrieb einbringen. Es ist gerade auch wegen seiner Anschaulichkeit (ca. 500 Abbildungen und dokumentarische Ausschnitte) für die Solidaritätsarbeit als Standardmaterial bestens geeignet und überdies ein Muster, ein Fallbeispiel, das zur Nachahmung herausfordert.

Christoph Sodemann

auf den Leser überträgt, wird man nie das Gefühl los, Westphal kann sich einen weniger brutalen, einen „aufgeklärten“ Kolonialismus, bei dem es vor allem um das Geschäft geht, eigentlich ganz gut vorstellen.

Die Exponenten dieser Politik finden bei ihm wohlwollende Charakterisierungen: „Das Haus im Reich geordnet, ging Demburg (seit 1907 Leiter des Reichskolonialamtes) nun daran, auch in den Kolonien saubere Verhältnisse zu schaffen.“ (S.255) Und der Hamburger Reeder und „Kolonialgewinnler“ Woermann Junior begegnet uns als „rühriger Kaufmann“ (S.265). Westphal schafft nie den Schritt aus der Geschichte, den Bruch mit der kolonialen Vergangenheit. Immer wieder spekuliert er, was gewesen wäre, wenn: „Wofür andere ... Jahrhunderte zur Verfügung hatten, die eroberten Länder zu erschließen, wirtschaftlich zu nutzen und schließlich auch eine kulturelle Aufbauarbeit(!) zu leisten, dafür blieb den Deutschen nur eine kurze Zeitspanne, die nicht ausreichte, die nicht ausreichen konnte, das Werk, das sie begonnen hatten, zu vollenden.“ (S.253)

Dieses „Standardwerk“ (Verlagswerbung) rechtfertigt nicht den Kolonialismus, auch wenn es hier und da längst widerlegte Koloniallegenden aufwärmt. Als Massenaufgabe unters Volk gebracht ist es aber ein Buch (Peripherie 15/1984: „dessen Veröffentlichung wohl keinen größeren Schaden anrichtet“), das mit seiner stillschweigenden Legitimation neokolonialer Abhängigkeiten ideologische Strickmuster liefert, die heute viel aktueller – und dadurch besser – zur Verteidigung gegenwärtiger Kapitalinteressen eingesetzt werden können.

Fast schon anfaßbar konkret – und das liegt in der Natur der Sache – wird die Geschichte bei Manfred O. Hinz, Helgard Patemann, Armin Meier (Hrsg.), Weiß auf Schwarz. 100 Jahre Einmischung in Afrika – Deutscher Kolonia-

Hans Mayer

Ja des ZANU-Kongresses zu Mugabes Linie



Robert Mugabe



ZANU-Anhänger

Als Premierminister Robert Mugabe am 13. August d.J. die Borrowdale-Pferdrennbahn, ein elegantes Überbleibsel aus der britischen Kolonialzeit, verließ, konnte er mehr als zufrieden sein.

Der zweite Kongreß der regierenden Afrikanischen Nationalunion von Zimbabwe (ZANU), hatte ihn nicht nur in seinen Parteiämtern bestätigt. Die 6.000 Delegierten waren im Verlauf der einwöchigen Tagung auch voll seiner politischen Linie gefolgt.

Zwangsjacke Lancaster

1964 hatte die ZANU ihren ersten Parteikongreß abgehalten. Noch im selben Jahr war sie von dem gerade an die Macht gekommenen Ian Smith verboten worden. 16 Jahre lang führte sie einen erbitterten politischen und schließlich auch militärischen Kampf gegen das von Ian Smith angeführte weiße Rassistenregime im damaligen Rhodesien.

Im Jahr 1980 erreichte sie schließlich ihr Ziel: aus Rhodesien wurde der unabhängige Staat Zimbabwe und aus der ZANU, nach einem überwältigenden Sieg bei den Parlamentswahlen vom Februar 1980 (siehe AIB 4/1980, S. 20-23) eine Regierungspartei.

Auf dem Kongreß in Borrowdale soll-

ten die Weichen für die Zukunft gestellt werden.

Es ist eine Zukunft, die nach Meinung der ZANU-Delegierten frei sein soll von den lästigen Beschränkungen der 1979 als Bedingung für die Unabhängigkeit verabschiedeten Verfassung von Lancaster House. Sie sei inzwischen überflüssig geworden, ja sie stehe dem Fortschritt des Staates im Wege.

Gemeint ist in erster Linie die Garantie des Privateigentums und eines Mehrparteiensystems. Beide sind in den Grundrechten der Verfassung von Lancaster House verankert und können wegen der Sperrminorität der weißen Minderheit im Parlament vor 1990 praktisch nicht verändert werden.

Leitmotiv Sozialismus

Die Zukunft Zimbabwes soll trotz dieser verfassungsmäßigen Hindernisse sozialistisch sein.

Dieses Leitmotiv bestimmte weitgehend alle Diskussionen und Beschlüsse des Parteikongresses.

Daran orientierte sich das neue Parteistatut der ZANU, das längst überfällig war. Denn seit 1964 haben sich die politisch-gesellschaftlichen Verhältnisse in Zimbabwe grundlegend gewandelt.

Heute verfügt die ZANU in fast allen

Landesteilen über Ortsgruppen. Sie hat eine Jugend- und eine Frauenorganisation, die in das Zentralkomitee integriert werden müssen. So wurde das Zentralkomitee auf 90 Mitglieder erweitert, während die Parteipolitik in Zukunft weitgehend von dem kleineren und neu geschaffenen Politbüro bestimmt werden wird.

Das Parteistatut (siehe Kasten) verpflichtet die Mitglieder auf die marxistisch-leninistischen Prinzipien und den demokratischen Zentralismus. Alles in allem sind dies vergleichbare Strukturen zu den Bruderparteien der ZANU in Moçambique und Angola.

Auch bei der Formulierung des Aktionsprogramms (siehe Kasten), das die wirtschaftlichen und politischen Leitlinien für die Entwicklung Zimbabwes festlegte, wurde die sozialistische Zielsetzung nicht aus den Augen verloren. Im Mittelpunkt stand hier die verstärkte Nationalisierung der Wirtschaft, die Ausweitung des staatlichen Sektors und der Aufbau von Staats- und Genossenschaftsfarmen.

Nicht zuletzt verabschiedete die Partei einen Verhaltenskodex (siehe Kasten) für die in Staat und Partei tätigen Funktionäre, der noch am meisten Überraschung auslöste. Denn alle anderen Resolutionen wie auch die Forderung nach dem Einparteiensstaat waren be-

reits seit langem in der Öffentlichkeit diskutiert worden.

Schaut man allerdings hinter die für bürgerliche Ohren so erschreckenden Reizwörter „Politbüro“, „demokratischer Zentralismus“, „Einparteiensstaat“ und „Nationalisierungen“, so läßt sich rasch feststellen, daß die Wirklichkeit zumindest in absehbarer Zeit eine andere bleiben wird.

Das liegt nicht allein an den Beschränkungen der Verfassung von Lancaster House, sondern auch an den wirtschaftlichen Machtverhältnissen in Zimbabwe.

Industrie, Bergbau und Banken sind fast vollständig in der Hand von britischem, südafrikanischem oder US-amerikanischem Kapital. Die Landwirtschaft wird nach wie vor von den Nachkommen der europäischen Eroberer kontrolliert. Nach anfänglichen Versuchen der Regierung, sich in Schlüssel-sektoren der Wirtschaft einzukaufen, mußte mangels finanzieller Masse auf ein weitergehendes Engagement des Staates verzichtet werden.

Außerhalb des Handelssektors, der Vermarktung von landwirtschaftlichen und mineralischen Rohstoffen, die der Staat kontrolliert, ist der Einfluß der Regierung auf die Wirtschaft daher gering geblieben. Daran wird sich vorläufig wegen der auch in Zimbabwe herrschenden Wirtschaftskrise kaum etwas ändern.

Am Vorabend der Eröffnung des ZANU-Parteitag hatte der Planungs- und Finanzminister Bernard Chidzero einen Bericht über die wirtschaftliche Lage abgegeben, der alles andere als rosig war.

Wirtschaft in den roten Zahlen

Gerade 2 Jahre ist es her, als Chidzero den ersten Nationalen Entwicklungsplan veröffentlichte, der für die Jahre 1982-85 eine reale Wachstumsrate von 24% vorsah. Heute wäre er hoch zufrieden, wenn er von einem Nullwachstum reden könnte.

Tatsächlich ist die Wirtschaft Zimbabwes nämlich tief in die roten Zahlen geraten.

Während 1980 und 1981 noch reale Zuwächse von über 10% verzeichnet werden konnten, fiel das Bruttosozialprodukt (BSP) 1982 um 1%. Und für 1983 wird ein Rückgang von bis zu 4% angenommen.

Ein Hauptgrund für diese Entwicklung ist die anhaltende Trockenheit, die allein 1983 zu einem Rückgang der Agrarproduktion um 15% führte. Durch eine Abnahme der Marktproduktion von Mais von 2 Mio t im Jahr 1981 auf 620.000 t 1983 ist Zimbabwe vom Ge-

Aktionsprogramm der ZANU

1) Die Partei

Da Partei und Volk seit Beginn des revolutionären bewaffneten Kampfes und dann seit Erringung der Unabhängigkeit zunehmend eins wurden, ist es für die Ordnung, den Frieden und das Wohl erforderlich, daß die führende Rolle der ZANU festgeschrieben und die Politik der Partei künftig von allen ohne Ausnahme durchgesetzt wird.

Es ist der feste und unerschütterliche Wille des Volkes und seiner Partei, zu gegebener



Ziel: Verbesserung des Erziehungswesens

Zeit und in Übereinstimmung mit dem Gesetz und der Verfassung den Einparteiensstaat einzuführen. Der demokratische Zentralismus wird das Grundprinzip der inneren Tätigkeit und Leitung der Partei sein. Um das politische und ideologische Bewußtsein ihrer Mitglieder zu vertiefen sowie die Partei zu befähigen, ihrer Avantgarde-rolle und ihrem Status weiterhin gerecht zu werden, wird das Chitepo College für Marxismus-Leninismus in angemessener Zeit errichtet und von Staat und Partei gemeinsam betrieben werden.

2) Frieden und nationale Sicherheit

Der Parteitag begrüßt die feste Entschlossenheit der Regierung, Banditentum, Verrat und Subversion in unserem Lande auszumerzen, fordert sie auf, die Gesetze zur öffentlichen Sicherheit zu verschärfen, das Trainingsprogramm der Miliz auf allen Gebieten zu intensivieren sowie die Wehrerziehung im Bildungswesen einzuführen, und weist sie an, die Bedeutung der kollektiven Sicherheit in allen Bereichen durch die Mobilisierung der Massen, der Jugendbrigaden und spezieller Schutzeinheiten zu betonen.

3) Ausweitung und Konsolidierung des Sozialwesens

Die von der Partei geführte Regierung muß darauf hinarbeiten, Gesundheit für alle im Jahre 2000 zu erreichen. Die Nationale Alphabetisierungskampagne soll strikt fortgeführt werden, um zum Ende des Jahrzehnts die funktionellen Fähigkeiten des Lesens, Schreibens und Rechnens allgemein durchzusetzen. Politische Bildung soll als Pflichtfach vom Kindergarten bis einschließlich der Hochschulebene unterrichtet werden, um das Verständnis der nachfolgenden Generationen für den wissen-

schaftlichen Sozialismus zu sichern. Jede Familie in Zimbabwe soll bis zum Jahr 2000 ein Obdach haben.

4) Zum wirtschaftlichen Aufschwung

Die Regierung muß die Vergesellschaftung der Wirtschaft intensivieren. Dazu sind staatliches Eigentum an den Produktionsmitteln, Bildung und Selbstverwaltung der Arbeiter, kooperative Unternehmen in Industrie, Handel und Gewerbe, Kontrolle der Banken und Versicherungen, die Ausweitung des öffentlichen Sektors und die Bildung staatlicher Industrieunternehmen sowie die Ermutigung zu Investitionen aus nationalen und ausgewählten ausländischen Quellen erforderlich.

5) Rechts- und Verfassungsangelegenheiten

Die Regierung soll ohne langen Aufschub ein Präsidialsystem mit Exekutivgewalt einführen, auf eine Einkammer-Legislative hinarbeiten sowie alle Gesetze abschaffen, die die Frauen diskriminieren. Alle vom Kolonialsystem ererbten Rechtsnormen, die nicht unserer Politik entsprechen, sind ohne Verzögerung aufzuheben bzw. zu ändern.

6) Agrar- und Bodenreform

Die Regierung betrachtet die Bodenreform als Schlüsselement ihrer Strategie. Sie intensiviert ihr umfangreiches Programm des Aufbaus von Staatsgütern als einem Arm der sozialistischen Landwirtschaft. Die Genossenschaften werden als ihr zweiter Arm gefördert.

7) Naturressourcen

Die Regierung muß die Energiequellen diversifizieren und auf die energetische Selbstversorgung hinarbeiten, ein Programm mit dem Ziel erarbeiten, das Wasser des Sambesi-Flusses in die Reichweite der Bewohner größerer Städte zu bringen und für die Bewässerung staatseigener Ländereien nutzbar zu machen, sowie die Aufforstung intensivieren, indem das Baumpflanzungsprogramm in allen seinen Aspekten ausgeweitet wird.

8) Internationale Beziehungen und Solidarität

Der Parteitag dankt den Frontstaaten, der OAU, der UNO und den Nichtpaktgebundenen für ihre politische, diplomatische und materielle Unterstützung während unseres Unabhängigkeitskampfes. Er bringt den sozialistischen Ländern seinen besonderen Dank für die Lieferung von Waffen zum Ausdruck, mit denen wir unseren Kampf führten. Er bekräftigt die Unterstützung der Partei für nationale Befreiungsbewegungen. Insbesondere grüßt der Parteitag das Volk von Namibia unter Führung der SWAPO.

9) Verkehrswesen

Die Regierung muß sich auf einen weiteren Abschnitt der Elektrifizierung der Eisenbahnen einstellen. Sie soll ebenso ländliche Gebiete elektrifizieren, wo die dringende Notwendigkeit besteht, Holz als Brennstoff zu verwenden. Sie muß sich um einen billigen zuverlässigen Landtransport, einschließlich um Haupt- und Zubringerstraßen sowie um ein Eisenbahnnetz kümmern.

10) Nationale ZANU-Frauenkonferenz

Die Konferenz hat beschlossen, die Verfassung dahingehend ergänzen zu lassen, daß Personen aufgrund ihres Geschlechts nicht diskriminiert werden dürfen. Sie legte fest, daß im zivilen Bereich rund 20% der Leitungsfunktionen von Frauen besetzt werden.

Zimbabwe-Daten

Territorium: 390.622 qkm
Bevölkerung: 7,54 Mio Einwohner (1982)
Ethnische Hauptgruppen: Mashona 74%; Matabele 19%, Weiße 2%
Hauptstadt: Harare; 656.000 Einwohner (1982)
Religion: vorwiegend Naturreligionen; 1/3 Christen
Sprache: die Amtssprache ist Englisch; afrikanische Sprachen sind vor allem CiShona und IsiNdebele
Währung: Zimbabwe-Dollar; 1 Zimbabwe-Dollar = 2,31 DM (Juni 1984)

Wirtschaft und Soziales: Das Bruttoinlandsprodukt beträgt 850 Dollar pro Kopf (1982). Struktur des Bruttoinlandsprodukts: 15% Landwirtschaft, 25% verarbeitende Industrie, 10% Bergbau, 50% Dienstleistungen. Struktur der Beschäftigten: 60% Landwirtschaft; 15% Industrie; 25% Dienstleistungen. 94% der Industrieproduktion wird in Privatunternehmen erzeugt. Struktur der Exporte: 71% Bergbau; 25% Landwirtschaft; 4% verarbeitende Industrie. Wichtigste Außenhandelspartner (1982): Südafrika 20,0 %, Großbritannien 12,6%, USA 8,8%, BRD 8,1%. Außenverschuldung: 979,1 Mio Zimbabwe-Dollar (September 1983). Schuldendienst: 26% der Exporte 1984. Arbeitslosigkeit: 20-40%. Inflation 20% (1984). Analphabetenrate: 29,2% (1980). Lebenserwartung: 56 Jahre.

Geschichte:

- 1889 Beginn der Besiedlung durch Europäer
- 1923 Zimbabwe wird unter der Bezeichnung Südrhodesien britische Kronkolonie
- 1965 Einseitige Unabhängigkeitserklärung durch die weißen Siedler unter I. Smith
- 1966 Beginn des bewaffneten Kampfes durch ZANU und ZAPU
- 1976 Gründung der Patriotischen Front zwischen ZANU und ZAPU
- 1979 Verhandlungen zwischen der britischen Regierung, der Patriotischen Front und der Marionettenregierung Muzorewa führen zum Lancaster-House-Abkommen. Es legt eine Einstellung der Kämpfe, eine Verfassung und eine Übergangsphase zur Unabhängigkeit fest
- 1980 Parlamentswahlen. Die ZANU gewinnt 57 von 100 Sitzen, die ZAPU 20. 20 Sitze sind den Weißen vorbehalten. Am 18. April wird die Unabhängigkeit proklamiert.



treideexporteur zum -importeur geworden.

Die Weltrezession hat zusätzlich zu einer Belastung der Handelsbilanz geführt, da die Preise und der Export von Rohstoffen zurückgingen.

Ein Hoffnungsschimmer läßt sich auch in diesem Jahr nicht erkennen, weil keine wesentliche Erholung der Rohstoffpreise eingetreten ist, und da die Bauern Zimbabwes zum dritten Mal in Folge mit geringen Niederschlägen auskommen mußten.

1983 war das schlechteste Jahr seit der Unabhängigkeit überhaupt. Quer durch alle Gesellschaftsschichten sind die Einkommen gesunken. Im letzten Haushaltsjahr mußten auf Druck des Internationalen Währungsfonds (IMF) die Nahrungsmittelsubventionen gestrichen werden. Maismehl, das Grundnahrungsmittel, verteuerte sich daraufhin um 40%; Milch wurde gar um 50% teurer. Was eine Familie 1980 für 70 Zimbabwe Dollar (ZD) an Nahrungsmitteln und anderen Gütern des täglichen Bedarfs erhalten konnte, dafür müßte sie heute umgerechnet etwa 125 ZD ausgeben. Die staatlichen Minimallöhne haben damit nicht Schritt halten können. Auch in den ländlichen Gebieten ist die wirtschaftliche Situation für die meisten Bewohner äußerst angespannt. Vor allem die Landreform ist nurmehr langsam vorangekommen. Praktisch wurde das dafür vorgesehene Budget für das laufende Jahr halbiert.

Die Verwaltung sieht sich derzeit nicht einmal in der Lage, die bereits reduzierten Siedlungsprogramme verwaltungsmäßig korrekt abzuwickeln.

Oftmals müssen die Neusiedler ohne eine angemessene Infrastruktur auskommen, die für eine erfolgreiche Landwirtschaft unerlässlich ist.

Landreform mit Verzögerung

Ganz im Gegensatz zu den Regierungsabsichten bleibt Zimbabwe daher in extremer Weise weiterhin von den weißen Farmern abhängig. Noch verheerender ist freilich die Tatsache, daß das damit zusammenhängende soziale Problem der Landlosen sich zu einem Dauerproblem ausweitet.

Bisher sind 33.000 Bauernfamilien angesiedelt worden; etwa 150.000 weitere warten mit Ungeduld. David Haslock, ein Sprecher der Farmer, schätzt, daß die Regierung 70% des fruchtbaren Landes umverteilen müßte, um diesen Menschen zu Ackerland und Wiesen verhelfen zu können. Das wiederum ist weder politisch noch wirtschaftlich durchsetzbar, solange das Abkommen von Lancaster House Gültigkeit besitzt (bis 1990).

Ein legaler Erwerb dieser riesigen Flächen ist selbst unter günstigeren Haushaltsbedingungen des Staates völlig undenkbar. Allerdings befürchtet Haslock, daß die Regierung in Harare unter dem Druck der „povo“ (Bauern) demnächst doch zu beschränkten Enteignungen übergehen könnte.



Ein dringendes Problem bleibt die Versorgungslage

Immerhin liegt dem Parlament ein neues Gesetz vor, das dem Siedlungsminister das Recht einräumt, Grund und Boden zu enteignen, der unzureichend genutzt wird. Kurz vor dem ZANU-Parteitag erließ die Regierung außerdem eine Verfügung, die solche Landbesetzer legalisiert, die schon über 5 Jahre auf fremdem Boden siedeln.

Das alles mag der Regierung Mugabe wenigstens in den ländlichen Regionen so viel Unterstützung eintragen, daß sie die nächsten Wahlen im April 1985 dort halbwegs unbeschadet überstehen kann.

Fast erdrückend ist dagegen die Lage in den städtischen Gebieten.

Über 250.000 Jugendliche, die seit der Unabhängigkeit ihre Schulabgangszertifikate erhalten haben, sind arbeitslos und ohne Aussicht auf eine regelmäßige Beschäftigung in Industrie, Handel und staatlicher Verwaltung.

Trotz der Versuche der Regierung, Entlassungen gesetzlich zu erschweren, hat die Rezession im vergangenen Jahr sogar zu einem Rückgang der Beschäftigtenzahlen geführt, die sich nun wieder dem Niveau von 1980 annähern. Hätte sie keinen gesetzlichen Riegel vorge-

schoben, so wären allein in der verarbeitenden Industrie 1983 bis zu 15.000 Arbeiter entlassen worden.

Zimbabwe ist also weiter denn je davon entfernt, die Folgen des Bevölkerungswachstums und der Landflucht durch eine aktive Beschäftigungspolitik bewältigen zu können.



Auch der Außenhandel gibt Anlaß zur Besorgnis. Trotz verstärkter Exportanstrengungen übersteigen die Einfuhren seit Jahren die Exportleistungen. Nur durch eine verschärfte Devisenbewirtschaftung mit entsprechendem negativen Auswirkungen auf den Kapitalzufluß und auf die Erneuerung des Produktivkapitals sowie durch den Zufluß ausländischer Hilfsgelder konnte bislang das Schlimmste verhindert werden.

Das jährliche Haushaltsdefizit hat sich dennoch seit 1980/81 nahezu verdoppelt, und die Staatsschulden betragen zur Zeit insgesamt über 2,5 Mrd ZD. Allein im laufenden Jahr müssen 524 Mio ZD für Schuldendienste ausgegeben werden. Zusätzliche Kreditaufnahmen wurden durch den Internationalen Währungsfonds (IMF) erschwert.

Die Regierung Mugabe sieht sich aber ohnehin in einer Situation, die nach Kürzungen im Staatshaushalt verlangt, will sie nicht über kurz oder lang Umschuldungsverhandlungen und das Diktat des IMF heraufbeschwören.

Dafür kommen vor allem die kosten-trächtigen Bereiche Gesundheit und Erziehung in Frage, die unmittelbar nach der Unabhängigkeit mit enormen Mit-

teln gefördert und für jedermann zugänglich gemacht wurden.

Der politische Druck gegen Kürzungen bei diesen sozialen Errungenschaften der Unabhängigkeit hat jedoch nach den Preiserhöhungen bei Grundnahrungsmitteln im vergangenen Jahr noch erheblich zugenommen.

Nicht nur unter der Masse der Bevölkerung wächst der Unmut über die Wirtschafts- und Sozialpolitik, auch innerhalb der regierenden ZANU gärt es seit geraumer Zeit.

Vielen ehemaligen Befreiungskämpfern ist der Kurs der gegenwärtigen Regierung Mugabe allzu zahm und bürgerlich. Das Stichwort von der Kenianisierung macht die Runde, denn was viele sich vom Sieg über das Rassistenregime erhofften, ist nicht eingetreten. Die Revolution fand nicht statt, sie ist auf die lange Bank geschoben.

Selbst die Landfrage, eine der zentralen Anliegen des Befreiungskampfes, ist bis heute auch nicht annähernd gelöst. Von der Regierung geförderte afrikanische Kleinunternehmer machen sich breit und Monat für Monat tauchen neue Korruptionsfälle auf.

Als Sprachrohr der Unzufriedenen gelten der ehemalige Generalsekretär der ZANU, Edgar Tekere, und Justizminister Zvogbo. Zvogbo war früher Sprecher der ZANU und nach der Unabhängigkeit mit der wichtigen Aufgabe der Reorganisation der lokalen Verwaltungen betraut. Insbesondere dem integren Justizminister wird zugetraut, daß er zu Premier Mugabe eine personelle Alternative darstellen könnte.

Vorläufig ist daran allerdings nicht zu denken, denn Zvogbo rutschte auf dem Parteikongreß erst einmal ins zweite Glied zurück. Nur mit Mühe konnte er in dem auf 90 Mitglieder erweiterten Zentralkomitee wieder Sitz und Stimme erringen. Für das neu gebildete Politbüro stand er erst gar nicht zur Debatte.

Ausnahmestand in Matabeleland

Dort blieben die Mugabe-Anhänger praktisch unter sich, nachdem es dem Premierminister nach längeren Diskussionen gelungen war, Wahlen für das Politbüro zu verhindern und eine Nominierung durch die Parteiführung durchzusetzen. Wer in das Politbüro kam, lag damit in den Händen von Mugabe.

Mugabe schätzt sich in der glücklichen Lage, daß er derzeit weder in seinem eigenen Lager noch außerhalb einen ernsthaften politischen Gegner besitzt. Ian Smith, der ehemalige Premier und Vertreter einer unverbesserlichen weißen Minderheit, hat den Höhepunkt sei-

Statut der ZANU

Auf ihrem 2. Parteitag verabschiedete die Afrikanische Nationalunion Zimbabwes (ZANU) u.a. ein neues Parteistatut. Im 2. Kapitel werden die Ziele und die politische und ideologische Programmatik der Partei festgelegt. Auszüge:

5. Die Ziele und Zwecke der Partei sollen diese sein:

- die nationale Wirtschaft in einer solchen Weise umzustrukturieren und wiederaufzubauen, daß der Sieg des Sozialismus über den Kapitalismus gesichert wird;
- das nationale Bewußtsein und die Einheit aller unserer Menschen ungeachtet ihrer Stammes-, Rassen-, Religions-, Geschlechtszugehörigkeit und ihrer Herkunft zu fördern;
- eine gerechte soziale Ordnung in Zimbabwe zu schaffen und zu erhalten;
- die Entwicklung unserer nationalen Kultur zu fördern;
- einen sozialistischen Staat in Zimbabwe zu errichten und zu unterstützen, der auf marxistisch-leninistischen Prinzipien beruht, sich aber fest auf unsere historischen, kulturellen und sozialen Erfahrungen gründet, und in welchem die politische Ordnung auf dem allgemeinen Wahlrecht der Erwachsenen unter der Vorhutführung der Arbeiter, Bauern und Intellektuellen beruht;
- die nationale Unabhängigkeit und Souveränität Zimbabwes zu schützen, zu bewahren und zu verteidigen;
- mit allen patriotischen und demokratischen Organisationen innerhalb Zimbabwes zusammenzuarbeiten, die die Vorhutrolle und Verantwortlichkeit der Partei anerkennen;
- einen Einparteiensstaat in Zimbabwe unter der Vorhutführung der ZANU (PF) zu errichten;
- allen Zimbabwern ein hohes Bewußtsein für Disziplin, Fleiß, harte Arbeit und Selbstvertrauen beizubringen;
- sich entschlossen dem Tribalismus, dem Regionalismus, der Vetternwirtschaft, dem Rassismus, dem Sexismus, der religiösen Blindgläubigkeit, der Korruption und allen Formen der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen zu widersetzen;
- sich völlig im panafrikanischen Kampf für die vollständige Beseitigung des Siedlertums, des Kolonialismus, des Neokolonialismus und des Imperialismus in Afrika zu engagieren und für die afrikanische Einheit zu kämpfen;
- mit allen patriotischen und revolutionären Befreiungsbewegungen in Afrika und anderswo zusammenzuarbeiten, deren Ziele, Zwecke und Politik nicht denen der Partei entgegenstehen;
- ein andauerndes Bündnis zwischen den Arbeitern, Bauern und Intellektuellen innerhalb Zimbabwes zu schmieden und zu unterstützen und Loyalität und Einheit gegenüber unserer Nation zu schmieden;
- die Interessen und Bestrebungen der Massen Zimbabwes hochzuhalten, die Prinzipien der Partei zu wahren und ihnen zu gehorchen sowie die Regierung der Partei entschlossen zu unterstützen;
- eine Politik der aktiven Nichtpaktgebundenheit in unseren Außenbeziehungen zu verfolgen, sich den Kriegstreibern zu widersetzen und den internationalen Frieden und die Sicherheit sowie den sozialen Fortschritt in der ganzen Welt zu fördern.

Verhaltenskodex für ZANU-Führer

Präambel

Da die Afrikanische Nationalunion von Zimbabwe eine sozialistische Partei ist, und da es im Hinblick auf die Sicherung des aufkommenden Sozialismus in Zimbabwe notwendig, wünschenswert und ratsam ist, den Führern einen strikten Verhaltenskodex aufzulegen, wird hierdurch vom zweiten Volkskongress der Afrikanischen Nationalunion von Zimbabwe, im weiteren ZANU, folgendes verfügt und angeordnet: (...)

4. Das ZANU-Zentralkomitee schützt und führt die Politik der Partei gegenüber der Nation und der Führung aus. Jeder Führer soll sich an die Verfassung und die Politik der Partei halten, einschließlich der vom Zentralkomitee abgegebenen Direktiven; (...)



Ende des Tribalismus? Armeepatrouille in Matabeleland

5. Die ZANU-Führerschaft soll in ihren Gliederungen mit Aufrichtigkeit, Ehrlichkeit und Disziplin ausgeübt werden; (...)

6. Die Partei hält standhaft die Prinzipien der Gleichheit der Menschen hoch. Deshalb darf ein Führer folgendes weder öffentlich noch privat verfechten oder praktizieren:

- i) Tribalismus
- ii) Regionalismus
- iii) Partikularismus
- iv) Nepotismus
- v) Rassismus, und
- vi) Geschlechterdiskriminierung.

7. Die ZANU betrachtet Korruption als eine

schlimme und die Gesellschaft zerstörende Krankheit. (...)

8. Die ZANU glaubt, daß ein Führer, der sich auf den Erwerb von Besitz konzentriert, oder der sich persönlich an der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beteiligt, rasch ein Verbündeter der Kapitalisten und ein Feind des Sozialismus und der Massen der Bevölkerung wird. Sofern nicht in diesem Abschnitt vorgesehen, oder durch seine offizielle Position erforderlich, ist es einem Führer untersagt:

- a) ein Geschäft, einen Geschäftsanteil oder eine Beteiligung in einem auf Gewinn arbeitenden Unternehmen zu besitzen; (...)
- b) mehr als ein Einkommen zu haben;
- c) als Direktor einer privaten Firma oder eines auf Gewinn arbeitenden Geschäfts zu fungieren;

d) Immobilien oder andere Besitztümer, oder eine Beteiligung an Immobilien oder anderen Besitztümern zu besitzen, von denen er Mieten oder andere Gewinnanteile erhält;

e) mehr als ein Wohnhaus zu besitzen; (...)

f) mit Ausnahme von Zinseinnahmen aus einem Geldguthaben bei einer Sparkasse oder einer vergleichbaren Institution, Zinsen oder andere Einnahmen aus dem Verleihen von Geld zu beziehen; (...)

g) mehr als 50 acre Land zu besitzen oder bei mehr als 50 acre einen Anteil zu haben. (...)

ner Macht längst überschritten. Weit über die Hälfte seiner ehemaligen Wähler hat das Land verlassen und von den Verbliebenen halten nur wenige Smith die Stange.

Ein Großteil der Weißen hält sich politisch zurück oder hat sich, wie die von Smith abgefallenen 13 unabhängigen Abgeordneten, mit den Verhältnissen arrangiert. Man versucht, mit der Regierung Mugabe einen konstruktiven Dialog zu führen.

Der alte Gewerkschaftsführer Joshua Nkomo, der an der Spitze der Afrikanischen Volksunion von Zimbabwe (ZAPU) steht, ist nicht bereit, sich in eine Einheitspartei einzureihen, obwohl seine Partei zunehmend unter Druck gerät. Seit Ende 1982 herrscht in Matabeleland, der Hochburg der ZAPU, praktisch der Ausnahmezustand. Der Grund: Marodierende Banden und Dissidenten, die zumindest teilweise aus Südafrika unterstützt wurden, finden sich dort.

Das nach Matabeleland entsandte Militär machte jedoch keinen Unterschied zwischen Zivilbevölkerung, ZAPU-Mitgliedern und Dissidenten. Wiederholt kam es zu Greueln an Dorfbewohnern und ZAPU-Mitgliedern, denen pauschal die Unterstützung der Dissidenten vorgeworfen wurde.

In anderen Regionen, wo die ZAPU bei den letzten Parlamentswahlen einige Sitze erringen konnte, verhängte die Regierung nach der Ermordung von zwei ZANU-Funktionären ein Versammlungsverbot. Und sie ließ ihre Anhänger vor den Parteibüros der ZAPU aufmarschieren, um den politischen Gegner auch mal mit den Fäusten einzuschüchtern.

Viele ZAPU-Mitglieder, darunter auch einige Minister, sind in den vergangenen Monaten aus Opportunitätsgründen und weil sie mit der Weigerung Nkomos, sich mit der ZANU über eine Vereinigung der beiden Parteien positiv zu verständigen, nicht einverstanden waren,

Roter Faden 1985

NEBEN DEM PRAKTISCHEN KALENDARIUM ENTHÄLT DER ROTE FADEN GERADE JEWE THEMEN, DIE 1985 IN DER DISKUSSION SIND.

WALDSTERBEN, 35-STUNDEN-WOCHE, FREUNDSCHAFT, LIEBE, ZÄRTLICHKEIT, ALKOHOLISMUS, FRAUENPORTRAITS, VIDEOSPIELE UND NEUE MEDIEN. DER ROTE FADEN '85 IST UNVERZICHTBAR GEWORDEN FÜR JEDEN, DER NICHT MIT SCHEUKLÄPPEN ALLTAG LÄUFT.

TASCHENKALENDER 1985

ROTER FADEN '85

208 SEITEN, 8,- DM
KUNSTSTOFFUMSCHLAG



Im Buchhandel erhältlich
Postfach 789
46 Dortmund

WELTKREIS

KNALLT JA VOLL REIN, DIESER KALENDER! DEN MUSS MAN HABEN!



ETWAS UNORTHODOX, DER LETZTE FERNSEHAUFTRITT VON PFARRER VELTING, ABER RECHT HÄT ER!

bereits zur ZANU übergelaufen.

Nichtsdestotrotz ist es der ZAPU gelungen, sich weiterhin zu behaupten. Bei Kommunalwahlen in der zweitgrößten Stadt des Landes, der ZAPU-Hochburg Bulawayo, konnte die Partei Nkomos Anfang Oktober d.J. mit 83% der Stimmen erneut alle Sitze der Schwarzen eringen.

Auf ihrem ersten Kongreß nach der Unabhängigkeit, der am 13./14. Oktober d.J. in Harare stattfand, sprachen sich die 6.000 Delegierten gegen einen Einparteiensstaat aus und wählten J. Nkomo erneut zum Parteivorsitzenden.

Ein weiterer Gegner Mugabes ist Bischof Abel Muzorewa, der für kurze Zeit mit Ian Smith eine Koalitionsregierung eingegangen war. Bei den ersten Wahlen zur Unabhängigkeit 1980 konnte er zur Enttäuschung Südafrikas nur 3 Sitze gewinnen.

Muzorewa, dem staatsgefährdende Umtriebe vorgeworfen wurden, war in diesem Jahr 10 Monate lang inhaftiert. In Harare sieht man zumindest die Gefahr, daß sich die rechten Kräfte um ihn scharen könnten.

Allmählicher Übergang

Muzorewa war schon immer der Knüppel, mit dem Südafrika bei Gelegenheit den Regierenden in Zimbabwe zu drohen mußte. Zwar sind die beiden Länder in aller Stille übereingekommen, die Sicherheitsinteressen des jeweils anderen zu respektieren.

Landwirtschaftsminister Denis Norman traf sich jüngst sogar in Johannesburg mit Vertretern Pretorias, um über Vergünstigungen in den gegenseitigen Handelsbeziehungen zu verhandeln. Aber die Erfahrung lehrt, daß Südafrika mit seinen Nachbarn auch anders verfahren kann.

Trotzdem war man sich am 21. Jahrestag der Gründung der ZANU, den die Delegierten in Borrowdale auch feiern konnten, sicher, daß die Zukunft dem Einparteiensstaat und der ZANU gehört. Und mit Stolz blickten die Delegierten auf die Befreiung des Landes mit der Waffe zurück.

Wie und wann allerdings die gesellschaftlichen Machtverhältnisse zugunsten der Arbeiter und Bauern Zimbabwes verändert werden sollen, darüber machte der Kongreß keine Aussagen. Noch herrsche in diesem Land der Kapitalismus, heißt es lapidar in einer Resolution. Das Ziel einer sozialistischen Revolution werde nur allmählich zu erreichen sein.

Für einen kleinen Unternehmer in Harare ist dies nicht der richtige Moment, über Sozialismus zu sprechen: „Wir sind zu arm, es gibt nichts zu verteilen.“

Plädoyer für einen Kongreß gegen Krieg, Intervention und imperialistische Politik in der „Dritten Welt“

Viele Menschen in Europa sind zunehmend besorgt wegen der wachsenden Kriegsgefahr. Deshalb ist die Friedensbewegung weiterhin eine starke gesellschaftliche Kraft, obwohl sie ihr unmittelbares Ziel, die Verhinderung bzw. Abschaffung der Pershing II und Cruise Missiles, noch nicht erreicht hat.

Die Menschen in der sog. „3. Welt“ sind zunehmend von den Folgen der beispiellosen Aufrüstung der letzten Jahre betroffen. Fast 150 offene Kriege in der „3. Welt“ haben seit Ende des 2. Weltkrieges mehr Menschenleben gefordert als dieser todbringendste aller bisherigen Kriege selbst. Zahlreiche offene und indirekte Interventionen haben stattgefunden. Unzählige Menschen wurden Opfer wirtschaftlicher, politischer, kultureller Unterdrückung.

Heute verschärfen sich nicht nur die internationalen Spannungen. Die Politik der USA und der anderen reichen Nationen bringt den Ländern der „3. Welt“ neue, kaum noch lösbare Probleme und Abhängigkeiten. Auch die Bundesrepublik ist an dieser Entwicklung beteiligt. Die Rolle der Sowjetunion in der „3. Welt“ bleibt nach wie vor umstritten.

Die Solidaritätsbewegung ist in viele Gruppen, Komitees, Organisationen und Personen aufgesplittert, die oft nur wenig voneinander wissen; (oft sehr) gegensätzliche Positionen erschweren die Zusammenarbeit.

Nichtwissen voneinander, einander nicht kennen und teilweise ungute Erfahrungen der Vergangenheit lassen das Trennende stärker hervortreten als das Gemeinsame. Dabei könnte eine starke, eine Solidaritätsbewegung, ein wichtiger Verbündeter der Menschen in der „3. Welt“ bei ihrem Kampf gegen Krieg, Intervention und imperialistische Politik sein.

Auch in großen Teilen der Friedensbewegung wächst die Einsicht, daß ein Friede, der „nur“ Nicht-Krieg in Europa bedeutet, auf tönernen Füßen steht.

Wir, die Unterzeichner dieses Plädoyers, wissen uns in unserem praktischen Engagement beiden verbunden: der Friedens- und der Solidaritätsbewegung. Wir halten es für möglich und notwendig, daß Menschen aus allen politischen Strömungen beider Bewegungen miteinander ins Gespräch kommen. Wir wissen, daß es zahllose Themen für ein solches Gespräch gibt. Wir schlagen vor, mit einigen der drängendsten zu beginnen:

1. Woher kommt die sich verschärfende Kriegsgefahr?

Einige von uns denken, daß die Politik beider Großmächte das Ziel verfolgt, große Teile der Welt in Abhängigkeit von ihren eigenen Interessen zu halten. Die daraus resultierende Blockkonfrontation ist die Hauptquelle der Kriegsgefahr.

Anderer gehen davon aus, daß es die wirtschaftlichen Interessen der kapitalistischen Staaten sind, die auf die Beherrschung der ganzen Welt zielen. Zu deren Durchsetzung sind die NATO-Länder zu jedem militärischen Abenteuer bereit.

Wieder andere sehen, daß sich die Militärapparate inzwischen in eine eigene Dynamik hochschaukeln haben, die die Politiker nicht mehr bremsen können oder wollen.

2. Welche Rolle spielt die Sowjetunion in der „3. Welt“?

Ist sie sozusagen automatisch ein Freund oder zumindest Verbündeter der um ihre Freiheit ringenden Völker? Oder ist sie genauso deren Gegner wie die USA und die NATO-Länder? Oder hat sie mal diese, mal jene Rolle, je nach dem, wie es gerade ihren geostrategischen Interessen nutzt?

3. Welche Rolle spielt die Bundesrepublik gegenüber der „3. Welt“?

Hat sie überhaupt eine eigenständige „3. Welt“-Politik, oder folgt sie im wesentlichen den Vorgaben der USA? Verfolgt sie eigenständige imperialistische Interessen mit eigenen Instrumenten (Entwicklungshilfe, Rüstungsexporte, EG, Westeuropäische Union, u.a.) unabhängig davon, ob diese US-Interessen entgegenlaufen? Oder wäre sie als von beiden Großmächten mehr oder weniger bedrohtes oder abhängiges Land ein denkbarer Partner der „3. Welt“? Welche Rolle spielen in diesem Prozeß die verschiedenen politischen Parteien?

4. Welches Verhältnis haben wir selbst zu den Befreiungsprozessen in der „3. Welt“?

Wer ist eigentlich der Träger dieser Prozesse in der „3. Welt“? Muß unsere Solidarität eine vollständige, bedingungslose sein? Oder sind die politischen Rahmenbedingungen unseres Landes die wesentlichen Bestimmungsmomente unseres Handelns? Wie muß dieses Handeln aussehen? Können oder müssen wir sogar bestimmte Aktionsformen ausschließen – für uns und/oder die Menschen in der „3. Welt“? Können wir hier für den Frieden und dort für den bewaffneten Befreiungskampf eintreten?

Wir wissen, daß wir unsere Fragen und Positionsbeschreibungen weitgehend sehr schematisch und sicher unvollständig gemacht haben. Viele, vielleicht die meisten, denken nicht genau innerhalb der einen oder anderen Position. Wir wollen hier nur anreißen, in welcher politischen Breite und Offenheit wir uns einen Streit der Meinungen wünschen. Wir haben keineswegs die Erwartung, daß seine solche Auseinandersetzung die bestehenden Differenzen beseitigen könnte. Aber eine Klärung der Positionen untereinander ist Voraussetzung, um herauszufinden, wo Mensch was miteinander tun kann. Und wir glauben, daß die Bewegung mehr Gemeinsamkeiten hat, als die organisatorische und politische Vielfalt manchmal glauben lassen.

Wir rufen dazu auf, im kommenden Jahr einen Kongreß zu organisieren, der diese Fragen behandelt. Wir wissen, daß eine solche Veranstaltung nur erfolgreich sein kann, wenn in den Gruppen, an der Basis, dieser Dialog ebenfalls und vor allem stattfindet – das ganze Jahr hindurch und nicht nur einmal auf einem Kongreß. Wir fordern auf, diesen Vorschlag zu diskutieren und zu unterstützen und so das Gespräch zu beginnen.

Wir laden ein zu einem **Vorbereitungstreffen** am 25.11.1984 in Bonn.

Beginn 10.30 h, Gaststätte zur Sternenburg, Sternburgerstr.

Erstunterzeichner u.a.: Andreas Zumach, Lukas Beckmann, Hans Brauscheid, Werner Ley, Klaus Schmidt, Michael Röder, Peter Wahl

Lothar A. Heinrich

Wie kam es zum Abkommen von Tripolis?



Die französischen Besatzungstruppen werden abgezogen – in die Nachbarländer

Einem Kommuniqué zufolge, das am 17. September d.J. vom französischen Außenministerium und gleichzeitig in der libyschen Hauptstadt Tripoli veröffentlicht wurde, kamen die Regierungen der beiden Länder überein, am 25. September mit dem Rückzug ihrer Truppen aus dem Tschad zu beginnen. Dieser Rückzug soll bis zum 15. November d.J. abgeschlossen sein.

Die Regierung in Paris hatte unter der Bezeichnung „Operation Manta“ am 8.8.1983 über 3.000 Legionäre in die ehemalige französische Kolonie geschickt. Dies geschah, nachdem die von Libyen unterstützten Verbände der tschadischen Übergangsregierung der Nationalen Einheit (GUNT) unter Führung von Goukouni Oueddei sich anschickten, aus ihrem Rückzugsgebiet im Norden des Landes nach Süden auf die Hauptstadt N'Djamena vorzustoßen und die dort amtierende Regierung unter Präsident Hissène Habré zu stürzen.

Die GUNT war 1979 auf Betreiben der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) aus 11 tschadischen Fraktionen gebildet worden. Die relevantesten Gruppen waren aus der Nationalen Be-

freiungsfront des Tschad (FROLINAT) hervorgegangen, die seit 1966 gegen die von Frankreich im Land installierten neokolonialen Regimes einen Guerillakrieg führte.

Der jetzige Präsident Hissène Habré hatte kurz zuvor gegen den damaligen Präsident Malloum geputscht. Der ernannte ihn auf französisches Einwirken hin zum Ministerpräsidenten, obwohl Habré zu diesem Zeitpunkt keineswegs eine bedeutende militärische Macht hinter sich hatte. Auf Betreiben der eng an Frankreich gebundenen afrikanischen Staaten wurde Habré dann auch zum Verteidigungsminister der GUNT unter Präsident G. Oueddei, seinem langjährigen Widersacher innerhalb der FROLINAT, der sich Habré 1971 unter merkwürdigen Umständen angeschlossen hatte, ernannt.

Der unzweifelhaft machtbesessene und gleichzeitig militärisch und politisch fähige Habré putschte schon 5 Monate später, im März 1980, abermals. Möglicherweise sah er durch die geplanten Wahlen seinen Machtanspruch gefährdet.

Die Regierung Oueddei rief damals die

Libyer zu Hilfe und vertrieb die Kräfte Habrés über die Grenze in den Sudan. Die libysche Hilfe war notwendig geworden, da die GUNT aufgrund ihrer internen Widersprüche eine äußerst schwache Regierung stellte. Die seit langem recht zweifelhaften panarabischen und panislamischen Aktivitäten Libyens und die oft noch befremdlichere und widersprüchliche libysche Propaganda erleichterten es den ausländischen Kräften, die verdeckt oder offen mit Hissène Habré verbündet waren – den USA, Frankreich und ihrer jeweiligen afrikanischen und arabischen Klientel von Saudi Arabien und Ägypten bis zum Sudan und Zaire –, eine intensive Desinformationskampagne gegen Libyen zu beginnen. Dessen damals durchaus völkerrechtlich legale Hilfe wurde als Versuch dargestellt, den Tschad zu annektieren.

Schließlich gelang es der französischen Regierung denn auch, die weitgehend handlungsunfähige GUNT mit dem Versprechen französischer Hilfe dazu zu bewegen, die libyschen „Besatzungs“-Truppen zum Abzug aufzufordern und durch eine OAU-„Friedenstruppe“ zu ersetzen. Die französische Hilfe blieb jedoch im erwarteten Umfang aus, und die schließlich nur aus Kontingenten proimperialistischer afrikanischer Staaten bestehenden Truppen entzogen sich ihrer Aufgabe, die legale Regierung zu verteidigen. So gelang es den Truppen Hissène Habrés im Juni 1982 die GUNT aus N'Djamena zu verjagen.

Gegen alle Erwartung konstituierte diese sich jedoch bereits Ende des gleichen Jahres im Norden des Landes neu. Es schien sogar zu gelingen, eine größere Einheit und ideologische Vereinheitlichung auf einem antiimperialistischen und „sozialistischen“ Programm herzustellen, während die Brutalität mit der die Truppen Habrés vorgehen, gerade im Süden des Landes erneuten Widerstand aufkommen ließ.

Mit libyscher Unterstützung, deren genauer Umfang allerdings schwer zu ermitteln ist, gelang es der GUNT unter diesen Umständen erneut, in die Offen-

sive zu gehen. Habrés Glück schien genau so schnell zu zerrinnen, wie es geschaffen worden war.

Das Einrücken französischer Truppen, die quer durch den Tschad zwischen dem 15. und 16. Breitengrad eine Pufferzone zwischen dem von der Regierung H. Habré kontrollierten Gebiet und der Nordregion schufen, veränderte die Situation grundlegend. Die Unmöglichkeit, aus der nördlichen Wüstenregion weiter nach Süden vorzustoßen, aber offensichtlich auch eine zunehmend direkte Kontrolle der Nordregion und der dort stationierten tschadischen Kräfte durch die Libyer, schienen die Einheit der GUNT aufs Neue in Mitleidenschaft gezogen zu haben.

So machte ein wiederholter Versuch, die Einheit der Anti-Habré-Kräfte zu stärken, der im August 1984 in Ouagadougou, der Hauptstadt von Bourkina (ex-Obervolta), stattfand, die Spaltung erst komplett. Neben dem von Goukouni Oueddei neugeschaffenen Nationalen Befreiungsrat (CNL) konstituierte sich aus vier der sechs Tendenzen der GUNT eine Versammlung der Patriotischen Kräfte (RFP), die sich für eine Verhandlungslösung mit Habré einsetzt und die GUNT als eine libysche Marionettenorganisation bezeichnet.

Zerwürfnis der GUNT-Mehrheit

Schwer zu verifizierenden Berichten zufolge soll es schon im März/April d.J. zu bewaffneten Zusammenstößen zwischen libyschen Soldaten und Elementen der GUNT gekommen sein. Darüber hinaus sollen sich Mitglieder des Demokratischen Revolutionsrats (CDR), nach Oueddeis Streitkräften des Tschad (FAT) die zweitgrößte Guerillaorganisation der GUNT und bis dahin als beson-



Präsident Habré und Mitterrand konsultieren sich nach der Truppenentsendung

ders prolibysch geltend, den Kräften Hissène Habrés angeschlossen haben.

Ein Hauptgrund dieser von der GUNT immer geleugneten Desertationen und Auseinandersetzungen ist offensichtlich das selbstherrliche Auftreten der libyschen Verbündeten gewesen.

Daß es sich dabei wohl um mehr als gegnerische Propaganda gehandelt hat, wurde indirekt am 27.8.1984 bestätigt, als die libysche Nachrichtenagentur JANA bekanntgab, daß Goukouni Oueddei den Generalsekretär des CDR, Acheik Ibn Omar, als Verteidigungsminister der GUNT durch die Nummer zwei des CDR, Rakhis Manani, ersetzt habe.

Acheik Ibn Omar hatte in letzter Zeit das libysche Vorgehen im Tschad immer mehr kritisiert. Einem Sprecher des CDR zufolge war Rakhis Manani inzwischen aus dem CDR ausgeschlossen worden.

Die USA u.a. halten sich bereit

Während die „Operation Manta“ also zu einer Schwächung der GUNT geführt hatte – weniger einer militärischen, da die Dissidentenfaktionen offenbar ohne libysche Unterstützung keine eigenständige militärische Kraft darstellen, als vielmehr eine politische – konnte die Regierung Habré ihre administrative und militärische Kontrolle des Landes ausbauen.

Unter diesen Umständen wird es durchaus verständlich, wenn das libysche Regime, dessen Bemühungen um bessere Beziehungen zum Westen mit dem libysch-marokkanischen Abkommen vom 13.8.1984 einen ersten sichtbaren Höhepunkt erlebte, die französischen Bedingungen für den Tschad annimmt. Welcher der beiden Seiten im tschadischen Bürgerkrieg der Rückzug der ausländischen Truppen schließlich mehr nützen wird, kann jetzt noch nicht eindeutig gesagt werden. In N'Djamena scheint man über das Abkommen, von dessen Vorbereitung man offenbar nicht einmal in Kenntnis gesetzt worden war, am wenigsten beglückt zu sein, während es von praktisch allen anderen Kräften einschließlich der GUNT begrüßt wurde.

Der tschadische Außenminister Govara Lassou jedenfalls wiederholte die schon mehrfach zuvor geäußerte Befürchtung, daß sich Libyen nur bis zum Aouzou-Streifen zurückziehen werde und angreifen werde, sobald der letzte französische Soldat den Tschad verlassen habe.

Noch im Mai d.J. hatte Acheik Ibn Omar in Tripoli zwar Verständnis dafür gezeigt, daß Libyen und Frankreich sich des Tschad-Problems in der damali-

gen Form entledigen wollten.

Gleichzeitig jedoch hatte er das als gefährlich bezeichnet, da ihm Informationen vorlägen, denen zufolge sich in diesem Fall die USA, der Sudan, Ägypten, Zaire und andere Länder bereithielten, Habré bei der Eliminierung seiner Gegner tatkräftig zu unterstützen.

Unter diesen Umständen ist es möglich, daß die GUNT in erster Linie die Rechnung zu bezahlen hat. Ohne die Libyer ist sie einer breiten Koalition von Gegnern schutzlos ausgeliefert. Die Präsenz der Libyer hingegen scheint ihr die politische Basis im Land selbst zu entziehen.

blätter des iz3w

informationszentrum dritte welt - iz3w

Schwerpunktthema:

IRAN im sechsten Jahr der Revolution



Nr. 120 · September 1984

Iran im Herbst · Was kommt nach Khomeini · Deutsche Waffen im Iran/Irak-Krieg · Zur islamischen Moralpolitik · Sima und Bijan · Iranische Opposition · Kurdistan-Interview ·

Guatemaltekische Flüchtlinge in Mexiko · Schule und 3. Welt: Hinduismus als indische Lebensweise

Nachrichten und Berichte zu: Sri Lanka, Malaysia, Guatemala, Thailand, Chinesische Minderheit, Pestizide

Einzelpreis DM 5,-; Jahresabo: DM 40,- (DM 30,- für einkommensschwache Gruppen) bei 8 Ausgaben im Jahr. Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 5328, 7800 Freiburg



Bei seinem Antrittsbesuch im Weißen Haus fand der neue Ministerpräsident Shimon Peres am 9./10. Oktober d.J. in Ronald Reagan einen „wirklichen Freund“ vor. Für die krisengeschüttelte israelische Wirtschaft versprach der US-Präsident eine Anhebung der Hilfe. Die auf dem Wunschzettel von Peres notierte Anhebung der US-Wirtschafts- und Militärhilfe von 2,6 Mrd auf 4 Mrd Dollar im Jahr 1985 wurde von der Reagan-Administration zwar nicht in voller Höhe bestätigt, dafür aber eine Soforthilfe bei akuten Zahlungsbilanzschwierigkeiten zugesichert, um die Probleme des Verbündeten lösen zu helfen.

Die Inflation ist mit 400% im Jahresschnitt (September 1984 sogar 800%) „außer Kontrolle“ geraten. Israels Auslandsverschuldung von 23 Mrd Dollar bedeutet die welthöchste Pro-Kopf-Verschuldung. Da wiegt der von Washington als Dreingabe bis zum Frühjahr 1985 gewährte Zahlungsaufschub für die Schuldentrückzahlung doppelt schwer. Die israelische Regierung der großen Koalition verfügte bereits Subventionskürzungen für Grundnahrungsmittel (Brot, Margarine) oder Benzin und neue Steuerbelastungen für die Lohnabhängigen. Vorgesehen ist ferner die Kürzung der Staatsausgaben 1985 um 10%, rund 1 Mrd Dollar.

Das außenpolitische Topanliegen von Peres, die US-Regierung möge beim „für die nächsten Monate“ fälligen Rückzug der israelischen Besatzungstruppen aus dem Libanon zwischen Israel und Syrien vermitteln, teilte Reagan nicht. Zumindest „vorerst“ wolle sich seine Administration aus dem Libanongeschäft heraushalten. Eine verständliche Zurückhaltung, nachdem die US-Intervention im Februar/März 1984 in einem Desaster endete.

Ghazi Sarhane Verheißungen der großen Koalition

Nach den Wahlen vom 23. Juli (d.J.) waren 52 Verhandlungstage nötig, bevor sich die beiden wichtigsten politischen Kräfte in Israel, der Likud-Block (der 41 Sitze in der Knesset hat) und die Arbeiterpartei (44 Sitze, abzüglich der 6 Sitze der linkszionistischen MAPAM; d. Red.), über die Zusammensetzung einer „Regierung der nationalen Einheit“ einigen konnten. Der Führer der Arbeiterpartei, Shimon

Peres, wird für 2 Jahre Ministerpräsident sein und dann die Macht an den Führer des Likud-Blocks, Yitzhak Shamir, abgeben, der gegenwärtig das Amt des Außenministers innehat. Andere Posten im neuen Kabinett, das etwa 30 Mitglieder umfaßt, sind gleichmäßig auf die beiden Parteien (und auf die ihr außerdem angehörenden anderen 8 Gruppierungen, davon 4 religiöse; d. Red.) aufgeteilt.

Doch werden die wichtigsten Entscheidungen von einem kleinen inneren Kreis von 10 Ministern getroffen. Bemerkenswert ist, daß dazu auch der frühere Kriegsminister Scharon gehört. Er war seines Postens enthoben worden, nachdem der (israelische; d. Red.) Kahane-Untersuchungsausschuß ihn in hohem Maße dafür verantwortlich gemacht hatte, daß es im September 1982 zu dem Massaker an Palästinensern in den Lagern Sabra und Shatila im Libanon (Westbeirut; d. Red.) kommen konnte. Mit seiner Ernennung zum neuen Handels- und Industrieminister wurde Scharon offenbar in gewissem Maße rehabilitiert, doch hat seine Beteiligung am Kabinett den linken Flügel des Arbeiterblocks, die MAPAM-Gruppe, veranlaßt, eine Regierungsbeteiligung abzulehnen. Zudem kam es auch zu eindrucksvollen öffentlichen Demonstrationen gegen seine Ernennung.



Israelischer Kontrollpunkt Batir im Südlibanon

Es ist nicht das erste Mal, daß Israel in seiner kurzen Geschichte eine Regierung der nationalen Einheit hat. Ein solches Kabinett war auch am Vorabend des Sechs-Tage-Krieges gegen Ägypten, Jordanien und Syrien im Juni 1967 gebildet worden, der mit der Besetzung des Gazastreifens, der Westbank und der Golanhöhen durch Israel endete.

Obwohl einige ein Bündnis zwischen der Rechten und der Linken in Israel als „monströs“ ansehen, weil damit das Land in eine völlig ausweglose Situation geführt wird, stehen sich die beiden Parteien näher, als allgemein angenommen wird. Beide stimmten für die Annektierung der Golanhöhen und Ostjerusalems, billigten die gegen die Palästinenser gerichteten Vorstöße im Libanon und lehnten es ab, irgendeinem Nahost-Friedensplan zuzustimmen, der die

Palästinenser und die Palästinensische Befreiungsorganisation einbezieht.

Darüber hinaus ist es kein Geheimnis, daß die Vereinigten Staaten die Bildung einer Regierung der nationalen Einheit in Israel befürworteten. Denn diese würde aufgrund ihrer großen Mehrheit im Parlament freie Hand haben, die dringendsten Probleme des Landes in Angriff zu nehmen, nämlich die hoffnungslose wirtschaftliche und finanzielle Situation.

Washington hat der neuen Regierung bereits 1 Mrd Dollar als Nothilfe angeboten, um das Land vor dem Bankrott zu retten. Zudem gibt es ein Angebot, die US-Steuern auf israelische Importe zu streichen und eine Freihandelszone einzurichten, die die Volkswirtschaften der beiden Länder enger zusammenschließen würde. (...)

Die vom Likud-Block seit 1977 durchgeführte Politik, die im wesentlichen



auf die Eroberung neuer Gebiete auf Kosten jeder möglichen Lösung des israelisch-arabischen Konflikts abzielt, hat zweifellos die Entwicklung ultranationalistischer Gruppierungen begünstigt.

Bei der Ablösung Menachim Begins als Ministerpräsident der letzten Regierung durch Yitzhak Shamir gehörten dessen Kabinett eine Reihe von Politikern und Militärs an, deren Ideologie hinsichtlich der Araber, insbesondere der Palästinenser, zutiefst rassistisch ist. Zu ihnen zählten die Generale Ariel Sharon und Raphael Eytan sowie Youval Neeman, der ehemalige Minister für wissenschaftliche Forschung, der terroristische Anschläge auf Palästinenser und auf Heiligtümer der Moslems und der Christen ganz offen verteidigte.

Es besteht wirklich nur ein geringer Unterschied zwischen dieser Ideologie und



Koalitionspartner Peres (l.) und Shamir

Programmpunkte der Regierung Peres

Das Mitte September d.J. unterzeichnete Abkommen über eine „Regierung der nationalen Einheit“ formuliert vier Kernziele der großen Koalition für die nächsten 5 Jahre: eine Heilung der sozialen, ethnischen und religiösen Risse der israelischen Nation herbeizuführen, die Wirtschaft zu sanieren, den israelischen Rückzug aus dem Libanon wahrzumachen und die (Separat)Friedenspolitik mit arabischen Nachbarstaaten wiederaufzunehmen.

Im Koalitionsabkommen ist zum Libanon die Rede vom Abzug der eigenen Truppen „in einer kurzen, von der Regierung festzulegenden Frist“. Ministerpräsident Peres stellte unterdessen einen entsprechenden Regierungsbeschluß bis Mitte November d.J. und den Abzugsbeginn spätestens ab März 1985 in Aussicht. Im einzelnen forderte er von Syrien und den UN-Truppen Sicherheitsgarantien, daß künftig keine palästinensischen Guerillaangriffe von libanesischem Boden aus mehr möglich seien. Den ultrarechten libanesischen Haddad-Milizen, die im Sold Israels stehen, sollen die Kontrolle im Südabschnitt übertragen werden.

Hinsichtlich der besetzten palästinensischen Gebiete, des Westjordan- und Gazagebiets, einigte sich die Regierung Peres/Schamir darauf, daß während der Amtsperiode weder eine israelische noch eine andere Souveränität erklärt werden dürfe. Jordanien sei aufzufordern, in den Verhandlungsprozeß (mit Ägypten/USA) einzusteigen. Sollte ein territorialer Kompromiß dabei zur Entscheidung anstehen, dann müßten Parlaments-Neuwahlen angesetzt werden. Ägyptens Präsident Mubarak wurde von Shimon Peres aufgefordert, unverzüglich auf einem Gipfeltreffen die Wiederbelebung des Camp-David-Prozesses mit anzugehen.

In Sachen Siedlungspolitik verständigten sich Arbeiterpartei und Likud darauf, daß existente jüdische Siedlungen in besetztem Gebiet in keinem Fall abgerissen werden sollen. Ihr Bestehen, ihre Sicherheit und Entwicklung werden von der Koalition garantiert. Von den noch unter der Likud-Regierung beschlossenen 27 Neusiedlungen sollen im kommenden Jahr 5-6 errichtet werden, während das Verfahren mit den restlichen Bauprojekten offengelassen wurde. Das Abkommen gesteht der Arbeiterpartei ein Vetorecht im Fall von weiteren Siedlungsprojekten zu. „Illegale Siedlungen werden wir sicher abreißen“, ergänzte Peres im Spiegel-Gespräch vom 15.10.1984.

der des Likud-Blocks, der hintereinander von zwei ehemaligen Terroristen geführt wurde, die für den Tod zahlreicher Palästinenser in den 50er Jahren verantwortlich waren, und dessen Mitglieder von den Palästinensern als „Tieren auf zwei Beinen“ sprachen. (...)

Der Likud-Block wies im Wahlkampf stolz darauf hin, daß seine Bemühungen, „ein Übereinkommen zur strategischen Zusammenarbeit“ mit den USA zu erzielen, erfolgreich waren.

Die Arbeiterpartei hingegen betonte den Vorschlag Präsident Reagans, nach einer Lösung des Palästinenserproblems zu suchen, die erneut die „jordanische Lösung“ aufgreift. Ihr zufolge soll über die Zukunft der Palästinenser mit König Hussein „verhandelt“ werden.

Der ägyptische Außenminister, Boutros Ghali, irrte sich nicht, als er die Meinung vertrat, daß Israels „zerbrechliche nationale Einheit ... nur auf Kosten des palästinensischen Volkes erzielt werden kann, weil die beiden Hauptparteien in ihrer Kolonisierungspolitik fortfahren werden“.

Und tatsächlich hat sich die Arbeiterpartei insgeheim verpflichtet, alle bestehenden Siedlungen, die vom Likud-Block errichtet wurden, bestehen zu lassen, obwohl sie zunächst behauptet hatte, daß nur diejenigen beibehalten werden sollten, die als „unabdingbar für Israels Sicherheit“ angesehen wurden. (...)

(Quelle: AfricAsia, Paris, Nr. 10/1984, S. 12-13)

israel & palästina

Zeitschrift für Dialog

israel & palästina

berichtet über die politischen, gesellschaftlichen und ökonomischen Entwicklungen im Nahen Osten. Zentrales Anliegen ist eine gemeinsame friedliche Perspektive des jüdisch-israelischen und des palästinensischen Volkes im historischen Palästina. Besonderes Augenmerk gilt deshalb der Politik der Friedenskräfte in beiden Lagern.

israel & palästina

ist eine Zeitschrift des DEUTSCH-ISRAELISCHEN ARBEITSKREISES für Frieden im Nahen Osten.

israel & palästina

kann man abonnieren: Sechs Hefte und drei Sondernummern zu aktuellen Schwerpunktthemen kosten 40 DM im Jahr. Probehefte über: Redaktion israel & palästina, c/o Christian Sterzing, Bahnhofstr. 148, 6732 Edenkoben.

Gespräch mit Führern des saudischen Widerstands Die Königsmacht mit dem Schwert erhalten (2)

Mit der widersprüchlichen Rolle der Ölmacht Saudi Arabien in der Krisenregion Naher und Mittlerer Osten befaßte sich der 1. Teil des AIB-Gesprächs mit führenden Repräsentanten des saudischen Volkswiderstands (siehe AIB 10/1984). Im abschließenden zweiten Gesprächsteil wenden sich Adnan Sirhan (Arabische Sozialistische Aktionspartei auf der Arabischen Halbinsel – ASAP) und Said Aziz (Kommunistische Partei in Saudi Arabien – KPS) den Grundlagen des Fahd-Regimes, den inneren Veränderungsprozessen und der Oppositionsbewegung zu.

AIB: Es gibt immer wieder Gerüchte über Widersprüche innerhalb der königlichen Familie, die zu Widersprüchen zwischen den verschiedenen Abteilungen der Streitkräfte geführt haben sollen. **SAID AZIZ:** Aufgrund der Abstammung mütterlicherseits lassen sich sieben Gruppen innerhalb der königlichen Familie unterscheiden. Zwischen diesen Gruppen gibt es diverse Widersprüche.

Hauptsächlich müssen wir zwischen zwei Gruppen unterscheiden: Die Gruppe von Fahd und die Gruppe von Abdallah Ibn Abd-Al-Aziz. Beide Gruppen bestehen darauf, daß die Herrschaft in den Händen des Saud-Clans verbleiben soll, unterscheiden sich aber, wenn es um die Frage geht, wie diese Herrschaft aussehen soll.

Die Gruppe um Fahd gilt als die pro-amerikanische Gruppe und hat ihre soziale Basis in der Kompradorenbourgeoisie. Ihre Interessen sind sehr eng mit denen der USA verbunden. Sie versuchen, die Volkswirtschaft so zu gestalten, wie die USA es wollen.

Zwei Linien im Saud-Clan

Die Gruppe um Abdallah Ibn Abd-Al-Aziz, der auch Kommandeur der Nationalgarde ist, ist eng mit den Briten verbunden. Diese Gruppe ist der Meinung, daß die außenpolitischen Beziehungen Saudi Arabiens breiter gestreut sein sollten, daß sich Saudi Arabien nicht allein auf die USA stützen, sondern enge Beziehungen zu Westeuropa, vor allem zur Bundesrepublik, zu Frankreich und Großbritannien entwickeln soll.

Die Gruppe um Abdallah wird heute auch von Talal unterstützt. Talal war der Führer dessen, was man als die „Palastrevolution“ bezeichnete. In den 60er Jahren erhob sich eine Gruppe von Prin-

zen gegen das Königshaus. Sie forderten Reformen und die Einführung einer konstitutionellen Monarchie. Später mußten sie um Asyl in Ägypten ersuchen. Zu jener Zeit befand sich diese Gruppe auch im Bündnis mit den Kommunisten. Aber das war früher, in den 60er Jahren.

Nun zurück zu Abdallah Ibn Abd-Al-Aziz. Diese Gruppe fordert beispielsweise die Errichtung einer nationalen Industrie und bestimmte Reformen im Herrschaftsapparat. Sie ist nicht zufrieden mit der Korruption, die sich durch Fahd und seine Gruppe immer weiter ausbreitet. Ihre soziale Basis ist enger mit der Stammesstruktur verbunden.

Dies sind jedoch keine Klassenwidersprüche. Denn sobald das Regime als ganzes bedroht ist, finden beide Gruppen wieder zusammen.

ADNAN SIRHAN: Die Widersprüche zwischen diesen beiden Gruppen spiegeln sich auch im Verhältnis der Abteilungen der Streitkräfte wider, in der Konkurrenz zwischen der Nationalgarde und der Armee.

Die Nationalgarde wurde ursprünglich errichtet, um der politischen Opposition zu begegnen und vor allem, um einem möglichen Staatsstreich zu begegnen. Manche Offiziere in der Armee sind als Patrioten bekannt und es gab verschiedene Staatsstreichversuche seitens der Armee. Die Nationalgarde wurde also gegründet, um ein Gegengewicht zur Armee zu schaffen. Die Nationalgardisten wurden aus den Stämmen rekrutiert, die als königstreu bekannt waren. Durch die starken Stammeseinflüsse hatte die Nationalgarde einen sehr rückständigen Charakter. Aber im Verlauf der Entwicklung Saudi Arabiens wurde sie ständig modernisiert und ähnelt heute in ihrem Charakter und ihrer Struktur der Armee.

Abdallahs Stärke beruht auf der Stärke



Exploration weiterer Ölfelder

der Nationalgarde. In dem Machtkampf, der 1982 dem Tod König Khaled's folgte, versuchte man, Abdallah das Amt des Kronprinzen anzubieten unter der Bedingung, daß er die Führung der Nationalgarde abgäbe. Er weigerte sich. Und er hat heute beide Positionen inne.

AIB: Dank des Ölreichtums ist Saudi Arabien zu einem der reichsten Länder der Welt geworden. Welche Auswirkungen hat die Ölindustrie auf die Entwicklung der Klassenstruktur in einem Land, in dem bis in die Neuzeit feudalistische und zum Teil auch vorfeudalistische Produktionsbeziehungen vorherrschen?

SAID AZIZ: Das wichtigste Ergebnis ist die Entstehung einer Arbeiterklasse, einer recht weit entwickelten Arbeiterklasse, die in einem sehr weit entwickelten Industriezweig arbeitet, was natürlich Einfluß auf ihr Bewußtsein hat. So kommt es, daß diese Arbeiterklasse

schon sehr früh an den politischen Kämpfen teilnahm.

Seit den 40er Jahren vollzog sich eine bedeutende Veränderung in der Klassenstruktur Saudi Arabiens. Die Arbeiterklasse entwickelte sich auf Kosten der Bauern und der Beduinen. Parallel entwickelte sich eine nicht unbedeutende Kleinbourgeoisie. Das schränkte die soziale Basis des Regimes zum Teil ein.

Aufgrund des wirtschaftlichen Entwicklungsweges, den das Regime einschlug, entwickelte sich aber auch eine Kompradoren- und eine Staatsbourgeoisie, und

Wir haben viele soziale Probleme. Es gibt z.B. Arbeitslosigkeit in Saudi Arabien. Andererseits werden Arbeitskräfte von außerhalb importiert, hauptsächlich aus Jemen und aus Asien — hier v.a. aus Indien, Pakistan, Bangladesch, Südkorea, Thailand und den Philippinen.

ADNAN SIRHAN: Die Entdeckung des Öls hat positive und negative Auswirkungen. Eines der positiven Ergebnisse ist die Entstehung der Arbeiterklasse, der Klasse, die eine hervorragende Rolle dabei spielen wird, das Regime zu Grabe zu tragen. Auch wurde durch die Ent-

schon Öls. Das meiste Öl wird als Rohöl exportiert. In den 60er Jahren wurde außerdem eine nationale Ölgesellschaft, PETROMIN, die den nationalen Markt mit Öl und Ölprodukten beliefert, gegründet.

Ein Teil der saudischen Öleinnahmen wird direkt in den USA und anderen westlichen Ländern verwandt. Das ist ein sehr großer Anteil an den Öleinnahmen. Der Rest bleibt als sog. „laufende Ausgaben“ und „Entwicklungsausgaben“ für den Apparat in Saudi Arabien. Die Rüstungsausgaben verschlingen hiervon den größten Teil.

Ein großer Teil der Öleinnahmen dient der Unterstützung der Konterrevolution rund um die Welt. Reaktionäre Regimes, die kapitalistischen Länder oder ultrarechte Bewegungen und Organisationen, sowohl in kapitalistischen Ländern, wie auch in sozialistischen Ländern und in manchen Ländern der Dritten Welt, kommen in den Genuß dieses Geldes.

Und ich hoffe, daß sich die Europäer der Tatsache bewußt sind, daß Saudi Arabien bei allen Wahlen in Westeuropa die rechtsten Kräfte finanziell unterstützt, sei es in der Bundesrepublik Deutschland, in Frankreich, Italien, Griechenland oder auf Zypern. Vielleicht sollten die Deutschen mal bei Kohl oder Strauß nachfragen.

Saudi Arabien hat auch eine Reihe islamischer Finanzorganisationen gegründet, wie die Islamische Entwicklungsbank, islamische Fonds usw. Mit diesen Fonds finanzieren sie religiöse Zentren, Moscheen, religiöse Schulen, um ihre eigene Richtung des Islam (den Wahhabismus; d. Red.) zu verbreiten.

In manchen Ländern vergüten die Sauds alle möglichen Amtsträger, vom Präsidenten bis zum untersten Offizier oder Stammesführer bzw. zahlen Zuschüsse zu deren Einkommen. Das ist z.B. der Fall im Nordjemen, im Sudan und in Somalia.

ADNAN SIRHAN: Alle Ressourcen — und in Saudi Arabien haben wir nur das Öl — sollten der ganzen Gesellschaft dienen.

Das saudische Öl dient zwei Zwecken. Zum einen dient es den kapitalistischen Ländern, ihrer wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung. Zum zweiten wird es zum Wohl der herrschenden Klasse und ihrer Verbündeten im Lande verwandt.

Ein kleiner Teil der Öleinnahmen wird auch für sog. Entwicklungsprojekte verwandt. Dies erfolgt allerdings nicht im Kontext einer ausgewogenen Entwicklungsplanung, die eine eigene produktive Basis schaffen soll, sondern es handelt sich eher um Prestigeobjekte.

Die Öleinkommen werden auch als Entgelt für multinationale Konzerne verwandt, insbesondere für Rüstungs-



in den letzten Jahren eine Schicht von Finanzspekulanten. Diese parasitären Klassen oder Schichten verbündeten sich mit der herrschenden feudalistischen Klasse. Umgekehrt wandten sich viele Mitglieder der herrschenden Aristokratie lukrativen Geschäften zu und wurden ein Teil dieser Bourgeoisie.

Daher erklärt es sich, daß die Vertreter der Kompradoren-, Finanz- und Staatsbourgeoisie oft identisch sind mit Mitgliedern der königlichen Familie.

Der Ölboom hat zu einem raschen sozialen Wandel geführt. Die saudische Gesellschaft wurde in eine Konsumgesellschaft verwandelt, die vom Export eines einzigen Gutes abhängig ist. Andererseits müssen alle Güter, die wir auf dem Markt finden, importiert werden. Und das hat bestimmte negative Auswirkungen auf den patriotischen Kampf in unserem Lande.

deckung des Öls der Lebensstandard der gesamten Bevölkerung angehoben.

Ein negativer Aspekt ist aber die Verschlechterung der Landwirtschaft. Bei uns steht das private, das persönliche Interesse über den öffentlichen Interessen. Diese Interessen haben zur Entwicklung einer Konsumgesellschaft geführt, die faktisch alles importieren muß. Und sie haben die Entwicklung einer ausgewogenen Wirtschaftsstruktur verhindert.

AIB: Die Ölkonzerne haben im letzten Jahrzehnt ungeheure Profite gemacht. Das Geschäft mit dem Öl ist neben dem internationalen Waffenhandel das wohl lukrativste Unternehmen. Profitiert Saudi Arabien als Land und profitiert das Volk in Saudi Arabien auch von den Öleinnahmen?

SAID AZIZ: Bekanntlich kontrolliert eine amerikanische Ölgesellschaft, die ARAMCO, den größten Teil des saudischen

konzerne. Sie dienen u.a. zur Kontrolle der Organisation erdölexportierender Länder (OPEC) und der Gewinnung von Verbündeten im Landesinnern. Über entsprechende Geldzuteilungen versichern sich die Sauds der Loyalität der Stammesfürsten oder anderer bedeutender Persönlichkeiten in der Gesellschaft. Die Einnahmen dienen der Entwicklung und Verbreiterung der Kompradorenbourgeoisie und nicht zuletzt erhält jedes Mitglied der königlichen Familie von der Geburt bis zum Tod aus diesem Topf ein regelmäßiges Einkommen.

SAID AZIZ: Ein großer Teil des saudischen Vermögens ist in US-Regierungsanleihen investiert worden. Dies liegt kaum im nationalen Interesse, da es nicht möglich ist, dieses Geld wieder zurückzuziehen, wenn man will. Es gibt Investitionen in anderen Ländern, aber es ist uns unmöglich, in Erfahrung zu bringen, welchen genauen Umfang und welche Höhe die Einkommen aus diesen Investitionen haben.

ADNAN SIRHAN: Saudi Arabien investiert auch immer mehr Geld in Ländern der Dritten Welt. Die saudische Finanzoligarchie profitiert von diesen Investitionen, die gleichzeitig den saudischen Einfluß auf die Politik dieser Länder garantieren sollen.

Die saudischen Investitionen in der Dritten Welt zielen nicht auf die Schaffung eines produktiven Sektors in den Empfängerländern, sondern sollen vor allem reaktionären Ländern helfen, ihre Schwierigkeiten kurzfristig zu überwinden. Im Gegenteil, es gibt genug Beispiele von Ländern, in denen die saudischen Investitionen dazu beitragen, den nationalen produktiven Sektor zu untergraben. Somalia, Marokko, Tunesien oder Nordjemen sind gute Beispiele hierfür.

SAID AZIZ: Diese Art von Investitionen werden in erster Linie nicht aufgrund

wirtschaftlicher Überlegungen getätigt, denn wir haben keine weit entwickelte Bourgeoisie. Politische Überlegungen sind die Hauptmotive. Denn es ist die Regierung selber, die die Banken oder die Fonds anweist, in diesem oder jenem Land zu investieren.

AIB: Inwieweit gibt es in der Bevölkerung in Saudi Arabien Widerstand gegen die Politik der königlichen Familie?

SAID AZIZ: Die Opposition in Saudi Arabien entstand parallel zum Aufstieg des saudischen Regimes. Sie begann als Stammesopposition. Mit der Formation einer Arbeiterklasse in der Erdölindustrie in den 30er Jahren begann das, was ich als politische Opposition bezeichnen möchte.

In der letzten Zeit, vor allem nach der iranischen Revolution gewann die religiöse Opposition an Einfluß. Diese religiöse Opposition besteht aus zwei Fraktionen: Sunniten und Schiiten.

Die Schiiten sind aufgeklärter und in gewisser Hinsicht politisch fortschrittlicher. Der sunnitischen Opposition hingegen geht es um die Wiederherstellung der Gesellschaft unserer Vorfahren. Sie wendet sich gegen jegliche Form der Modernisierung, z.B. gegen den Gebrauch moderner Technik, gegen die Ausbildung von Frauen, gegen das Fernsehen.

Es gibt bis heute noch eine Stammesopposition, vor allem unter den At-Taiba, den Qatan, den Beni-Khaled, den Schammar oder den Rasched. Diese Stämme kämpften gegen die Übernahme der Macht auf der arabischen Halbinsel durch die Sauds und nach der Eroberung Riads durch Ibn Saud büßten sie ihre Privilegien ein. Bis heute sind sie von bestimmten Rechten ausgenommen, sie sind z.B. von bestimmten Posten in der Regierung, im Staatsapparat und in der Armee ausgeklammert.

Was die politische Opposition betrifft, so

gibt es hier die Kommunistische Partei, die Sozialistische Aktionspartei und Persönlichkeiten und oppositionelle Zirkel. Selbst innerhalb der Armee gibt es aufgeklärte, patriotische Menschen.

Es gibt einen sozialen Wandel und eine Änderung der Klassenstruktur in Saudi Arabien. Es gibt heute einen Widerspruch zwischen der wirtschaftlichen Basis und dem politischen Überbau der Gesellschaft. Dadurch wachsen die gesellschaftlichen Konflikte, und die Herrschaft der Sauds wird zunehmend in Frage gestellt.

Es ist dem Regime nicht möglich das Leben unter Beibehaltung der Herrschaftsform zu modernisieren und an die sich vollziehenden wirtschaftlichen Änderungen anzupassen. So bleibt ihm nichts, als die neuen Trends zu unterdrücken.

ADNAN SIRHAN: In Saudi Arabien gibt es nichts von dem, was man als demokratische Grundrechte bezeichnen könnte.

Grundrechte – ein Fremdwort

Politische Parteien und Gewerkschaften sind verboten. Aber diese Hartnäckigkeit des Regimes führt zu einer wachsenden Opposition in der jüngeren Generation. Das Eindringen kapitalistischer Produktionsverhältnisse in unsere Gesellschaft – und seien es auch nur sehr zurückgebliebene kapitalistische Strukturen – führte zu einer Änderung im Bewußtsein und im Wertesystem unserer Gesellschaft.

Diese Werte sind die Werte des 20. Jahrhunderts. Unserem Volk wird selbst das Recht auf ein Mindestmaß an Freizeitgestaltung verweigert, wie Kino, Theater usw. Die Begründung des Regimes hierfür ist, daß solche Dinge durch die Religion verboten seien. Aber da im Volk ein

Saudi-Arabien-Daten

Fläche: 2,15 Mio qkm (BRD 124.000 qkm)
Bevölkerung: ca. 10,5 Mio; rund 1/3 sind nomadisierende Beduinen
Hauptstadt: Riad (1,1 Mio Einwohner)
Religion: Islam, überwiegend sunnitischer Richtung (Wahhabismus)
Sprache: Arabisch
Währung: Saudi Riyal (SRI); 1 SRI = 0,8 DM (Stand Ende Juni 1984)
Staatsordnung: Seit der Proklamation des Königreichs Saudi Arabien 1932 eine absolute Monarchie mit dem Saud-Clan an der Spitze. König Fahd ist zugleich Premierminister und höchster religiöser Führer. Ihm assistiert ein Ministerrat (seit 1953), dessen Mitglieder der König ernannt und abberuft. Das Wüstenland besitzt weder eine Verfassung noch ein Parlament. Gewerkschaften oder politische Parteien sind verboten und werden verfolgt.



Wirtschaft/Soziales: Saudi Arabien ist zweitgrößter Ölproduzent (hinter der UdSSR) und größter Ölexporteur der Welt. Die Öleinkünfte machen über 90% des Staatsbudgets aus. Das Pro-Kopf-Einkommen liegt mit etwa 16.000 Dollar (1982) über dem der BRD (12.460) und der USA (13.160). Durchschnittliches BSP-Wachstum von 1960-82: 7,5%. Von den Erwerbstätigen entfielen 1980: auf die Landwirtschaft 61%, Industrie 14% und den Dienstleistungssektor 25%. Die Anteile am BSP betragen hingegen seitens der Landwirtschaft 1% (!), der Industrie 77% (inklusive Ölsektor; 4% verarbeitendes Gewerbe) und des Dienstleistungsbereichs 22%. Die Lebenserwartung liegt bei 56 Jahren.

Haupthandelspartner sind die USA, Japan, die BRD, Italien, Frankreich und Großbritannien.

Bedürfnis nach solchen Vergnügungen besteht, entwickelt sich selbst an diesen Fragen Widerstand gegen das Regime.

Die Forderungen nach politischen Grundrechten spielt heute eine große Rolle in unserem Volk. Andererseits stellen wir auch eine zunehmende Repression durch das Regime fest.

AIB: Wie sieht diese Repression aus? Und wie rechtfertigt die Familie der Sauds die Unterdrückungspraktiken?

SAID AZIZ: Das, was die Kontinuität des Regimes garantiert, ist Repression. Der Repressionsapparat ist die wichtigste Säule des Regimes. Es gibt Apparate zur direkten Unterdrückung wie das Innenministerium, den Geheimdienst, den politischen Geheimdienst, Spezialgeheimdienste, den militärischen Geheimdienst.

Es gibt aber auch eine indirekte Unterdrückung. Es gibt z.B. eine Organisation, die sich „Komitee zur Propagierung des Tugendhaften und zur Unterdrückung des Schlechten“ nennt. Das ist eine Art religiöser Organisation oder Komitee (welches über die Einhaltung der Schariah und die Einhaltung der wahhabitischen Interpretation der islamischen Gesetze wacht; d. Red.)

In jedem Betrieb gibt es besondere Ordnungskräfte und eine Abteilung des Geheimdienstes. Auch die Streitkräfte werden zur inneren Unterdrückung eingesetzt. Das gilt besonders für die Küstenschutz- und Grenzschutztruppen.

Es gibt Institutionen zur Meinungsmanipulation, wie z.B. das Informationsministerium.

Der Ausbau dieses komplexen Repressionsapparates ist eine Antwort auf die wachsende Opposition, auf die religiöse und politische Opposition und die Opposition der Stämme. Er ist aber auch eine Antwort auf Bestrebungen der Bourgeoisie, eine größere Rolle im Lande einzunehmen.

Die Ideologie des Regimes ist reaktionär, ist ein Überbleibsel des Feudalismus. Sie ist theokratisch. Mitten im 20. Jahrhundert treffen wir in Saudi Arabien auf eine Herrschaftsform, für die das Attribut „mittelalterlich“ angemessen ist. Köpfen, Handabschlagen, das Steinigen von Frauen als Strafe für Ehebruch sind an der Tagesordnung. In einer Zeit, wo sich in Saudi Arabien die bürgerlichen Produktionsbeziehungen schnell entwickeln, verweigert das Regime unserem Volke eine unserem Zeitalter angemessene Lebensform.

ADNAN SIRHAN: In der Tat wurde die Gründung Saudi Arabiens durch das Schwert vollzogen. Und der Fortbestand Saudi Arabiens basiert ebenfalls auf dem Schwert. Aus diesem Grund wurden die verschiedenen Unterdrückungsapparate errichtet.

Innerhalb der herrschenden Familie kur-



Das Schwert regiert gnadenlos: Enthauptungen sind üblich

siert ein Sprichwort: „Wir haben die Macht mit dem Schwert erobert und wir werden sie mit dem Schwert erhalten.“ Die Herrschenden versuchen, einfach alles zu unterdrücken, was im Interesse des Volkes ist.

Das reaktionäre saudische Regime kam unter dem Vorwand an die Macht, der Religion dienen zu wollen. Jetzt ist es die Religion, die im Dienste der herrschenden Klasse steht. Es ist keineswegs so, daß sie die religiösen Gesetze anwenden. Im Gegenteil, sie manipulieren und korrumpieren das religiöse Establishment, um ihre eigenen Interessen zu bewahren.

AIB: Im November 1979 gingen Bilder der Besetzung der Moschee in Mekka durch Teile der religiösen Opposition um

die Welt (siehe ausführlich AIB 7-8/1980; d. Red.). Dieser Aufstand konnte erst mit Hilfe amerikanischer und französischer Berater und jordanischer Spezialeinheiten niedergeschlagen werden. Wie hat sich die Oppositionsbewegung seitdem entwickelt?

ADNAN SIRHAN: Es ist überall bekannt, daß der Aufstand in der Moschee von Mekka ein Aufstand der Fundamentalisten war. Aber es ist weniger bekannt, daß sich parallel dazu das Volk in der Ostprovinz gegen das Regime erhob (gemeint sind die Streiks und Demonstrationen der Erdölarbeiter; d. Red.). Nach 1979 wuchs die regierungsfeindliche Stimmung.

Das Regime versuchte dem durch ge-

wisse Neuerungen zu begegnen. Sie kündigten die Schaffung einer beratenden Versammlung, Dezentralisierung, Autonomie für bestimmte Provinzen und lokale Selbstverwaltungsrechte an. Bis heute wurde allerdings nichts davon realisiert. Es waren bloße Lippenbekenntnisse, um der Opposition den Wind aus den Segeln zu nehmen. Als das Volk das merkte, wuchs die Unzufriedenheit wieder.

Alle Kampfformen anwenden

Das Regime begann daraufhin, in den unterentwickelten Provinzen einfache Entwicklungsprojekte durchzuführen, Straßen und Häuser zu bauen und Arbeitsplätze für die dortige Bevölkerung zu schaffen. Ein anderer Trick des Regimes ist die Ausgabe von Aktien. Sie verkaufen Anteile an öffentlichen Einrichtungen an den privaten Sektor oder errichten neue Aktiengesellschaften, deren Anteile an die Bevölkerung verkauft werden. Solche Maßnahmen sollen die Massen vom Kampf um wirkliche Veränderungen abhalten.

Gleichzeitig verstärkte das Regime die Sicherheitsvorkehrungen, vor allem in der Ost- und in der Zentralprovinz. Das zeigt sich z.B. an verstärkten Patrouillen. Noch niemals in seiner Geschichte erlebte das Land so intensive Patrouillen durch die Sicherheitsorgane und den Geheimdienst – selbst in den kleinsten und weitabgelegensten Dörfern.

Nach 1979 wurde das erste Mal in der Geschichte des Landes für mehrere Monate eine Ausgangssperre verhängt. Nach Beginn der israelischen Libanon-Invasion im Juni 1982 begann das Regime die größte Verhaftungswelle in der Geschichte des Landes. Die Verhaftungswelle richtete sich insbesondere gegen die Sozialistische Aktionspartei, gegen die Kommunistische Partei und einige religiöse Gruppierungen. Diese Verhaftungswelle mußte dann aber aufgrund des Drucks im eigenen Lande und durch die Solidarität befreundeter Organisationen in der ganzen arabischen Welt und auf internationaler Ebene wieder eingestellt werden.

Nachdem das Regime merkte, daß die Kampagne der Opposition in der Bevölkerung Anklang fand, startete es eine Informationskampagne und behauptete, daß es in Saudi Arabien keine politischen Häftlinge gäbe, sondern nur Drogenabhängige und Kriminelle.

Schließlich sah sich das Regime Ende letzten Jahres nach einer Solidaritätskampagne doch gezwungen, fast alle politischen Gefangenen wieder freizulassen. Aber völlig frei sind sie auch heute nicht. Sie unterliegen vielerlei Restrik-

tionen innerhalb Saudi Arabiens. Man hat ihnen ihre Pässe abgenommen und sie dürfen bis heute nicht wieder ihre alten Berufe ausüben.

AIB: Was sind die Perspektiven der Opposition und wie seht Ihr die Rolle eurer Parteien?

SAID AZIZ: Die Opposition hat leider bisher noch nicht die Ebene eines festen Bündnisses oder einer Front erreicht und spielt auch noch keine führende Rolle in den Auseinandersetzungen. Aber es gibt Anzeichen dafür, daß die Opposition in Zukunft eine entscheidendere Rolle spielen wird.

Das Zentrum der politischen Opposition ist die Arbeiterklasse, besonders die Arbeiterklasse in der Erdölindustrie, dem Rückgrat des Landes.

Als Partei glauben wir, daß es notwendig ist, alle Formen des Widerstandskampfes anzuwenden, friedliche und nichtfriedliche. Die Erfahrungen von 1979, als sich die Massen gegen das Regime erhoben, waren eine wichtige Lektion für uns und zeigten, daß es notwendig ist, alle Kampfformen anzuwenden.

Wenn sich irgendwo die Möglichkeit bietet, das Regime zu stürzen, müssen wir dafür bereitstehen. Um uns darauf vorzubereiten, müssen wir einen starken Einfluß in allen Sektoren unseres Volkes,

vor allem unter den Arbeitern, der Jugend, den Frauen und den Studenten entwickeln.

ADNAN SIRHAN: Die Dringlichkeit der Bildung einer nationalen Front wächst. Jede Partei für sich genommen, wird nicht in der Lage sein, dieses Regime zu stürzen. Kein Flügel der Opposition ist in der Lage, allein gegen das Regime Widerstand zu leisten.

In letzter Zeit nehmen die sozialen Probleme in Saudi Arabien zu. Nach der Senkung des Ölpreises verteuerten sich die Preise für Grundnahrungsmittel erheblich. Aufgrund der aktuellen Haushaltskrise wurden verschiedene Entwicklungsprojekte gestoppt. Dadurch wächst die Unzufriedenheit.

Das Bewußtsein der Massen entwickelt sich. Und das gibt uns und unseren Genossen von der KPS gewisse Hoffnung. Unsere Partei glaubt, daß eine Lösung der Probleme nicht ohne Sturz des Regimes möglich ist.

Infolge falscher Verhaltensweisen von Mitgliedern unserer Parteien gab es früher bestimmte Mißverständnisse zwischen unseren Organisationen, aber gerade in der letzten Zeit, angesichts der vor uns stehenden Aufgaben, entwickeln sich die Beziehungen zunehmend positiv. *Schluß*

Dieter Eich, Carlos Rincon

La Contra

Der Krieg gegen Nicaragua
Konkret Literatur Verlag



192 Seiten mit Fotos, 18 Mark

In Gesprächen mit den Autoren erzählen gefangengenommene Contra-Militärs, Saboteure, Geheimdienstler und zwangsrekrutierte Bauern die Geschichte der Contra. Die brutale Offenheit vieler Aussagen mag manchen Leser erschrecken. Aber wer könnte die Legende von den Freiheitskämpfern besser zerstören als sie selbst.

Günter Wallraff u.a.

Nicaragua von innen



Reihe konkret

192 Seiten, Fotos, 18 Mark

Günter Wallraff war auf Einladung der Regierung zu Gast in Nicaragua. Er traf die Revolutionsführer Thomas Borge, Ernesto Cardenal, Dora María Tellez und Sergio Ramirez. Er war bei den umgesiedelten Miskitos, bei den Flüchtlingen vor Pastoras Banden, in der von der Contra umkämpften Stadt Jalapa.

Konkret Literatur Verlag

Nima Mina

Endoffensive gegen die Kurden?

Kampfhubschrauber des iranischen Regimes warfen Ende August/Anfang September d.J. über den kurdischen Ortschaften zwischen Sardascht, Piranschahr und Mahabad Flugblätter ab. Darin wurden die etwa 10.000 Einwohner von über 60 Dörfern im Grenzstreifen zu Irak aufgerufen, umgehend ihre Häuser, ihr Vieh und ihre Landwirtschaft zu verlassen und sich „anderswo einen neuen Aufenthaltsort zu suchen“. Die Regierung der Islamischen Republik beabsichtigt, nach einer derartigen Evakuierung der Einwohner das ganze Gebiet um Sardascht zu einer militärischen Sperrzone zu erklären. Und dies wäre der vorbereitende Schritt, um einen Vernichtungsfeldzug gegen die Organisationen der kurdischen Nationalbewegung, allen voran die Demokratische Partei Iranisch-Kurdistan (DPKI; gegründet 1945, Generalsekretär ist Abdul Rahman Ghassemlou), die über die stärksten bewaffneten Kräfte verfügt, durchzuführen.

Während der vorausgegangenen Monate hatten die kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen den Armeen des Iran und Irak in der kurdischen Region an Härte und Umfang abgenommen.

Stattdessen konzentrierten sich die Infanterie und teilweise die Luftwaffe der Islamischen Republik zunehmend auf Angriffe gegen die Peshmerga-Verbände der DPKI, die mit 20.000-30.000 bewaffneten Partisanen wirkungsvoll gegen das Teheraner Regime kämpften. Ihre Losung lautet: „Demokratie für Iran und Autonomie für Kurdistan“.

Die bewaffneten Einheiten der DPKI hatten sich bereits 1981, nach dem allgemeinen Angriff der Zentralregierung auf die Städte Kurdistan, von ihren Bastionen wie Mahabad, Sardascht, Sanandadj usw. aus in das Hochgebirge im Grenzstreifen zum Irak und teils auch auf irakisches Territorium zurückgezogen.

Den größten Teil ihrer militärischen Ausrüstung erbeuteten die kurdischen Peshmerga im Jahre 1979 durch Überfälle auf die Kasernen der Schah-Armee und in den folgenden Jahren, nach der iranischen Revolution (Februar 1979), in den Auseinandersetzungen mit den Pasdaran, den Wächtern des Teheraner Regimes, und den regulären Armeeeinheiten. Dazu gehören z.B. ihre Fahrzeuge,



Kurdischer Wachposten

Militärlastwagen der iranischen Armee und manchmal auch Hubschrauber, die inzwischen das Emblem der DPKI tragen.

Die kürzliche Offensive der Streitkräfte gegen die Gebiete „Sar Schachan“ und „Sapi Sang“ kostete die Teheraner Machthaber, etwa 100 Mio Rials (2,5 Mio DM) und endete dennoch mit einem Fiasko: Mit insgesamt 500 Toten mußten sie sich innerhalb kürzester Zeit zurückziehen.

Im Laufe der drei Monate Juli, August und September d.J. mußten die Streitkräfte der Zentralregierung schwere militärische Niederlagen hinnehmen und auf dem Kampffeld 1.193 Tote, 1.305 Schwerverletzte, 47 Gefangene, 133 Panzerfäuste vom Typ RPG, drei Raketenabschlußvorrichtungen des Typs SAM 3 und mehrere Hundert Schnelladegewehre vom Typ G-3, M-16 usw. hinterlassen. Auf kurdischer Seite wurden 111 Angehörige der DPKI und 73 Zivilisten getötet.

Um dem Gegner ihre militärischen und organisatorischen Fähigkeiten zu demonstrieren, hatten die Peshmerga der DPKI in einer koordinierten Aktion mit den Widerstandsorganisationen in Türkisch-Kurdistan die iranische Export-

Pipeline in die Türkei gesprengt und die Einrichtungen der Ölindustrie in Baneh in Brand gesetzt. Weiter hatten sie in den vom Regime okkupierten Städten Orumieh und Sardascht Warnanschläge auf Stützpunkte der Pasdaran und der regierenden Islamisch-Republikanischen Partei verübt.

Das iranische Regime versucht gegenwärtig durch erweiterte militärische Offensiven und durch die Deportation von etwa 10.000 Einwohnern der Region bei Sardascht, die mehrheitlich die Organisationen der kurdischen Nationalbewegung unterstützen, den kurdischen Widerstandskämpfern die Basis zu entziehen und sie gleichzeitig physisch zu vernichten.

Die Opfer dieser „Endlösung“ gegen die kurdische Nationalbewegung sind die wehrlosen, meist armen Bauernfamilien, die unmittelbar vor Beginn der kalten Jahreszeit durch die Deportation die Quelle ihres Lebensunterhalts verlieren.

FÜR DAS SELBESTBESTIMMUNGSRECHT DES KURDISCHEN VOLKES DER HORIZONT	
Zeitung der Vereinigung der Studenten Kurdistan im Ausland (AKSA)	
Informiert Euch über die Befreiungsbewegung des kurdischen Volkes !	
Übt Solidarität mit Ihr !	
ABONNEMENT	
(Name, Vorname) _____	
(Straße, Platz, Postfach) _____	
(PLZ, Ort) _____	
Hiermit bestelle ich ... Exemplare des Horizont und überweise pro Exemplar 2 DM bzw. 20 DM für 10 Aus- gaben auf das angegebene Konto.	
(Unterschrift) _____	
ADRESSE :	
POSTLAGERKARTE A 013739 3550 MARBURG	
STADTSPARKASSE MARBURG KONTO-NR 45029792 AKSA BLZ 53350007	

Rainer Werning

Die Einschnürung des Chun-Regimes



Protestierende Studenten, an der Spitze der Opposition

Nachdem US-Präsident Ronald Reagan seine für Herbst letzten Jahres vorgesehene Reise nach den Philippinen, Indonesien und Thailand infolge der Ermordung des philippinischen Oppositionspolitikers Aquino absagte (siehe AIB 10/1984, S. 42-43), unterstrich sein Korea- und Japan-Besuch im November 1983 die enorme Bedeutung, welche Washington diesen beiden Ländern beimißt.

Aufwertung des Souler Regimes

Vor allem galt Reagans Stop in Seoul (12.-14.11.1983) der Aufwertung eines diktatorischen Regimes, dessen zur offiziellen Staatsdoktrin erhobener Antikommunismus sich nahtlos in die neue US-Offensivstrategie einfügt. Dieses Hofieren kam gleich in mehrfacher Hinsicht zum Ausdruck:

Südkorea ist Lagerplatz für amerikanische Atomwaffen und bildet aufgrund seiner geographischen Lage die „Frontlinie“ in Washingtons gegenwärtiger Pazifikpolitik. „Die Sicherheit Koreas“, so umschrieb Reagan diesen Sachverhalt

in Seoul, „ist unmittelbar mit der Sicherheit der Vereinigten Staaten verknüpft.“¹

Über den fortdauernd repressiven Kurs des Chun-Doo-Hwan-Regimes wurde großzügig hinweggegangen und stattdessen das angeblich durch einen Boom charakterisierte Modell einer exportorientierten Wirtschaftspolitik herausgestellt. Rhetorisch wurde die Forderung nach einer Neuaufnahme von Wiedervereinigungsgesprächen beschworen, um von den bereits auf Hochtouren angelaufenen Vorbereitungen der größten amerikanisch-südkoreanischen Manöver aller Zeiten (im ersten Halbjahr 1984)² abzulenken.

Schließlich wurde Reagans Insistieren auf verstärkte Regionalkooperation mittlerweile durch den spektakulären Japan-Besuch Chun Doo Hwans im September d.J. eingelöst (siehe Beitrag von M Schuck), wobei es über enge Wirtschaftsbeziehungen hinaus die politische Normalisierung zwischen Tokio und Seoul einzuleiten galt.

Das innenpolitische Klima anlässlich des Reagan-Besuchs bot ein getreues Abbild alltäglichen Regimeterrors. Souler

Tageszeitungen veranschlagten die Zahl des zum „Schutz“ abkommandierten Polizeiaufgebots auf gut 100.000 Mann. 1.200 Menschen wurden unter dem Verdacht, gegen das berüchtigte „Antikommunismus-“ und „Nationale Sicherheits-Gesetz“ wie gegen das „Kriegsrecht-Dekret“ verstoßen zu haben, kurzerhand hinter Schloß und Riegel gesetzt oder unter Hausarrest gestellt. Busse und Straßenviertel wurden nach „verdächtigen Personen“ durchkämmt und Straßenhändler vertrieben. Studenten, Schüler und Geschäftsleute hatten unter Androhung von Berufsverboten an der Jubelparade zu Ehren des Staatsgastes teilzunehmen.

Studentendemonstrationen an der Nationalen Universität von Seoul und an der Korea-Universität wurden brutal zusammengeknüpelt. Ein Student, Whang Jung Ha, wurde dabei so schwer verwundet, daß er am 16. November 1983 seinen Verletzungen erlag. Ohne daß seine Eltern konsultiert wurden, wurde Whangs Leiche bereits 6 Stunden später von der Polizei eingäschert. Ein Teil der Asche stellte man seiner Familie zu.³

Neubeginn der Volksbewegung

Zwar beschloß das Regime im Dezember 1983, den im Zuge der Kwangju-Revolution (Mai 1980) von den Universitäten geflohenen Studenten die Fortführung des Studiums zu gestatten. Doch betraf dies lediglich 980 von insgesamt 1.363 relegierten Studenten.⁴

Ausgenommen blieben von vornherein jene Studenten, die gegen das „Antikommunismus-“ und „Nationale Sicherheits-Gesetz“ verstoßen hatten. Die Wiederzulassung wurde zudem von der „ernsthaften Reue über vergangene Missetaten“ abhängig gemacht.

Im gleichen Monat wurden über 800 Personen festgenommen und 26 Abendschulen geschlossen. Zu den Inhaftierten zählten Cho Seung Hyuk, Direktor des „Christlichen Instituts für das Studium von Gerechtigkeit und Entwicklung“ (CISJD) wie die beiden ehemaligen Professoren Lee Young Hee und Kang Man Kil von der Hanyang bzw. Koryo Universität.

Ihr „Verbrechen“ bestand darin, die Wiedervereinigungspolitik der Regierung sowie deren Darstellung in den Schulbüchern einer kritischen Prüfung unterzogen und die Untersuchungsergebnisse veröffentlicht zu haben.

Campus-Forderungen nach Hochschulautonomie und Demokratisierung der Gesellschaft werden nach wie vor mit Tränengas und Gummiknüppeln erstickt. Im April d.J. noch mußte die Sogang Universität wegen Unruhen für

drei Tage geschlossen werden. Die perfiden, als „Liberalisierung“ begriffenen Maßnahmen werden nicht zuletzt durch die seit Herbst 1983 geltende Verfügung unterstrichen, derzufolge der Einsatz von Schlägertrupps der Polizei auf dem Campus erst der Einwilligung der Universitätsdirektoren bedarf.

Indes bleibt die seit 1980, dem Putschjahr und Machtantritt Chuns, geltende Praxis legal, welche es dem Dekan einer Universität erlaubt, mißliebige Studenten zwecks „Umerziehung“ militärischen Sondereinheiten zu überstellen. Allein im Jahre 1980 verschwanden über 40.000 Personen in Straflagern dieser Einheiten, wo es zu grausamen Exzessen kam. Sämtliche acht nach Demonstrationen festgenommenen und dem Militär auf diese Weise überstellten Studenten kamen zwischen August 1983 und Februar 1984 während der Haft zu Tode.⁵

Trotz massiver Einschüchterungen scheint es den Studenten teilweise gelungen zu sein, die Kontrolle über die Studentenkörper zur Verteidigung des Heimatlandes (SHDC)⁶ zu gewinnen und sie für eigene Zwecke zu nutzen. So schlossen sich z.B. an der Nationalen Universität von Seoul das SHDC und das Studentenkomitee für autonome Hochschulen Mitte März d.J. zusammen.

Hart geht das Chun-Regime gegen Arbeiter, aktive Gewerkschafter und sozial engagierte Kirchenkreise vor.

Im Dezember 1981 ist ein Bündel von Gesetzen verabschiedet worden, das der Arbeiterbewegung jegliche Wahrnehmung von Eigeninteressen schier verunmöglich. Dabei zielte das Regime u.a. auf die Unterbindung von „äußerer Ein-



Arbeiterinnen, Hauptleidtragende der Diktatur

mischung“ seitens der rührigen kirchlichen Industriemissionen (UIM).

Freie Gewerkschaften wurden Zug um Zug zerschlagen, und etliche Arbeiter setzte man vor die Tür. Oftmals galt alleine ihre Zugehörigkeit zu den UIM, der Katholischen Arbeiterjugend (JOC) u.ä. als Entlassungsgrund. In jüngster Zeit grassiert das Unwesen von „schwarzen Listen“, auf denen alle Arbeiter vermerkt sind, die wegen „Unruhestiftung“ keinerlei Anstellung mehr erhalten.

Solcherart Angriffe auf die Arbeiterbewegung erklären das Absinken des gewerkschaftlichen Organisationsgrades: von 1,2 Mio Gewerkschaftsmitgliedern im Jahre 1979 schrumpfte deren Zahl 1982 auf 840.000.⁷ Die verbliebenen Gewerkschaften existieren allerdings als Papiertiger oder „gelbe“ Organisationen, da das Streik-, Versammlungs- und kollektive Verhandlungsrecht trotz formalem Fortbestehen faktisch außer

Kraft gesetzt sind.

Ende September 1983 gründeten mehr als 100 Oppositionelle – vorrangig aus dem universitären Bereich – die Föderation der demokratischen Jugend, welche sich schwerpunktmäßig mit Frauenfragen auseinandersetzt.

Mit der am 1. Mai 1984 erfolgten Gründung des Verbandes der Arbeiterwohlfahrt ist der bislang jüngste Versuch gestartet worden, dem Regime seitens der Arbeiterbewegung die Stirn zu bieten. Damit sollen versprengte Reste der autonomen Gewerkschaftsbewegung gesammelt und die Oppositionsarbeit bekannter Persönlichkeiten koordiniert werden.

Priester, u.a. der Bischof von Won-Ju, Chi Hak Soon, Gewerkschafter und Arbeiter sind in dieser Organisation aktiv. In ihrem am 1. Mai d.J. publizierten „Manifest zum Neubeginn der Arbeiterbewegung“ (siehe Kasten) wendet sich

Verband der Arbeiterwohlfahrt

Manifest zum Neubeginn der südkoreanischen Arbeiterbewegung

Als Triebkraft des historischen Fortschritts und Hauptfigur der Volkswirtschaft haben wir, die Arbeiter, in der Produktion pausenlos hart gearbeitet und zugleich um ein menschenwürdiges Leben ununterbrochen gekämpft. Aber gegen uns schlossen sich die politische Macht, die Monopolkonzerne und die ausländische imperialistische Kraft zusammen, und sie machen durch die gegen das Volk gerichtete Wirtschaftspolitik, nämlich niedrige Löhne und übermäßig hohe Steuern, die materielle Existenz der Arbeiter unmöglich. Wie sieht nun die Lage aus?

Das Lohnniveau liegt tief unter dem Existenzminimum. Die Länge der Arbeitszeit ist Weltrekord. Die Quote der Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten steigt ständig. Obwohl Arbeitslose massenhaft auf Arbeitsplätze warten, äußern sich die Unternehmer stolz über die Automatisierung der Produktion.

Die demokratischen Gewerkschaften wurden gewaltsam zerstört. Und sogar der Ver-

such, Gewerkschaften wiederherzustellen, wurde gründlich durch Anwendung von Gewalt und falsche Interpretation des Gesetzes blockiert. Die Arbeiter, die ihre Rechte verlangen, wurden entweder fristlos entlassen, oder durch ständige Überwachung verfolgt und oft in den Tod getrieben.

Außerdem versucht die Regierung mit ihrem unverschämten Propagandaapparat, mit Hilfe gewissenloser Journalisten, die Studenten und Intellektuellen, die mit diesen Arbeitern solidarisch sind, als bloße ideologische Agitatoren zu brandmarken und dadurch das Bündnis zwischen ihnen in Gefahr zu bringen. Das zielt eindeutig darauf ab, die Arbeiter zu verdummern.

Angesichts der heutigen Situation können wir nicht ruhige Zuschauer bleiben. Wir müssen eine neue Form der Arbeiterbewegung entwickeln, um die Interessen der 8 Mio Arbeiter zu vertreten. Aus diesem Grund erklären wir die Gründung des Verbandes der Arbeiterwohlfahrt. Wir wurden

unter der grausamen Unterdrückung von seiten der politischen Machthaber zum Opfer der dunklen Zeit der „Yu-Sin-Diktatur“, weil wir uns für die Erhaltung der Gewerkschaften einsetzten.

Aber wir wollen heute die Grenze der Unorganisiertheit, der Zerstreuung und Isolation überwinden und darüber hinaus die Souveränität, Einheitlichkeit und Solidarität der Arbeiterbewegung aufrichten. Wir wissen, daß auf uns ein beschwerlicher und dornenvoller Weg wartet. Aber wir wissen auch, daß unzählige viele unserer Vorgänger, die um ein menschenwürdiges Leben gekämpft haben, diesen Weg gegangen sind und dabei ihr Leben verloren haben. Wir werden nach diesem Beispiel weiterkämpfen. 8 Mio Arbeiter!

Laßt uns im Bündnis mit den Kräften, die ihrem Gewissen folgen, in Solidarität zum Sieg marschieren! Es lebe die Wohlfahrt des Volkes, die Demokratie und die Vereinigung der Nation!

1. Mai 1984 – Verband der Arbeiterwohlfahrt

der Verband gegen imperialistische Beherrschung, Terrorisierung, Beschneidung politischer Rechte und vor allem gegen Hungerlöhne, lange Arbeitszeiten⁸ sowie gegen die hohe Arbeitsunfallquote.

Hierin manifestiert sich ein qualitativer Sprung der Oppositionsarbeit.

Das Selbstbewußtsein der Betroffenen scheint so sehr gestiegen zu sein, daß sie, unabhängig von gewissen Schutzräumen (wie Kirche und Parteien), dazu übergehen, eigenständigen, offenen Widerstand zu organisieren. Dieser zeichnet sich durch größere Militanz – wie beispielsweise beim Brandanschlag auf das US-Kulturzentrum in Pusan am 18. März 1982 – und zunehmende antiamerikanische Sentiments aus.

Größere Militanz der Opposition

Trotz der Ende Dezember 1982 erfolgten Freilassung eines so prominenten Oppositionspolitikers wie Kim Dae Jung ist das Chun-Regime so unpopulär, daß es einer permanent aufgeheizten Krisenmentalität zur Legitimation seiner Herrschaft bedarf. Anlaß dazu bot der Abschluß der südkoreanischen Verkehrsmaschine im September 1983 und das einen Monat darauf in der burmanischen Hauptstadt Rangun verübte Bombenattentat, dem 17 hochrangige Beamte/Politiker einer südkoreanischen Regierungsdelegation zum Opfer fielen.

Damit wurde die Glut eines bissigen Antikommunismus entfacht, der jedwede Wiedervereinigungsdiskussion als vom Norden gesteuerte Subversion brandmarkt.⁹

„Um ein solches Wachstum zu erreichen, kann man eben nicht anders, als erst einmal drei Generationen von Arbeitern zu verheizen.“¹⁰ Dieser verblüffend offenherzige Zynismus aus dem Munde eines westdeutschen Industriellen reflektiert die Investitionsneigung ausländischen Kapitals. Gleich anderen Ländern Ost- und Südasiens verfolgte Seoul seit Ende der 60er Jahre eine Entwicklungspolitik exportorientierten Zuschnitts, deren Rückschläge immer offenkundiger werden.

Da die seit 1945 von den USA gewährten Militär- und Wirtschaftshilfen nebst Getreidelieferungen in erster Linie Konsumgüter umfaßten, verfestigte sich die strukturelle Schwäche der südkoreanischen Industrie. Die Konsumgüterindustrie überzog die der Produktionsgüter um ein Vielfaches, wobei aufgrund eines fehlenden Binnenmarktes die Exportorientierung sich als naheliegender Ausweg anbot.

Ausländische Direktinvestitionen leiteten die schrittweise Einbindung in den

Weltmarkt ein, was auf politischer Entscheidungsebene nicht nur ein „wehrhaftes“ Eintreten gegen mögliche innere „Störungen“ gebot. Gegenüber dem Norden galt es, schon aus Gründen der Herrschaftslegitimation als erfolgverheißende Alternative zu gelten.

„Als die Regierung beschloß, die Tür für ausländische Investitionen zu öffnen, um so ihre ehrgeizigen wirtschaftlichen Entwicklungspläne zu finanzieren und technisches Knowhow einzuführen, konnte Korea als Hauptanreiz den Arbeitsmarkt anbieten. Es gab einen Überfluß an willigen, hart arbeitenden, leicht anzulernenden und geschickten Arbeitskräften, die für einen monatlichen Anfangslohn von 30 Dollar zu haben waren.“¹¹

Für die Ansiedlung sog. freier Exportproduktionszonen waren und sind das ungemein günstige Voraussetzungen. So sind in Masan (im Süden gelegen) arbeitsintensive, verarbeitende (z.B. Elektro- und Textilindustrie) oder umweltbelastende (chemische) Industrien aus dem Boden gegrossen.¹²

Ende des Boom-Mythos

Steuerbefreiungen, extrem niedrige Löhne, lange Arbeitszeiten¹³, zunehmende Arbeitsunfälle¹⁴, Beschneidung bzw. Verbot gewerkschaftlicher Betätigung, vorrangige Beschäftigung von Frauen im Alter zwischen 15 und 24 Jahren bildeten die Marksteine einer Wirtschaftspolitik, deren Wachstum in den 70er Jahren als spektakulär betrachtet wurde.

Unbestreitbar sind indes die Risiken, die mit einer extremen Exportabhängigkeit verknüpft sind. Da der Außenhandel zeitweilig bis zu 3/4 zum Bruttosozialprodukt beisteuerte und die Landwirt-

schaft stark vernachlässigt wurde, traf die seit Beginn dieses Jahrzehnts aufbrechende Krise das Land besonders hart.

Das Wirtschaftsmodell kann nur mit immenser Staatsverschuldung gegenüber dem Ausland aufrechterhalten werden – freilich um den Preis fortschreitender Einschnürung nationaler Handlungsspielräume und drastischer Einschnitte im sozialen Bereich.

Nach Mexiko, Argentinien und Brasilien rangiert Seoul mit einer Auslandsschuld von 40 Mrd Dollar (1983) weltweit an vierter und in Asien an erster Stelle der Schuldnerländer. Zeitweise betrug die Inflationsrate 29%.¹⁵

Das Regime bekämpft diese Krise mit klassisch monetaristischen Methoden. Sämtliche Staatsausgaben – bis auf den Verteidigungsetat, der gegenwärtig 4,5 Mrd Dollar, mithin 6% des Bruttosozialprodukts ausmacht – wurden gedrosselt. Lockerungen für das Auslandskapital auch im Bankensektor wurden verfügt und die sozialen Lasten in Form von Teuerungen der Lebenshaltungskosten, Lohneinbußen und Arbeitslosigkeit der Bevölkerung aufgebürdet.

Wie tönern übrigens das Gerüst dieser exportorientierten Entwicklungsstrategie ist, mußte das Regime 1982 erstmals erkennen. Damals nämlich packte einer der 480 im Lande ansässigen transnationalen Konzerne, die Control Data Corporation, die Koffer und zog sich über Nacht, nachdem große Profite eingefahren worden waren, von der Halbinsel zurück.

Das Unternehmen beschuldigte kurzerhand die Opfer der Schließung der „Unruhestiftung“ – ein Erklärungsmuster, das infolge politischer Instabilität wohl noch häufig abgespult werden dürfte und aus Anrainerstaaten wie den Philippinen



Die Repression macht vor Priestern nicht halt

Ich bitte um Zusendung von Probeexemplaren an:

(Name)

(Straße/Hausnummer)

(Ort)

(Name)

(Straße/Hausnummer)

(Ort)

(Name)

(Straße/Hausnummer)

(Ort)

Bitte mit
Postkartenporto
freimachen

An
AIB-Weltkreis-Verlag

Liebigstr. 46
3550 Marburg 1

Der umseitig aufgeführte neue AIB-Abonnent wurde
von mir erworben:

Mein Name: _____

Meine Adresse: _____

Mein Prämienwunsch aus dem AIB-Angebot:

Bitte mit
Postkartenporto
freimachen

An
AIB-Weltkreis-Verlag

Liebigstr. 46
3550 Marburg 1

DIE SHOPKISTE

Versand für den alternativen Alltag



*Der Geschmack
von Freiheit
und Abenteuer*

Ein Jahr lang Weihnachten

Verschenken Sie ein AIB-Abo

Wir sind sicher, daß nur wenige Ihrer Freunde und Verwandten das AIB so verbissen sehen wie dieser Herr. Und da wohl auch Sie Interesse daran haben, daß die Kriegspläne des Schauspielers etwas bekannter werden, liegt eines nahe: Verschenken Sie ein Jahresabonnement zu Weihnachten (oder zum Geburtstag). Bei den Beschenkten werden Sie somit ein Jahr lang in guter Erinnerung bleiben.



Was Sie dafür tun müssen? Einfach diese Postkarte ausfüllen. Die von Ihnen genannte Person erhält dann von uns rechtzeitig zu den Festtagen eine Nachricht, daß sie das nächste Jahr auf Ihre Kosten in den Genuß unserer Zeitschrift kommt. Für 25 DM.

444

Schicken Sie bitte auf meine Rechnung
(25,- DM) ein Geschenkabo '84 an:

(Name)

(Straße und Hausnummer)

(PLZ, Wohnort)

(Mein Name)

(Meine Adresse)

(Datum, Unterschrift)

Bitte mit
Postkartenporto
freimachen

An
AIB-Weltkreis-Verlag

Liebigstr. 46
3550 Marburg 1

**schickt mir
unbedingt die neue
SHOPKISTE**

Eilt !

Name/Vorname

Straße/Nr.

Postleitzahl Wohnort

60 Pfennig

DIE SHOPKISTE

Weltkreis-Verlags GmbH
Postfach 789
4600 Dortmund 1

Südkorea-Daten

Territorium: 98.484 qkm
Bevölkerung: 39,3 Mio Einwohner (1982)
Hauptstadt: Seoul mit 9,1 Mio Einwohnern (1982)

Sprache: Koreanisch

Religion: 46,8% Buddhisten, 18,8% Protestanten, 17,2% Konfuzianer, 4,1% Katholiken

Währung: Won; 1 Won = 0,00349 DM (Juni 1984)

Wirtschaft/Soziales: Mit einem Bruttosozialprodukt von 1910 Dollar/Kopf (1982) gehört Südkorea zu den Schwellenländern. Die Industrie trägt zu 39%, die Landwirtschaft zu 10% und die Dienstleistungen zu 45% zum Bruttoinlandsprodukt bei. 34% der Beschäftigten sind in der Landwirtschaft und 29% in der Industrie tätig.

Haupthandelspartner (1983): USA 28,7%; Japan 19,1%; Saudi Arabien 6,9%; Großbritannien 2,9%; BRD 2,8%. Struktur der Exporte (1981): Textilien 30%; Maschinen und Transportmittel 22%; sonst. Industriegüter 38%; Rohstoffe und Nahrungsmittel 10%.

Die Inflationsrate lag 1983 bei 4,8%, die Arbeitslosenquote bei 4,1% und die Außenverschuldung bei 40,1 Mrd Dollar. Die Lebenserwartung beträgt 67 Jahre.

Geschichte:

935 Gründung des vereinigten Königreiches Koryo

1910 Annexion Koreas durch Japan

1945 Befreiung Koreas durch sowjetische Truppen. Anschließendes Einrücken von US-Einheiten im Süden des Landes

1948 Gründung der „Republik von Korea“ unter Syngman Rhee durch die USA im Süden des Landes

1950 Beginn des Koreakrieges. Einmarsch von US-Truppen

1953 Waffenstillstand

1960 Syngman Rhee wird durch einen Volksaufstand gestürzt

1961 Putsch der Armee unter Park Chun Hee

1979 Ermordung Parks durch seinen Geheimdienstchef

1980 Volksaufstand in Kwangju. Machtantritt Chun Doo Hwans

innenpolitische Reformen anzustreben. Im Februar 1985 sollen Wahlen zur Nationalversammlung stattfinden,¹⁷ deren 276 Mitglieder sich momentan überwiegend aus der von Chun geführten Demokratischen Gerechtigkeitspartei (DKP) rekrutieren.

Die beiden zugelassenen Oppositionsgruppen, die Demokratische Korea-Partei (DKP) und die Nationalistische Partei von Korea (KNP), führen derweil ein Schattendasein, während einigen hundert Oppositionellen nach wie vor die politische Betätigung untersagt bleibt. Doch an eine den Namen verdienende Liberalisierung ist nicht ernsthaft zu denken, solange sich das Regime auf Sondervollmachten und Bajonette stützt.

Innere „Lockerung“ umstritten

Unklar bleibt zudem, ob und inwiefern das Militär in seiner Gesamtheit dem Prozeß einer innenpolitischen „Lockerung“ sein Plazet gibt. Interessant ist immerhin, daß die an der Niederschlagung des Kwangju-Aufstands maßgeblich beteiligte 20. Armeedivision zusammen mit der 9. Armeedivision kürzlich von der US-Kommandogewalt abgekoppelt wurden. Es wird vermutet, daß damit potentiellen Unruhen umgehend ein Riegel vorgeschoben werden kann, ohne daß sich US-Befehlshaber dabei die Hände schmutzig zu machen brauchen.

Allein ein solches Szenario sagt einiges über die wahren Absichten des Regimes und viel über die militärischen Garantien der „Schutzmacht“ USA aus.

Anmerkungen:

- 1) Zit. nach: Analyse der politischen Lage – insbesondere der Besuch von Reagan in Süd-Korea im November 1983, hrsg. von der „Union of Overseas Koreans for Democracy & Unification/Europe Section“, Berlin-West, Februar 1984, S.1
- 2) Daran nahmen 147.000 südkoreanische und 60.000 amerikanische Soldaten teil. Siehe: Süddeutsche Zeitung (SZ), München, 2.2.1984
- 3) Siehe Korea Communiqué (KC), Tokio, Nr. 50, Januar 1984, S.6, hrsg. von der „Japan Emergency Christian Conference on Korean Problems“
- 4) Siehe: Korea-Korrespondenz (KK) Nr. 2/84, Wuppertal, S.4
- 5) Vgl. KC, Nr. 51, Februar 1984 und KK, Nr. 2/1984, S.6
- 6) Die SHDC, entstanden auf Initiative des Regimes, sind als Instrument zur ideologischen Kontrolle der Studenten konzipiert.
- 7) Angaben nach: KK, Nr. 3/1984, S.11. Die Zahl der Arbeiter beträgt 8 Mio.
- 8) Die durchschnittliche Wochenarbeitszeit der Arbeiter nimmt mit über 60(!) Stunden weltweit eine Spitzenposition ein.
- 9) Vgl. u.a.: Korea Scope, New York, Nr.1, März 1983, hg. vom „International Christian Network für Democracy in Korea“

10) Frankfurter Rundschau (FR), 9.2.1984

11) Nach Max Eli, Wirtschaftliche Entwicklungsperspektiven der Republik Korea. In der Reihe: Mitteilungen des Instituts für Asienkunde, Hamburg, Nr. 109, 1979, S. 147. Zur Investitionsthematik siehe: Suck-Kyo Ahn, Ausländische Privatinvestitionen in Südkorea, Mainz/München 1980

12) Vor allem japanische Firmen, die zuhause Umweltschutzaufgaben umgehen wollten, lagerten stark emittierende Betriebszweige nach Südkorea aus. In der Nähe der freien Exportproduktionszone Masan ist schon seit Jahren aufgrund der Meeresverschmutzung kein Fischfang mehr möglich.

13) Nach Vereinbarung kann die Arbeitszeit auf 60 Stunden ausgedehnt werden. Stimmt das Arbeitsministerium zu, sind auch mehr als 60 Stunden pro Woche erlaubt. Den Arbeitern steht pro Tag 1 Stunde, pro Woche 1 Tag als Ruhepause zu. Es werden im Jahr höchstens 8 Tage Urlaub gewährt. Ist ein Arbeiter nur zu 90% im Laufe eines Jahres anwesend, erhält er 3 Tage Urlaub. Wer länger fehlt, verliert seinen Anspruch auf Urlaub – so lautet eine Passage aus der Werbebroschüre des Ministry of Finance, Republic of Korea – „Questions & Answers for your investment in Korea“, o.O., 1982, S.28

14) 1983 wurden nach Zahlen des Arbeitsministeriums in Seoul 156.972 Menschen bei Betriebsunfällen verletzt (1982 = 137.816) und 1.452 getötet (1982 = 1.230). Zur allgemeinen Problematik siehe Du-Yul Song, Wachstum, Diktatur und Ideologie in Korea, Bochum 1980

15) Vgl. Time, New York, 10.9.1984

16) Eine Woche vor Reagans Eintreffen in Seoul tagte erstmalig seit 1976 der Nationale Sicherheitsrat Südkoreas! Zu seinen Forderungen zählte die Entsendung einer zusätzlichen US-Division mit 15.000 Mann, der Kauf von 38 F-16-Kampfflugzeugen und die Aufstockung von Militärhilfen. Nach Reagans Besuch – am 26.11.1983 – beschloß das Oberste Militärkommando die Verfolgung einer „offensiven Defensivstrategie“(!) gegenüber dem Norden, deren Grundzüge jedoch nicht näher ausgeführt wurden.

Ebenfalls im November wurden Seoul Kredite in einer Gesamthöhe von 932,8 Mio Dollar gewährt, die ein unter der Ägide Tokios stehendes Bankenkonsortium (500 Mio), die Weltbank (300 Mio) sowie die Asiatische Entwicklungsbank (132,8 Mio) bereitstellte; vgl. KC, Nr. 50, Januar 1984, S. 4 und 10

Auch westdeutsche Firmen scheinen im Militär- bzw. Rüstungssektor langsam Tritt zu fassen. So verabredete im Herbst 1983 die Motoren- und Turbinen-Union (MTU) mit dem südkoreanischen Schwerindustriunternehmen Hyundai Rolling Stocks die Lieferung bzw. Lizenzfertigung modifizierter Leopard-II-Motoren für den von General Dynamics (USA) entwickelten neuen koreanischen Kampfpanzer „ROKIT“. Das Geschäft umfaßt ca. 400 Mio DM, eine Summe, die auch für 2 U-Boote von der Howaldtswerke Deutsche Werft AG (HDW, Hamburg/Kiel) vorgesehen sind. Noch im April d.J. hatte der mittlerweile abgehalfterte Wirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff gegenüber Außenminister Li Won Kyung in Seoul ein Zustandekommen des letztgenannten Deals befürwortet; siehe: FR, 17.4.1984 und SZ, 28.4.1984

17) Newsweek, New York, 9.7. 1984

weidlich bekannt ist.

Umfangreiche Sicherheitsvorkehrungen begleiteten Chuns Trip nach Tokio im September. Mit über 23.000 Polizisten war eine Schutztruppe mobilisiert worden, deren Stärke das für den Reagan-Besuch im Vorjahr abgestellte Kontingent noch übertraf.

Bei dem Besuch ging es nicht nur um die Heilung der während des japanischen Kolonialjochs geschlagenen Wunden. Eine im Sinne Washingtons enger gestaltete Zusammenarbeit auf politischem, wirtschaftlichem und militärischem Gebiet¹⁶ stand im Vordergrund. Überdies sollte er eine Seite politischer Avancen dokumentieren, deren andere die Ausrichtung der nächsten Olympischen Spiele im Jahr 1988 bildet.

Gleichzeitig ist das Chun-Regime bestrebt, unter dem Deckmantel einer „Liberalisierung“ und „Normalisierung“

Martin Schuck Chuns einzigartiger Japan-Besuch Annäherung in Fernost?



Besucher Chun (l.) und der japanische Kaiser Hirohito

Anfang September d.J. besuchte Diktator Chun Doo Hwan als erster südkoreanischer Regierungschef Japan. Die Weltöffentlichkeit verfolgte diesen Besuch mit großem Interesse, man sprach sogar von einer „neuen Ära“¹ zwischen Südkorea und Japan.

Inwieweit der Erwartungsdruck jedoch die reale Situation verfehlte, wurde spätestens nach Beendigung des Besuchs klar: Greifbare Ergebnisse hatte es keine gegeben.

Chun mußte sich mit der „symbolischen Geste“² von Kaiser Hirohito begnügen, der von einer „unglücklichen Vergangenheit“³ zwischen beiden Ländern sprach, die nach Möglichkeit nicht wiederholt werden sollte. Die offizielle Entschuldigung für die Jahre von 1910-45, die man auf koreanischer Seite von Hirohito, der schon zur Kolonialzeit Kaiser war, erwartet hatte, blieb aus.

Aber auch sie hätte den Koreanern nicht weiterhelfen können. Denn sowohl Chun als auch Japans Ministerpräsident Yasuhiro Nakasone verstanden es, einer Lösung der aktuellen Probleme geschickt auszuweichen.

In den wichtigsten bilateralen Fragen wurden kaum Ergebnisse erzielt. Dies konnte auch aufgrund der ungleichen Verhältnisse zwischen beiden Staaten nicht erwartet werden: Südkorea lebt in

einer totalen wirtschaftlichen Abhängigkeit von Japan. Der derzeitige jährliche Handelsüberschuß Japans mit Südkorea beträgt etwa 2,6 Mrd Dollar;⁴ die Gesamtsumme seit 1965 beläuft sich auf etwa 30 Mrd Dollar.⁵

Dieses enorme Handelsdefizit Südkoreas hat seinen Ursprung in dem 1965 von Park Chun Hee veranlaßten Normalisierungsabkommen. Aufgrund der erbitterten Feindschaft der Südkoreaner gegenüber der ehemaligen Kolonialmacht gab

Südkoreanische Streitkräfte, ein Pfeiler der Dreierkoalition USA-Japan-Südkorea



es vor 1965 eine Investitionssperre für japanisches Kapital. Diese wurde im Normalisierungsabkommen aufgehoben.

Neben den üblichen Investitionsanreizen eines „Billiglohnlandes“ wurden damals im Japan-Südkorea-Abkommen Zahlungen und Kredite vereinbart, die den Grundstein für das spätere neokoloniale Verhältnis legten. So sah dieses Abkommen eine einmalige Abfindung Japans an Südkorea in Höhe von 300 Mio Dollar für ältere Besitzansprüche vor. 200 Mio Dollar wurden in Form von öffentlichen Krediten gewährt, weitere 300 Mio als Privatkredite.

Die Verpflichtung Südkoreas bei diesem Abkommen bestand in der Auflage, dieses Geld für Einkäufe in Japan zu benutzen.

Die Privatkredite kamen von japanischen Konzernen wie Mitsubishi, Mitsui und Marubeni, die eine industrielle Infrastruktur aufbauten.

Sie taten dies, indem sie hauptsächlich den Aufbau von Fertigungsindustrien (Elektronik-, Düngemittel- und Textilindustrie) forcierten. In der Folgezeit kamen dann viele kleine und mittelständische japanische Unternehmen nach Südkorea, die hier billig produzieren und damit dem Druck der Konzerne im eigenen Land ausweichen konnten.

Hier liegt auch der eigentliche Nutzen Südkoreas für die japanische Wirtschaft. Es handelt sich um eine krisendämpfende Funktion, da hier Ausweichmöglichkeiten für mittelständische Unternehmen bestehen, die an den niedrigen Lohnkosten sowie der Steuer- und Abgabenerleichterung in Südkorea enorm profitieren.

Den Gipfelpunkt wirtschaftlicher Selbstpreisgabe erlangte Südkorea mit der Errichtung einer Freihandelszone bei Masan, direkt gegenüber der japanischen Küste. Der Staat stellt den Investoren das Grundstück und die Arbeitskräfte zur Verfügung und verlangt dafür keinerlei Gegenleistungen.

Südkorea ist zu etwa 40% vom Handel mit Japan abhängig, wohingegen nur 3% der Exporte Japans nach Südkorea gehen. Dem riesigen Handelsdefizit sollte vor allem durch Aufnahme von Krediten entgegengewirkt werden. Das wiederum verstärkte die Abhängigkeit von Gläubig-

gern, die neben Japan hauptsächlich in den USA sitzen.⁶ Im Augenblick benötigt Südkorea etwa die Hälfte der Kredite, um laufende Schulden zurückzuzahlen.

Die wirtschaftliche Abhängigkeit ist deshalb nicht erst seit dem Chun-Besuch ein Thema. Bereits zwei Jahre zuvor, im September 1982, wurde in Seoul ein Plan ausgearbeitet, der bei verschiedenen Produkten einen totalen Stopp für Importe aus Japan vorsah. Der Hintergrund war die Tatsache, daß die japanischen Importzölle auf koreanische Waren etwa doppelt so hoch lagen wie auf die Einfuhren aus westlichen Industrieländern.⁷

Dieser Plan wurde nie umgesetzt. Stattdessen gewährte man von japanischer Seite aus beim Besuch Nakasones in Seoul im Januar 1983 einen Kredit in Höhe von 4 Mrd Dollar an Südkorea. Davon wurden 2,15 Mrd Dollar von der japanischen Export-Import-Bank finanziert, die zweckgebunden an den Kauf japanischer Güter ausgezahlt wurden.⁸ Südkorea hatte ursprünglich einen Kredit über 10 Mrd Dollar verlangt.

„Nachhilfe“ der USA

Aufgrund dieser Umstände war der 49stündige Aufenthalt der Delegation Chuns in Japan schwerpunktmäßig mit Gesprächen über die weitere wirtschaftliche Zusammenarbeit beider Länder ausgefüllt. Seoul wünscht einen Abbau des japanischen Handelsüberschusses. Erreicht wurde lediglich die Formulierung in einem Kommuniqué, es sei „wünschenswert, den bilateralen Handel in Richtung auf eine ausgewogene Ausweitung“⁹ zu fördern. Es klingt wie ein Hohn, wenn als einzige konkrete Maßnahme die Entsendung einer japanischen Einkaufsdelegation zur Exportmesse in Seoul angekündigt wird.

Ein weiterer strittiger Punkt, die Frage des verstärkten Technologietransfers nach Südkorea, sollte gelöst werden, indem man die Förderung der technischen Zusammenarbeit auf Regierungsebene vereinbarte. Jedoch wurde diese Maßnahme allgemein als völlig unzureichend angesehen, angesichts des fehlenden Technologietransfers im privaten Bereich. Der japanische Wirtschaftsminister konnte seinem südkoreanischen Amtskollegen nur dazu raten, „Südkorea möge die Rahmenbedingungen für japanische Investitionen verbessern“.¹⁰ Ebenso wenig konnte auch die gewünschte Änderung im Zolltarif erreicht werden. Tokio versuchte Seoul zufriedenzustellen, indem es betonte, das Defizit würde dann korrigiert werden, wenn die koreanische Industrie konkurrenzfähiger würde.¹¹

Angesichts solch magerer Ergebnisse bei den drängenden wirtschaftlichen Fragen kann darin wohl nicht der eigentliche Grund des Besuchs gesehen werden. Bei dem 90minütigen Gespräch zwischen Chun und Nakasone stand das Thema der Verteidigungspolitik in Fernost im Vordergrund.

Nachdem beim Nakasone-Besuch in Seoul 1983 dieses Thema im Mittelpunkt stand und dort betont wurde, die Aufrechterhaltung von Frieden und Stabilität auf der koreanischen Halbinsel sei „für den Frieden und die Stabilität in Ostasien einschließlich Japans von wesentlicher Bedeutung“,¹² vermuten selbst japanische Kommentatoren, daß der Besuch auf Druck der USA zustandegewonnen sei.¹³

Diese Vermutung wird wohl auch dadurch gestützt, daß in Japan in letzter Zeit öffentlich über eine Erhöhung des eigenen Beitrags zur Verteidigung nachgedacht wird und dafür notfalls auch eine Verfassungsänderung kein Hindernis bilden kann.¹⁴

Die US-Interessen am Chun-Besuch in Japan sind klar umrissen. Es handelt sich nicht um eine selbstlose Nachhilfeaktion in Sachen Völkerverständigung, sondern um handfeste militärische Interessen im Zuge der US-Pazifikstrategie, deren einer Pfeiler aus dem Dreieck USA-Japan-Südkorea besteht.

Die Vorarbeiten zu diesem Dreieck gehen vor das Jahr 1950 zurück. Bis 1965 waren Verträge immer nur zwischen den USA und Japan oder den USA und Südkorea möglich. 1951 wurde der amerikanisch-japanische Verteidigungsvertrag geschlossen. 1953 gab es das Abkommen zur gegenseitigen Verteidigung zwischen den USA und Südkorea. Nicht ohne „Nachhilfe“ der USA konnte man 1965 überhaupt erst zu dem Normalisierungsabkommen gelangen, das dann im November 1969 in der Südkorea-Klausel des Nixon-Sato-Kommunikés praktische Bedeutung für die US-Politik bekam.

Die Korea-Straße blockieren

Die Klausel drückt aus, daß Südkoreas Sicherheit untrennbar mit der Sicherheit Japans verbunden ist. Eine solche Aussage kann nur geringe politische Bedeutung haben bei zwei Nationen, die nicht einmal diplomatische Beziehungen zueinander unterhalten. Deshalb war das Normalisierungsabkommen von enormer Bedeutung für die Pazifikpolitik der USA.

In der Folgezeit seit 1965 gab es immer wieder Abkommen, die in direkter Kontinuität zu dieser Südkorea-Klausel stehen. Ein vorläufiger Höhepunkt war beim Nakasone-Besuch in Seoul 1983



Demonstration in Japan gegen Chun-Besuch

erreicht: Japan kam dem Willen der USA nach verstärktem militärischem Engagement nach, indem es ankündigte, im Konfliktfall die Korea-Straße militärisch zu blockieren.¹⁵

Dies kann natürlich nur dann durchgeführt werden, wenn Japan seinen Verteidigungsbeitrag, der bisher nicht mehr als 1% des Bruttosozialprodukts betragen durfte, beträchtlich erhöht.¹⁶ 1983 war eine verstärkte logistische Einbeziehung Japans in das alljährlich stattfindende „Team Spirit“-Manöver eine erste Auswirkung des Nakasone-Besuchs in Südkorea. (Nakasone besuchte übrigens nur eine Woche später die USA.)

Es klingt deshalb fast schon scheinheilig, wenn US-Kommentatoren versuchen, die Reaktionen Washingtons auf den Chun-Besuch herunterzuspielen. Es wird allgemein eine hohe Erwartung Washingtons in diesen Besuch angenommen, die als nicht erfüllt angesehen wird.

Die Tatsache, daß „der Besuch stattgefunden hat ohne Provokationen und Probleme“,¹⁷ ist aber doch genau das Ereignis, das die Regierung Reagan für ihre militärischen Pläne benötigt. Eine politische Annäherung zweier Staaten, die wirtschaftlich in Konkurrenz mit den USA liegen, militärisch aber am gleichen Strang ziehen und den USA in dieser Frage helfen sollen, ihre Strategie durchzuführen. Nicht mehr und nicht weniger. Diese politische Annäherung zweier Regierungen wird aber unter diesen Umständen von der Bevölkerung beider Länder nicht nachvollzogen. Sowohl in Seoul als auch in Tokio häuften sich die Demonstrationen gegen diesen Besuch. Der bürgerliche koreanische Oppositionspolitiker Kim Young Sam sprach von einem „zweiten nationalen Ausverkauf“,¹⁸ der Südkoreas nationale Würde nicht weniger verletzen würde als die Normalisierung von 1965.

In der Tat herrscht bei den Koreanern ein Konsens in dieser Frage: Japan wird nach wie vor als Kolonialmacht betrachtet. Nach der Befreiung 1945 hatten genau 20 Jahre lang die Japaner keinen Zugang zur Halbinsel, nach 1965 wurden die alten Zustände wiederhergestellt.

Zwar verlief dies zeitgemäßer als früher, aber deshalb für die Koreaner nicht weniger entwürdigend und für die Japaner nicht weniger ergebnislos.

Die Stimmung in Japan war ebenfalls gegen diesen Besuch. Ablehnung aus den unterschiedlichsten Motiven gab es in allen politischen Strömungen. Die Kommunistische Partei Japans wandte sich energisch gegen das „reaktionäre und antidemokratische militärgestützte Chun-Regime“.¹⁹ Die Entschuldigungen Hirohitos und Nakasones für die Vergangenheit werden von der japanischen Bevölkerung nicht ernst genommen, solange man mitansehen muß, wie Politiker und Industrie ihres Landes vereint die „unglückliche Vergangenheit“ unter neuen, neoimperialen Vorzeichen fortsetzen und zusammen mit einem von den USA ausgehaltenen Militärregime das südkoreanische Volk ausbeuten.

So waren die drei Besuchstage von Chun Doo Hwan in Tokio von ständigen Demonstrationen auf der einen und 23.000 Polizisten auf der anderen Seite begleitet, was zeigte, daß diese Annäherung in Fernost als das erkannt wurde, was sie sein sollte: Eine Festschreibung der neokolonialen Abhängigkeit Südkoreas von Japan und eine engere Eingliederung beider Staaten in die US-Pazifikstrategie.

Anmerkungen:

- 1) Süddeutsche Zeitung (SZ), 7.9.1984
- 2) Far Eastern Economic Review (FEER), Hongkong, 13.9.1984
- 3) Newsweek, New York, 17.9.1984
- 4) Ebenda
- 5) International Herald Tribune, Paris/Zürich, 8./9.9.1984
- 6) Nur wenig mehr als 2% der US-Auslandsinvestitionen gehen nach Südkorea. Es sind einige große Konzerne wie Gulf Oil und General Motors, die bedeutende Investitionen in Korea haben. Dennoch ist Südkorea zu etwa 30% vom Handel mit den USA abhängig.
- 7) Handelsblatt, Düsseldorf, 14.9.1982
- 8) Korea-Herald, 10.-15.1.1983; FEER, 27.1.1983
- 9) SZ, 10.9.1984
- 10) Ebenda, 8.9.1984
- 11) Newsweek, 17.9.1984
- 12) SZ, 10.9.1984
- 13) Ebenda, 7.9.1984
- 14) Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 14.6.1984
- 15) Korea-Herald, 10.-15.1.1983; FEER, 27.1.1983
- 16) Vgl. FAZ, 14.6.1984. Dort wird von einer möglichen Erhöhung auf 2% gesprochen. Dies würde im Augenblick einer Gesamtsumme von ca. 66 Mrd DM entsprechen.
- 17) Newsweek, 17.9.1984
- 18) FEER, 13.9.1984
- 19) Ebenda



The Gulf: A Wider War?

What's behind the Iran-Iraq war, now in its fifth year? What are the prospects for a truce or escalation? Will US forces intervene? MERIP editors and correspondents examine the course of the war, its impact on Iraq and Iran, and Washington's involvement in this special double issue. Just published, **The Strange War in the Gulf** is essential reading for anyone who wants to understand what's happening in the Gulf and what it means for the rest of us.

Now you can get this special double issue **free** when you subscribe to **MERIP Reports** for one year at the astounding low price of \$15.95. This is a savings of more than \$13.00 off the newsstand cost. For the best coverage of Middle East developments and US policy, subscribe now and don't miss a single issue.

Yes, I want to subscribe to MERIP Reports. Enclosed is \$15.95 for a year's subscription (9 issues). Send me my free copy of **The Strange War in the Gulf**

Enclosed is \$5.50 for the special double issue, **The Strange War in the Gulf**

Name _____

Address _____

City _____

State _____

Zip _____

Send your check or money order today to: **MERIP Reports (G) • PO Box 1247 • New York, NY 10025**

Zeitschriftenschau

FORUM entwicklungspolitischer Aktionsgruppen, Nr. 82-83/September 1984

AUSWERTUNG DES 8. BUKO: Eröffnungsplenum • Rechenschaftsberichte • Plenum Samstag Morgen • Referat: Wo steht der BUKO? • Plenum Sonntag Morgen • Resolutionen • AG-Protokolle • Agro-, Pharma-, Rüstungsbrief • Workshop-Protokolle • Meinungen/Reflexionen • Auswertung des Fragebogens • 9. BUKO: Ökologie und 3. Welt • Protokoll: Vorbereitungsseminar zu einem Kongreß gegen Krieg, Intervention und imperialistische Politik • Die Erde ist unser gemeinsamer Garten
Einzelpreis 3 DM, Doppelheft 6 DM; Abo 36 bzw. 50 DM
Bezug: FEA-Verlag, Ruhst. 14, 4040 Neuss 21

Mittelamerika-Magazin, Nr. 41/September 1984

EL SALVADOR: Die Rolle der USA in El Salvadors offiziellem Terror • GUATEMALA: Coke macht mehr draus • Die Juli-Wahlen • MEXICO: Neue Flüchtlingspolitik • HONDURAS: Wasserkraftwerk – Alternative für Honduras – Neuverhandlungen über militärische Zusammenarbeit mit den USA • NICARAGUA: Wahlvorbereitungen • SOLIDARITÄTSARBEIT
Einzelpreis 3 DM; Abo 18 bzw. 28 DM (6 Hefte)
Bezug: Magazin-Verlag, Königsweg 7, 2300 Kiel 1

Blätter des iz3w, Nr. 120/September 1984

IRAN IM 6. JAHR DER REVOLUTION: Iran im Herbst • Was kommt nach Khomeini? • Deutsche Waffen im Iran/Irak-Krieg • Zur islamischen Moralpolitik • Sima und Bijan • Iranische Opposition • Kurdistan-Interview • NACHRICHTEN UND BERICHTE: Sri Lanka, Malaysia, Guatemala, Thailand • Chinesische Minderheit • Pestizide • Guatemaltekische Flüchtlinge in Mexiko
Einzelpreis 5 DM; Abo 40 bzw. 30 DM
Bezug: Aktion Dritte Welt, Postfach 5328, Freiburg

Envio, Nr. 39/Okttober 1984

Die Offensive gegen Nicaragua und seine Wahlen: Ein neuer Schritt zur Invasion? • Politische Parteien und Bewegungen in Nicaragua (Teil II) • Die Contadora-Verhandlung: Erwartungen und Wirklichkeit
Einzelpreis 4 DM; Abo 20 bzw. 30 DM (Halbjahr, zuzügl. Porto)
Bezug: Edition Nahua, Postfach 101320, 5600 Wuppertal

ila-info, Nr. 79/September 1984

Schwerpunktthema: CONO SUR: MILITÄRS AUF DEM RÜCKZUG • „Nur das Volk verteidigt das Volk“, Besuch in einem chilenischen Gefängnis • Dann sah ich ihn zum ersten mal weinen, Szenen staatlichen Terrors in einem chilenischen Armenviertel • Chiles Demokraten und der befristete Verfassungsartikel Nr. 24 • Uruguay: Das Tauziehen vor der neuen Machtverteilung, Militärs schließen zwei wichtige Politiker von den Wahlen aus • Alle sind gefoltert worden, politische Gefangene in Argentinien • BERICHTE UND HINTERGRÜNDE: Versinkt die Welt in Schulden? Teil 2: Der Wendeclan • Mexiko Asylland? Guatemaltekische Flüchtlinge in Chiapas • Ein Schritt in die richtige Richtung, Maurice Bishop Patriotic Movement auf Grenada gegründet • Die Qual mit den Wahlen in Nicaragua, Oppositionskandidat Cruz legitimiert sich durch simple Tricks • Friedensvertrag in Kolumbien – Beginn eines neuen Zeitalters? • SOLIDARITÄTSBEWEGUNG: Kirche: Inquisition gegen Befreiungstheologie • Aktion Sobradinho: Hetzkampagne gegen Bischof Rodrigues • Für jede Million, die Kohl an El Salvador schickt, hunderttausend DM an die Befreiungsbewegung • Wenn die Deutsche Welthungerhilfe mit der BAYER AG • BUKO: erstaunliche Allianz zwischen Geschäft und Entwicklungshilfe
Einzelpreis 3 DM; Abo 25, 30 bzw. 35 DM
Bezug: ila, Römerstr. 88, 5300 Bonn 1



US-Basis Kwajalein auf den Marshall-Inseln

Georg Diederichs

Der Südpazifik im Griff der Atomkriegsplaner

Ende August d.J. kam aus Funafuti, der Hauptstadt des winzigen südpazifischen Inselstaates Tuvalu, wichtige Kunde.

Auf der alljährlichen Tagung des „Südpazifischen Forums“, einer 1971 in Neuseelands Hauptstadt Wellington gegründeten Organisation, der neben Neuseeland und Australien auch Papua-Neuguinea, Tonga, die Fidschi-Inseln, Vanuatu, Nauru, Kiribati, die Salomonen, Tuvalu, West-Samoa, die mikronesische Staatenföderation sowie die autonomen neuseeländischen Außengebiete Niue und Cook-Inseln angehören, faßten die Regierungschefs dieser Länder und Territorien einen Beschluß von Format. Man will den Entwurf eines Vertrages ausarbeiten, der den gesamten Südpazifik zur atomwaffenfreien Zone erklärt. Nach den vereinbarten Prinzipien soll dieser Vertrag sowohl „die Entwicklung und Erprobung, den Bau und Besitz sowie die Lagerung von Kernwaffen“ als auch die Deponierung radioaktiven Mülls auf dem Meeresgrund verbieten. Ein Vertragsentwurf soll dem Staatenforum auf der nächsten Tagung im Jahr 1985 zur Verabschiedung vorgelegt werden.

Die Initiative von Wellington bringt die große Besorgnis der südpazifischen Völker über den weiteren Fortbestand dieser Region zum Ausdruck. Sie ist zum einen die Reaktion darauf, daß sich seit Ende des 2. Weltkrieges der Südpazifik zu einem regelrechten Tummelplatz von Atomindustrie und Militärs entwickelt hat. Japan versenkt dort seinen Atom- müll. Die USA haben zahlreiche Kern-

waffenversuche — einschließlich des Tests der ersten Wasserstoffbombe — durchgeführt. Und Frankreich erprobt bis zum heutigen Tage seine Kernwaffen ausschließlich in dieser Region.

Zum anderen ist Wellington ein Reflex auf die von der Reagan-Administration forcierte Militarisierung des Gebietes und seine engere Einbindung in die Atomkriegsvorbereitungen gegen die UdSSR. Insofern zeigt der Beschluß, daß auch die Bewohner des Südpazifiks nicht gewillt sind, Geiseln eines vermeintlich „begrenzten“ Atomkrieges, den die derzeitige US-Regierung ja bekanntlich für führ- und gewinnbar hält, zu spielen.

„Ozean der Zukunft“

Die USA begannen bereits um die Jahrhundertwende damit, ihre geopolitische und militärische Machtposition im Südpazifik auszubauen.

„Das Mittelmeer ist der Ozean der Vergangenheit, der Atlantik der Ozean der Gegenwart, aber der Pazifik ist der Ozean der Zukunft“, verkündete John Hay, Außenminister der USA in den Jahren 1898-1905. Während seiner Amtszeit verleibten sich die USA im „Ozean der Zukunft“ Hawaii und Guam (1898) sowie Amerikanisch-Samoa (1899) als Flottenstützpunkte ein. Ferner erklärten sie 1899 die Insel Wake zu ihrem Besitz und unterstellten die bereits 1867 anektierte Insel Midway 1903 der US-Kriegsmarine.

Zu diesem Zeitpunkt wurden die USA allerdings von Japan und Großbritannien an weiteren Vorstößen in den asiatischen Teil des Pazifiks gehindert. Der entscheidende Durchbruch gelang ihnen schließlich während des 2. Weltkrieges.

In blutigen Schlachten vertrieben sie die Japaner von den Marianen- und Karolinen-Inseln (heute Belau und die Staatenföderation von Mikronesien) sowie den Marshall-Inseln und besetzten diese Territorien.

Am 6. und 9. August 1945 wurde schließlich mit dem Start US-amerikanischer Bomber von der Insel Tinian (Nordmarianen) das atomare Zeitalter eingeleitet. Die von ihnen hinterlassenen Atompilze über den japanischen Städten Hiroshima und Nagasaki verkündeten der Welt auch, daß sich die USA die militärische Überlegenheit im gesamten pazifischen Raum gesichert hatten.

1947 unterzeichnete die Regierung Truman einen Vertrag mit den Vereinten Nationen, der ihr die Marianen-, Karolinen- und Marshall-Inseln als strategisches Treuhandgebiet unterstellte.

Washington verpflichtete sich darin, mit der Übernahme dieses Verwaltungsmandats über den größten Teil der mikronesischen Inselwelt „die Bevölkerung vor dem Verlust ihrer Inseln und Ressourcen zu schützen und sie durch gezielte Wirtschaftshilfe auf Autonomie bzw. Unabhängigkeit vorzubereiten“.

Doch die USA scherten sich herzlich wenig um diese Verpflichtung. Bereits ein Jahr zuvor, am 15. Februar 1946,

hatte der Militärgouverneur der von US-Truppen besetzten Marshall-Inseln die Anweisung erteilt, sämtliche Bewohner des Bikini-Atolls zu evakuieren. Damit begann nicht nur die bis heute andauernde Irrfahrt der Vertriebenen, sondern auch eine ganze Serie von Atomwaffentests in diesem Gebiet.

Die erste Atombombe wurde von den USA am 1. Juli 1946 auf dem Bikini-Atoll gezündet. Weitere folgten. Weit und breit löschten diese Explosionen alles Leben aus und überzogen die Oberfläche der Insel mit einer glasharten Kruste.

Danach kamen Wasserstoffbomben an die Reihe. Die erste Wasserstoffbombe, am 1. März 1954 gezündet, war tausendmal stärker als die Hiroshima-Bombe. Ein gleißender Feuerball mit einem Durchmesser von 5,6 km stieg über dem Bikini-Atoll zum Himmel. Millionen Tonnen Wasser und Sand wurden in die Luft geschleudert, einige Inseln des Atolls total zersprengt.

Die radioaktiven Teile gingen in einer Entfernung von 400 km auch über anderen mikronesischen Inseln nieder. Keine US-Stelle hatte es für nötig befunden, die dortigen Bewohner auch nur zu informieren. Im Gegenteil: Sie wurden von den US-Militärs bewußt als menschliche Versuchskaninchen mißbraucht!

Vom radioaktiven Fallout besonders betroffen war die nur 160 km von Bikini entfernte Insel Rongelap. Dort bekamen die Menschen wenige Stunden nach der Detonation die ersten Folgen zu spüren: Zunächst traten Durchfall und Erbrechen auf. Später kamen Verbrennungen hinzu, die Haut zerfetzte, Haare fielen aus (siehe Kasten).

Erst kürzlich hat eine erneute medizinische Untersuchung ergeben, daß die gesundheitlichen Folgeschäden für die Bewohner bis heute nicht überwunden sind. So sind Schilddrüsen- und Hauterkrankungen sowie Leukämie besonders häufig auf Rongelap vertreten. Bei ca. 50% aller Schwangerschaften muß mit Fehl-, Miß- oder Totgeburten gerechnet werden. Besonders häufig sind weiterhin Wachstumsstörungen bei Kindern und Fälle von Grauem Star.

Trotz dieser erschreckenden Erkenntnisse weigern sich die USA bis heute, den Bewohnern von Rongelap angemessene ärztliche Hilfe zukommen zu lassen.

Ein weiteres Beispiel dafür, daß die USA nie daran dachten, ihren Treuhand-schaftsverpflichtungen nachzukommen, bietet das Eniwetok-Atoll. Auch dessen Bewohner wurden verbannt und dann insgesamt 43 Atom- und Wasserstoffbomben über dem Atoll gezündet. Auf Engeli, einer Insel des Atolls, leben heute nur noch Scharen von Ratten.

Runit, eine weitere Insel, wird, wie Experten errechnet haben, noch 24.000

Jahre radioaktiv verseucht bleiben. Insgesamt haben die USA zwischen 1946 und 1958 66 Atom- und Wasserstoffbombentests im Gebiet der Marshall-Inseln durchgeführt.

Obwohl die Atomwaffentests nach 1958 eingestellt wurden (die USA testen ihre Atomwaffen seitdem in den Wüstengebieten der US-Bundesstaaten Utah und Nevada), behielten die Marshall-Inseln ihre Rolle als Versuchsgebiet für Kriegsstrategie bei.

Seit 1964 testen die USA auf dem Atoll Kwajalein ihr gesamtes Arsenal an atomaren Langstreckenraketen (von Minuteman über Polaris bis zur MX), die vom kalifornischen Luftwaffenstützpunkt Vandenburg über 6.500 km in den Südpazifik abgeschossen werden, wo sie in der größten Lagune der Welt einschlagen und auf ihre Treffgenauigkeit hin überprüft werden.

Raketenbasen Kwajalein, Tinian

Auf Kwajalein unterhalten die USA darüber hinaus auch eine wichtige Einrichtung zum Test von Raketenabwehrwaffen. 1981 wurde die Insel Roi Namur an der nördlichen Spitze des Kwajalein-Atolls zum Testgebiet des „Altair“-Radarsystems mit Horchposten des „Pacific Barrier Anti-Satellite“-Systems. Dieses System zur Satelliten-Überwachung besteht aus einem Netz von drei Radarstationen auf Guam, den Philippinen und eben Roi Namur. Insgesamt läßt sich feststellen, daß Kwajalein als Zentrum der Langstreckenraketen-tests, der Entwicklung von Raketenabwehr- und Satellitenprogrammen sowie seiner umfangreichen sonstigen Kontroll-, Kommando-, Kommunikations- und Nachrichtenübermittlungsanlagen (C³) mehr als jede andere militärische Teststätte zum Ausbau der US-Strategie eines atomaren Erstschlags beiträgt.

Vom US-Personal, das nur 5 km entfernt ein angenehmes Mittelklassedasein führt, leben die eigentlichen Bewohner Kwajaleins ohne ausreichende ärztliche Versorgung und Schulen auf Ebeye, einer gerade 3 qkm großen Insel. Sie wird von UNO-Beamten zynisch als „Slum des Pazifiks“ bezeichnet.

Die auf Ebeye zusammengeworferten Marshalliesen werden von den Amerikanern als billige Arbeitskräfte ausgebeutet und darüber hinaus auch noch rassistisch diskriminiert.

Aber auch im übrigen „Treuhandgebiet“ rekonstruieren und modernisieren die USA alte und bauen neue Militäranlagen. So ist z.B. geplant, aus der Nordmarianen-Insel Farallon ein Testgelände für Bombenabwürfe zu machen. Und auf der ebenfalls zu den Nordmarianen gehörenden Inseln Tinian, wo bereits ein Luft-

waffen- und Marinestützpunkt existiert, soll das größte Depot der Region für atomare Munition entstehen.

Ginge es ausschließlich nach dem Willen der US-Militärs, so sollte auch auf der zur Republik Belau gehörenden Insel Babelthuuap ein Hafen für Atom-U-Boote vom Typ „Ohio“ gebaut werden, die mit Trident-Raketen bestückt sind.

Die gesamte US-Militärpolitik in dieser Region wird direkt von Hawaii (seit 1959 Bundesstaat der USA) aus gelenkt. Von „Camp Smith“, dem oberhalb von Honolulu am Berghang gelegenen Sitz des Oberkommandierenden aller Streitkräfte im Pazifik, werden eine riesige Armada von Kriegsschiffen, Flugzeugträgern, Atombombern, Aufklärungs- und Spionageflugzeugen sowie einige hunderttausend Mann aller drei Waffengattungen befehligt. Das Rückgrat dieser gigantischen Militärmaschinerie bildet die 7. US-Flotte, die von dem großen Marinehafen Subic Bay auf den Philippinen und von Yokosuka in Japan aus operiert. Zur 7. US-Flotte gehören 43 U-Boote, 5 Flugzeugträger und 65 Kampfschiffe.

„Camp Smith“ unterstehen weiterhin die 5. taktische Luftflotte in Japan und Südkorea sowie das 13. Luftwaffenkommando Clark Air Field auf den Philippinen. Dazu kommt noch die dem Strategischen Luftkommando (SAC) in den USA direkt unterstellte 33. Strategische Luftflotte auf dem großen US-Militärstützpunkt Guam.

Besonders Guam hat in den letzten Jahrzehnten traurige Berühmtheit erlangt. Denn von hier aus lief die Unterstützung für die US-Aggressionstruppen im Koreakrieg (1950-53). Und von hier aus starteten die B-52-Bomber ihren mörderischen Bombenkrieg gegen Vietnam (1964-73). Gegenwärtig sind auf Guam ca. 10.000 US-Soldaten ständig stationiert. Die Anderson-Air-Base zählt zu den größten Luftwaffenstützpunkten außerhalb der

A-Bombenkrater auf Runit: 25 000 Jahre eine strahlende Lagune



USA und die Marinebasis Agana ist ein wichtiger Stützpunkt der 7. US-Flotte. Neben ihren Militärstützpunkten im „Treuhandgebiet“ und auf Guam unterhalten die USA im Südpazifik noch weitere Stützpunkte und Depots auf Wake, Midway und der Johnston-Insel, wo vor allem Giftgas lagert.

Mit ihrer gigantischen Militärmaschine im Südpazifik verfolgen die USA im wesentlichen zwei Interessen, wirtschaftliche und militärstrategische.

Wirtschaftliches Interesse haben die USA an dieser Region aus mehrerlei Gründen. So werden z.B. unter dem Meeresboden riesige Gold- und Zinnvorkommen vermutet und auch der Abbau von schätzungsweise 200 bis 1.000 Mio Tonnen Manganknollen dürfte ein lukratives Geschäft versprechen. Mangan ist als Stahlveredler unentbehrlich und einer der wichtigsten Rohstoffe für die Rüstungsindustrie.

Bereits heute kommen ca. 25% der Weltfördermenge an Erdöl und Erdgas aus den Schelfgebieten der pazifischen Region. Darüber hinaus kontrollieren die USA durch ihre Militärpräsenz im Südpazifik die wichtigsten Schifffahrtsrouten und sichern sich damit ihre Rohstoffimporte (Zinn, Kupfer, Erdöl, Kokosöl, Kopra, Edelhölzer usw.) aus den Staaten der Vereinigung Südostasiatischer Nationen (ASEAN; Philippinen, Indonesien, Thailand, Singapur, Malaysia und Brunei) und anderen ostasiatischen Ländern.

Das militärstrategische Interesse der USA besteht – neben der Nutzung dieser Region zu militärischen Testzwecken – vor allem darin, daß die zahlreichen Stützpunkte einen Gürtel von Australien bis zu den Philippinen, Japan und Südkorea bilden und somit quasi eine Absperrung des Indischen Ozeans von Osten her darstellen.

Darüber hinaus unterstützen diese Militärbasen die Struktur der US-Streitkräfte

im Indischen Ozean und sind von ihrer Ausstattung und Logistik her mit diesen verbunden. Von Bedeutung ist weiterhin, daß die USA seit 1951 mit Australien und Neuseeland im Pazifischen Sicherheitspakt ANZUS (Abkürzungen der drei Mitgliedsländer) eine militärische Paktorganisation unterhalten.

Die globalstrategischen Interessen der USA im Südpazifik hat der frühere US-Verteidigungsminister Schlesinger bereits 1973 recht deutlich vor dem Kongreß in Washington umrissen: „Durch dieses Gebiet führen nicht nur unsere Zugangswege nach Guam, sondern auch die Verbindungslinien zum Nahen Osten und zu unseren asiatischen Rohstoffquellen, die von Mikronesien aus kontrolliert werden können. Mehr noch, eine Kommunikationslinie Nord-Süd, die immer wichtiger wird und unsere nördlichen Verbündeten Japan und Südkorea mit unseren südlichen Verbündeten und Freunden Australien, Neuseeland, den Philippinen und Indonesien verbindet, verläuft durch dieses Gebiet.“

Um die Inseln und Gewässer Mikronesiens auch künftig militärisch nutzen zu können, betreiben die USA seit Jahren eine mehr oder weniger offene Politik der Annexion.

Bereits Anfang der 60er Jahre warnte Anthony M. Solomon, heutiger Präsident der New Yorker Bundesbank, in einem vertraulichen Bericht an den damaligen US-Präsidenten Kennedy: „Aus Sicherheitsgründen erscheint Mikronesien den Vereinigten Staaten besonders wichtig. Wir können das Gebiet nicht aufgeben. Im Laufe der Zeit werden wir jedoch in die unangenehme Lage kommen, das einzige Land zu sein, das noch ein Treuhandgebiet verwaltet. Es kann bald die Zeit kommen, daß der Druck der Vereinten Nationen, den Status von Mikronesien neu zu gestalten, mehr als störend wird.“

Mit dieser Aussicht auf ein mögliches Ende der Treuhandvereinbarungen begannen die USA Anfang der 70er Jahre, mit dem Kongreß von Mikronesien über einen veränderten politischen Status zu verhandeln.

Der Kongreß als übergreifende Institution mit Vertretern aller Inseln ließ bei der mikronesischen Bevölkerung die Hoffnung aufkommen, daß die kulturell und sprachlich verschiedenen Inseln in einer einzigen Nation vereint und dann unabhängig werden könnten. Ein Angebot der USA, Mikronesien zum US-Commonwealth zu machen, wurde rundheraus abgelehnt.

Daraufhin teilten die USA in offenem Bruch der Treuhandschaftsvereinbarung Mikronesien in vier Teile: die Palau-Inseln (Republik Belau), die Nordmarianen, die Staatenföderation von Mikronesien (Yap, Truk, Ponape und Kosrae) sowie die Marshall-Inseln. In jedem dieser Teilgebiete setzten sie lokale Machtorgane ein. Mit diesen gedachten sie dann Abkommen abzuschließen, laut denen die jeweiligen Territorien den Status einer „Gemeinschaft“ oder „freien Assoziation“ mit den USA annehmen sollten. Ein solches Abkommen wurde bereits 1975 mit den Nordmarianen abgeschlossen. Ende 1980 paraphierten und 1982 unterschrieben ein Bevollmächtigter des US-Präsidenten und Vertreter Belaus, der mikronesischen Staatenföderation sowie der Marshall-Inseln ein ähnliches Abkommen.

Strittige „freie Assoziation“

Darin versprach man seitens der USA der Inselbevölkerung „innere Selbstverwaltung“, wohingegen die US-Regierung „sämtliche Befugnisse und die volle Verantwortung für ihre Sicherheit und Verteidigung“ übernehmen sollte. Die Staategebilde sollten „in ihren auswärtigen Angelegenheiten die US-Regierung zu Rate ziehen“.

D.h. im Klartext und in der seit langem von den USA geübten Praxis, daß ihnen Washington einfach diktiert, was sie politisch zu tun und vor allem, was sie zu lassen haben.

Diese faktische Annexion wollten die USA durch eine „Willenserklärung“ der Mikronesier untermauern und initiierten deshalb Volksbefragungen über den künftigen politischen Status in den jeweiligen Teilgebieten.

Zwar sprachen sich die Stimmberechtigten auf Belau und der Staatenföderation von Mikronesien Anfang 1983 mehrheitlich für eine „freie Assoziation“ mit den USA aus, doch wurde auch deutlicher Widerstand gegen diese Annexionspolitik sichtbar. Auf der zur mikronesischen Staatenföderation gehörenden Insel

Bewohner der Bikini-Inseln werden auf Kili angesiedelt, einer Insel ohne Lagune und ohne natürlichen Schutz gegen Stürme



Medizinische Folgeschäden der Atomwaffentests



Keine Hilfe in US-Kliniken: Strahlentod mit 19 Jahren

Im Jahre 1954 testeten die USA ihre erste Wasserstoffbombe auf dem Bikini-Atoll. Die gesundheitlichen Schäden, die diese Explosion zur Folge hatte, waren für die Bevölkerung der umliegenden Inseln und Atolle verheerend. Aus verschiedenen Aussagen von Augenzeugen und Opfern wird ersichtlich, daß diese Erfahrungen jenen von Hiroshima/Nagasaki und Vietnam (siehe AIB-Sonderheft 2/1984, S. 14ff. und 11-12/1983, S. 18ff.) zum Verwechseln ähnlich sind.

John Anjain (Rongelap):

„Am Morgen des 1. März sahen wir ein Licht im Westen. Wie eine aufgehende Sonne. Wir hörten eine laute Detonation, und in den nächsten Minuten begann die Erde zu schwanken. Ein paar Stunden danach fiel radioaktiver Staub auf die Menschen, ins Trinkwasser und auf die Nahrung. Die Kinder spielten in buntem, ascheähnlichem Pulver. Unsere Leute wurden sehr krank. Sie erbrachen sich, auf der Haut zeigten sich Verbrennungen, die Haare fielen aus.“

Etry Enos (Rongelap):

„Wir hatten Verbrennungen am ganzen Körper. Die Menschen fühlten sich zitterig und schwach... Nach zwei Tagen spürte ich etwas unter meinen Fingernägeln, dann fielen die Nägel ab und die Finger bluteten. Wir alle litten unter Verbrennungen der Ohren, Schultern, des Nackens und der Füße. Unsere Augen waren ganz entzündet.“

Noch einmal John Anjain:

„1957 sagten uns die Ärzte der amerikanischen Atomic Energy Commission (AEC), daß wir, ohne Schaden zu nehmen, auf die Insel zurückkehren könnten, gaben aber zu, daß sie noch schwach verseucht sei. Leider muß ich sagen, daß nach unserer Rückkehr auf Rongelap viele von uns Krankheiten bekamen, die wir vorher nicht gekannt hatten. In den letzten Jahren wurden viele von denen, die der Strahlung ausgesetzt waren und auch von denen, die ihr nicht direkt ausgesetzt waren, aber 1957 mit zurückkehrten, von Schilddrüsenkrebs und ähnlichen Krankheiten befallen. 19 der 22 Kinder, die auf

Rongelap verseucht wurden, mußten an der Schilddrüse operiert werden. Mein Sohn Lekoj war erst 1 Jahr alt, als er 1954 der Strahlung ausgesetzt wurde. Er wuchs so kräftig und gesund heran, daß ich glaubte, es könne ihm nie etwas passieren. Aber Ende 1972 wurde er sehr krank, und die AEC-Ärzte sagten, er habe eine sehr gefährliche Krankheit, die Leukämie genannt wird. Er starb wenige Wochen später, im November 1972.“

Darlene Keja-Johnson (Marshall-Inseln):

„Wir Marshalliesen bezeichnen diese Babies als Quallen. Das Baby wird auf dem Labortisch geboren, es atmet und bewegt sich hin und her, aber es ist nicht wie ein menschliches Wesen geformt. Es sieht aus wie ein Gallertbeutel. Diese Babies leben nur wenige Stunden. Manchmal werden Babies geboren mit hornartigen Gewächsen an ihren Köpfen, andere haben sechs Finger oder Zehen.“

Minji Kel (Utirik-Atoll):

„Mehrere meiner Babies, die bei der Geburt gesund waren, starben im ersten Lebensjahr... Insgesamt verlor ich vier Babies. Mein Sohn Winston wurde genau ein Jahr nach der Bombe geboren, und er hat wegen Schilddrüsenkrebs zwei Halsoperationen hinter sich.“

Reuben Merliss (US-Arzt, nach einer Informationsreise im Jahre 1980):

„Es gab auf Utirik vor etwa 5 bis 6 Jahren allgemeine Klagen, daß die Sehkraft nachließe, wahrscheinlich infolge eines verstärkten Auftretens von Grauem Star. Keiner der Menschen auf Utirik, mit denen ich sprach, berichtete mir, daß je ein Arzt seine Augen so untersucht hätte, daß man Grauen Star diagnostizieren kann. Stattdessen wurde mir erzählt, daß zwei Schachteln mit Brillen verschiedener Modelle und Gestelle zur Insel verschifft wurden, und die Leute sollten herbeikommen und die Brille aussuchen, die ihnen zu helfen schien. Und das war die gesamte Untersuchung und Behandlung des Augenleidens. Dessen, was ich für eine einzigartige Epidemie an Grauem Star halte.“

Ponape stimmten z.B. 58% der Einwohner gegen die Assoziierung mit den USA. Auf Belau erhielt ein Zusatzabkommen, das den USA 1/3 des Landes für die Lagerung von Atomwaffen, weiteren chemischen und biologischen Waffen, für den Bau von Flotten- und Luftwaffenstützpunkten sowie eines Ausbildungscamps für den Anti-Guerilla-Kampf zuschanden sollte, nicht die zur Annahme erforderliche 3/4-Mehrheit. Diese Ablehnung kam nicht von ungefähr, hatte die Republik Belau sich doch bereits 1981 – trotz aller Einmischungsversuche der USA – als erstes Land der Welt eine Verfassung gegeben, die das Vorhandensein von Atomwaffen und anderer radioaktiver Materialien zu Land und in seinen Hoheitsgewässern verbietet.

Während die Regierung Reagan die Meinung vertrat, daß mit der Annahme des Assoziierungsabkommens auch das Zusatzabkommen über die militärische Nutzung künftig Gültigkeit besitze, erklärte der Senat von Belau, daß mit der Ablehnung des Zusatzabkommens auch das Assoziierungsabkommen hinfällig sei. Diese Auffassung wurde im August 1983 auch vom Obersten Gerichtshof der Republik Belau bestätigt.

Der „Compact of Free Association“ ist damit zwar vorerst vom Tisch, doch ist davon auszugehen, daß die USA alles daransetzen werden, die Republik Belau doch noch in ihren Besitz zu bekommen. Denn Belau, 3.600 km von Tokio im Norden, 1.800 km von Sydney im Süden und 900 km von der philippinischen Insel Mindanao entfernt, besitzt eine zentrale strategische Bedeutung. Hier kreuzen sich wichtige Schifffahrtslinien, die die USA auch künftig kontrollieren wollen.

Widerstand auf Belau, Marshalls

Durch das Inaussichtstellen von 183,7 Mio Dollar, die den Opfern der Atomwaffentests als „Schadenersatz“ gezahlt werden sollen, gelang es den USA im September 1983 schließlich, eine knappe Mehrheit der Abstimmungsberechtigten auf den Marshall-Inseln für ein Assoziierungsabkommen zu gewinnen.

Trotz dieses zweifelhaften Erfolgs dürfte Washington jedoch die massiven Proteste der Marshalliesen nicht vergessen haben, die sich 1982 vor allem gegen die Punkte des Vertrages richteten, nach denen die Benutzung des Raketentestgeländes auf Kwajalein weitere 30 Jahre gestattet werden soll, und die die weitere Militarisierung des Archipels vorsehen. Damals besetzten ca. 1.000 Marshalliesen Teile des militärischen Testgebiets, was verschiedene Friedensgruppen an der ameri-

kanischen Westküste zu Solidaritätsaktionen während der MX-Tests veranlaßte.

Widerstand gegen zunehmende Militarisierung und atomare Verseuchung regt sich jedoch nicht nur in Mikronesien, sondern auch im übrigen Südpazifik.

Ausschlaggebend dafür sind vor allem die Deponierung radioaktiven Mülls durch die japanische Atomindustrie und die bis heute andauernden Atomwaffentests Frankreichs in Französisch-Polynesien. Allein zwischen 1966 und 1982 führten die Franzosen auf dem Mururoa-Atoll und der Insel Fangataufa 94 Atomwaffentests durch.

1975 organisierten Mitarbeiter der „Kampagne gegen die französischen Atomwaffentests“ auf den Fidschi-Inseln den 1. Internationalen Kongreß für einen atomfreien und unabhängigen Pazifik.

Auf diesem Kongreß wurde eine Charta erarbeitet, die u.a. die Schaffung einer atom(waffen)freien Zone im Pazifik und den Abzug aller Kolonialmächte aus den von ihnen besetzten Gebieten forderte.

Diese Charta (Wortlaut siehe Kasten) wurde auf der Folgekonferenz 1978 auf Ponape (Staatenföderation von Mikronesien) erneut bestätigt.

Anläßlich der 3. Internationalen Konferenz für einen atomfreien und unabhängigen Pazifik 1980 auf Hawaii beschlossen die Teilnehmer schließlich, eine Dachorganisation zu gründen, die als Kommunikationszentrale zwischen den verschiedenen Gruppen und Ländern dienen, gemeinsame Kampagnen organisieren und koordinieren und mit der internationalen Friedensbewegung zusammenarbeiten sollte.

So entstand das „Pacific Concern Resource Center“ auf Hawaii. Durch die pazifikweite Koordination der Aktivitäten und die verstärkte internationale Zusammenarbeit gewann die Bewegung rasch an Bedeutung.

An der 4. Konferenz, die vom 10.-20. Juli 1983 stattfand, nahmen bereits Delegationen aus über 30 Ländern und Territorien Mikronesiens, Melanesiens und Polynesiens sowie aus Neuseeland, Australien, Japan, den Philippinen, den

USA, Kanada, Europa und aus der Region des Indischen Ozeans teil.

Bewußt hatte man die melanesische Inselrepublik Vanuatu (früher Neue Hebriden) als Austragungsort für diese Konferenz gewählt.

Von Franzosen und Briten gemeinsam verwaltet, erlangte Vanuatu im Juli 1980 nach wechselhaften Verhandlungen und reaktionären Putschversuchen, die von Franzosen und Amerikanern unterstützt wurden, die Unabhängigkeit. Seitdem verfolgt die sozialdemokratische Regierung Vanuatus einen blockfreien Kurs und hat die Inselrepublik 1982 zur atomwaffenfreien Zone erklärt.

In seiner Begrüßungsrede an den Kongreß markierte Barak Sope, Generalsekretär der regierenden Vanuaaku-Partei die Position seiner Regierung stellvertretend für die der gesamten Bewegung für einen atomfreien und unabhängigen Pazifik:

„Es ist eine Zeitverschwendung, darüber zu diskutieren, ob Atomwaffen und die Nutzung von Atomenergie durch die Menschheit sicher sind oder nicht. Die

Charta für einen atom(waffen)freien und unabhängigen Pazifik

Die Charta für einen atom(waffen)freien und unabhängigen Pazifik wurde 1975 auf der 1. Internationalen Konferenz für einen atomfreien und unabhängigen Pazifik in Suva (Fidschi-Inseln) erarbeitet und anläßlich der Folgekonferenz auf Ponape (Staatenföderation von Mikronesien) 1978 bestätigt. Sie ist eine populäre Erklärung, die die Grundlage für entsprechende Abkommen zwischen den Regierungen der pazifischen Region sein soll. Als Völkervertrag für einen atom(waffen)freien Pazifik wurde die Charta schließlich auf der 3. Internationalen Konferenz für einen atomfreien und unabhängigen Pazifik, die vom 10.-18. Mai 1980 in Kaikua (Hawaii) stattfand, beschlossen.

(...) Wir als Einwohner des pazifischen Raumes

1. sind überzeugt, daß unsere Völker und unsere Umwelt von den Weltmächten zur Genüge ausgebeutet worden sind.
2. Wir erklären, daß die atomaren Mächte im Pazifik gegen unseren Willen operieren, und zwar von Territorien aus, die von ihnen als Kolonien verwaltet oder beansprucht werden.
3. Wir glauben, daß die politische Unabhängigkeit aller Völker eine Grundvoraussetzung für die Erlangung eines atomwaffenfreien Pazifik ist.
4. Wir glauben, daß atomare Tests im Pazifik und die daraus resultierende Strahlung eine Bedrohung von Gesundheit, Lebensunterhalt und Sicherheit der Einwohner darstellen.
5. Wir glauben, daß atomare Tests und Raketentests die wichtigsten Faktoren sind, durch die der Rüstungswettlauf seine Triebkräfte erhält.
6. Wir glauben, daß die Anwesenheit von Atomwaffen, Atomreaktoren, atomgetriebenen Schiffen und atomarem Abfall im Pazifik das Leben der Einwohner gefährdet.
7. Wir erkennen die unmittelbare Notwendigkeit, den Gebrauch und die Herstellung atomarer Waffen zu beenden.
8. Wir wünschen, zur Beendigung des Rüstungswettlaufs beizutragen.
9. Und wir stellen fest, daß eine atomwaffenfreie Zone nicht das Endziel darstellen kann, sondern lediglich ein Schritt in Rich-

tung auf eine totale, weltweite atomare Abrüstung ist.

Aus diesem Grund haben wir folgendes beschlossen:

10. Artikel 1: Daß eine pazifische atomwaffenfreie Zone erklärt werde, die all die Gebiete im Südpazifik umfaßt, die von Tlaxcala (Lateinamerika), der Antarktis, dem Indischen Ozean und den Gebieten der ASEAN-Staaten begrenzt werden, und damit ganz Mikronesien, Melanesien, Polynesien, Australien, Neuseeland, die Philippinen, Japan und Hawaii einschließt.

11. Artikel 2: Daß die Völker und Regierungen des pazifischen Raums keine der folgenden Aktivitäten oder Einrichtungen in dieser Zone erlauben:

- (a) alle atomaren Tests einschließlich jener Testanordnungen, die einem „friedlichen“ Zwecke zugeordnet werden;
- (b) alle Vorrichtungen zur Erprobung von Atomwaffen;
- (c) alle Tests von Waffensystemen und Fahrzeugen, die zur Unterstützung von Atomwaffen geeignet sind;
- (d) jede Lagerung, Durchfuhr, Entwicklung oder irgendeine andere Form der Anwesenheit von Atomwaffen an Land oder auf Schiffen, Unterseebooten und in Flugzeugen innerhalb der Zone;
- (e) alle Stützpunkte, die dem Kommando, der Kontrolle, der Kommunikation, der Überwachung, der Navigation oder irgendeiner anderen Aufgabe bzw. die dem Aufbau und dem Betrieb eines atomaren Verteidi-



gungssystemen dienen könnten;

(f) alle Atomreaktoren, ausgenommen Versuchseinheiten von geringer Kapazität, alle atombetriebenen Satelliten, ober- und unterirdische Waffensysteme und jegliche Durchfuhr, Lagerung, Freisetzung und Abladung radioaktiven Materials;

(g) Uranabbau, -verarbeitung und -transport.

12. Artikel 3: Daß die Völker und Regierungen innerhalb der pazifischen Zone sich von allen gegenseitigen Verteidigungsbündnissen mit Atommächten zurückziehen werden.

13. Artikel 4: Daß die diesen Vertrag unterzeichnenden Völker und Regierungen darauf hinarbeiten werden, daß die Kolonialmächte aus dem Pazifik abziehen.

14. Artikel 5: Daß die diesen Vertrag unterzeichnenden Völker und Regierungen sich im Abstand von nicht weniger als drei Jahren treffen werden, um Wege zur Ausweitung des geographischen Umfangs der Zone und der Verbindlichkeit der in ihm enthaltenen Verbote herauszufinden.

(Quelle: Entwicklungspolitische Korrespondenz (EPK), Nr. 5/1983, S.44)

eigentliche Wahrheit liegt in der Tat. Ich werde der Behauptung der französischen Wissenschaftler, daß ihre Atomwaffentests sicher sind, erst glauben, wenn sie ihr Testgelände von Mururoa nach Paris verlegen. Ich werde den japanischen Wissenschaftlern erst glauben, wenn sie ihren Atomwaffen in die Tokioter Bucht versenken. Das ist wieder einmal Kolonialherrenmentalität. Sie sagen: Es schadet den Eingeborenen nichts, aber für uns ist es nicht sicher genug. Also läßt uns die Kolonien behalten, die Tests fortsetzen und weiterhin Atomwaffen versenken."

Auf der Konferenz nahmen desweiteren zahlreiche Experten zu verschiedenen Themen wie Rüstungswettlauf, medizinische Folgen der Atomwaffentests, alternative Wirtschaftssysteme und Unabhängigkeitsbewegungen im pazifischen Raum Stellung. In Arbeitsgruppen wurden diese Themen weiter vertieft, die bisherige Arbeit der Bewegung kritisch aufgearbeitet und Schwerpunkte für die Arbeit der kommenden Jahre diskutiert. U.a. beschlossen die Delegierten, die Unabhängigkeits- und Befreiungsbewegungen auf Neukaledonien und Osttimor (siehe nachstehendes Interview) sowie die der Papuas in Irian Jaya, dem von Indonesien annektierten Westteil Neuguineas, zu unterstützen.

Weiterhin wurden Kampagnen gegen die Versenkung radioaktiven Mülls, gegen Militärmanöver im Pazifik und gegen bestimmte Kernwaffensysteme wie z.B. die Tomahawk-Rakete (das ist die seegestützte Version der Marschflugkörper Cruise Missiles) beschlossen. Die Konferenzteilnehmer bekräftigten einmal mehr die enge Verbindung von Anti-Atomkraft-, Friedens- und Unabhängigkeits- bzw. Befreiungsbewegungen. Nur nach Abschaffung aller Kolonialsysteme kann es zur Errichtung einer atom(waffen)freien Zone im Pazifik kommen.

Neuerlichen Auftrieb erhielt die Bewegung für einen atomfreien und unabhängigen Pazifik durch den Wahlsieg der neuseeländischen Labour-Party im Juli d.J. Die neue Labour-Regierung Lange will, abgesehen vom Überdenken ihrer Mitgliedschaft im ANZUS-Pakt (unterdessen ist man vom in Aussicht gestellten Austritt abgerückt), Neuseeland ebenfalls zur atomwaffenfreien Zone erklären. Gleichzeitig kündigte sie an, sie wolle sämtliche Häfen des Landes für Kriegsschiffe mit Atomwaffen an Bord sperren.

Es ist dies ein Schritt, den — ungeachtet aller hektischen Betriebsamkeit im US-Außen- und Verteidigungsministerium — zuvor schon die beiden südpazifischen Inselstaaten Vanuatu und Tuvalu getan haben. Die Kampagne für einen atom(waffen)freien, unabhängigen Pazifik ist dabei, Schule zu machen.

Eckdaten zur pazifischen Inselwelt

Tabelle 1

Land	Bevölkerung (in Mio) 1982	Fläche (1.000 qkm)	Bruttosozialprodukt pro Kopf 1982 (in Dollar)	Lebenserwartung 1982	Anteil der Erwerbspersonen (in %)			
					Landwirtschaft 1960	1980	1960	1980
Australien	15,2	7,687	11.140	74	11	6	40	33
Neuseeland	3,2	269	7.920	73	15	10	37	35
Indonesien	152,6	1.919	580	53	75	58	8	12
Papua-Neuguinea	3,1	462	820	53	89	82	4	8
Philippinen	50,7	300	820	64	61	46	15	17
Japan	118,4	372	10.080	77	33	12	30	39

(Quelle: Weltbank, Weltentwicklungsbericht 1984, Washington 1984, S. 252/253 und 292/293)

Tabelle 2

Land	Bevölkerung (in 1.000)	Fläche (in qkm)	Bruttosozialprodukt (in 1.000 Dollar)	Politischer Status
1. Mikronesien				
Belau	15 (1982)	458	—	US-Treuhandgebiet
Staatenföderation von Mikronesien (Yap, Truk, Ponape, Kosrae)	115 (1981)	721	—	US-Treuhandgebiet
Nordmarianen	18 (1982)	479	—	US-Treuhandgebiet
Marshall-Inseln	31,6 (1982)	181	219 (1980)	US-Treuhandgebiet
Guam	103,2 (1982)	549	740 (1980)	untersteht dem US-Innenministerium
Nauru	8 (1982)	21	—	unabhängig seit 31. 1. 1968
Kiribati	57 (1982)	906	50 (1980)	unabhängig seit 12. 7. 1979
2. Melanesien				
Papua-Neuguinea	(siehe Tabelle 1)			
Salomonen	225 (1982)	28.446	110 (1980)	unabhängig seit 7. 7. 1978
Vanuatu	125 (1982)	14.763	60 (1980)	unabhängig seit 30. 7. 1980
Neukaledonien	139,8 (1982)	19.103	1.100 (1980)	Überseeterritorium Frankreichs
Fidschi	645 (1981)	18.272	1.258 (1980)	unabhängig seit 10. 10. 1970
3. Polynesien				
Tuvalu	9 (1982)	25	4 (1980)	unabhängig seit 1. 10. 1978
Wallis und Futuna	12 (1977)	274	—	Überseeterritorium Frankreichs
West-Samoa	155 (1982)	2.842	—	unabhängig seit 1. 1. 1962
Amerikanisch-Samoa	33,4 (1982)	197	180 (1980)	untersteht dem US-Innenministerium
Tonga	100 (1982)	699	50 (1980)	unabhängig seit 4. 6. 1970
Niue	4 (1975)	258	—	Assoziiertes Selbstverwaltungsgebiet Neuseelands
Cook-Inseln	17,6 (1981)	240	20 (1980)	Assoziiertes Selbstverwaltungsgebiet Neuseelands
Franz.-Polynesien	145,6 (1982)	4.200	1.004 (1980)	Überseeterritorium Frankreichs

Die Baker- und Howland-Inseln, die Jarvis-Insel, das Kingsmanriff, Midway, Palmyra, Wake und die Johnston-Insel sind im Besitz der USA. Die Norfolk-Inseln gehören zu Australien; Tokelau zu Neuseeland; Pitcairn zu Großbritannien. Die Osterinsel ist chilenisches Hoheitsgebiet und die Galapagos-Inseln zählen zu Ecuador. Hawaii ist ein Bundesstaat der USA.

(Quellen: Welt-Aktuell '85, Das andere Jahrbuch, Rowohlt-Taschenbuch-Verlag, Reinbeck bei Hamburg, September 1984, S. 279-359; Politisches Lexikon Asien und Südpazifik, Verlag C.H. Beck, München 1980, S. 357)



Interview mit Bischof Martinho da Costa Lopes Sie werden bis zum Ende kämpfen

Martinho da Costa Lopes (65) ist der ehemalige päpstliche Administrator oder amtierende Bischof von Ost-Timor. Als offener Fürsprecher für die Unabhängigkeit der ehemaligen portugiesischen Kolonie, die seit 1975 von indonesischen Truppen besetzt ist, wurde er unter dem Druck der konservativen katholischen Bischöfe Indonesiens letztes Jahr vom Vatikan zurückbeordert.

M. da Costa, der heute in Lissabon lebt, weiß die Volksverankerung der Befreiungsbewegung FRETILIN und die Fortdauer ihres Guerillakriegs (siehe AIB 10/1983) zu bestätigen.

FRAGE: Glauben Sie, daß Washington bei der Lösung des Problems Ost-Timor eine Rolle zu spielen hat? Ist es möglich, daß die USA wirkungsvollen Druck auf Indonesien ausüben könnten?

M. DA COSTA: Wir müssen unterscheiden zwischen den Ansichten des amerikanischen Volkes und denjenigen der Regierung. Ich glaube, daß die Menschen der USA mit der Sache Ost-Timors sympathisieren, aber die amerikanische Regierung sich mit Indonesien zusammengetan hat.

Washington – Stütze der Invasoren

Bekanntlich war (der damalige US-Außenminister) Kissinger am Tage vor dem Einmarsch Indonesiens in Djakarta. Und er machte deutlich, daß die USA dem Schritt nicht ablehnend gegenüberstanden. Washington hat seitdem viel von der Militärausrüstung zur Verfügung gestellt, die Indonesien in seinem Kampf gegen den Widerstand in Ost-Timor benutzt.

Amerika könnte immer noch Veränderungen treffen, wenn es Djakarta dazu bewegen würde, die Kämpfe in Ost-Timor zu beenden und über die Unabhängigkeit des Gebietes zu verhandeln. Ich habe die Hoffnung, daß es mit wachsender Unterstützung im US-Kongreß und im Senat eine Veränderung in der offiziellen amerikanischen Haltung geben wird.

FRAGE: Was halten Sie von Vorschlägen, Ost-Timor solle ein mit Indonesien assoziierter autonomer Staat werden, aber seine portugiesischen kulturellen Bindungen beibehalten?



M. DA COSTA: Ich glaube, das Volk von Ost-Timor wird eine solche Idee entschieden zurückweisen. Sie sind entschlossen, (für die Unabhängigkeit) bis zum Ende zu kämpfen: Sie wollen um jeden Preis unabhängig sein.

Der Vorschlag ist naiv, wenn man bedenkt, daß 200.000 Timorensen ihr Leben für die Unabhängigkeit verloren haben. Das Volk von Ost-Timor kennt die Indonesier zu gut, um mit ihnen noch irgendetwas zu tun haben zu wollen. (...)

FRAGE: Was ist Ihre Einschätzung der gegenwärtigen diplomatischen Bemühungen von Portugal und der UNO – oder das Fehlen von solchen –, die die Lösung des Ost-Timor-Problems zum Ziel haben?

M. DA COSTA: Ich glaube, daß sie hoffnungsvoller sind, seit Außenminister George Shultz im Juli 1984 mit (dem indonesischen Außenminister) Kusumaatmadja Mochtar zusammengetroffen ist. Portugal erneuert ebenfalls seine Bemühungen. Aber ich glaube nicht, daß irgendetwas wirklich erreicht werden kann, ohne vorher das Volk von Ost-Timor anzuhören.

Es gibt bei diesem Problem drei Parteien – Portugal, Indonesien und das timorensische Volk. Ich denke, daß die Vereinten Nationen versuchen sollten, Indonesien davon zu überzeugen, daß es der UNO erlaubt, eine Delegation nach Ost-Timor zu entsenden. Die UNO sollte in die Berge von Timor gehen und mit den Menschen sprechen. Sie sollte die Lage mit Xanana Gusmao, dem Führer der Guerilleros der Revolutionären Front des Unabhängigen Ost-Timor (FRETILIN) besprechen, der der authentische Vertreter des timorensischen Volkes ist.

FRAGE: Sind Sie ein Anhänger der FRETILIN?

M. DA COSTA: Ich unterstütze die FRETILIN als ein Symbol des nationalen Widerstandes gegen Indonesien. Ich weiß nicht, ob sie kommunistisch sind oder nicht.

Aber ich glaube, daß das Volk von Ost-Timor nach so vielen Jahren unrechtmäßiger Besetzung durch die indonesischen Truppen nichts mehr mit Indonesien zu tun haben will, weil seine Erfahrung so schlecht war.

FRAGE: Während Ihrer Zeit als Priester in Timor haben Sie die Zustände als verzweifelt beschrieben. Können Sie einige Beispiele anführen, wie es aussah, als Sie dort waren?

M. DA COSTA: Um nur einen Fall zu nennen, sollten wir uns an die Zustände im Comarca-Gefängnis in der Hauptstadt Dili erinnern, wo junge timorensische Mädchen, deren Familien verdächtigt wurden, Mitglieder der FRETILIN zu sein, von den Indonesiern eingesperrt und gefoltert wurden.

Diese Mädchen wurden geschlagen, erhielten Elektroschockbehandlung, wurden mit Zigaretten verbrannt und von den indonesischen Soldaten vergewaltigt, um ihnen Informationen über die Guerilleros zu entlocken. Oft wußten diese Mädchen nichts, wurden aber trotzdem grausam behandelt. Es war ein flagranter Fall von Menschenrechtsverletzung.

Ich habe in der Folgezeit Briefe von ost-timorensischen Menschen und von meinem Nachfolger, Monsignore Carlos Ximenes Belo erhalten, die darauf hinweisen, daß die Dinge zu diesem Zeitpunkt genau so schlimm sind.

FRAGE: So ist Ihrer Meinung nach die Lage in Ost-Timor nach wie vor schlecht, trotz gegenteiliger Behauptungen Indonesiens?

M. DA COSTA: Wenn Djakarta die Wahrheit sagt, warum lassen sie dann keine Journalisten und unabhängige Beobachter und internationale Hilfstteams, die dorthin gehen wollen hinein, und lassen sie sich frei bewegen und sich selbst ein Bild von der Lage machen?

Ich zweifle nicht im geringsten daran, daß die Kämpfe auf der Insel nicht aufgehört haben. (...)

(Quelle: Newsweek, New York, 3.9.1984)

Gunter Blank

Pinochet läßt Federn



Vor der Einreichung in eine Oppositionsfront? Christdemokraten A. Zaldivar (mit Siegeszeichen) und G. Valdes (rechts dahinter)

Dieser Beitrag unseres Mitarbeiters Gunter Blank erreichte uns aus Santiago, wenige Tage vor dem für den 30. Oktober d.J. geplanten Generalstreik der chilenischen Opposition.

Verfolgt man die chilenische Innenpolitik der letzten Wochen, kann man sich nur schwer des Eindrucks erwehren, die Junta und allen voran „Seine Exzellenz“ General Pinochet würden von Zeit zu Zeit von Anfällen geistiger Umnachtung heimgesucht.

Die Geschehnisse des Landes erscheinen ihnen als apokalyptische Entscheidungsschlacht, in der ihnen die Gewißheit, daß der Kommunismus die furchtbarste Heimsuchung der Menschheit darstellt, letzten Halt in einer aus den Fugen geratenen Welt verleiht. Jenseits dieser panischen Feindbestimmung, unter die im Zweifelsfall alles subsumiert wird, was sich in ihren Augen gegen die Militärs verschworen hat, scheint die Politik des Regimes weder Regeln noch Gegner zu kennen.

Wer gestern noch als unheilbar vom Marxismus infiziert gebrandmarkt wurde, darf schon morgen damit rechnen, eindringlich aufgefordert zu werden, den Weg der „demokratischen Normalisierung“ und „nationaler Einheit“ mit zu beschreiten – im Rahmen der Doktrin der Nationalen Sicherheit versteht sich.

Bei näherem Hinsehen entpuppen sich die politischen Kehrtwendungen jedoch als wenig mehr als bloß taktische Manöver der Militärs, die Hoffnung auf einen verhandelten Übergang zur Demokratie am Leben zu erhalten. Es sind allerdings Manöver, die längst nicht mehr mit der Präzision im preußischen Geist geschulter Generalstäbler ablaufen, sondern mehr und mehr von den tatsächlichen oder vermeintlichen Opportunitäten der Tagespolitik bestimmt werden.

Letztes Beispiel dieses aberwitzigen Spektakels war die Verhaftung von sieben Oppositionsführern – darunter die Präsidenten der Nationalen Gewerkschaftskoordination (CNS), Manuel Bustos, der Demokratischen Volksbewegung (MDP), Manuel Almeyda, der Demokratischen Allianz (AD), Mario Sharpe und der Christdemokratischen Partei (PDC), Gabriel Valdés – am 9. Oktober d.J.

Sie sollten für die gewaltsamen Auseinandersetzungen während der letzten Protesttage vom 4./5.9.1984 (siehe AIB 10/1984, S.18) verantwortlich gemacht werden. Daß dem Regime nicht ganz wohl bei dem Gedanken war, auf einmal die international bekannte Spitze der Opposition hinter Gitter zu bringen, ließ sich schon an deren Überführung in das mondäne Untersuchungsgefängnis „Capuchinos“ ablesen.

Und so entsprach es eigentlich durchaus den augenblicklichen Gepflogenheiten, daß die Anklage wegen Verstoßes gegen das Gesetz der Inneren Sicherheit kaum 24 Stunden später wieder fallengelassen wurde. Die Einsicht, daß die Demokratie verheißenden Sirengesänge wohl kaum das rechte Gehör finden werden, solange sich die Repräsentanten der Opposition im Gefängnis befinden, kam der Diktatur – wenn auch erst auf Druck der nationalen und internationalen Öffentlichkeit – gerade noch rechtzeitig genug, um eine breite Solidarisierungswelle zu vermeiden.

Zunächst kann die Junta erst einmal ihr Spiel von Repression und Öffnung halbwegs unbeschadet weitertreiben. Zugute kommt ihr dabei die manchmal an Selbstverleugung grenzende Inkonsistenz eines guten Teils auch der demokratischen Opposition. Sie reagiert auf jede Repressalie mit Entsetzen und Abscheu und auf jede Phrase, die das Wort Demokratie enthält mit „ernsthafter Prüfung“.

Diese wankelmütige Haltung entspringt jedoch nicht allein den Köpfen der Repräsentanten des Zentrums und der demokratischen Rechten, für die Politik hauptsächlich im geruhsamen Aushandeln von Kompromissen besteht.

Sie hat darüber hinaus noch immer eine hinreichend große Basis innerhalb der Mittelschichten und der einheimischen Kapitalistenklasse, die jedesmal, wenn Pinochet „Chaos“ ruft, bereitwillig „Kommunismus“ verstehen, ungeachtet der Tatsache, daß ihnen das Wasser mittlerweile selbst schon bis zum Hals reicht. Da stört auch der Terror wenig, mit dem die Diktatur seit Monaten das Land überzieht und der inzwischen ein seit 1977 nicht mehr gekanntes Ausmaß erreicht hat. Die Schreie der Gefolterten sind in den Luxusvierteln nicht zu hören. Obwohl die Repression mehr und mehr

Pinochet-Anhänger feiern den 11. Jahrestag des Putsches



auch bürgerliche und kirchliche Kreise erfaßt, folgt die Abstufung der Mittel noch immer den Kriterien der Klassengesellschaft.

Ein Teil der Oppositionspresse, die sich im letzten Jahr erhebliche Freiräume erkämpft hat, sah sich seit Anfang September d.J. einem ebenso absurd anmutenden wie langfristig wirkungsvollen, weil Auflagen senkenden Verbot ausgesetzt, Fotos zu publizieren. Das Dekret, das die Zeitschriften Analisis, Cauce, Apsi und Fortin Mapocho betraf, wurde Mitte Oktober von einem Berufungsgericht aufgehoben. Verschont vom Verbot blieb aus nicht ganz unerfindlichen Gründen die christdemokratische Zeitschrift Hoy.

Verhaftung von Opponenten

Einher ging dieses Verbot mit von der Antikommunistischen Aktion (ACHA) ausgestoßenen Morddrohungen gegen den Herausgeber der am konsequentesten gegen die Diktatur anschreibenden Zeitschrift Analisis, Juan Pablo Cardenas.

Aber auch prominente Christdemokraten bleiben von den Attacken des Regimes und seiner Fußtruppen nicht mehr verschont. Mitglieder der ACHA fingen den Präsidenten der christdemokratischen Internationale, Andrés Zaldivar, auf dem Weg in sein Büro ab und übergossen ihn mit einem Kübel voller Fäkalien. Eine etwas andere Qualität haben dagegen die Maßnahmen gegen die Bewohner der „poblaciones“ (Elendsviertel), die nicht in den Genuß kommen, ständig im Licht der Öffentlichkeit zu stehen. Am 4. September d.J. wurde der 23jährige Bäckereiarbeiter und Kommunist, Juan Antonio Aguirre, in Pudahel auf dem Weg zur Arbeit von Carabineros festgenommen und gemeinsam mit einem wei-

teren Opfer auf das 26. Kommissariat von Santiago gebracht. Dort wurden beide schwer gefoltert und nach geraumer Zeit an einen unbekanntem Ort verschleppt.

Nach den Aussagen eines weiteren Mitgefangenen, Sergio Tapia, der am 10. September d.J. wegen fehlender Verdachtsmomente angeblich zusammen mit Aguirre — von dem seither jede Spur fehlt — freigelassen wurde, wurden er und Aguirre im selben Raum gefoltert. Tapias Aussagen, der die Carabineros nach einer Ambulanz verlangen hörte und danach von Aguirre nichts mehr wahrgenommen hat, lassen es als wahrscheinlich gelten, daß Aguirre entweder an den Folgen der Folterungen starb oder aber so schwer mißhandelt wurde, daß die Sicherheitsorgane sich scheuen, ihn der Öffentlichkeit zu präsentieren. Für die Carabineros wurde er am 10. September freigelassen. Die Anwälte des katholischen Solidaritätsvikariats und die Kirche ernteten auf ihre Fragen nach dem Verbleib des Verschwundenen von Carabinero-Chef und Junta-Mitglied Mendoza den lakonischen Kommentar: „Davon wurde mir nichts mitgeteilt: Vergessen Sie's!“

Ein weiteres Glied in der Kette blutiger Unterdrückung stellt die Verhinderung einer „toma“ (Landbesetzung) wohnungsloser Pobladores aus Puente Alto — einem Außenbezirk Santiagos — dar. In deren Verlauf wurde der 33jährige Präsident des Wohnungslosenkommitees, Sekretär der Taxifahrgewerkschaft und Kommunist, Julio Valencia, von Carabineros bestialisch ermordet.

Am 26. September besetzten rund 300 Familien ein brachliegendes Grundstück in der Nähe der „poblacion“ Nuevo Amanecer, um so ihrer Forderung nach menschenwürdigen Wohnverhältnissen Nachdruck zu verleihen. Die Polizei ging mit Gummigeschossen und Tränengas-

bomben gegen die Besetzer vor, die sich, unterstützt von den Bewohnern der Poblacion, 5 Stunden lang verteidigten. Gegen 2 Uhr nachts als der Widerstand der Besetzer bereits gebrochen war und die Carabineros die Bevölkerung durch die Straßen hetzten, kam Julio Valencia durch eine in unmittelbarer Nähe explodierende Tränengasbombe zu Fall. Die verfolgenden Carabineros stürzten sich auf ihn und trampelten ihn buchstäblich zu Tode. Anschließend drückten sie ihm eine aus Stacheldraht gewickelte Dornenkrone in die Stirn.

Auch hier streiten die Verantwortlichen jegliche Beteiligung ab und begnügen sich mit der Behauptung, Valencia sei in einer Auseinandersetzung zwischen Pobladores und Besetzern zu Tode gekommen.

Markiert das Wiederaufflammen der Repression die eine Seite der chilenischen Misere, so stellt das Anhalten des wirtschaftlichen Niedergangs und die Unterwerfung der chilenischen Interessen unter die Bedingungen des internationalen Finanzkapitals die andere Seite dar.

Der IMF auf der Lauer

Die Mitte September d.J. verkündeten wirtschaftlichen Maßnahmen bedeuten eine erneute gravierende Verschlechterung der Lebensbedingungen der Chilenen. Preissteigerungen zwischen 20 und 30% sind die Folge der Abwertung des Peso von 91 auf 115 Peso je Dollar.

Sie schlägt sich nicht nur auf die bereits zuvor für eine Vielzahl von Chilenen unerschwinglichen Konsumgüter und Dienstleistungen nieder, sondern steigert auch die Produktionskosten für die marode nationale Industrie. Da sie wesentlich vom Investitionsgüterimport abhängig ist, wird die gleichzeitige Erhöhung der Importzölle um 35% kaum ausrei-

Kranzniederlegung am Grabe Allendes zum Gedenken des 11. Jahrestages seiner Ermordung (l.) und anschließender Polizeieinsatz



chen, um die Konkurrenzfähigkeit der chilenischen Produkte zu erhöhen.

Die wirtschaftlichen Maßnahmen dienen lediglich der Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit des Exportsektors und der Aufbesserung des Staatshaushalts, der diese Finanzspritze dringend benötigt. Nicht nur der Kupferpreis der im Oktober auf den tiefsten Stand dieses Jahres gefallen ist, gefährdet die Zahlungsfähigkeit. In Kürze stehen auch die Verhandlungen über die Rückzahlungsmodalitäten der chilenischen Außen-schuld beim Internationalen Währungs-fonds (IMF) an. Es ist schon jetzt abzu-sehen, daß die vom IMF diktierten Be-dingungen zur Konsolidierung des Staatshaushalts einmal mehr zu Lasten der Bevölkerung gehen werden.

Nicht wenige Chilenen sind deshalb der Überzeugung, daß die Verhandlungen mit dem IMF die letzte Amtshandlung des Wirtschaftsministers Escobar Cerdas sein wird. Nachdem er die unpopulären Maßnahmen durchgesetzt hat, wird er die Verantwortung für die weitere Ver-schlechterung der wirtschaftlichen Si-tuation zu übernehmen haben.

Seine Nachfolge ist bereits jetzt heftig umstritten. Die Fraktion der Gremiali-sten (Berufsverbände) drängt auf eine Befriedigung zumindest ihrer dringend-sten Bedürfnisse und fordert eine Aus-weitung der staatlichen Hilfsprogramme. Seit dem Abschied der Chicago Boys (Anhänger der Chicagoer Monetaristen-Schule um Milton Friedman) dienen sie mehr und mehr dazu, die Löcher dort zu

stopfen, wo die Forderungen am laute-sten vorgetragen werden, ohne daß da-hinter eine wirtschaftspolitische Kon-zeption zu erkennen wäre.

Aber auch die Chicago Boys haben sich noch nicht endgültig mit dem Scheitern ihres neoliberalen Modells abgefunden und klopfen erneut an die Pforten der Schlüsselministerien.

Vom Standpunkt des Kapitalinteresses aus gesehen, besitzen sie den Vorteil als einzige der rivalisierenden Gruppen über ein Konzept zu verfügen, dem zumindest eine innere Logik nicht abzusprechen ist.

„Populärer Kapitalismus“

Diesmal heißt ihr Kandidat José Pineira, Ex-Arbeitsminister und in dieser Eigen-schaft für den „Plan Laboral“ (Antige-werkschaftliches Arbeitsgesetz von 1979) verantwortlich, der behauptet, ein koordiniertes Programm wirtschaftlicher Erholung und politischer Befriedi-gung zu besitzen.

Die Wirtschaft soll durch den Verkauf vom Staat gestützten Unternehmens- und Finanzgruppen saniert werden. Ziel-gruppe ist nichts weniger als die gesamte Bevölkerung und besonders die Organi-sationen der Beschäftigten. Sie sollen Unternehmensanteile mit dann wohl vom internationalen Finanzkapital zur Verfügung gestellten Krediten mit bis zu 40 Jahren Laufzeit erwerben.

Mit diesem als „populärer Kapitalismus“ bezeichneten Projekt hätte Pineira gleich drei Fliegen mit einer Klappe geschla-gen: Die Schuldenlast wäre auf die Be-

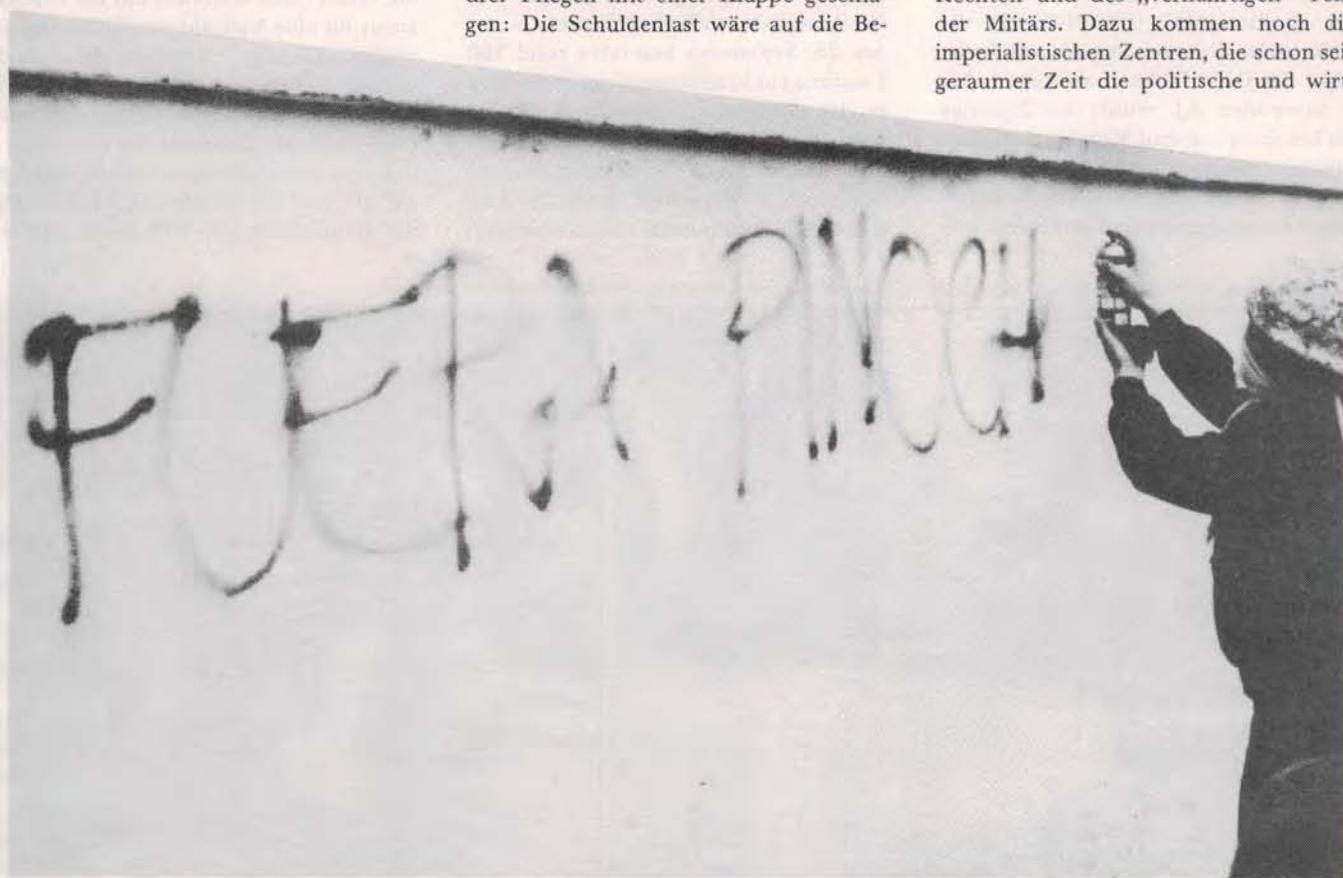
schäftigten abgewälzt, der Wirtschaft würden neue Kredite zufließen und die Kreditgeber behielten bis zur endgülti-gen Rückzahlung der Schulden die Ver-fügungsgewalt über die wiederbelebten Produktionsmittel.

Die Arbeiterklasse als letzte Rettung, wenn die Kapitalisten angesichts des hohen Zinsniveaus keine rechte Lust auf dazu noch äußerst waghalsige Investitio-nen verspürt; wahrlich kein schlechter Gedanke.

Nicht weniger originell mutet Pineiras politischer Ausweg aus der Krise an. Wenn die Bourgeoisie mittels ihrer politi-schen Parteien nicht in der Lage ist, ei-nen Stabilität garantierenden politischen Wechsel durchzusetzen, muß ihnen eben auf gewohnt autoritäre Weise zu ihrem Glück verholfen werden. Ohne sich groß um die Einzelinteressen der politischen Parteien zu scheren, will er diesen kur-zerhand eine „unilaterale Öffnung“ dik-tieren, der sie sich entweder anschließen oder aber vom politischen Prozeß ausge-schlossen bleiben.

Pineira spekuliert dabei mit der Bereit-schaft breiter Teile der politischen Rech-ten bis hin zur Christdemokratie, die an-gesichts ihrer eigenen Unfähigkeit, die Militärs zu einer Demokratisierung zu bewegen, bereitwillig jedes Angebot der Beteiligung an der politischen Macht an-nehmen werden.

Das Gesamtkonzept könnte auf die Zu-stimmung dreier wesentlicher gesell-schaftlicher Bereiche zählen: der „gel-ben“ Gewerkschaften, der politischen Rechten und des „vernünftigen“ Teils der Militärs. Dazu kommen noch die imperialistischen Zentren, die schon seit geraumer Zeit die politische und wirt-



schaftliche Konzeptionslosigkeit mit Widerwillen verfolgen.

Fraglich ist allein die Zustimmung zweier gesellschaftlicher Machtfaktoren, die demokratische Opposition, die bei diesen Überlegungen sowieso keine Rolle spielt, einmal ausgenommen. Dies sind einmal die nationalen Einzelkapitalisten, die damit in jeder Hinsicht erledigt wären und sich für den Rest ihrer Tage von den Zinsen ihrer schweizer Privatkonten ernähren müßten. Da sie jedoch politisch von den Militärs abhängig und wirtschaftlich bankrott sind, ist von ihnen nicht genügend Widerstand zu erwarten, als daß sie nicht auf dem Altar des Gesamtkapitals geopfert werden könnten. So bleibt als einziges Problem – das Problem der Probleme – General Augusto Pinochet, ohne den in Chile nichts geht. Seine Herrschaft hat sich in den Jahren zu einer Ein-Mann-Diktatur ausgewachsen, deren Fortbestand alles weitere politische Handeln unterzuordnen ist.

Begrenzte Öffnung

In diesem Zusammenhang sind auch die vieldiskutierten Äußerungen von Luftwaffenchef Fernando Matthei einzuordnen, der Ende September d.J. seine Bereitschaft zum Dialog mit den politischen Parteien bekundete. Er stellte eine Verkürzung der in der Verfassung von 1981 vorgesehenen Fristen für die Wahl eines Kongresses in Aussicht.

Die Nationale Partei, die im Augenblick die einzige halbwegs kohärente Kraft der politischen Rechten darstellt, fing denn auch dankbar den ihr zugespielten Ball auf. Sie präsentierte den Vorschlag, eine „demokratische Front“ der Rechten zu bilden, die sich auf der Grundlage einer konstitutionellen Übereinkunft gründen sollte.

Die wichtigsten Punkte dieser „demokratischen Alternative“, mit der AD und Militärs an einen Tisch gebracht werden sollen, sehen folgendermaßen aus: Noch im Verlauf des nächsten Jahres soll, nachdem die gesetzlichen Voraussetzungen geschaffen sind (Parteiengesetz, Wählerregistrierung usw.) unter ausdrücklichem Ausschluß der MDP (insbesondere der Kommunisten), ein Kongreß gewählt werden. Neben der Respektierung der Menschenrechte und der Aufhebung des Einreiseverbots für die Exilierten, soll die Verfassung dahingehend geändert werden, daß die Militärs sich von der unmittelbaren politischen Macht zurückziehen und die gesetzgebende Kompetenz an den Kongreß übergeben. Allein der Verbleib Pinochets im Amt des Staatspräsidenten zumindest bis zu den vorgesehenen Wahlen 1989 wird nicht in Frage gestellt. Gleiches gilt auch für die anderen grundsätzlichen Positionen

der demokratischen Opposition wie Auflösung des Geheimdienstes CNI, Demokratisierung der Streitkräfte usw. Als Beweis ihrer demokratischen Absichten soll sich die Opposition außerdem dazu verpflichten, fortan auf weitere Protestaktionen zu verzichten.

Innerhalb der demokratischen Opposition wurde dieser Vorstoß unterschiedlich aufgenommen. Während die Linke die Vorschläge als durchsichtiges Manöver zur Spaltung der Opposition charakterisierte, fand er den Beifall einer ganzen Reihe von Zentrumspolitikern. Dabei taten sich die Vertreter der Sozialdemokratischen Partei, die bereits von einem Bündnis, das von der Nationalen Partei bis zu den Sozialisten reicht, träumen, besonders hervor.

Auch die Reaktionen aus Kreisen der Christdemokratie waren durchaus nicht eindeutig. Obwohl auch für sie zumindest der Rücktritt Pinochets von allen Ämtern eine Vorbedingung eines jedweden Demokratisierungsprozesses sein müßte, versprachen einige ihrer Parteigänger die ernsthafte Prüfung der Vorschläge, die „einige interessante Punkte“ enthielten.

Auf diese Weise wird die AD immer mehr zum Hauptverantwortlichen der Verschleppung des Einigungsprozesses der demokratischen Opposition.

Linkswende der PDC?

Anscheinend ist insbesondere für die Christdemokraten der Sturz Pinochets zum zweitrangigen Problem geworden, das hinter dem Versuch, mit allen Mitteln die Hegemonie innerhalb der Oppositionsbewegung zu erringen, zurücktreten muß. Diese Politik stößt aber zunehmend auf die Kritik der eigenen Basis, in der die Position, die auf ein engeres Bündnis mit der Linken drängt, an Boden gewonnen hat. Ihre Vertreter sind jedoch in den Entscheidungsgremien der Partei kaum vertreten.

Dies kann sich jedoch schon bald ändern, wenn Ende November d.J. die partei-internen Wahlen stattfinden. Nach den bisherigen bezirklichen Wahlergebnissen sieht es so aus, als würden die fortschrittlichen Positionen dort die Mehrheit stellen. Die innerparteilichen Wahlen werden zwar keinen Erdrutsch bewirken, und die Präsidentschaft von Gabriel Valdés, der als nur mäßig links gilt, wird auch von den Linken nicht angezweifelt. Es ist aber mit einem Zurückdrängen der Rechten, zu Verhandlungen mit dem Regime bereiten Positionen, zu rechnen. Dies eröffnet einerseits die Möglichkeit einer engeren Zusammenarbeit der demokratischen Opposition auf dem Feld der Massenmobilisierung. Andererseits ist ein tatsächliches Aktionsbündnis der

drei demokratischen Organisationen MDP, Sozialistischer Block und AD, wie es u.a. der christdemokratische Gewerkschaftsführer Manuel Bustos fordert, dadurch jedoch noch lange nicht in Sicht. Auch auf dem linken Flügel der Christdemokratie gibt es nach wie vor entscheidende Vorbehalte gegen ein faktisches Bündnis mit der Kommunistischen Partei Chiles (PCCh) und der Bewegung der Revolutionären Linken (MIR).

Die Frage, an der sich die Geister scheiden, ist die nach der Legitimität bewaffneter oder gewaltsamer Aktionen gegen das Regime und dem Charakter, den die Aktionen der Opposition in Zukunft annehmen sollen. Die übergroße Mehrheit der PDC weist noch immer die Anwendung von Gewalt zum Sturz der Diktatur als illegitim und undemokratisch zurück, wenn sie auch mittlerweile das Selbstverteidigungsrecht des Volkes weitgehend anerkannt hat.

Eine große Stütze findet diese Position in der Haltung der katholischen Kirche. In den vergangenen Monaten hat sie einen weiteren Schritt in Richtung einer fundamentalen Kritik der vom Regime zu verantwortenden Zustände getan und dadurch ihren noch immer unübersehbaren Einfluß auf die gesellschaftliche Entwicklung erneut nachhaltig ins Bewußtsein von Herrschenden und Beherrschten gerufen.

Der Aufruf zum „Marsch für das Leben“ Anfang August d.J. und die heftige Kritik am Gebaren der Sicherheitskräfte und der Untersuchungsbehörden während und nach den Protesttagen, in deren Verlauf bekanntlich der französische Priester Andrés Jarlan den Tod fand, weisen darauf hin, daß die Anhänger des Regimes auch innerhalb des Klerus in die Enge getrieben werden.

Kirche auf Konfliktkurs

Dies gilt umso mehr, als nun auch die monatelange Hetze der offiziellen Stellen, die sich gegen den kommunistischen Virus innerhalb der katholischen Kirche richtet, ihre bitteren Früchte trägt.

Das Bombenattentat auf die Basiskirche Santa Maria de Fatima in Punta Arenas, das nach Lage der Indizien von aufgewiegelt Angehörigen der Sicherheitsorgane verübt wurde, ist wenig dazu geeignet, das ablehnende Verhältnis zwischen Kirche und Diktatur zu verbessern.

Die Art und Weise, wie die Kirche auf die Angriffe auf ihre Einrichtungen und die Situation im allgemeinen reagiert, macht jedoch auch deutlich, daß sie weder im Augenblick noch in absehbarer Zukunft zu einer über die Forderung nach Herstellung der nationalen Einheit auf dem Wege des Friedens, der Brüderlichkeit und der Verständigung aller Chilenen

hinausgehenden Einmischung in das politische Geschehen bereit sein wird.

Priester wie Pierre Dubois, der zum öffentlichen Ungehorsam aufruft oder gar Rafael Marotto, der sich offen zum Marxismus bekennt, sind nach wie vor rühmliche Ausnahmen in einer Institution, in der sich die sicherlich unumkehrbare Hinwendung zu den Postulaten der „Kirche der Armen“ und der „Theologie der Befreiung“ überaus gemächlich vollzieht.

Das Dilemma der Strategen der Gewaltfreiheit besteht allerdings darin, daß sie außer der Fortsetzung der Protesttage, die von ihnen nach wie vor als einziges Mittel der Massenmobilisierung gegen die Diktatur betrachtet werden, keine anderen Kampfformen benennen können. Sie geraten immer mehr in eine Sackgasse, da sich langsam aber sicher die Erkenntnis durchsetzt, daß auf diesem Wege ein Sturz der Diktatur nicht zu erreichen ist, zumal aktive Momente in der von den Christdemokraten proklamierten „aktiven Gewaltfreiheit“ bislang nur rudimentär entwickelt wurden. Im Kalkül zumindest einer Reihe ihrer Führer dient dies weniger zu Zwecken der Massenmobilisierung als zur Abgrenzung von der Strategie der MDP.

In dieser Hinsicht hat der offene Brief der PCCh an die Parteien der Opposition einiges zur Klärung der Fronten beigetragen.

Sie bekräftigt darin ihre Haltung zum Verhältnis von friedlichen und bewaffneten bzw. gewaltsamen Aktionen unter den Bedingungen der Diktatur. Die Kommunisten formulieren noch einmal ihre Bereitschaft unter Respektierung der ideologischen Differenzen ein Bündnis der demokratischen Opposition zu schaffen.

Zankapfel Gewalt

Besonders das Bekenntnis zu aktiven Attacken auf die Symbole der Ausbeutung und der Diktatur und zur Selbsthilfe der notleidenden Bevölkerung in Form von Überfällen auf Supermärkte und ähnliche Einrichtungen, sowie die Sympathieerklärung für die Patriotische Front Manuel Rodriguez (FPMR; siehe AIB 10/1984, S.18f.) haben bei den angesprochenen Politikern einige Verwirrung ausgelöst.

Sie hatten bis dahin offen oder heimlich darauf gehofft, die PCCh auf die Prinzipien der bürgerlich-parlamentarischen Umgangsformen festlegen zu können. Dabei betrachtet die Kommunistische Partei die Formen friedlichen Widerstands keineswegs als nutzlos, sondern zieht lediglich die Konsequenzen aus den bisherigen Erfahrungen im Kampf gegen die Diktatur.



Links: Graffiti linker Christen in Valparaiso: „Christen immer bereit zur Befreiung unseres Volkes“. Rechts: Diktaturgegner Raul Silva Enriquez, ehemaliger Erzbischof von Santiago

„Wir weisen die wirkungsvollen friedlichen Formen des Kampfes gegen die Diktatur nicht zurück. Täglich bedienen wir uns ihrer, aber wir betrachten sie als nicht ausreichend. Die Fakten haben gezeigt, daß sie unzureichend sind. Um mit der Diktatur Schluß zu machen, ist eine große gemeinsame Anstrengung gefragt, die sich eine Politik konstanter Konfrontationen gegen ihre Mißbräuche zu eigen macht, die verschiedenen Kampfformen in die Praxis umsetzt und eine schlagkräftige Mobilisierung aller Bereiche der Arbeiter und des Volkes in Gang setzt, um eine für die Diktatur unerträgliche Situation zu schaffen, die den Weg zur Demokratie öffnet.“

Parallel dazu hat die MDP die Grundlagen einer möglichen Übereinkunft herausgestellt. In seiner Rede zum ersten Jahrestag der MDP hob Manuel Almeyda drei Punkte besonders hervor: Schluß mit der Diktatur, provisorische Übergangsregierung und verfassungsgebende Versammlung.

Am weitesten scheinen im Augenblick die Bestrebungen einen Minimalkonsens über die Inhalte einer neuen Verfassung gediehen zu sein.

Vor allem der sozialistische Block hat sich in letzter Zeit für eine solche Übereinkunft stark gemacht.

Auf Grundlage eines von der Gruppe der 24 ausgearbeiteten Entwurfs eines Verfassungspakts für „Demokratie und Menschenrechte“ sollen sich die drei Oppositionsorganisationen über die gesellschaftliche Neuordnung Chiles verständigen.

Neben der fortgesetzten Weigerung der

AD, sich mit dem MIR an einen Tisch zu setzen, gehen allerdings die Meinungen über das Wesen der neuen Ordnung nach wie vor weit auseinander. Während die AD den Entwurf der 24, der sich im wesentlichen auf eine Wiederherstellung des parlamentarisch-repräsentativen Rechtsstaats beschränkt, weitgehend unverändert übernehmen will, fordert die MDP die Verankerung eines „militant-antifaschistischen Grundprinzips“ in der künftigen Verfassung. Dieses enthält klare Aussagen zur Entmachtung der Unternehmergruppen und des internationalen Finanzkapitals, zur Demokratisierung der Streitkräfte und zur Garantie der Entscheidungskompetenzen der Volksorganisationen.

Verständlich, daß der AD unter den augenblicklich herrschenden Kräfteverhältnissen diese Forderungen entscheiden zu weit gehen. Sie nimmt deshalb den zitierten Brief der PCCh zum willkommenen Anlaß, um sich zumindest öffentlich von ihr und der MDP ob deren Bekenntnis zur Gewalt zu distanzieren. Die Festigung des bisher erreichten Grads der Einigung hängt aber, jenseits dieser verbalen Scharmützel, weniger vom Erzielen formaler Übereinkünfte über die Zukunft der chilenischen Gesellschaft ab, als von der weiteren Mobilisierung der Bevölkerung gegen die Diktatur. Die Vergangenheit hat mehr als einmal gezeigt, daß die bürgerlich-demokratische Opposition durch den Druck der Straße zu Zugeständnissen und gemeinsamem Handeln zu bewegen ist.

In diesem Sinne ist auch die Diskussion, die seit geraumer Zeit innerhalb des So-

zialistischen Blocks — und da vor allem in der Christlichen Linken (IC) — geführt wird, von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Ein offensichtlich mehrheitsfähiger Teil der IC übte heftige Kritik an den ihrer Ansicht nach zu sehr auf bloß formale Übereinkünfte der politischen Spitzen angelegten Politik des Blocks, die zu einer Vernachlässigung der kompromißlosen Massenmobilisierung geführt hätten.

Das am 13.9.1984 veröffentlichte Dokument der IC trägt denn auch dieser Kritik Rechnung und betont die Bedeutung der Ausweitung der Aktionen des „zivilen Ungehorsams“, ohne die ein Ende der Diktatur nicht zu erreichen ist. Es unterstreicht außerdem die Notwendigkeit, die sozialistischen Kräfte in einer revolutionären sozialistischen Partei — die der Fraktionierung der PS ein Ende setzt — zu vereinigen.

Die ist als klare Absage an die sozialistische Lagos/Briones-Fraktion innerhalb der AD zu verstehen, die sich längst ins Fahrwasser des von der Sozialistischen Internationale geförderten Reformismus begeben haben und bei der Huldigung der kapitalistischen Restaurierungsversuche der spanischen Sozialisten als Modell für Lateinamerika angelangt sind.

Der Generalstreik...

Die erste Bewährungsprobe für die für eine Ausweitung der Massenaktionen eintretenden Kräfte wird der für den 30. Oktober d.J. beschlossene Generalstreik darstellen, der endlich eine neue Qualität in die Aktionen der Opposition zu bringen versucht.

MDP und Sozialistischer Block unterstützen den Beschluß des Nationalen Kommandos der Arbeiter (CNT) vom 4. Oktober d.J. vorbehaltlos, während sich die AD erst zwei Wochen später zu einer positiven Stellungnahme durchringen konnte. Die Differenzen über die Angemessenheit des Generalstreiks zum jetzigen Zeitpunkt spiegeln sich auch in der Diskussion innerhalb der Gewerkschaftsbewegung wider.

Die Entscheidung war bis zuletzt heftig umstritten. Einige der AD nahestehende Gewerkschafter wollten ihn mit dem Hinweis auf den — allerdings real vorhandenen — Streikunwillen zahlreicher Bereiche der Arbeiterklasse noch weiter hinauszögern. Dies kommt der Auffassung eines Teils der PDC entgegen, der Generalstreik sei das letzte, die Diktatur endgültig zu Fall bringende Mittel der Opposition.

In den Auseinandersetzungen zeigte sich jedoch, daß die Trennungslinie quer durch die PDC verläuft. In der CNS, die Teil des CNT ist, sind sich Linke und Christdemokraten über die Notwendig-

keit einig geworden, mit der zum Handeln bereiten Bevölkerung Druck auf die schwankenden Sektoren auszuüben. Dabei wird auch in Kauf genommen, daß der Streikaufruf — sei es aus Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes oder aufgrund demobilisierender Aktivitäten einiger Gewerkschaftsführer — nicht von der gesamten Arbeiterklasse befolgt wird.

Dies gilt vor allem für die privilegierten Teile der Arbeiterklasse (Erdöl, Exportindustrie), die Bankangestellten und die Beschäftigten im Dienstleistungsbereich. Ihre Gewerkschaften werden zum großen Teil von Christdemokraten und „oficialistas“ (Diktaturanhänger) beherrscht. Sie sind nicht zuletzt wegen ihres vergleichsweise hohen Einkommens — die Erdölarbeiter gehören mit bis zu 90.000 Peso im Monat zu den Spitzenverdienern der chilenischen Gesellschaft — nur schwer zu Kampfmaßnahmen zu bewegen.

Auch die Kupferarbeiter werden sich, so ihr Vorsitzender Rodolfo Seguel, nicht am Streik beteiligen, da sie sich von den Folgen des Streiks im Mai d.J., der mit 400 Entlassungen endete, noch nicht wieder erholt hätten. Er sah sich, mit Hinweis auf mangelnde Streikbereitschaft, außerstande, den Streikaufruf für die Kupferarbeitergewerkschaft CTC zu unterzeichnen, obwohl er auf der Sitzung des CNT für den Streik gestimmt hatte. Der Einschätzung Seguels wird allerdings von linken Gewerkschaftern widersprochen. Sie führen den derzeit evidenten Mangel an Kampfbereitschaft auf die Unentschlossenheit der Gewerkschaftsführung zurück.

...ein Meilenstein des Widerstands

Sergio Troncoso, der Vorsitzende der Bauarbeitergewerkschaft, hofft, daß sich trotz der fehlenden Mobilisierung zwischen 5 und 25% der Kupferarbeiter am Streik beteiligen werden. Und Manuel Bustos, der christdemokratische Präsident der CNS, verweist alle Fragen nach der Streikbereitschaft der Kupferarbeiter ins Reich der Spekulation: „Das werden wir erst am Tag des Streiks wissen, deshalb haben wir 20 Tage Zeit zur Mobilisierung, alles andere sind Spekulationen über die Äußerungen einiger Funktionäre, die sagen, im Kupferbergbau werde nicht gestreikt.“

Der 30.10.1984 wird also ein entscheidendes Datum für die weitere Entwicklung der chilenischen Opposition sein. Wenn der Streik ein Erfolg wird, und es gelingt, das Land über das bisher bei den Protesttagen erreichte Maß hinaus zu lähmen, wird es vor allem ein Erfolg für die Linke sein.

Den opportunistischen Teilen der AD

wird dann wenig mehr übrig bleiben als den Weg konsequenter Massenmobilisierung mitzubeschreiten. Um diese Entscheidung haben sie sich bislang mit Erfolg gedrückt, da jede Ausweitung des aktiven Widerstands ihre Hoffnungen auf eine „paktierte Öffnung“ nach brasilianischem Muster, mit der sie ungeachtet ihrer bisherigen Mißerfolge liebäugeln, weiter trübt.

Um jedoch allzu euphorischen Erwartungen vorzubeugen, ist festzuhalten, daß der Generalstreik lediglich einen weiteren Schritt auf dem Weg zum Sturz der Diktatur bedeutet und die chilenische Opposition damit noch längst nicht am Ende des Tunnels angekommen ist. Um die von der Linken gewünschte Unregierbarkeit des Landes herzustellen, bedarf es noch der Überwindung einer Vielzahl von Hindernissen. Die Umwandlung des an den Protesttagen gebündelt zum Ausdruck kommenden Unmuts und der spontanen Wut der Massen in bewußtes Handeln und kontinuierliche Politik ist erst in wenigen Bereichen gelungen. Zwischen den Protesten beteiligen sich noch zu wenige an der Ausweitung des Widerstands und die Abstinenz weiterer Teile der Bevölkerung an den Protestaktionen ist weiterhin bedeutend. Nach nunmehr eineinhalb Jahren massenerfassender Opposition beginnen sich Tendenzen herauszubilden, sei es in der Entwicklung der Kirche, im langsamen Wachsen der Einheit der demokratischen Opposition, bei der Ausdehnung des „zivilen Ungehorsams“ oder bei der Zunahme der bewaffneten Aktionen, deren Synthese jedoch nicht von heute auf morgen zu schaffen ist.

Und eines darf bei aller Lächerlichkeit, die den Äußerungen Pinochets anhaftet, nicht vergessen werden: Der General befindet sich im Krieg, und dieses Handwerk hat er in 11 Jahren beherrschen gelernt.

Chile - Reader

In Münster gibt es noch den Chile-reader für 5.--DM zuzgl. 2.--DM Versandkosten.

Der Chile-reader ist 300 Seiten stark und enthält eine Sammlung von über 40 Beiträgen, von der Unidad Popular 1970 bis zum Sommer 1983, vom Putsch 1973 bis zu den Beziehungen Chile - USA heute, über die Arbeit der Menschenrechtsorganisationen bis zu den Bezügen BRD - Chile.

Kurz: eine umfassende Lektüre für jeden, der sich mit Chile befaßt oder beschäftigen will.

Bestellungen an:

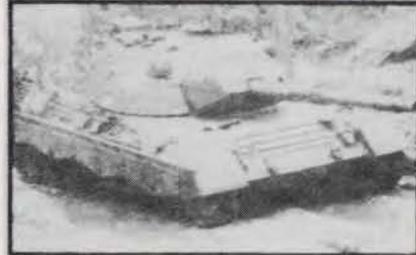
Kongreßbüro: "Für Chile's Freiheit"
Frauenstr.3-7
4400 Münster



Intelligente Waffensysteme MBB



Kampferprobte Waffensysteme Roland



Schießen aus jeder Lage FWM



Unterm Zaun durch Tornado



Reichweite bringt Sicherheit Mauser



Kette und Kondition Diehl

Wir wünschen der deutschen Rüstungsindustrie ein schlechtes Jahr 1985!

Werbeanzeigen der deutschen Rüstungsindustrie in den einschlägigen Fachzeitschriften und ihre Opfer: Iranische Zivilisten auf der Flucht vor einem Raketenangriff.

Mit zynischen Slogans versuchen Waffenproduzenten die Verkäufe besonders in die Länder der Dritten Welt zu steigern. Und sie haben Erfolg!

In immer mehr Staaten werden deutsche Waffen "erfolgreich" eingesetzt. Einige Beispiele:

Irak

Vor vier Jahren begann der Irak seinen Angriffskrieg gegen den Iran. Seitdem sind Milliarden Dollar für Waffenkäufe ausgegeben worden. Neben der Sowjetunion ist Frankreich Hauptwaffenlieferant. Aus der Bundesrepublik wurden so "harmlose" Geräte wie Panzertransporter, Sanitäts- und Funkfahrzeuge geliefert. Außerdem halfen deutsche Firmen beim Aufbau einer chemischen Industrie, die im Verdacht steht, Giftgas zu produzieren.

Weniger bekannt: Ein Großteil der Waffen, die Frankreich liefert, wird dort nur zusammengebaut. Die Einzelteile der MILAN, HOT und ROLAND-Raketen kommen von Deutschlands Waffenhersteller Nr. 1: Messerschmitt-Bölkow-Blohm.

Iran

Die Iraner wehren sich mit dem bundesdeutschen G 3-Sturmgewehr, hergestellt in einer von der Bundesrepublik gelieferten Waffenfabrik in Teheran. Vor dem Giftgas schützen sie sich mit Gasmasken der Firma Dräger, Lübeck.

Außerdem haben die Iraner in Argentinien Panzer gekauft. Die argentinische Panzerfabrik kommt von Thyssen-Henschel in Kassel.

Indonesien

In Indonesien findet seit Jahren ein blutiger Ausrottungskrieg gegen die Bewohner des von Indonesien annektierten Ost-Timor statt. Die Bundesrepublik unterstützt das Gemetzel durch die Hilfe beim Aufbau einer Hubschrauberfabrik.

Was tut die Bundesregierung?

Die Bundesregierung bemüht sich, diese Tatsachen geheimzuhalten. Das ist ihr, wie allen ihren Vorgängerinnen, auch bisher gut gelungen. Demokratische Kontrollen kann aufgrund von Geheimschutzbestimmungen nicht wahrgenommen werden, selbst das Parlament wird in dieser Frage nicht oder nur unvollständig unterrichtet.

Der Grund: Die deutsche Rüstungsindustrie und die Bundesregierung haben ein kommerzielles Interesse an der Ausweitung der Rüstungsexporte.

Staatsminister Möllemann:

"Man kann eine Rüstungsindustrie nicht alleine auf eine nationale Armee ausrichten – das kann man schon, aber dann muß man auch wahnsinnige Stückpreise bezahlen."

Aber nicht nur finanzielle Gründe spielen bei Waffenexporten eine Rolle:

Die Lieferung von Waffen ist auch eine massive politische und strategische Einflußnahme. Wer Waffen liefert, ergreift Partei.

Wen unterstützt die Bundesrepublik zum Beispiel

- die chilenische Militärdiktatur
- die argentinische Militärdiktatur
- die türkische Militärdiktatur
- die irakische Militärdiktatur
- die indonesische Militärdiktatur
- die pakistanische Militärdiktatur

Ergebnis: Die Ärmsten der Armen bezahlen für unsere wahnwitzige Hochrüstung mit und werden mit diesen Waffen auch noch selbst unterdrückt.

Die Verfassungsväter der Bundesrepublik haben uns in der Präambel des Grundgesetzes verpflichtet, für den **Frieden in der Welt** einzutreten – die Bundesregierungen der letzten 15 Jahre haben Waffenexporte offensichtlich problemlos mit dieser Verfassungsnorm vereinbaren können.

Gelitten haben darunter Millionen Menschen in der Dritten Welt, ganz gleich, ob – als direkte Opfer des Waffeneinsatzes – als Unterdrückte in einer Militärdiktatur – als Hungernde und Kranke, denen das Lebensnotwendigste fehlt weil ein Großteil der Mittel des Staates in Waffenkäufe fließt.

Ich möchte die Kampagne **"Stoppt den Rüstungsexport"** unterstützen. Bitte senden Sie mir:

- Informationsmaterial
- Kontaktadressen an meinem Ort
- ich möchte für weitere Öffentlichkeitsaktionen spenden

Name: _____

Adresse: _____

BUKO* – Koordinationsstelle "Stoppt den Rüstungsexport!"
Buchtstr. 14/15; 2800 Bremen 1

*BUKO = Bundeskongress entwicklungspolit. Aktionsgruppen, V i S d P. Andreas Rister, Meppener Str. 24, 4500 Osnabrück

Bernd Graul

Cordova isoliert sich



Ziele des Volksprotests: US-Soldaten in Honduras

„Ich meine, daß Honduras in einer konstitutionellen Diktatur lebt.“ Mit diesen Worten kennzeichnet der christdemokratische Abgeordnete Diaz Arrivillaga, im Gespräch mit dem AIB (siehe Kasten), die innenpolitische Lage in seinem Land.

Die „liberale“ Regierung des Landarztes und (vor allem) Großgrundbesitzers Suazo Cordova begann 1982 ihre Amtszeit mit dem Versprechen, eine „revolutionäre Regierung der Ehrlichkeit und Arbeit“ zu sein.

IMF-Wirtschaftssanierung

Doch das Gegenteil trat ein.

Die Wirtschaft des Landes befindet sich mittlerweile in der tiefsten Krise der letzten 50 Jahre, was nicht nur mit dem Verweis auf die „kranke Weltwirtschaft“ begründet werden kann.

Die Auslandsverschuldung kletterte in diesem Jahr nach Angaben der Zentralbank auf 1,683 Mrd Dollar. Der Schuldendienst beträgt 150 Mio oder 25% der Exporterlöse.¹ Gleichzeitig stieg das Haushaltsdefizit von 300 Mio Lempira (2 Lempira = 1 Dollar) 1981 auf 800 Mio im vergangenen Jahr.

Die städtische Arbeitslosigkeit beträgt mittlerweile über 20%. Und von den 65% der knapp 4 Mio Honduranern, die in ländlichen Regionen wohnen, sind derzeit 89,1% „unterbeschäftigt“. Mit anderen Worten, über 350.000 Familien (im Durchschnitt à 6 Personen) besitzen entweder überhaupt keinen eigenen Boden oder können sich von ihren winzigen Par-

zellen nicht ausreichend ernähren.

Das Rezept der Wirtschaftssanierung kommt aus den USA. Der Internationale Währungsfonds (IMF) und die Internationale Entwicklungsagentur (AID) des US-Außenministeriums machten ihre Kreditzusagen (17 bzw. 25 Mio Dollar) sowie die erfolgreiche Umschuldung davon abhängig, daß Honduras die öffentlichen Ausgaben senkt und die Einnahmen steigert.

Den Empfehlungen entsprechend forcierte die Regierung die Gehälter der Staatsangestellten ein. Sie versuchte, Massenentlassungen durchzusetzen und reduzierte die Haushalte für Erziehung, Agrarreform, Transport, Gesundheit usw.

Demgegenüber betrug der Militärhaushalt nach Schätzungen der Tageszeitung *El Tiempo* allein im ersten Halbjahr 1984 100 Mio Dollar.

Kernstück der Finanzierung des Defizits bildet ein Gesetz zur Steuerreform. Am 24.5.1984 verabschiedete das Parlament nach nur eintägiger Debatte das Dekret 85-84. Das neue Gesetz zieht den unteren Schichten 54 Mio Lempira aus der Tasche, während gleichzeitig 20-30 Mio für den Erwerb von acht modernen brasilianischen Antiguerrilla-Flugzeugen des Typs Tucan T 27 ausgegeben werden.² Der vereinte Protest des Unternehmerverbandes COHEP, der Gewerkschaften und der Bauernorganisationen veranlaßte die Regierung zwar zu kosmetischen Korrekturen, doch grundsätzlich änderte sich nichts an den neuen Bestimmungen.

Fernando Lardizabal, Präsident des

COHEP und prominenter Führer der Nationalen Partei: „Dies ist lediglich der Versuch, die Sonne mit dem Finger zu verdecken.“

Es mehren sich die kritischen Äußerungen innerhalb des Unternehmerlagers. Vor allem von seiten der modernistischen nationalen Fraktion der Bourgeoisie.

Ihre Vorstellungen spiegeln sich im sog. „Rosental Memorandum“ vom 23.4.1984 wider, einem Brief des Bankiers und Industriellen gleichen Namens an Dr. Suazo Cordova.³

Der Unternehmer fordert effektive Zollvorschriften und steuerliche Investitionsanreize für die Sektoren der Wirtschaft, die dem Lande Nutzen bringen statt der bisherigen breitgestreuten Steuergeschenke an die Industrie (jährlich 300 bis 400 Mio Lempira).

Auf der anderen Seite müsse der Staat Einsparungen vornehmen durch die Einführung direkter Kontrolle über die 30 sog. „autonomen Institutionen“, welche ihre finanziellen Mittel vom Staat bekommen, aber weitgehend selbständig darüber verfügen.

Allein die Nationale Investitionskommission (CONADI) machte bis 1982 515 Mio Lempira Schulden, davon 427 Mio im Ausland. Das Geld floß fast unkontrolliert in die Kassen der Industrie.

Andere Millionengeschenke handelte der US-Botschafter Negroponte persönlich aus. Das Bergbauunternehmen „Rosario Resources“, Tochtergesellschaft des drittgrößten Multis der Branche (AMAX), wurde von Abgaben in den Staatssäckel befreit.

Und für den Bananenmulti United Brands erreichte der „Prokonsul“ nach der Zerstörung der Plantagen durch einen Hurrikan im vergangenen Frühjahr einen befristeten Steuernachlaß, der den Staat 27 Mio Lempira kostet.

Außerdem „verschenkt“ das Finanzministerium jährlich weitere 50 Mio Lempira dadurch, daß es statt des vor 10 Jahren vereinbarten 1 Dollar pro Kiste nur die Hälfte an Steuern eintreibt.

Rechtsparteien heillos zerstritten

Rosental kritisiert weiterhin, daß 70% der Importe zollfrei ins Land kommen. Eine Maßnahme, von der primär die US-abhängige Montageindustrie, nicht aber die heimischen für den Binnenmarkt produzierenden Unternehmer profitieren.

Aus dem gleichen Grunde lehnt der Bankier die Vorschläge des AID-Vertreters Cauterucci ab, der die Einführung einer Freihandelszone in Honduras fordert.⁴ Die Regierung ist auch im eigenen Lager der Bourgeoisie isoliert und die sie tragende Liberale Partei heillos zerstritten.



US-Militärberater in Aktion

Der rechte Flügel der Liberalen, der die Interessen der Großgrundbesitzer und der mit den USA verbundenen Agroindustriellen vertritt, übt scharfe Kritik an ihrem Vertreter Suazo. Und ein Teil von ihnen unterstützt inzwischen sogar mit Azcona einen Mann aus den eigenen Reihen für die Nominierung zum Präsidentschaftskandidaten der Partei.

Der „linke“ Flügel ist ebenfalls gespalten. Von der nationalen, modernistischen Fraktion der Bourgeoisie (Rosental u.a.) und ihrer Liberalen Volksallianz (ALIPO) hat sich die Liberale Demokratische Revolutionäre Bewegung (MLIDER) getrennt. Und es ist nur eine Frage der Zeit, bis sie sich zu einer neuen Partei sozial-demokratischer Prägung entwickelt.

Die Nationale Partei, traditionell eng mit den Militärs verbunden, reibt sich ebenfalls in Machtkämpfen auf. Sie leidet unter Profilmangel, da die Liberale Partei ihr 1980 und 1981 zwei empfindliche Wahlniederlagen beibrachte. Außerdem überholte Suazo Cordovas Partei die Nationale Partei rechts und nahm außerdem ihren angestammten Platz an der Seite der Armee ein.

Wie nun die Krise lösen? Suazo Cordova griff auf ihrem Höhepunkt zu einem gebräuchlichen Mittel und ersetzte am 20. August d.J. seine Minister und alle 30 Direktoren der „autonomen Institutionen“ durch eine neue Mannschaft.

Bemerkenswert an diesem Wechsel ist die Verabschiedung des noch von Ex-General Alvarez Martinez inthronisierten Verteidigungsministers Amilcar Castillo Suazo sowie die Entlassung des „starken Mannes“ Carlos Flores Facussé (Eigner des größten honduranischen Wirtschaftsimperiums, der „Handels- und Wirtschaftsgruppe Galaxie“), herausragendste Persönlichkeit der Ultrarechten im Lande und enger Vertrauter des Mannes im Hintergrund – Alvarez Martinez.

Tiefgreifende Reformen sind allerdings von der neuen Regierung kaum zu erwarten. Die hütet sich, durch eine Agrarreform die Großgrundbesitzer in die Frontalopposition zu treiben oder der parasitären Kompradorenbourgeoisie ihre Privilegien zu nehmen oder gar sich mit den US-Multis anzulegen. Insofern

bleibt alles beim Alten.

Geändert hat sich lediglich das Machtgefüge.

Die Militärs, von denen die Anweisung zum Ämtertausch kam, haben ihre Position weiter gefestigt und ihren Einfluß auf die „Zivilen“ gestärkt. Eine logische Folge der Entwicklungen der letzten 6 Monate.

Seit der Entmachtung von General Alvarez Martinez (siehe AIB 6/1984, S. 31ff.) und angesichts der zunehmenden Schwächung der Regierung setzt sich die Militärführung immer besser in Szene.

Sie verhält sich besonnen und nutzte z.B. den Abschluß des honduranischen Hubschraubers über nikaraguanischem Territorium am 8.5.1984 nicht für kriegerische Töne, wie die Zivilregierung dies tat.

Sie zeigt sich gesprächsbereit und hört sich die Forderungen sowohl der Menschenrechtsorganisationen als auch der Gewerkschaften und Bauernorganisationen an. Als Garant der nationalen Ein-

heit ruft sie alle gesellschaftlichen Gruppen auf, ihre Interessen auf friedlichem Wege durchzusetzen.

Und der neue Oberbefehlshaber General Walter Lopez, wegen seines fliegerischen Wagemuts einer der Helden des „Krieges der 100 Stunden“ gegen El Salvador 1969, wird häufiger von Fernseh-, Radio- und Zeitungsreportern interviewt als der gewählte Präsident.

Und dennoch, das Schicksal der über 100 Verschwundenen bleibt weiterhin ungeklärt. Die christdemokratische Nationale Bauern-Union (UNC) beklagt allein in diesem Jahr über 200 Verhaftungen von Mitgliedern, die in Konflikte um Landbesetzungen verwickelt sind. Und die repressiven Strukturen, die Alvarez Martinez nach US-Aufstandsbekämpfungsplänen errichten ließ, bleiben weiterhin intakt.

Aber dennoch gibt es positive Zeichen. Der ehemalige Mitarbeiter des Interamerikanischen Verteidigungsrates, US-Oberstleutnant King, sieht einen „wach-

Gespräch mit Efrain Diaz Arrivillaga Die Volksbewegung ist noch nicht so weit

Efrain Diaz Arrivillaga ist der einzige Abgeordnete der Christdemokratischen Partei von Honduras im Parlament seines Landes. E. Diaz, der dem linken Flügel seiner Partei angehört, setzte sich in den vergangenen Jahren vor allem gegen die Militarisierung des Landes durch die USA ein.

Er war der einzige Abgeordnete, der im Juni 1983 gegen die Errichtung des Regionalen Militärischen Ausbildungszentrums (CREM), in dem US-Berater salvadorianische und honduranische Soldaten ausbilden, stimmte. Bernd Graul sprach für das AIB mit E. Diaz.

AIB: Die honduranische Regierung gibt vor, den Frieden zu internationalisieren. Was halten Sie davon?

E. DIAZ: Ich meine, das größte Problem der Regierung bezüglich ihrer Absicht, den Frieden zu internationalisieren, wie sie es nennt, ist das Fehlen von Glaubwürdigkeit. Es besteht ein großer Unterschied zwischen dem, was sie sagen und dem, was sie machen.

Keine eigene Außenpolitik

Wir sehen das beispielsweise an der wachsenden Militarisierung von Honduras, an der Tatsache, daß unser Territorium benutzt wird für direkte und indirekte Aktionen der konterrevolutionären Elemente gegen die nikaraguanische Regierung; an der Tatsache, daß Honduras salvadorianische Truppen auf seinem Staatsgebiet ausbildet. Dies alles sind Aktionen, die die traditionelle Haltung der Neutralität und der Nichtintervention in Gefahr bringen.

Andererseits widersprechen sie den eigenen Prinzipien dieser Internationalisierung des Friedens, nämlich der Nichtanwesenheit ausländischer Truppen oder Berater in Mittelamerika, der Beendigung des Aufrüstens, der Betonung friedlicher Lösungen von Konflikten auf dem Verhandlungswege.

Wenn wir dies vergleichen mit der Politik, die die Regierung von Suazo Cordova in den letzten zwei Jahren durchgeführt hat, dann stellen wir fest, daß sie den genannten Prinzipien völlig widerspricht.

Honduras hat keine eigene Außenpolitik. Unsere Außenpolitik entspricht nicht den nationalen Interessen unseres Landes, sondern den strategischen, militärischen und politischen Interessen der USA in Mittelamerika.

AIB: Worin spiegelt sich die Abhängigkeit auf wirtschaftlichem Gebiet wider?

E. DIAZ: Die Regierungspolitik der letzten zwei Jahre entspricht sowohl den Anforderungen des Internationalen Währungsfonds als auch den eindeutigen Empfehlungen des US-Botschafters Negroponte vom März 1982.

Einen großen Teil dieser Empfehlungen hat die Regierung von Honduras umgesetzt. Deshalb ist es korrekt zu sagen, daß die Regierung auf politischem, militärischem und wirtschaftlichem Gebiet auf die Unterstützung durch die USA angewiesen ist.

AIB: Die Regierung führt die Agrarreform als Erfolg ihrer Politik an. Können die Honduraner wenigstens in diesem Bereich mit ihrem Präsidenten zufrieden sein?

E. DIAZ: Nun, die Agrarreform erlitt einen

senden Nationalismus": „...die Menschen sind aufgebracht über die CIA-Verstärkung und die US-Militärpräsenz. Und weder die honduranische Armee noch die Salvadorianer möchten, daß die Vereinigten Staaten Honduras als Ausbildungslager für salvadorianische Truppen benutzen.“⁵

In der Tat fordert General Lopez Neuverhandlungen über den 30jährigen Beistandspakt mit den USA sowie über das Regionale Militärische Ausbildungszentrum (CREM) in der Nähe von Trujillo. Er möchte vor allem den Anteil salvadorianischer Soldaten reduzieren (1983: 1.500 Salvadorianer; 700 Honduraner) und das Verhältnis zugunsten des eigenen Landes (7:3) umkehren.

Außerdem hob der Nationale Sicherheitsrat von Honduras am 17. August d.J. den Beschluß auf, 20.000 salvadorianische Flüchtlinge aus der Grenzregion in den Norden des Landes zu verlagern, wie die USA es fordern.

Ein honduranischer Offizier nennt einen

möglichen Grund: Die salvadorianischen Flüchtlinge sind „unser Trumpf“ in den Grenzverhandlungen mit El Salvador. „Wenn El Salvador unsere Vorstellungen annimmt, verlagern wir die Flüchtlinge.“⁶

Aufkeimender Nationalismus?

Honduras sieht sich mehr von seinem westlichen Nachbarn bedroht als von Nicaragua. Und von den USA fühlt es sich vernachlässigt: Die Regierung Duarte erhält in diesem Jahr doppelt soviel Wirtschafts- und dreimal soviel Militärhilfe wie Honduras.

Eines ist sicher. Während Alvarez Martinez sein Land bedingungslos dem US-Imperialismus als Aufmarschgebiet zur Verfügung stellte, wollen die neuen Militärs ihre Dienste zumindest besser entlohnt wissen. Insofern könnten verschiedene Äußerungen von General Lopez auch taktisch gewertet werden.

Folglich ist die Volksbewegung ein strategisches Element in der politischen Vorstellung der DC. Seit den 60er Jahren unternehmen wir Anstrengungen, die Einheit herzustellen, da dies die einzige Form ist, die honduranische Gesellschaft auf nichtgewaltsamem Wege zu verändern. In diesem Sinne hat die DC alle derartigen Aktionen unterstützt und tut dies auch weiterhin.

AIB: 1985 soll es Wahlen geben. Wird es zu diesem Zeitpunkt zu einem gemeinsamen Präsidentschaftskandidaten der Linken kommen?

E. DIAZ: Dies ist eine Möglichkeit, die wir in Erwägung ziehen müssen.

Das Problem ist jedoch folgendes: Das politische Niveau in Honduras ist sehr niedrig. Unser Volk ist nicht an Bündnisse, an Koalitionen gewöhnt. Und selbst die Volksbewegung ist noch nicht ausreichend entwickelt, hat keine klare politische und ideologische Zielvorstellung. Außerdem ist sie höchst heterogen. Wir müssen deshalb in Honduras die Bedingungen für die Weiterentwicklung dieser Bewegung schaffen.

In Bezug auf 1985 müssen wir dafür sorgen, daß die Volksorganisationen eine klare Haltung zugunsten der politischen Parteien – in diesem Falle der DC – einnehmen, die eine Politik des Wechsels befürworten. Insofern glaube ich, daß die Wahlen die Möglichkeit eröffnen, das politische Kräfteverhältnis zu verändern. Hierbei spielt die DC eine wichtige Rolle.

AIB: Sehen Sie Chancen für eine Allianz mit der Partei der Nationalen Erneuerung und Einheit (PINU) und der linken Fraktion innerhalb der Liberalen Partei, der Liberalen Demokratischen Revolutionären Bewegung (M-Lider) der Gebrüder Reina?

E. DIAZ: Wichtiger als Kandidaten ist ein Minimalprogramm gemeinsamen Vorgehens. Allerdings ist M-Lider immer noch eine interne Strömung innerhalb einer politischen Partei. Solange sie in der Liberalen Partei verbleiben, sind die Chancen einer Allianz beschränkt.

Ich persönlich glaube, die Einheit ist nötig. Wir müssen sie herstellen, um eine vereinte demokratische Alternative darzustellen.

Philip Taubmann zitiert in der International Herald Tribune vom 4.7.1984 einen hohen US-Offizier, der von Signalen der honduranischen Regierung und Militärs spricht, die einen geplanten Rückzug aus der engen Zusammenarbeit mit dem Verbündeten aus dem Norden erwarten lassen. Der Quelle zufolge forderte General Lopez das Pentagon sogar auf, die Manöverpläne zu reduzieren.

Taktische Distanzierungsdrohungen oder aufkeimender Nationalismus?

Die gleiche Frage läßt sich auch stellen bezüglich der Ablehnung der durch die US-Botschaft vorgebrachten Bitte, den in Nicaragua kämpfenden „Contras“ die Rückkehr nach Honduras zu erlauben, und sei es als Flüchtlinge. Offiziell gestatten die Honduraner den „Contras“ lediglich, das militärische Hauptquartier im Lande zu behalten, Verwundete über die Grenze zu tragen und ihre Truppen mit Nachschub zu versorgen. Ein Schritt der Honduraner in Richtung Neutralität?

Ein radikaler Bruch mit den Ziehvätern der honduranischen Militärs ist sicherlich nicht zu erwarten. Aber es ist möglich, daß das Land Schritte auf den Weg Nicaraguas zugeht, den Weg zu nationaler Unabhängigkeit und friedlicher Koexistenz.

Am 1. Mai d.J. demonstrierten in fünf Städten 200.000 Menschen für höhere Löhne, gegen Entlassungen und neue Steuern, für die Aufklärung des Schicksals der Verschwundenen, gegen die US-Besatzungstruppen und für den Frieden. Die Absetzung des Generals Alvarez hatte in der Bevölkerung zu einem Aufatmen geführt. Ein Teil der lähmenden Angst verfloß und Gewerkschaften, Menschenrechtsorganisationen, politische Parteien und andere Bewegungen begannen, sich verstärkt zu artikulieren.

Mit der Schaffung des Koordinationskomitees von Volksorganisationen (ca. 40 Mitglieder) vollzogen sie einen wichtigen Schritt auf dem Weg zur Einheit.

Pedro Brizuela, Vorstandsmitglied der Einheitsföderation der Arbeiter von Honduras (FUTH): „Wichtig ist, daß wir das Sektierertum überwinden. Hier wird

Rückschlag im Lande. Von 1972 bis 1977 versuchte man eine mehr oder weniger konsequente Agrarreform durchzuführen. Das Agrarreformgesetz aus dem Jahre 1974 wurde jedoch mittlerweile in seiner Wirkung praktisch paralytisch.

Die Regierung sagt zwar, sie hätte in den letzten beiden Jahren Land verteilt, tatsächlich ist es aber nur zur Vergabe von Landtiteln an Leute gekommen, die ohnehin schon das Land besaßen. Zum anderen versuchen sie, die Organisation der Bauern sowie die kollektive und kooperative Bearbeitung des Landes zu behindern.

Die Zahl repressiver Maßnahmen hat auf dem Lande zugenommen. Es gibt z.B. das Gesetz Nr. 33, das Antiterroristengesetz, das vor allem gegen Bauern in Anwendung gebracht wird. Allein im letzten Jahr wurden 273 Mitglieder der Nationalen Bauernunion, die christdemokratische Ausrichtung ist, wegen Auseinandersetzungen um Land inhaftiert und verurteilt.

Die Unfähigkeit der Regierung, auf die Forderungen der Bauern nach Land einzugehen, führen zu Unruhe unter den „campesinos“ und es bleibt ihnen nichts anderes übrig, als das Land zu besetzen. Die Antwort der Regierung ist die Repression. Anstatt Land an die Bauern zu vergeben, was diese auf der Grundlage des Agrarreformgesetzes fordern, verhängt die Regierung Gefängnisstrafen. Deshalb, meine ich, stagniert die Agrarreform.

Einheit der Volkskräfte?

AIB: Es wird viel von der Einheit der Volkskräfte gesprochen. Wie steht die Christdemokratische Partei (DC) dazu?

E. DIAZ: Die DC entstand mit der Vorstellung, es gäbe einen revolutionären Konsens im Lande. Und sie wurde genau mit dem Ziel gegründet, die „Volksmacht“ zu schaffen, wie wir es nennen. Die Volksmacht ist nichts anderes, als die Einheit der Volksbewegung, der Versuch, für ein nationales und populäres Programm zu mobilisieren, zu politisieren, zu vereinheitlichen.



Präsident Suazo Cordova (l.) und der Oberbefehlshaber der Streitkräfte, Walter Lopez

niemand gefragt, in welcher Partei er ist, sondern, was er machen will."

Dieser sich als Klassenorganisation ver- stehende Gewerkschaftsverband macht den beiden „Großen“ zunehmend Kon- kurrenz: der „gelben“, vom US-Institut für die Entwicklung Freier Gewerkschaf- ten (AIFLD) aufgebauten und finanzierten Konföderation der Arbeiter von Honduras (CTH) sowie der christdemo- kratischen Allgemeinen Zentrale der Ar- beiter (CGT).

Unzufriedenheit an der Basis zwingt die rechten Führer zu punktuellen Gemein- schaftaktionen mit der FUTH oder führt gar zu Austritten von Mitgliedsver- bänden. Die FUTH – aus solch einem Massenaustritt 1981 entstanden – ist wegen ihrer Militanz die Hauptzielschei- be staatlicher Angriffe.

Massenverbände auf Einheitskurs

Am 18.3.1984 entführte die berüchtigte Geheimpolizei COBRA Rolando Vindel, den Führer der Elektrizitätsarbeiterge- werkschaft (STENEE; siehe AIB 6/1984, S.33). Seinen Verbleib klärten auch die neuen Machthaber bisher nicht auf.

Die STENEE geriet nicht nur durch ih- ren Kampf gegen Entlassungen, für neue Sicherheitsvorschriften und Lohnerhö- hungen in die vorderste Schußlinie. Sie kritisierte auch die kostenlose Elektro- installation auf den US-Militärbasen, die Billigtarife für nordamerikanische Multis und die unbezahlten Stromrechnungen (in Millionenhöhe) der Zementwerke von Honduras und anderer Unterneh- men. Außerdem kontrolliert die Ge- werkschaft mit dem Elektrizitätswesen einen strategisch bedeutenden Bereich der Wirtschaft.

Ähnlich ungeliebt wie die STENEE bei den Machthabern sind die linken Bauern- organisationen der Einheitlichen Nation- alen Bauernfront von Honduras (FUNACAMH). Lisandro Galvez, Gene- ralsekretär der UNC im Nordsektor: „Die Anträge der Bauernorganisationen auf Enteignung und Übergabe ungenutz- ten Landes (möglich laut dem Agrarre- formgesetz von 1974; d. Verf.) ver- schwinden entweder in den Archiven des INA (Nationales Agrarinstitut) oder wandern gar in den Papierkorb.“⁷

Folglich bleibt den Bauern keine andere Wahl, als sich ihr Recht zu nehmen, und das ihnen zustehende Land zu besetzen. Das kompromißlose Eingreifen der Mili- tärs zugunsten der Großgrundbesitzer führt immer wieder zu Verletzten und Toten unter den Bauern.

Ende dieses Jahres wollen die vier linken Mitglieder der FUNACAMH eine organi- sche Einheit ihrer Verbände herstellen

und somit das politische Gewicht revolu- tionärer Bauernorganisationen stärken. Auch innerhalb der fünften, der UNC sowie in einigen anderen regionalen Bau- ernverbänden besteht Sympathie für die- ses Vorhaben.

Andere bedeutende Massenorganisatio- nen des Koordinationskomitees sind die drei größten Lehrerverbände, die Nach- barschaftskomitees der Bewohner städti- scher Elendsviertel, die Schüler und Stu- denten, um nur die wichtigsten zu nen- nen. Das politische Spektrum der Oppo- sitionsbewegung wird ergänzt durch die Christdemokratische Partei (PDCH) und das M-LIDER.

Doch trotz aller Vereinheitlichungs- tendenzen ist eine revolutionäre Lösung der „honduranischen Krise“ nicht in Sicht. Die Parteien der Linken – wegen der Repression weiterhin im Untergrund – betreiben zwar eine zunehmend effek- tive Massenarbeit (in den oben genann- ten Organisationen). Aber als politische Alternative sind sie noch nicht in der Lage, die Hegemonie der Rechten zu bre- chen.

Die politisch-strategische Schwäche der Linken offenbarte sich in der Ausein- andersetzung um Kampfmaßnahmen gegen die Verabschiedung des Steuer- pakets der Regierung.

Unentschlossenheit und Uneinigkeit des Koordinationskomitee nutzte die CTH zu einem taktischen Vorstoß und rief zum Generalstreik für den 20.6.1984 auf.

Es kam schließlich zwar nicht dazu, weil die Gewerkschaftsführer sich in der Nacht zuvor mit Suazo und Walter Lopez einigten. Aber durch ihren Vorstoß hatten die „Gelben“ zumindest zwis- chenzeitlich die Initiative übernommen.

Gebt dem Volk Reformen

Und wie sieht es mit einer reformisti- schen Lösung aus? Die Führer dazu ste- hen bereit. Carlos Roberto Reina, Präsi- dentschaftskandidat des M-LIDER und sein mindestens ebenso populärer Bruder und Ex-Uni-Rektor Jorge Arturo. Beide verfügen über enge internationale Kontakte vor allem zu sozialdemokrati- schen Parteien und erhalten im übrigen auch finanzielle Unterstützung, z.B. durch die Friedrich-Ebert-Stiftung.

Carlos Roberto Reina über seine politi- schen Vorstellungen und Nikaragua: „Mehr als eine militärische ist es eine ideologische Bedrohung, die man be- kämpfen muß durch eine bessere Idee, die der wahren Demokratie.“ Mit ande- ren Worten: Gebt dem Volk Reformen, damit es keine Revolution macht.

Die große Frage dieser sozialdemokra- tischen Führer: Wo sind ihre Massen?

Mariano de Jesus Gonzales (Präsident der CTH und ausgebildet in den USA, durch die Israelische Arbeiterpartei und die Friedrich-Ebert-Stiftung) und seine Bananenarbeiter könnten dazu gehören. Sie haben sich ohnehin schon eine privi- legierte Position innerhalb der Arbeiter- klasse erkämpft, die sie durch eine Revo- lution nicht aufs Spiel setzen wollen. Doch diese Arbeiteraristokratie ist zah- lenmäßig und lokal (auf die Bananen- enklaven im Norden) beschränkt. Und wie verhalten sich die linken Mas- senorganisationen, und die PDCH? Sie besitzen zwar andere Zielvorstellun- gen, aber ein Zusammengehen mit den Reinas im Hinblick auf die Wahlen 1985 könnte zumindest ein Zwischenschritt für sie darstellen, und vor allem bessere Kampfbedingungen schaffen. Doch sind einer Reformpolitik enge Grenzen gesetzt. Die Großgrundbesitzer, die Industriellen und die Multis wollen nicht auf ihre Privilegien verzichten, die USA nicht auf ihren Brückenkopf und die Militärs nicht auf ihre Macht.

Anmerkungen:

- 1) Angaben nach: Centro de Documentacion de Honduras, Tegucigalpa, 1984
- 2) Vgl. El Tiempo, Tegucigalpa, 25.5.1984
- 3) Ebenda, 8.5.1984
- 4) Vgl. ebenda, 29.6.1984
- 5) Latin America Weekly Report, London, 21.9.1984
- 6) Ebenda, 13.7.1984
- 7) El Tiempo, 7.6.1984

Miskitos und FSLN



MISKITOS UND FSLN lautet der Titel einer Broschüre, die von der Alternativen Liste Berlin, Internationalismus-Gruppen, der Zeitschrift „Revier“, dem Sozialisti- schen Büro u.a. herausgegeben wurde.

Die Broschüre enthält Material zur Ein- schätzung der Miskito-Politik der Sandini- ste. Sie ist aus einem Verständnis von kriti- scher Solidarität geschrieben, das Irrtümer der FSLN nicht zum Tabu erklärt. Die erste Auflage ist bereits vergriffen, die zweite ist jetzt erschienen. Bestellungen an: Informa- tionsbüro Nicaragua, Katernbecker Schul- weg, 5600 Wuppertal 1, Tel. 0202/760527; Mittelamerika-Magazin, c/o Magazin-Ver- lag, Königsweg 7, 2300 Kiel 1, Tel. 0431/63143; Solidaritätsshop Dritte Welt, Hamburger Allee 52, 6000 Frankfurt 90, Tel. 069/778863. Preis DM 0,50, ab 100 Exemplaren DM 0,20. Der Verkaufserlös fließt der FSLN für ihre Öffentlichkeitsar- beit in der BRD zu.

Peter Garcia

Der zerbrechliche Friedensschluß



Freudenkundgebung vor dem Nationalpalast in Bogota nach Inkrafttreten des Waffenstillstands zwischen FARC und Regierung

Eine Salve aus 140 Guerillero-Gewehren gab das Signal zum Feiern. Endlich war es so weit: Der Oberbefehlshaber der FARC und weitere vier Comandantes setzten am 28. Mai d.J. mit ihrer Unterschrift das 2 Monate vorher abgeschlossene Waffenstillstandsabkommen mit der Regierung in Kraft.

An diesem Tag wurde nicht nur in La Uribe, dem Ort der Unterzeichnung, gefeiert. Tausende von Menschen versammelten sich auf dem Bolívar-Platz neben dem Regierungsgebäude in Bogotá und schwenkten weiße Tücher. Mittags standen in ganz Kolumbien für einige Minuten Autos und Maschinen still.

Ein paar Monate später, am 23. und 24.8.1984, wurden mit weiteren drei Guerillaorganisationen Waffenstillstandsabkommen unterschrieben, die am 1. September d.J. in Kraft traten: mit der EPL in Medellín, der ADO in Bogotá sowie der M-19 in Corinto und Hobo.

Kolumbianische Künstler, u.a. Gabriel García Marquez, riefen dazu auf, dieses Ereignis am 26.8.1984 auf besondere Art zu würdigen: In allen Städten wurden Straßen, Plätze, Häuserwände und Mauern mit Friedenstauben und -losungen verziert.

Als einzige Organisation hatten die

FARC die Gültigkeit des Abkommens von vornherein zeitlich begrenzt.

Ein Jahr lang sollte die Regierung die Möglichkeit haben, ihre Ernsthaftigkeit zu beweisen. Denn die Verlängerung des Waffenstillstands ist an die Erfüllung einer Reihe von Bedingungen durch die Regierung geknüpft.

Der Forderungskatalog der Guerilleros umfaßt folgende Punkte: Aufhebung des Ausnahmezustands, Garantien für die Tätigkeit der Opposition, Zugang zu den Massenmedien, Beseitigung des paritätischen Zweiparteiensystems, Direktwahl der Bürgermeister und Gouverneure, mehr Autonomie für die Provinzen als Maßnahme zum Abbau des Zentralismus, Kontrolle der Exekutive durch Volksvertreter und Durchführung einer wirklichen Agrarreform.

Zur Kontrolle des Waffenstillstands und der Einhaltung der Bedingungen war noch im Juli d.J. eine „Kommission des Dialogs und der Versöhnung“ im Präsidentschaftspalast Casa de Nariño ins Leben gerufen worden, der 35 Persönlichkeiten aus Politik, Massenmedien, Kirche, Regierung, Gewerkschaften und der Guerilla angehören.

Die Erfüllung der Bedingungen wird von den Guerilleros als unerlässlich angesehen. Denn allein durch die Waffenstill-

standsabkommen wird es nach fast 40 Jahren Bürgerkrieg (Violencia) und über 600.000 Toten noch keinen Frieden in Kolumbien geben. Ohne die Demokratisierung des Landes und ohne die Lösung der dringlichen wirtschaftlichen und sozialen Probleme werden die Waffen nicht lange schweigen können.

40% der Kolumbianer leben in Elendshöhlen, 50% sind ohne jegliche ärztliche Versorgung, nur knapp 40% werden von der Sozialversicherung erfaßt, 30% der Kinder – 1,8 Mio – erhalten keinerlei Schulbildung. Die Arbeitslosenrate hätte längst die 20%-Grenze überschritten, wären nicht fast 2 Mio Kolumbianer ins Ausland auf Arbeitssuche gegangen. Die Inflation hat 22% erreicht und die Auslandsverschuldung 12 Mrd Dollar.¹

Als Präsident Belisario Betancour im Rahmen der Maßnahmen zur Senkung der Inflationsrate eine Beschränkung der Lohnerhöhungen auf jährlich 10% verkündete, schaffte er, was lange Zeit an politischen Differenzen scheiterte: Die Gewerkschaftszentralen Gewerkschaftsbund der Werktätigen Kolumbiens (CSTC), Union der Werktätigen Kolumbiens (UTC), Bund der Werktätigen Kolumbiens (CTC) und Allgemeiner Bund der Werktätigen (CGT) einigten sich auf ein gemeinsames Vorgehen und legten dem Präsidenten im Mai d.J. einen Forderungskatalog mit 29 Punkten vor.

Waffenstillstand für Reformen

Abgesehen von der allzu schleppenden Einlösung der Wahlversprechen im sozialpolitischen Bereich wird der liberal-reformerische Kurs der Regierung Betancour von den Gewerkschaften und den Organisationen der Linken unterstützt. In der Außenpolitik spielt Kolumbien eine positive Rolle als Gründungsmitglied der Contadora-Gruppe (neben Kolumbien sind dies Mexiko, Venezuela und Panama) und bei den Nichtpaktgebundenen. Weitere Schwerpunkte sind die Orientierung auf Lateinamerika, die Verbesserung der Beziehung zu Kuba und das Angebot an Venezuela, die Grenzstreitigkeiten beizulegen und die umstrittenen Gebiete wirtschaftlich gemeinsam zu nutzen (wobei es hauptsächlich um Erdöl geht).

Guerilla Kolumbiens

Revolutionäre Streitkräfte Kolumbiens (FARC)

1966 als direkte Nachfolgerin der Bauernselbsthilfeorganisationen gegründet, die es seit Ende der 40er Jahre gab. Steht der Kommunistischen Partei Kolumbiens nahe und hat in 27 Kampfverbänden etwa 12.000 Mann unter Waffen. Ihr Oberbefehlshaber Manuel Marulanda (Kampfname Tirofijo – Sicherer Schuß), 56 Jahre, kämpft seit 1949 als Guerillero.

Bewegung des 19. April (M-19)

Ging aus der Nationalen Volksallianz (ANAPO) hervor, die es sich zum Ziel gesetzt hatte, das Monopol der beiden traditionellen Parteien (Konservative und Liberale) zu brechen. Die Bewegung gab sich ihren Namen zur Erinnerung an den 19.4.1970. An diesem Tag war es zu Massenprotesten wegen eines Wahlbetrugs gekommen, der dem Präsidentschaftskandidaten der ANAPO den Wahlsieg genommen hatte.

Obwohl von den größeren Guerillaorganisationen Kolumbiens die jüngste, wurde sie international durch den Raub des Schwertes von Simon Bolívar und durch die Besetzung der Dominikanischen Botschaft in Bogotá bekannt. Seit Mai 1983 gibt es eine Zusammenarbeit mit den FARC. Das Ziel der M-19 ist heute die Verwandlung in eine politische Partei sozialistischer Orientierung. Die Bewegung hat etwa 5.000 Guerilleros.

Volksbefreiungsheer (EPL)

Steht der ursprünglich auf die Volksrepublik China ausgerichteten Partei Unabhängige Revolutionäre Arbeiterbewegung (MOIR) nahe und hat etwa 2.500 Kämpfer. Sie hat im August 1984 Abkommen mit den FARC über eine Zusammenarbeit abgeschlossen.

Nationales Befreiungsheer (ELN)

Hat im Norden Kolumbiens ca. 2.000 Mann unter Waffen. Unterhielt zur Zeit der Gründung und in den ersten Jahren danach enge Kontakte zu Kuba. Bekannt durch den Priester Camilo Torres, der in ihren Reihen mitkämpfte und fiel.

War danach mehrere Jahre nicht mehr aktiv gewesen. Ist erst seit 1982 wieder an die Öffentlichkeit getreten und bezeichnet sich als nach wie vor von Kuba inspiriert.

Dazu Fidel Castro anlässlich der Entführung von Jaime Betancour, dem Bruder des heutigen Präsidenten im November 1983 durch die ELN: „...Kuba fühlt sich bestimmt nicht geehrt, noch wird es sich jemals geehrt fühlen, wenn Leute, die Handlungen vollbringen, denen es an jeglicher Ethik und der elementarsten politischen Vernunft mangelt, sich auf Kuba berufen... In mir kommt der Verdacht auf, daß Kräfte ganz anderer Art und mit ganz anderen Motiven direkt oder indirekt ... hier ihren Einfluß geltend machen...“ (Brief an den Präsidenten Kolumbiens, Mayoría, Stockholm, 8.12.1983).

Arbeiterselbstverteidigung (ADO)

Stadtguerilla mit etwa 300 Mitgliedern. Bezieht sich auf Marx und Trotzki und steht der Sozialistischen Arbeiter-Partei (PST) Kolumbiens nahe, die der 4. Internationale angeschlossen ist.

Kommando Ricardo Franco (CRF)

Eine kleine Abspaltung der FARC mit ca. 150-200 Mitgliedern. Die Trennung ist nach Aussagen eines offiziellen Sprechers der Nationalen Friedenskommission Kolumbiens weniger auf ideologische Gründe zurückzuführen, als auf kriminelle Tendenzen unter den Führungsmitgliedern (siehe Artikel).

Innenpolitisch verfolgt Betancour weiterhin zielstrebig seinen Plan, den Waffenstillstand mit den Guerilleros in einen wirklichen Frieden zu verwandeln. Und schließlich gehört in die positive Bilanz auch seine Ankündigung vom August d.J., in Kürze eine Reihe Gesetze zur Durchsetzung einer wirklichen Agrarreform zu verabschieden – in einem Staat, der auch heute noch hauptsächlich von der Landwirtschaft lebt.

Die Gründe für diese Reformbereitschaft der Herrschenden sind vor allem in der Stärke der Guerillabewegung zu suchen. Die Regierung ist nicht in der Lage, sie zu besiegen. Und sie befürchtet bei einer weiteren Verschlechterung der wirtschaftlichen und sozialen Lage eine revolutionäre Entwicklung wie in Nicaragua und El Salvador.

Die Guerilleros machen sich ihrerseits die Konzessionsbereitschaft der Regierung zunutze, um einige ihrer Forderungen durchzusetzen. Gleichzeitig versuchen sie durch den Ausbau demokratischer Rechte den Handlungsspielraum aller Linkskräfte zu erweitern.

Die Guerilleros haben sich jedoch geweigert, ihre Waffen abzuliefern, da sie befürchten, daß sich die reformbereiten Kräfte in der Regierung nicht durchsetzen können oder es sogar zu einem Militärputsch kommen kann.

Die Politik Betancours wird von seinen rechten Gegnern nicht widerstandslos hingenommen. Immerhin befinden sich 65% des Bodens in Händen einiger weniger Großgrundbesitzer. Eine konsequente Agrarreform wäre ein direkter Angriff auf die Machtstellung der mit dem kolumbianischen Bankkapital verschwägerten Latifundistas. Zahlreiche höhere Offiziere der Streitkräfte und der Polizei stammen aus dem Großgrundbesitzermilieu, das auch den Rauschgift-handel kontrolliert.

Terror der Drogenmafia

Der Millionär und Rauschgifthändler Carlos Lehder Rivas hat eigens eine neofaschistische Partei, die Nationale Latino Bewegung (MLN), gegründet, um die Agrarreform und den Frieden mit den Guerilleros zu verhindern. Von den Großgrundbesitzern und der Drogenmafia bezahlte Killer aus den Reihen der Polizei und der Armee setzen als „Tod den Entführern“ (MAS), „Tod den Kommunisten“ (MAC), Todesschwadronen usw. ihre Terroraktionen zur Sabotage der Regierungspolitik auch heute fort.

Gegen einen Teil ihrer Auftraggeber hat die Regierung Betancour in der Zwischenzeit hart durchgegriffen.

Nach dem Mord an Justizminister Jaime Lara Bonilla am 30. April d.J. durch zwei

Beauftragte der Rauschgiftmafia erklärte Betancour den Drogenmafios den Krieg. Lara Bonilla hatte dem fortschrittlichen Flügel der Liberalen Partei angehört. Auch war er unbestechlicher Gegner der Rauschgifthändler und der paramilitärischen rechten Terrororganisationen von der Art des MAS.

24 Stunden nach dem Mord wurde die Zuständigkeit für Rauschgiftdelikte an die Militärgerichte übergeben. Über 2.000 Leute wurden festgenommen, riesige Marihuana-Pflanzungen verbrannt, zahlreiche Kokainfabriken ausgehoben, 200 Transportflugzeuge sowie hunderte von Fahrzeugen beschlagnahmt. Natürlich gelang es den meisten der großen Fische, noch rechtzeitig ins Ausland zu entkommen.

Unter ihnen befand sich auch der Dollar-Multimillionär und Abgeordnete Pablo Escobar, Besitzer von 15 Flugzeugen und einem 1.500-Tiere-Privatzo. Escobar ist Gründer und Chef der Medellín-Mafia, eines Konsortiums der 15 reichsten Familien im Rauschgiftgeschäft. 1982 war er in das Parlament gewählt worden.²

Mär von der „Rauschgift-Guerilla“

Im Juli d.J. traf sich Escobar in Panama mit dem kolumbianischen Generalstaatsanwalt, um Präsident Betancour im Namen der Rauschgifthändler einen Tauschhandel anzubieten: Gegen die Einstellung aller Rauschgiftaktivitäten und die Rückführung im Ausland angelegter Gelder in Höhe von 5 Mrd Dollar sollte die Regierung Garantien für die straffreie Rückkehr der Mafios geben und die Freigabe der beschlagnahmten Vermögen zusagen. Trotz des verlockenden Angebotes lehnte Betancour ab – nicht zuletzt aufgrund der empörten Reaktion der kolumbianischen Öffentlichkeit, die den Rücktritt des Generalstaatsanwalts wegen seines Treffens mit Escobar forderte.

Auf die Frage, ob es eine Zusammenarbeit zwischen den FARC-Guerilleros und der Rauschgiftmafia gäbe, hatte Escobar geantwortet: „Sie können mir vorwerfen, ein Rauschgifthändler zu sein, aber zu behaupten, daß ich mit den Guerilleros gemeinsame Sache mache, das verletzt meine persönliche Würde.“³ Das Märchen von der „Rauschgift-Guerilla“ war vom kolumbianischen US-Botschafter Oliver Tambs in die Welt gesetzt worden. Damit stehen die Guerilleros Kolumbiens in einer Reihe mit den bereits zuvor von den USA des Rauschgift-handels beschuldigten Regierungen Kubas und Nicaraguas. Dabei sind es gerade die USA als größter Rauschgiftkonsument der Welt, die – nach Aussagen



M-19-Vertreter nach Unterzeichnung des Waffenstillstands: A. Fayad (r.), Regierungsvertreter B. Ramirez (M.), C. Pizarro (l.).

des kolumbianischen Präsidenten – kaum ihre Hand gegen die Rauschgiftmafia rühren.⁴

Aber die Lüge des US-Botschafters fand in den westlichen Massenmedien begierig Widerhall. Die Neue Zürcher Zeitung z.B. sprach von „Beziehungen, zumindest der FARC, zum Rauschgiftmilieu“ und die Newsweek von „Sicherungsgruppen aus linken Guerilleros“, die angeblich Kokainfabriken beschützen.⁵

Die unglaublichste Lüge brachte aber die International Herald Tribune, die am 19.9.1984 behauptete, der kolumbianische Rauschgiftkönig Pablo Escobar „sei vor kurzem fotografiert worden, wie er in Nicaragua ein Flugzeug mit Kokain beladen hätte“.

In Kolumbien selbst fallen Lügen dieser Art kaum auf fruchtbaren Boden. Jeder weiß, daß hinter den Todesschwadronen und anderen Mordkommandos wie dem MAS auch die Rauschgiftmafia steht. Und die Opfer dieser rechten Killerbanden sind immer linke Politiker, Gewerkschafter, Guerilleros, die von Betancours Amnestie Gebrauch gemacht haben, oder einfach Leute, die der Unterstützung der Guerilleros beschuldigt werden.

So versuchten die Rechtskräfte, mit ganz gezielten Provokationen die Friedenspolitik Betancours zum Scheitern zu bringen.

Kurz nach der Unterzeichnung des Abkommens mit der M-19 ermordeten zwei Männer den Arzt und Mitbegründer dieser Bewegung, Carlos Toledo Plata, mit 11 Pistolenschüssen und entkamen unerkannt. Die Amnestie Ende 1983 hatte der frühere ANAPO-Parlamentsabgeordnete dazu genutzt, um die Umwandlung der M-19 in eine legale politische Partei zu organisieren. Neben diesen Aktivitäten war er inzwischen zum Leiter des öffentlichen Krankenhauses der Stadt Bucaramanga berufen worden.

Bemerkenswert ist, daß sowohl der MAS als auch die Guerilleros des Comando Ricardo Franco behaupten, Toledo Plata umgebracht zu haben.⁶ Am anschließenden Begräbnis waren neben Guerilla-Comandantes führende Vertreter aller Parteien und der katholischen Kirche zugegen, sowie der kolumbianische Innen-

minister Alfonso Gómez als persönlicher Beauftragter des Präsidenten.

Somit ging die Rechnung der Friedensstörer nicht auf. Einheiten der M-19 besetzten am 18.8.1984 – kurz nach dem Mord – die Stadt Toribio. Ihr Comandante Jaime Navarro erklärte den Journalisten des Radiosenders CARACOL, daß das Waffenstillstandsabkommen wie geplant einen Monat nach Unterzeichnung trotz des feigen Mordes in Kraft treten wird.

Zur selben Zeit waren mit der gleichen Absicht weitere 200 M-19-Guerilleros unter Comandante Rosemberg Pavón in die Stadt Yumbo einmarschiert. Der für dieses Gebiet zuständige – ultrarechte – Militärkommandeur nutzte die Gelegenheit, um eine bewaffnete Auseinandersetzung vom Zaun zu brechen. Der Saldo der Kämpfe: 46 Tote, über 100 Verletzte, Zerstörung des Rathauses, schwere Schäden an lokalen Einrichtungen der Polizei und des Militärs.

Aber auch diese Provokation erreichte ihr Ziel nicht: Das Waffenstillstandsabkommen mit der M-19 trat in Kraft.

Putschgelüste in der Armee

Der Vorfall von Yumbo war nicht die erste Störaktion der rechten Militärs.

Schon am 7.8.1984 hatten Armee-Einheiten das Feuer auf eine der M-19-Kolonnen eröffnet, die zur Unterzeichnung des Abkommens nach Corinto einmarschierten. Vier Guerilleros wurden verletzt, darunter der Comandante Carlos Pizarro. Daraufhin verfügte Präsident Betancour den sofortigen Abzug aller Polizei- und Militäreinheiten aus diesem Gebiet.

Als die M-19-Verbände ihre Absicht bekanntgaben, bis zum Tag des Inkrafttretens des Abkommens in Hobo und Corinto zu bleiben, drohten die für das Gebiet zuständigen Generäle Díaz Samiguel und Yussuf Arias sowie der Polizeichef General Delgado Mallarino dem Präsidenten: „Ziehen sich die Guerilleros nicht sofort zurück, werden wir stürmen.“

Zusammen mit einigen Obersten bereiteten die drei Generäle einen Militärputsch

vor, der am 29.8.1984 vom Oberkommando der kolumbianischen Streitkräfte verhindert wurde. Dem Flügel der rechten Militärs schloß sich auch Verteidigungsminister General Gustavo Matamoros an, als er in einem Brief an den kolumbianischen Präsidenten verlangte, daß die Guerilleros entgegen der Abmachung mit der Regierung ihre Waffen abzuliefern hätten.⁷

Zu den Gegnern eines Waffenstillstands mit den Guerilleros gehören allerdings nicht nur rechte Militärs, Großgrundbesitzer, Rauschgifthändler und die Todesschwadronen. Auch zwei der Guerillaorganisationen, die ELN und das Comando Ricardo Franco, weigern sich, ein solches Abkommen zu unterschreiben.

Es gibt in Kolumbien insgesamt etwa 22.000 Guerilleros, denen 65.000 Mann der regulären Armee gegenüberstehen. 90% dieser Guerilleros haben das Abkommen unterschrieben. Die restlichen 10% gehören in der Zwischenzeit zu den aktiven Gegnern der Regierungspolitik. Bei den Friedensfeiern am 26.8.1984 versteckte die ELN in der Stadt Cucutá eine Bombe in einer Friedenstaube aus Pappmaché. Bei der anschließenden Explosion wurden vier Menschen verletzt. In der Woche der Unterzeichnung des Abkommens durch die M-19, EPL und ADO ermordeten Kommandos der ELN auf brutale Weise neun Polizisten in der Provinz Arauca und zwei in der Provinz Cundinamarca.

In der Zwischenzeit hat die ELN mit dem Comando Ricardo Franco, das den Mord an M-19-Führer Toledo Plata für sich in Anspruch nimmt, ein gemeinsames Vorgehen gegen den Waffenstillstand vereinbart. Womit sie – denkt man an rechte Militärs, Rauschgiftmafia, Todesschwadronen, Großgrundbesitzer und US-Botschafter – in äußerst schlechte Gesellschaft geraten sind.

Es liegen noch viele Hindernisse auf dem Weg zur Verwirklichung der gemeinsamen Friedenspolitik der jetzigen Regierung Kolumbiens und der Mehrzahl der Guerilleros. Das weiß nicht zuletzt auch Präsident Betancour selbst: „Dieser Frieden ist so leicht zerbrechlich, wie ein Gegenstand aus feinem Porzellan, so empfindlich, wie eine Blume, die man jeden Tag hegen und pflegen muß.“⁸

Anmerkungen:

- 1) Tiempo, Bogotá, 9.3.1984 und América Latina, Moskau, Mai 1984
- 2) Time, New York, 28.5.1984
- 3) Time, 16.4.1984
- 4) Vgl. Le Monde, Paris, 31.7.1984
- 5) Neue Zürcher Zeitung, Zürich, 28.8.1984 und Newsweek, Washington, 26.3.1984
- 6) Vgl. Latin American Weekly Report, London, 7.9.1984
- 7) Vgl. Voz, Bogotá, 6.9. und 13.9.1984
- 8) Bohemia, Havanna, 7.9.1984

Nico Biver

Tauziehen um Verhandlungen



Die FMLN/FDR-Delegation nach den Verhandlungen: F. Guardado, F. Cienfuegos, G. Ungo, R. Zamora (vlnr.)

„Ich ging nach La Palma mit der Angst im Bauch... Ich war tödlich bedroht.“¹ Wer sich hier selbst zum Todesmutigen hochstilisiert, ist kein anderer als der Präsident El Salvadors, José Napoleon Duarte.

Er hatte es gewagt, sich am 15. Oktober d.J. mit den Kommandanten der Nationalen Befreiungsfront Farabundo Martí (FMLN), Fermán Cienfuegos und Facundo Guardado, sowie den Führern der Revolutionären Demokratischen Front (FDR), Guillermo Ungo und Ruben Zamora, zu treffen.

Der Dialog, an dem auch Verteidigungsminister Vides Casanova und als Vermittler Erzbischof Arturo Rivera y Damas teilnahmen, war zustande gekommen, nachdem Duarte am 8.10. 1984 vor der UNO einen überraschenden Vorschlag für einen Gesprächstermin unterbreitet hatte.

Die FMLN/FDR hatte dem Treffen in dem Städtchen La Palma in der Nordprovinz Chalatenango unmittelbar danach zugestimmt. Sie war es, die die salvadorianischen Machthaber in den letzten 3 Jahren immer wieder zu Verhandlungen aufgefordert hatte.

Ihr erstes Verhandlungsangebot datierte bereits vom 7.10. 1981.

Es wurde damals vom Staatschef Nikaraguas, Daniel Ortega, vor der UNO unterbreitet (siehe AIB 1/1982, S. 4ff.).

Es blieb ebenso ohne Antwort wie die bislang letzte Initiative der FMLN/FDR vom 31. Januar d.J. Sie bestand in einem Angebot, eine „Provisorische Regierung mit breiter Beteiligung zu bilden (siehe

AIB 3/1984, S. 34).

Noch am 18. Mai d.J. hatte die FMLN/FDR in einem Brief an Duarte, den sie ihm über den Erzbischof von San Salvador Arturo Rivera y Damas zukommen ließ, zu Verhandlungen aufgefordert.

Duarte, der die Präsidentschaftswahlen vom 6.5. 1984 u.a. mit dem Versprechen gewonnen hatte, einen Dialog mit den Guerilleros zu führen, lehnte nach seinem Machtantritt am 1. Juni d.J. zunächst jegliche Verhandlungen ab. Er stellte sich auf den Standpunkt, er werde „nicht verhandeln, solange die andere Seite die Waffen nicht niederlegt“.² Dieser Verhandlungsfeindlichkeit entsprach auch die Verschärfung des Krieges, der bisher 50.000 Menschen das Leben gekostet und 1 Mio zu Flüchtlingen gemacht hat.

Mit Hilfe einer Rekordmilitärhilfe der USA von 196,6 Mio Dollar für 1984 wur-

So weit, so gut ...



de vor allem der Luftkrieg gegen die Guerilleros und die Zivilbevölkerung verstärkt. Die USA lieferten allein dieses Jahr drei Dragonfly A-37 Flugzeuge und 10 Huey LH-1 Hubschrauber. Weitere 10 bis 15 sollen noch bis zum Jahresende folgen.

Damit wird sich die Hubschrauberflotte El Salvadors auf fast 50 erhöhen.

Die Verstärkung der Bombenangriffe ist vor allem darauf zurückzuführen, daß es der Armee nicht gelingt, die FMLN zurückzudrängen. Die Angriffe richten sich deshalb gezielt gegen Zivilisten, um diese zur Flucht zu zwingen und damit der Guerilla die Basis zu entziehen.

Bei 137 Angriffen in den ersten 5 Monaten d.J. kamen 1.235 Zivilisten ums Leben. In den ersten 2 Monaten seit dem Regierungsantritt Duartes gab es allein 74 derartiger Angriffe.

Die Angriffsziele werden durch US-Aufklärungsflugzeuge vom Typ Mohawk OV-1, die in Honduras stationiert sind, ermittelt. Sie bleiben bei dieser Tätigkeit allerdings nicht mehr ganz ungeschoren. Am 18. Oktober d.J. gelang es der FMLN, eines dieser Flugzeuge mit 4 CIA-Agenten und 3 Salvadorianern an Bord abzuschießen.

Auch bei Menschenrechtsverletzungen durch Armee und Todesschwadronen läßt sich keine Besserung feststellen. Vom 18.-22.7. 1984 wurden 78 Bauern durch die Armee getötet, am 30. August waren es weitere 50. Duarte selbst gab in einem Interview mit der US-Zeitschrift Playboy zu, daß der „Autoritätsmißbrauch“ von „kriminellen Elementen“ im Monat 400 Menschenleben kostete.³

Vor diesem Hintergrund ist es mehr als erstaunlich, daß ein Präsident, der entweder für diese Kriegverschärfung verantwortlich ist, oder aber – weil er nicht der Machthaber ist – sie nicht verhindern kann, sich zu einem Dialog mit der Befreiungsbewegung bereit erklärt.

Der überraschende Schritt des Präsidenten, hängt einesteils damit zusammen, daß er dem realen Kräfteverhältnis in El Salvador Rechnung tragen muß.

Ein Faktor ist die Stärkung der FMLN und daß die Armee nicht in der Lage ist, den Krieg zu gewinnen.

Gleichzeitig griff aber auch die zivile Opposition gegen den Krieg um sich. Dies drückt sich nicht nur in einer an-

wachsenden Streikbewegung aus, sondern auch in Appellen der katholischen Kirche, endlich den versprochenen Dialog zu beginnen.

Der Druck auf Duarte wurde ferner dadurch stärker, daß im Contadora-Staat Kolumbien ein Waffenstillstand zwischen Regierung und Guerilleros ausgehandelt wurde (siehe Artikel von P. Garcia). Am 2. September d.J. forderte schließlich die christdemokratische Gewerkschaft Demokratische Volksunion (UPD), die nach eigenen Angaben eine halbe Million Mitglieder zählt, einen unverzüglichen Waffenstillstand und Verhandlungen.

Daß der innenpolitische Druck nicht der entscheidende Faktor war, der Duarte an den Verhandlungstisch brachte, darauf deutete bereits der 10-Punkte-Vorschlag hin, den er auf dem Treffen unterbreitete (siehe Kasten). Er enthält nichts weiter als das Angebot an die FMLN, die Waffen niederzulegen und sich nach einer Amnestie an Wahlen zu beteiligen. Dies ist derselbe Vorschlag, der bereits im Juli und Oktober 1983 der FMLN/FDR bei Gesprächen mit dem US-Sonderbotschafter Richard Stone und der salvadorianischen „Friedenskommission“ in Kolumbien unterbreitet wurde.

Kein Wunder also, daß die Vertreter der FMLN/FDR mehr als skeptisch sind: „Unsere Sorge ist“, so Ruben Zamora, „daß Napoleon Duarte mehr an einer 'Show', als an einem wirklichen, ernsthaften Dialog zwischen beiden Seiten interessiert sein könnte.“⁴

Nichtsdestotrotz wertet die FMLN/FDR den Beginn der Gespräche und ihre geplante Fortsetzung am 15. November d.J. als einen Erfolg, obwohl sich jetzt noch kein Eingehen der Regierung auf ihren Forderungskatalog (siehe Kasten) abzeichnet. Die Regierung hat damit anerkannt, daß es sich um einen internen Konflikt handelt und daß die FMLN/FDR die zweite Macht im Lande darstellt.

Durch eine Zunahme der politischen und militärischen Aktionen will sie die Machthaber in El Salvador zwingen, auf ihre Forderungen einzugehen. Die Hoffnung Duartes, durch die Verhandlungen eine Offensive der FMLN zu verhindern, hat sich angesichts der Verstärkung der militärischen Aktionen seitens der Guerilleros bereits wenige Tage nach dem Treffen in La Palma zerschlagen.

Daß das Gesprächsangebot Duartes im wesentlichen außenpolitische Hintergründe hat, darauf wies der Kommandant der FMLN, Joaquin Villalobos, bereits am 13. Oktober hin. „Die Antwort von Duarte auf unsere verschiedenen Vorschläge ... hat die Wahlkonjunktur in den USA zur Grundlage.“⁵

Folgerichtig beglückwünschte Reagan Duarte für sein „generöses und historisches Friedensangebot“.⁶ Sprecher des US-Außenministeriums erklärten, daß das Treffen in La Palma die US-Politik rechtfertigen würde. Die verstärkte Militärhilfe hätte einerseits die Armee verhandlungsbereit gemacht. Andererseits sei die FMLN/FDR durch die angebliche Schwächung der Guerilla zu den Gesprä-

Duartes Vorschlag



Das 10-Punkte-Dokument, das der salvadorianische Präsident José Napoleon Duarte am 15.10.1984 in La Palma den Vertretern der FMLN/FDR unterbreitete, umfaßt folgende Vorschläge:

- Dem Parlament soll eine sofortige und uneingeschränkte Generalamnestie für alle Personen vorgeschlagen werden, die direkt oder indirekt in die politische Gewalt im Land verwickelt waren.
- Die Sicherheitskräfte und der Zivilschutz sollen durch die erforderlichen Maßnahmen die Bewegungsfreiheit der Aufständischen garantieren, die sich in die Gesellschaft, in ihre Familie oder ihren Arbeitsplatz eingliedern.
- Die Gewährleistung der politischen Beteiligung aller Kreise und Gruppen, die unter Achtung der Rechtsordnung gemäß ihrer jeweiligen ideologischen Auffassungen ihre Meinung äußern oder aktiv werden. (...)
- Die freie Beteiligung bei der Organisation politischer Aktivitäten soll durch entsprechende Garantien gewährleistet werden.
- Dem Parlament sollen rechtliche Vorkehrungen vorgeschlagen werden, die die Einschreibung neuer politischer Parteien ermöglichen.
- Die Meinungsfreiheit und die Rechte der politischen Parteien sollen gewährleistet werden. (...)

Forderungskatalog der FMLN/FDR

Der folgende Forderungskatalog wurde der Regierung Duarte am 15. Oktober d.J. in La Palma überreicht.

Unser Volk fordert:

- die Aufklärung und Verurteilung der Verantwortlichen der Morde an Erzbischof Oscar A. Romero, den vier nordamerikanischen Nonnen und den Mitgliedern des Exekutiv-Komitees der FDR.
- die Aufklärung und Verurteilung der Verantwortlichen der Morde an den ISTA-Vertretern und den vier holländischen Journalisten,
- die Aufklärung und Verurteilung der Verantwortlichen aller politischen Verbrechen, die in den letzten vier Jahren begangen wurden.

Es wird Frieden geben:

- wenn alle politischen Gefangenen freigelassen sind und das Schicksal der „Vermissten“ aufgeklärt wird,
- wenn die Bombardements gegen die Zivilbevölkerung in den von der FMLN kontrollierten Gebieten aufhören,
- wenn das Recht auf Organisation und freie Bewegung der Stadt- und Landarbeiter respektiert wird,
- wenn das Streikrecht garantiert ist,

- wenn alle Arbeitszentren entmilitarisiert werden,
- wenn allen staatlichen Arbeitern und Angestellten das Recht auf Organisation und Freizügigkeit zugesichert wird,
- wenn den Lehrern ihr Lohn ausgezahlt und ihre wichtigsten Forderungen eingelöst werden,
- wenn dieses Jahr den Baumwoll- und Kaffeepflückern ein täglicher Arbeitslohn von 18 Colones (= 18 DM) zugesichert wird,
- wenn alle Arbeiter und Angestellte der Banken, des Handels und der Industrie eine 10prozentige Lohnerhöhung erhalten,
- wenn die Preise für die wichtigsten Konsumgüter der Bevölkerung gesenkt werden,
- wenn der Prozeß der Agrarreform in allen ihren Etappen vertieft und fortgesetzt wird,
- wenn das Dekret 207 (dritte Phase der Agrarreform) wieder in Kraft gesetzt wird,
- wenn die Zwangsrekrutierungen aufhören, (...)
- wenn die nordamerikanischen Militärberater aus dem Land abgezogen werden,
- wenn die Militärhilfe der USA an El Salvador beendet wird, (...)

Das sind die wichtigsten Wünsche des salvadorianischen Volkes.

(Quelle: Mittelamerika Informationsdienst, Frankfurt, Nr. 12, Oktober 1984)

chen gezwungen worden.

„Die Eröffnung eines Dialogs zwischen der Staatsführung und den salvadorianischen Guerilleros“, so die Pariser Le Monde vom 18.10. 1984, „dient so sehr den Wahlinteressen Reagans, daß Washington sich hütet, die geringsten Vorbehalte gegenüber der Initiative Duartes auszudrücken.“

Daß es Washington jedoch bei den Verhandlungen in La Palma um mehr als um Wahlkampf geht, machte Reagan am 10. Oktober selbst deutlich: „Wenn die Kommandanten in Nicaragua nur ein ähnliches Angebot an die Widerstandskräfte richten würden, wären wir einem wirklichen Frieden in Mittelamerika viel näher.“⁷

Ziel war es aber nicht nur, Druck auf Nicaragua auszuüben, sondern eine außenpolitische Schlappe auszubügeln,

die die USA durch die Vorlage eines überarbeiteten Friedensplans der Contadora-Gruppe erlitten hatten.

Der am 8. September d.J. vorgelegte Plan (siehe Kasten) sieht u.a. die Auflösung ausländischer Stützpunkte, die Ausweisung ausländischer Militärberater, die Einstellung internationaler Truppenmanöver sowie die Beendigung der Unterstützung von bewaffneten oppositionellen Kräften vor. Der neue Plan stieß bei allen Beteiligten, allen voran Napoleon Duarte, auf uneingeschränkte Zustimmung.

Jedenfalls war die Zustimmung auch von Honduras, Guatemala und den USA einhellig, bis Nicaragua am 21.9.1984 erklärte, daß es dem Friedensvertrag vollständig zustimme. Nicaragua erklärte jedoch, daß es notwendig sei, daß die USA das Zusatzprotokoll des Vertrages unterschrieben, und sich damit verpflichteten, sich jeder Einmischung in Mittelamerika zu enthalten.

Damit geriet Washington unter Zugzwang. „Die Vereinigten Staaten sagen seit einiger Zeit“, so der nikaraguanische Staatschef Daniel Ortega, „daß sie eine Friedensvereinbarung für Mittelamerika unterstützen. Wir testen jetzt ihre Absichten.“⁸

Der Test für Washington fiel dann auch negativ aus.

Man hatte nicht damit gerechnet, daß Nicaragua den Plan unterstützen würde, da er u.a. auch bedeutete, daß Nicaragua seine Verteidigungsanstrengungen einzuschränken hätte, obwohl eine Beendigung der US-Einmischung nicht gefordert wird.

In einer ersten Reaktion bezeichnete US-Außenminister George Shultz den Schritt Managuas zwar noch als eine „weitgehend positive Entwicklung“, doch stellte er bereits fest, daß einige Fragen noch offen blieben.

Kurz zuvor hatte er noch einen Brief an die Außenminister der EG geschickt, in

Erklärung der FMLN Der Dialog – ein Erfolg des Volkes



Kämpfer der FMLN mit Bewohnern eines befreiten Dorfes

Der Dialog, den wir am 15. Oktober 1984 in La Palma begonnen haben, hat stattgefunden als die FMLN/FDR (Nationale Befreiungsfront Farabundo Martí/Demokratisch-Revolutionäre Front; d. Red.) auf politischem, militärischem und diplomatischem Gebiet eine enorme Ansammlung der Kräfte entwickelt hatte, die die andere Macht im Land darstellt.

Mit dem Beginn des Dialogs haben wir wichtige Erfolge auf politischem Gebiet erreicht, haben wir Raum geschaffen für die Organisation, Mobilisierung und die Ausdrucksfähigkeit des politischen Willens der Massen. Es ist uns gelungen, das Schweigen zu brechen, das die Diktatur den Massenmedien aufgezwungen hatte, um zu versuchen, Verwirrung zu stiften und den Kampf des Volkes zu schwächen. Diese Öffnung der Massenmedien müssen wir ebenfalls als eine Errungenschaft verteidigen und sie als legitimes Instrument zur politischen Unterweisung des Volkes benutzen.

Wir haben die weltweite Anerkennung der politisch-militärischen Kräfte der Revolution und die Gültigkeit und Gerechtigkeit der politisch-revolutionären Positionen bezüglich des richtigen Weges zum Frieden gefestigt und ausgebaut. Der Beginn des Dialogs stellt außerdem eine kategorische Ablehnung einer imperialistischen Intervention der USA durch unser ganzes Volk dar.

Bei dem Treffen von La Palma haben wir einigen der demagogischsten Vorhaben von Napoleon Duarte eine Abfuhr erteilt.

Napoleon Duarte forderte, daß wir die Waffen niederlegen, um in einen Dialog einzutreten. Dieser mußte jedoch beginnen, während unsere revolutionären Gewehre sprechen und dem Marionettenregime auf fast dem ganzen Gebiet unseres Landes harte Schläge versetzen.

Duarte hatte vor, die Vorsitzenden der FDR geringzuachten, indem er sie von dem Treffen ausschloß, aber die Führer der FDR waren anwesend, mit der vollen Unterstützung des Volkes und der internationalen Ge-

meinschaft.

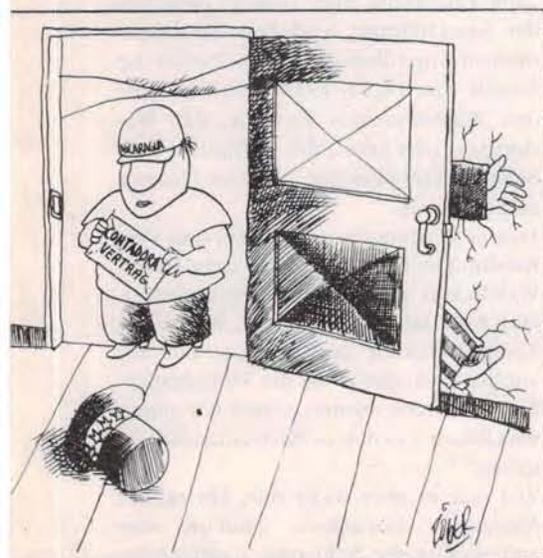
Duarte hatte vor, die Lösung des Konflikts darauf zu beschränken, daß wir an Wahlen teilnehmen. Aber bei dem Treffen haben wir festgelegt, daß es notwendig ist, alle politischen, wirtschaftlichen und sozialen Faktoren zu behandeln, die den Krieg ausgelöst haben, sowie alle Aspekte, die zum Erreichen des Friedens notwendig sind.

Das sind Erfolge unserer revolutionären Bewegung, deshalb sind wir optimistisch, aber das Volk muß wachsam sein. Der imperialistische Feind und das Marionettenregime versuchen, den politischen Dialog trotzdem als Propagandamanöver zu mißbrauchen. Sie versuchen, das Volk zu verwirren, indem sie es glauben machen, daß die Demokratie in El Salvador bereits eingeführt ist, daß die Bedingungen von Elend und Ausbeutung, der Mißachtung der Rechte und der Freiheiten des Volkes und des barbarischen Völkermords, die den bewaffneten Kampf rechtfertigen, nicht fortbestehen.

Die Umwandlung, die unser Land durchmacht, ist nicht Demokratisierung und Existenz der sozialen Gerechtigkeit, wie Duarte sagte, sondern die Auslieferung der Souveränität und der nationalen Unabhängigkeit auf politischem, militärischem und wirtschaftlichem Gebiet an die imperialistische Regierung der USA, deren Waffen, Flugzeuge und Militärberater den Boden unseres Vaterlandes mit Blut tränken und die geringe Habe des arbeitenden Volkes zerstören.

Duarte versucht, einen friedliebenden Eindruck zu erwecken, während die Unterdrückungsapparate den Krieg gegen das Volk verschärfen und wehrlose Dörfer bombardieren, die besten Söhne unseres Volkes verfolgen, einsperren, foltern und massakrieren. Das augenblickliche Anwachsen des Kampfes der Massen für ihre wirtschaftlichen, politischen und sozialen Forderungen zeigt die Demagogie Duartes.

Der Dialog von La Palma ist der Beginn eines komplexen und schwierigen Prozesses, in einem Krieg, der sich durch die interventio-



nistische Politik Reagans verlängert und vertieft.

Diese Intervention, die beständig eskaliert, ist das Haupthindernis, das unserem Volk bei der Erlangung eines gerechten Friedens entgegensteht. Jetzt müssen unser Volk und seine Organisationen den Kampf auf allen Feldern verstärken, auf gewerkschaftlichem, politischem, militärischem und diplomatischem Gebiet, und gegen die, die sie Tag für Tag seit über 50 Jahren ihrer Rechte berauben.

Unsere Fronten setzen dabei auf ein mächtiges revolutionäres Heer und eine zuverlässige nationale und internationale Unterstützung. Der Dialog ist also eine Errungenschaft des Volkes, die bis zur Erreichung des Friedens verteidigt werden muß. Wir wollen einen Frieden der Freiheit für die Volksmassen, der Unabhängigkeit und Souveränität und volle Respektierung des Selbstbestimmungsrechts unseres Volkes beinhaltet; einen Frieden mit dem gebührenden volksnahen, patriotischen und revolutionären Inhalt.

Deswegen wiederholen wir gegenüber dem salvadorianischen Volk, der internationalen Gemeinschaft und dem Volk der USA im besonderen, daß die Einmischung der Regierung Reagan in Dinge beendet wird, die nur die Salvadorianer etwas angehen, was grundlegende Bedingung dafür ist, in El Salvador den Frieden zu erlangen. Darin würde eine wirkliche Desinternationalisierung des Konflikts bestehen.

In diesem Moment, der so wichtig ist für das Schicksal unseres Volkes, rufen wir alle organisierten Teile unseres Volkes, die revolutionären Kämpfer und Aktivisten, die Gewerkschaften, Arbeiter, Lehrer und Studenten, die Gremien, die Berufsverbände, die kleinen und mittleren Unternehmer, die christlichen Gemeinden und das ganze Volk auf, daß sie aktiv werden und durch alle möglichen Formen ihre Unterstützung für einen ernsthaften Dialog zum Ausdruck bringen und jegliche Manöver ablehnen.

Wir rufen unser Volk auch auf, seine unnachgiebige Bereitschaft zu bekräftigen, weiterzukämpfen, bis sich seine sehnlichsten Wünsche nach Frieden, Gerechtigkeit und Freiheit erfüllt haben.

Die FMLN hat die Verpflichtung, die Interessen unseres Volkes zu verteidigen. Der Frieden, den wir wollen, wird durch die Erfüllung aller dieser Wünsche des Volkes erreicht. Solange sie nicht erfüllt sind, bleiben unsere Gewehre bereit zum Kampf.

Die erreichte militärisch-politische Macht ist und bleibt die Garantie der Interessen unseres Volkes.

Wir sind vollständig dazu bereit, den Dialog voranzubringen, wir arbeiten mit dem höchsten Verantwortungsbewußtsein und mit allen Mitteln, die uns zur Verfügung stehen daran, einen Weg zum Frieden zu suchen, denn das ist der dringendste Wunsch unseres Volkes. Aber wir müssen noch zusammen kämpfen, um diesen Wunsch zu erfüllen.

Verstärkt alle den Kampf des Volkes!

Das ganze Volk bereit zur Aufdeckung der imperialistischen Aggression!

Das ganze Volk bereit zu kämpfen bis zur Erreichung des Friedens!

Laßt uns zusammen kämpfen bis zum endgültigen Sieg!

Revolution oder Tod, wir werden siegen!

Generalkommando der Nationalen Befreiungsfront Farabundo Marti (FMLN)

El Salvador, den 16. Oktober 1984

Die Kommandanten: Joaquin Villalobos, Leonel Gonzales, Shafik Handal, Ferman Cienfuegos, Roberto Roca

dem er den Vertrag unterstützte und erklärte, daß alle außer Nicaragua unterschreiben würden. Darüber hinaus hatte er die EG-Außenminister, die am 28./29.9. 1984 in San José eine Konferenz mit ihren Amtskollegen der Contadora-Staaten und Mittelamerikas abhielten, aufgefordert, bei einem Hilfsprogramm für Mittelamerika Nicaragua auszuschließen.

Die Europäer zeigten sich unbeeindruckt von Washingtons Wünschen. „Was hat Herr Reagan hier zu suchen“, konterte der französische Außenminister Claude Cheysson. „Soweit ich weiß, ist er weder Mitglied der Europäischen Gemeinschaft noch gehört er zu einem mittelamerikanischen Land oder der Contadora-Gruppe.“⁹

Die EG-Minister verpflichteten sich zwar nicht zu einer substantiellen Steigerung ihrer Wirtschaftshilfe – 1985 sollen es höchstens 15 Mio Dollar mehr sein –, sie schlossen aber Nicaragua von der Hilfe nicht aus. Außerdem stellten sie sich voll hinter den Contadora-Friedensplan.

Die Einstellung von Waffenlieferungen an El Salvador würde die dortige Regierung in eine unhaltbare Lage bringen. Das Verbot von internationalen Militärmanövern und ausländischen Militärschulen würde Nicaragua ebenso nutzen wie die Unterscheidung zwischen Militärberatern.

Berater, die sich an Operationen und an der Schulung beteiligen, müssen sofort, solche, die nur Wartungsarbeiten ausführen, schrittweise abgezogen werden. Ersteres gilt für die US-Berater, letzteres für die kubanischen.

Die Kritik ist aber haltlos, da Nicaragua sich bereit erklärt hat, alle Militärberater sofort auszuweisen.

Ein anderer Kritikpunkt des Arbeitspapiers bezieht sich auf das Zusatzprotokoll, das von nichtmittelamerikanischen Staaten unterschrieben werden soll. Die Unterzeichner verpflichten sich, nichts zu unternehmen, was dem Vertrag widerspricht.

Washington behauptet, damit würde Kuba und der Sowjetunion, sollten sie



Luftabwehrkanonen bei Managua: Nicaragua rüstet für die Abwehr der Invasion

Trotz der internationalen Unterstützung für das Friedensabkommen, kam Washington jedoch nicht umhin, seine Umsetzung zu verhindern. Der Sprecher des US-Außenministeriums Romberg bezeichnete am 2. Oktober d.J. den Plan als unzureichend. Er müsse umgeschrieben werden.

Honduras, El Salvador, Kostarika und Guatemala teilten, nach einem Treffen ihrer Außenminister mit George Shultz am Rande der UN-Vollversammlung, plötzlich die gleichen Bedenken.

In einem vertraulichen Arbeitspapier, das am 12. Oktober 1984 an die Öffentlichkeit gelangte, präzisierten die USA ihre Kritik.

das Protokoll unterschreiben, eine politische Rolle zugestanden. Daß diese beiden Staaten eine politische Rolle in Mittelamerika spielen, hat die Reagan-Administration aber jahrelang behauptet.

Darüber hinaus forderten Washington und seine Verbündeten, daß die Kontrollmechanismen verstärkt werden, Wahlen überwacht und der Abzug von Militärberatern und ausländischen Truppen hinausgezögert wird.

Insgesamt geht es darum, den Abschluß des Friedensvertrages hinauszuzögern und zu verwässern, um möglichst lange günstige Bedingungen für eine US-Intervention aufrechtzuerhalten.

Contadora – Friedensplan vom September

Am 8. September d.J. legten die Außenminister der Contadora-Staaten (Mexiko, Kolumbien, Venezuela und Panama) eine überarbeitete Version ihres 21-Punkte-Friedensplans vom 10.9.1983 den mittelamerikanischen Staaten Nicaragua, Kostarika, Honduras, El Salvador und Guatemala vor. Der „Vertrag für Frieden und Zusammenarbeit in Mittelamerika“ umfaßt 4 Teile und ein Abschlußprotokoll.

Der 1. Teil enthält Vereinbarungen über politische, soziale, wirtschaftliche und Sicherheitsfragen.

Der 2. Teil resümiert die Gespräche über diese Themen.

Der 3. Teil enthält Überprüfungsmechanismen und der letzte die Schlußbestimmungen. Das Zusatzprotokoll befaßt sich mit der Beteiligung von Mächten außerhalb Mittelamerikas im regionalen Konflikt.

Im ersten Teil sollen sich die Unterzeichner u.a. zu folgenden Vereinbarungen verpflichten:

- Verbot und Schließung ausländischer Militärstützpunkte und Ausbildungszentren binnen 6 Monaten.
- Verbot internationaler Truppenmanöver.
- Abzug ausländischer Militärberater, die sich an Operationen und Schulungskursen

beteiligen, binnen 30 Tagen.

- Schrittweiser Abzug der übrigen ausländischen Militärberater.

- Einstellung jeglicher militärischer, politischer, finanzieller und anderer Unterstützung an Individuen, Organisationen, Privatarmeen oder bewaffnete Banden, die auf den Sturz oder die Destabilisierung benachbarter Regierungen hinarbeiten.

- Verbot, neue Waffensysteme anzuschaffen.

- Verhandlungen über die Kontrolle und den Abbau der Waffenarsenale der einzelnen Länder.

- Rüstungsbegrenzung auf ein für die Verteidigung erforderliches Maß.

- Stärkung der Institutionen einer repräsentativen und pluralistischen Demokratie.

- Vollständige Achtung der Menschenrechte.

- Freier Zugang für alle zu den Wahlprozessen.

- Förderung der regionalen Wirtschaftsintegration (intra-regionaler Handel, gemeinsame Investitionen usw.).

- Herstellung gerechter wirtschaftlicher und sozialer Strukturen, die dem Volk den Zugang zu Arbeit, Erziehung, Gesundheit und Kultur ermöglichen.

Die Außenminister der Contadora-Staaten, die sich verwundert zeigten über den plötzlichen Meinungsumschwung aller mittelamerikanischen Staaten – mit Ausnahme Nicaraguas –, trafen sich am 16./17. Oktober d.J. in Madrid. Sie beschlossen, den Vertrag, „so schnell wie möglich zu überarbeiten ... ohne das erreichte Gleichgewicht“ zu verändern. Der mexikanische Außenminister forderte von den USA eine „politische Kohärenz zwischen ihren Unterstützungserklärungen für die Contadora und der Realität“.¹⁰

Den so Gescholtenen ist es nichtsdestotrotz gelungen, das Vertragswerk erst einmal auf die lange Bank zu schie-

ben. Den Verlust an politischer Glaubwürdigkeit versuchten sie durch das Treffen in La Palma aufzuwiegen.

Ihnen ist es damit gelungen, den Druck auf Nicaragua weiter aufrechtzuerhalten, ja ihn durch das Propagandamanöver in El Salvador weiter zu erhöhen.

Darüber hinaus haben sie es erreicht, die internationale Unterstützung für die Wahlen in Nicaragua durch die Nichtteilnahme des Kandidaten der Rechtsparteien, Arturo Cruz, zu verringern. Trotz langwieriger Verhandlungen, u.a. unter Vermittlung der Sozialistischen Internationale, und mehrmaliger Verschiebung der Einschreibfristen für Kandidaten, lehnten die Rechtsparteien eine

Kandidatur ab. Sie verlangten eine Verschiebung der Wahlen, der die Sandinistas jedoch nur bereit waren zuzustimmen, wenn es zu einer Feuereinstellung seitens der „Contras“ gekommen wäre.

Schließlich zog am 21. Oktober d.J. die größte bürgerliche Formation, die Unabhängige Liberale Partei (PLI), ihre Kandidatur zurück. Ihr Vorsitzender Virgilio Godoy hatte sich 2 Tage vorher mit dem US-Botschafter abgesprochen.

Dieser Schritt kam überraschend, da noch am gleichen Tag alle kandidierenden Parteien einen Dialogaufruf unterstützt hatten, der Inhalte einer zukünftigen Verfassung festlegt. Danach sollen Wahlen zukünftig regelmäßig stattfinden, Presse-, Meinungs- und Organisationsfreiheit garantiert werden.

Ob noch weitere Parteien ihre Teilnahme rückgängig machten, war zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht abzusehen.

Bereits jetzt zeichnet sich jedoch ab, daß die internationale Unterstützung, die die nikaraguanische Revolution genießt, darunter leiden wird. Dies wirkt sich umso negativer aus, als der Contadora-Vertrag noch nicht in Kraft ist, sich die wirtschaftlichen Schwierigkeiten Nicaraguas verstärken und die Angriffe der „Contras“ zunehmend tiefer ins Land getragen werden.

Anmerkungen:

- 1) Le Monde (LM), Paris, 18.10.1984
- 2) Mittelamerika Informationsdienst, Frankfurt, Nr. 12, Oktober 1984
- 3) Zit. nach: International Herald Tribune (IHT), Paris/Zürich, 27.9.1984
- 4) Newsweek (NW), Washington, 22.10.1984
- 5) Radio Venceremos, El Salvador, 13.10.1984
- 6) LM, 18.10.1984
- 7) NW, 22.10.1984
- 8) Time, New York, 8.10.1984
- 9) NW, 15.10.1984
- 10) El Pais, Madrid, 18.10.1984

Jetzt erst recht!

Oktober 1984:
Arbeitsbrigaden für das befreite Nicaragua -
Unterstützung des Befreiungskampfes in El Salvador

Die US-Army dirigiert bereits die Bombardements gegen die Zivilbevölkerung in El Salvador
US-Söldner fliegen bereits die Einsätze der Contras
...und die Regierung unseres Landes leistet dabei Schützenhilfe

Jetzt erst recht:
- bauen wir das wieder auf, was die Contra zerstört hat
- wollen wir in Nicaragua das verteidigen, wofür die Befreiungsbewegung in El Salvador kämpft

Deshalb suchen wir weiterhin Zimmerleute, Maurer, Schreiner, Sprachkundige und Menschen mit handwerklichem Geschick für einen zweimonatigen Arbeitseinsatz im Häuserbau und besonders auch finanzielle Unterstützer für diese Kampagne

Vorbereitungsgruppen
Norden: Ch. Greiner, Michaelisbrücke 1, 2000 Hamburg 11
Mitte: K. Bess, Jägerhofstraße 2, 5600 Wuppertal 1
Süd: A. Stietz, Moldenhauerweg 37, 6100 Darmstadt

Sonderkonto: 963611

Informationsbüro Nicaragua e.V., Stadtparkasse Wuppertal
Alle eingehenden Gelder gehen je zu Hälfte nach Nicaragua und El Salvador

weitere Informationen und v.i.S.d.F.: Informationsbüro Nicaragua e.V., Katernberger Schulweg 123, 5600 Wuppertal 1

Dirk Rosin

Gedanken zum Verhältnis von Pazifismus und Befreiungskampf

Das Verhältnis von Friedenskampf und bewaffnetem Befreiungskampf bleibt weiter in der Diskussion. Diese findet nicht nur zwischen Kräften der Solidaritäts- und der Friedensbewegung statt (siehe AIB 1/1982 und 10/1983), sondern auch innerhalb der Strömung des politischen Pazifismus in der Friedensbewegung. In den Reihen der Deutschen Friedensgesellschaft – Verband der Kriegsdienstgegner (DFG-VK) beispielsweise mehren sich die Stimmen jener, die eine Neudefinition ihres Verhältnisses zum Befreiungskampf für überfällig halten. Dirk Rosin, Mitglied des DFG-VK-Landesvorstandes Nordrhein-Westfalen, plädiert für eine solche Neufassung.

Der Krieg, der in Europa mit Pershing II, Cruise Missiles, AirLand Battle (ALB, Kampf-Doktrin der US-Armee seit 1982; d. Red.) und ALB 2000¹ vorbereitet wird, findet in der sog. Dritten Welt schon heute – jeden Tag – statt.

Es sind die Kriege gegen die Völker Mittelamerikas, gegen Nikaragua und die Befreiungsbewegung El Salvadors. Es sind die offenen und verdeckten Kriege des rassistischen Südafrika gegen die Befreiungsbewegung im eigenen Land, gegen die Befreiungsbewegung Namibias, gegen die Frontstaaten Angola und Moçambique, im Nahen Osten der Krieg Israels gegen das libanesische und palästinensische Volk, die Kriege in Afghanistan und Indochina, im Tschad und in der Westsahara.

Es geht um die Überlebenschance

Die Gefahr, daß die Friedensbewegung in der Bundesrepublik in einen „Eurozentrismus“ verfällt und diese Entwicklungen in der Dritten Welt mit ihren Auswirkungen auf Europa übersieht, ist kleiner geworden. Die Zusammenarbeit zwischen Friedens- und Solidaritätsbewegung ist insbesondere in den letzten beiden Jahren gewachsen.

Mit seinen „Thesen zur Bedeutung der sog. '3. Welt' für die Friedensbewegung“ hat der Koordinationskreis Dritte Welt (KK3W), ein Zusammenschluß verschiedener Gruppen der Solidaritätsbewegung in der Bundesrepublik, die Zusammenhänge zwischen „Dritte Welt und Frieden“ aus seiner Sicht dargelegt. In These 2 heißt es dort:

„Die weltweiten Ausbeutungs- und Abhängigkeitsverhältnisse führen zu sozialen Spannungen, deren Lösung zunehmend zu einer nackten Überlebensfrage der betroffenen Völker wird. In der Alternative zwischen Vernichtung und Widerstand entscheiden sie sich immer häufiger für den bewaffneten Befreiungs-

kampf als einzige Überlebenschance. AirLand Battle 2000 geht davon aus, daß solche Kriege von den USA nicht mehr notwendig am Ort ihrer Entstehung geführt werden, sondern dort, wo die Erfolgsaussichten am größten sind. Da als Gegner in allen Konflikten die UdSSR definiert wird, heißt das konkret, daß z.B. der mehrfach angekündigte Krieg ums Öl des Nahen Ostens wenn nötig in Mitteleuropa gewonnen werden soll.

Wer also einen Krieg in Europa verhindern will, der muß dafür sorgen, daß die von AirLand Battle 2000 formulierten Befürchtungen Wirklichkeit werden: die Länder der '3. Welt' nutzen ihre Ressourcen für ihre eigene, selbstbestimmte Entwicklung, sie entwickeln ihre Produktionskapazitäten, um den Menschen in diesen Ländern das Überleben zu ermöglichen. Von daher ist die Solidarität mit den Befreiungsbewegungen dieser Länder Voraussetzung zur Friedenssicherung auch in Europa.“² (Hervorhebung vom Autor)

Hier werden nicht nur die Zusammenhänge zwischen Kriegführungsstrategien für die Dritte Welt und Europa angesprochen, sondern auch ein anderes, für Pazifisten heikles Thema: Das Verhältnis zu mit Gewalt vorgehenden Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt.

Die DFG-VK hat ihr Verhältnis zu diesen Befreiungsbewegungen in ihrem Programm definiert. Dort heißt es:

„Aufgrund der Einsicht in die unterschiedlichen historischen Entwicklungsbedingungen der einzelnen Völker maßt sich die DFG-VK nicht an, diejenigen zu verurteilen, die in der Anwendung gewaltsamer Mittel und Methoden des bewaffneten nationalen Befreiungskampfes den einzigen Ausweg sehen. Dennoch kann sie sich mit diesen Formen des Kampfes nicht identifizieren. Für die DFG-VK kommt es darauf an, die Ursachen der Konflikte zu untersuchen und für deren gewaltfreie Lösung einzutreten.“ (S.4)

Es stellt sich allerdings die Frage, ob diese Formulierungen angesichts der sich zuspitzenden Entwicklungen in der Dritten Welt heute noch ausreichen. Dazu im folgenden einige Anmerkungen.

Als politische Pazifisten müssen wir verstehen, daß Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt in der Regel keine Wahlmöglichkeiten haben, ob sie mit gewaltfreien oder gewaltsamen Mitteln vorgehen, sondern daß sie zur Gewaltanwendung gezwungen werden.

Das Beispiel des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC), der 1912 gegründeten Befreiungsbewegung Südafrikas, verdeutlicht diese These: Bis Anfang der 60er Jahre wandte der ANC ausschließlich gewaltfreie Mittel gegen das System der Apartheid an. So übertraten Freiwillige bewußt verschiedene Apartheidgesetze und nahmen dafür Freiheitsstrafen auf sich. Auch Boykottbewegungen gegen Preissteigerungen bei Nahrungsmitteln und im Transportwesen, Streiks und Demonstrationen kennzeichneten die politischen Aktionen.

Aber die Rassisten antworteten blutig: Im März 1960 eröffnen Polizisten in Sharpeville südlich von Johannesburg wahllos das Feuer auf Demonstranten. Mehr als 50 Südafrikaner starben im Kugelhagel. Im selben Jahr wurden neben anderen Organisationen der ANC verboten und in den Untergrund gezwungen.

Damit war die Zeit des gewaltfreien Widerstands für den ANC vorbei. Der „Speer der Nation“ (Umkhonto we Sizwe), der militärische Arm des ANC, wurde gegründet. In seinem Gründungs-





Nicaragua 1978: Sandinistas kamen den Aufständischen von Masaya zu Hilfe, mußten aber nach schweren Bombardements die Stadt unter großen Verlusten räumen

manifest hieß es: „Der auf Zwang, Unterdrückung und Gewalt gerichteten Regierungspolitik wird nicht länger mit gewaltlosem Widerstand allein begegnet werden. Das ist nicht unsere Wahl.“³ (Hervorhebung vom Autor)

„50 Jahre lang hat der ANC versucht, durch gewaltlose Mittel die Grundrechte in Südafrika zu erkämpfen, aber immer traf er auf Brutalität, Folter, Mord und zunehmende Unterdrückung. Selten war ein Volk so geduldig, bevor es gezwungen war, sich für den bewaffneten Kampf zu entscheiden, als alle anderen Mittel erschöpft waren...“⁴

Auch die Vereinten Nationen anerkannten 1965 ausdrücklich die Legitimität des nationalen Befreiungskampfes, sei es mit gewaltlosen politischen oder mit militärischen Mitteln.

„Völkerrechtlich legalisiert wurde damit“ – so Pater Michael Lapsley – „der bewaffnete Widerstandskampf all jener Völker, die von kolonialer bzw. rassistischer Unterdrückung oder systematisch-massenhaften Menschenrechtsverletzungen durch Diktaturregimes betroffen sind. Die Befreiungsbewegungen Namibias, Südafrikas und Palästinas wurden seither wiederholt von der UN-Vollversammlung als authentische Vertreter ihrer unterdrückten Völker eingestuft; ihre Legitimität zum Widerstandskampf 'mit allen Mitteln' (1973 im Fall der SWAPO, 1974 im Fall der PLO) festgeschrieben.“⁵

Weiterhin müssen wir uns verdeutlichen, daß die Mittel und Methoden, mit denen Herrschaft von den Oberschichten in den Ländern der Dritten Welt und den herr-

schen Klassen in den kapitalistischen Industrienationen über die Völker in der Dritten Welt ausgeübt wird, vielfältig sind und über militärischen Zwang weit hinausgehen.

Eine besondere Rolle spielt hier der Internationale Währungsfonds (IMF), der von den USA und den wichtigsten kapitalistischen Ländern Europas kontrolliert wird. Seine Funktion besteht darin, kurzfristig Finanzhilfen an Länder zu geben, die aktuelle Zahlungsbilanzprobleme haben. Die typische Form einer solchen Unterstützung ist die eines kurzfristigen Kredits, der verlängert wird, sobald eine Übereinkunft zwischen dem IMF und dem Kreditnehmerstaat über Einzelheiten eines von diesem durchzuführenden „Stabilisierungsprogramms“ erzielt worden ist. Im Rahmen eines solchen „Stabilisierungsprogramms“ diktiert der IMF den kreditnehmenden Staaten: Reallohnabbau, Haushaltskürzungen vor allem im Sozial- und Bildungsbereich; Währungsabwertungen; die Senkung der Staatstätigkeit (z.B. Subventionierung von Grundnahrungsmitteln); insgesamt also eine an den Erfordernissen des internationalen Kapitals orientierte Binnenwirtschafts- und Außenhandelspolitik.

Diese Kredite des IMF tragen nicht dazu bei, die Notlage der armen Bevölkerungsschichten in den betroffenen Ländern zu lindern. „Ganz im Gegenteil“, so Cheryl Payer, „die vom IMF erstellten Stabilisierungsprogramme sollen die Kaufkraft der Bevölkerung reduzieren, um Geldmittel für den Export und die Rückzahlung der Auslandsschulden freizustellen:

und das geschieht auf die sozial rückschrittlichste Art, indem man nur von den ärmeren Klassen nimmt – denn die Reichen und die Firmen müssen als potentielle Investoren verhätschelt werden.“⁶

Ein Beispiel für die Auswirkungen der IMF-Politik war die Hungerrevolte in Tunesien Anfang d.J. Die Brotpreiserhöhungen, die von der tunesischen Regierung aufgrund der Auflagen des IMF verfügt worden waren, führten zu gewaltsamen Aufständen der Bevölkerung, da ihr mit den Preiserhöhungen faktisch die Existenzgrundlage entzogen wurde.

Wegen der hohen Verschuldung zahlreicher Länder der Dritten Welt ist davon auszugehen, daß sich diese Formen der strukturellen Gewalt, des „stummen Krieges“ des IMF und der herrschenden Cliques in der Dritten Welt gegen ihre Völker weiter verschärfen werden und somit zwangsläufig Auslöser von gewaltsamen Aufständen sein werden.

Schließlich müssen wir auch akzeptieren, daß der Kampf der Friedensbewegungen und der Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt ein einziger Kampf für weniger Gewalt, wenn auch mit unterschiedlichen Methoden, ist.

Wie bereits erwähnt, ist der Weg der militärischen Gewaltanwendung von den Befreiungsbewegungen in der Regel nicht freiwillig gewählt. Ein Beispiel dafür, daß diese Gewaltanwendung vorübergehenden Charakter und nichts mit Militarismus zu tun hat, war die Situation in Nicaragua 1979 nach der Vertreibung des Diktators Somoza.

Die Miliz in Nicaragua...

Die siegreichen Sandinistas verzichteten darauf, an den gefangenen Nationalgardisten blutige Rache zu üben für die Verbrechen, die diese im Auftrag Somozas verübt hatten. Sie wollten ihnen die Möglichkeit geben, ein anderes Leben anzufangen. Erst die Überfälle der von den USA unterstützten „Contras“ zwangen die Nicaraguaner wieder dazu, die Waffen in die Hände zu nehmen.

Auch der Kampf gegen US-Kriegführungsstrategien ist kein „Privileg“ der Friedensbewegungen, wie in der Stellungnahme des KK3W bereits deutlich wurde. AirLand Battle und ALB 2000 sind Kriegführungsstrategien auch für die Dritte Welt, mit dem Unterschied, daß diese Strategien in der Dritten Welt schon heute (Grenada, Libanon) praktiziert werden!

All dies soll natürlich nicht bedeuten, daß politische Pazifisten nun die Waffen in die Hände nehmen sollen. Aber meiner Meinung nach haben wir die Verpflichtung, uns in militärischen Auseinandersetzungen in der Dritten Welt poli-

Marianne Kolter/Ulrich Schnell

Der Fall Boff Papst gegen Befreiungstheologie

tisch und moralisch zu den Zielen einer Seite zu bekennen — auch wenn wir militärische Konfliktlösungen grundsätzlich ablehnen. Entscheidend ist, wer sich gegen direkte und strukturelle Gewalt auflehnt und wer sie fortsetzen will.

Dieses Verhältnis zwischen Befreiungsbewegungen und Pazifismus hat Sissy Karnehm, eine Krankenschwester aus München und Mitglied der DFG-VK, die in Nicaragua arbeitet, einmal sehr gut zum Ausdruck gebracht:

„Ich bin Pazifistin, bin in der DFG-VK organisiert und kann meine Arbeit — Präventivmedizin — nur machen unter dem bewaffneten Schutz der Milizen.“
Frage: „Ist das kein Widerspruch?“

...ist die reine Notwehr

Sissy: „Was die Bauern sich hier erarbeiten, was ihnen die Revolution gebracht hat, das lassen sie sich nicht mehr wegnehmen. Da steckt mehr dahinter als das bloße Leben. Die Bewaffnung im Rahmen der Volksmilizen, das ist kein Militarismus, sondern das ist notwendig. Das ist Notwehr und sonst gar nichts. Und zu mir: Ich trage zwar keine Waffen, ich lehne das ab, aber den Schutz der Milizen, den brauche ich, wenn ich in die Berge gehe.“⁷

Alle diese Punkte, daß der bewaffnete Befreiungskampf in der Dritten Welt gezwungenermaßen geführt wird, die vielfältigen Formen direkter und struktureller Gewalt, durch die Herrschaft über die Völker der Dritten Welt ausgeübt wird und der gemeinsame Kampf der Friedens- und der Befreiungsbewegungen für weniger Gewalt müssen bei der Definition unseres Verhältnisses zu Befreiungsbewegungen stärker berücksichtigt werden.

Ich meine, daß dem Programm der DFG-VK eine zusätzliche Aussage gut täte, die etwa lauten müßte, daß unsere eindeutige Solidarität denjenigen Völkern gilt, denen man die Methoden des bewaffneten Kampfes gegen militärische und stumme, strukturelle Gewalt aufzwingt und so verhindert, daß sie alle ihre Kraft in den friedlichen Aufbau ihrer Gesellschaft investieren können.

Anmerkungen:

- 1) Wortlaut in: AIB-Sonderheft 2/1984; d. Red.
- 2) friedenspolitischer informationsdienst, Nr. 3-4/1984, S.26
- 3) Zit. nach: K. Brade, Südafrika — Apartheid im Wandel, Berlin 1982, S.24
- 4) Pater Michael Lapsley, Wie legitim ist der Befreiungskrieg? Das Fallbeispiel Südafrika, in: AIB 10/1983, S.11
- 5) AIB 10/1983, S.12
- 6) Zit. nach: J. Hippler (Hrsg.), „Amerika muß die Führung übernehmen...“ USA, Militärpolitik und Dritte Welt, Duisburg 1983, S.109
- 7) Zivilcourage, Nr. 5/1982, S.29

Am 7. September d.J. wurde der brasilianische Franziskanerpater Leonardo Boff vor die vatikanische Glaubenskongregation nach Rom zitiert.

Die vatikanische Glaubenskongregation, Nachfolgerin des 1542 errichteten berüchtigten Inquisitionstribunals, dient heute wie damals dem Schutz der „reinen Glaubenslehre“. Wenn auch dank staatlicher Gesetzgebung keine Todesstrafen mehr ausgesprochen werden, so erinnern ihre Methoden weiterhin an vergangene Zeiten.

Neuzeitliche Inquisition

Der vorgeladene Boff meint selbst: „Es gibt kein Recht auf einen Anwalt ... auch nicht ein Recht auf eine Berufung auf eine höhere Instanz. Alles ist geheimgehalten ... es gibt einen Berichterstatter zugunsten des Angeklagten, aber dieser kennt nicht einmal dessen Namen. Es ist ein doktrinärer kafkaesker Prozeß, in dem die Heilige Kongregation Ankläger und Richter zugleich ist.“¹

Wo liegen die Hintergründe dieser Vorladung?

Der heute 46jährige L. Boff, Professor für Systematische Theologie an der Theologischen Hochschule Petropolis in der Nähe Rio de Janeiro, gilt als einer der maßgeblichsten Vertreter der Theologie der Befreiung, die einen starken Einfluß auf die lateinamerikanischen Kirchen gewonnen hat.

Sie orientiert sich an erster Stelle nicht an einer Erlösung im Jenseits, sondern unterstützt das aktive Eintreten gegen das Elend, die Unterdrückung und ungerechte Strukturen, in denen die meisten Menschen auf diesem Kontinent noch leben (siehe Kasten).

Jahrhundertlang war die Kirche in Lateinamerika direkt in das System des Kolonialismus einbezogen. Es existierte ein starkes Bündnis zwischen Staat und Kirche. Die Kirche nahm die Aufgabe wahr, die bestehenden Ordnungen ideologisch zu untermauern und zugleich den Opfern, an deren Ausbeutung sie sich selbst beteiligte, Trost bzw. Vertröstung zu spenden.

„Die Kirche hat einen historischen Pakt mit der jeweils herrschenden Macht geschlossen...“, erklärt L. Boff. „Wir haben jetzt in Lateinamerika angefangen, diesen Pakt zu durchbrechen. Wir marschieren getrennt von jenem Teil der Kirche, der mit den Oberschichten paktiert.“²

Einen Bruch in der traditionellen Rolle der Kirche markierte die 2. Lateinamerikanische Bischofskonferenz (CELAM) vom September 1968 in Medellín (Kolumbien). Zum ersten Mal in der Geschichte des Kontinents konnte die katholische Kirche, die hier mit 43% ihrer Anhänger ihre stärkste Basis hat, nicht mehr ausschließlich als Stütze der bestehenden Ordnung bezeichnet werden. Ungerechtigkeit, Gewalt und Menschenrechtsverletzungen wurden in



Befreiungstheologe L. Boff

Medellin angegriffen und als Produkt von „Klassenspannungen“ und „Kolonialismus“ benannt.

Den Hintergrund dieser Wandlung bildete der gewachsene Protest gegen das immer massiver werdende Elend in Lateinamerika.

In Medellín hat die Theologie der Befreiung ihren Entstehungsort.³

Die antikapitalistischen und zum Teil revolutionären Zielsetzungen der Theologie der Befreiung mußten zwangsläufig bei denen auf Widerstand stoßen, die

ihre Interessen gefährdet sahen. Von konservativer Seite wurde beklagt, daß die „Ungenauigkeit“ der Aussagen von Medellín „marxistischen Tendenzen“ in der Kirche Tor und Tür öffne.

Schon bald arbeitete man an einer Strategie gegen die Linksentwicklung der Kirche. In den USA schätzte man bald die lateinamerikanische Kirche als einen „Unsicherheitsfaktor“ ein. Die Rockefeller-Stiftung kam zu dem Ergebnis, daß sie sich zu einer Gefahr für die US-Interessen in Lateinamerika entwickle.

In den 70er Jahren begann dann eine breitangelegte Kampagne gegen die Theologie der Befreiung. Auch in der Bundesrepublik wurde 1973 ein Studienkreis „Kirche und Befreiung“ gegründet, den der deutsche Militärbischof und Beauftragte für das katholische Hilfswerk Adveniat, Franz Hengsbach, mit deutschen und lateinamerikanischen Gesinnungsfreunden ins Leben rief. Seine Position: „Die sogenannte Theologie der Befreiung führt ins Nichts. In ihrer Konsequenz liegt der Kommunismus. Revolution ist kein Weg zur Besserung der Verhältnisse.“⁴



E. Cardinals Demutsbezeugung vor dem Papst

Wie sich die konservativen Kreise des Lateinamerikanischen Episkopats und der Vatikan in der Folge darum bemühten, die „Einheit der Kirche“ wiederherzustellen, wurde 1979 deutlich.

Im Vorfeld der 3. Vollversammlung des Lateinamerikanischen Bischofsrats vom 28.1.-13.2.1979 in Puebla (Mexiko) kam es zu schweren Manipulationen. So wurde – unter Ausschluß der nationalen Bischofskonferenzen – ein Vorbereitungsdokument vorgelegt, das alle konkrete Parteinahme von Geistlichen für die

Sache des Volkes als Abweichung von den Medellín-Beschlüssen und als kommunistische Verschwörung gegen Kirche und Christentum diffamierte.⁵

Als treibende Kräfte hinter diesen Machenschaften nannte die mexikanische Zeitung Proceso vom 22. Januar 1979 General Munoz Duque, den Erzbischof von Bogotá, Alfonso Lopez Trujillo, den Erzbischof von Medellín und Roger Vekemans, ein belgischer Jesuit. Letzterer unterhält in Bogotá das Studienzentrum für Entwicklung und Integration Lateinamerikas (CEDIAL) und verfügt – wie ein Untersuchungsausschuß des US-Kongresses bestätigte – über enge Verbindungen zum CIA.

Das Credo Papst Pauls II.

Insbesondere nahm Trujillo Einfluß auf die Zusammensetzung der nationalen Delegationen und lud viele fortschrittliche Bischöfe erst gar nicht ein⁶, so daß die Teilnehmerstruktur nicht die realen Kräfteverhältnisse in der Kirche Lateinamerikas widerspiegelte.

Schließlich muß auch auf die finanzielle Abhängigkeit der Konferenz von der US-amerikanischen De-Rance-Foundation (Milwaukee), der Bischofskonferenz der USA und Adveniat hingewiesen werden.⁷

Wegen ihrer außerordentlichen Bedeutsamkeit reiste auch Papst Johannes Paul II. (Wojtyła) zu dieser Konferenz, um die Diskussionen „in die von Rom gewünschte Richtung zu lenken“ und „Korrekturen an der vor zehn Jahren in Medellín verkündeten Befreiungstheologie vorzunehmen“.⁸

Trotz alledem gelang es den konservativen Kräften in Puebla nicht, ihr Ziel zu erreichen. Zwar konnte das Schlußdokument aufgrund der Kräfteverhältnisse nur Kompromißcharakter haben, aber es bedeutete doch eine klare Zurückweisung des Vorbereitungsdokuments. Zumindest kam es zu keinem Rückschritt gegenüber Medellín, was angesichts der ungünstigen Ausgangsbedingungen dieser Konferenz als klarer Gewinn verbucht werden muß.⁹

Nach Puebla kam es zu einer völligen Wendung des Vatikans gegen die Theologie der Befreiung. Klar wie nie zuvor wurde das auf der Brasilienreise des Papstes vom Juli 1980.

Erstmals lehnte der Papst die kirchliche Anwendung der marxistischen Gesellschaftsanalyse explizit ab¹⁰, erstmals kristallisierte sich eine politische Strategie des Papstes für Lateinamerika heraus.

Zu den Attacken gegen die Befreiungstheologie gesellte sich der „Appell an die Reichen“, doch bitte endlich ein paar Reformen einzuleiten. Le Monde um-

schrieb die Politik des Papstes folgendermaßen: „Reform, aber ohne Gewalt... Reform, aber nicht Revolution. Oder genauer gesagt, Reform, um die Revolution zu verhindern.“¹¹

Daß es sich hierbei nicht nur um eine eigenständige Politik des Vatikan handelte, erhellt die Tatsache, daß Johannes Paul II. ganze 10 Tage vor seiner Brasilienreise den damaligen US-Präsidenten Carter und dessen Sicherheitsberater Brzezinski in Privataudienz empfangen hatte. Es ist naheliegend, daß der Papst mit ihnen das politische Konzept seiner Brasilienreise genau abstimmte.

Die Washington Post brachte diese Verbindungen des Papstes mit der US-Strategie so zum Ausdruck: „Das macht das Gewicht des päpstlichen Credos aus: friedlicher Wandel ist dringend notwendig. Der Papst hat seine eigenen ‚pastoralen‘ Gründe dafür, diese Position einzunehmen, aber es ist eine, die die USA und andere demokratische Länder aus guten eigenen Gründen leicht unterstützen können.“¹²

Als dann die Regierung Reagan an die Macht kam und der Sieg der Sandinistas zum revolutionären Funken für den ganzen Kontinent zu werden drohte, spitzte sich der Konflikt zu und konzentrierte sich auf Nikaragua.

In diesem Land unterstützte die überwiegende Mehrheit der Christen seit Beginn des Befreiungskampfes gegen die Somoza-Diktatur die Sandinistische Front der Nationalen Befreiung (FSLN). Es gab sogar Priester, die am bewaffneten Kampf teilnahmen. Christen waren voll integriert in den Befreiungskampf und christliche Basisgemeinden wurden zu Tragpfeilern des Widerstandes.

An dieser Tatsache hat sich – in der Hauptsache – auch nach der Machtübernahme durch die Sandinistas vom Juli 1979 nichts geändert. Vier Priester übernahmen sogar Ministerämter, 20 Priester arbeiten als Regierungsberater und die christlichen Basisgemeinden beteiligen sich aktiv am revolutionären Aufbau.

Es kommt daher nicht von ungefähr, daß sich im Zuge der gegen die nikaraguansische Revolution gerichteten imperialistischen Strategie der USA auch die Angriffe gegen die Theologie der Befreiung verschärften.

Dies fand seinen Niederschlag bereits im Mai 1980, als im sog. Santa-Fé-Papier (siehe AIB 1/1982, S. 24ff.), welches die Grundlinien der späteren Außenpolitik der Reagan-Administration hinsichtlich Lateinamerikas formulierte, die Befreiungstheologie aufs Korn genommen wurde. Unter anderem heißt es da:

„Die US-Außenpolitik muß damit beginnen, der Theologie der Befreiung ... zu begegnen (und nicht nur im Nachhinein zu reagieren). Die Rolle der Kirche in Lateinamerika ist entscheidend für den

Begriff politischer Freiheit. Leider haben die marxistisch-leninistischen Kräfte die Kirche als politische Waffe gegen den Privatbesitz und das kapitalistische Produktionssystem benutzt und die religiöse Gemeinde mit Ideen durchsetzt, die weniger christlich als kommunistisch sind."¹³

Die Möglichkeiten der Einflußnahme im Rahmen dieser Strategie in Nicaragua wurden begünstigt durch die wachsende Distanzierung der nikaraguanischen Bischöfe von der Revolution bis hin zu einer harten Konfrontationspolitik.¹⁴ Die Mehrheit des Episkopats identifiziert sich heute – nach anfänglicher Zustimmung zur Revolution (Hirtenbrief vom 17.11.1979) – praktisch mit der Position des Unternehmerdachverbandes COSEP und der bürgerlichen Parteien. Sie unterhält gute Verbindungen zu Washington und sucht derzeit ihre kirchliche Autorität einzusetzen, um den Revolutionsprozeß zu torpedieren. In diesem Sinne spielt sie den Interventionsgelüsten der USA in die Arme. Einen Höhepunkt erreichte die antisandinistische Kampagne der Bischöfe zwei-



Zusammen mit US-Außenminister G. Shultz

fellos mit ihrer Erklärung vom 29.8.1983, in der sie in klarer Form gegen die sandinistische Revolution Stellung bezogen und sie als „totalitäres System“ diffamierten.¹⁵

Aus einer Meldung der katholischen Nachrichtenagentur KNA vom 26.11.1983 schließlich geht hervor, daß der Erzbischof von Managua, Miguel Obando y Bravo, der die kirchliche Reaktion maßgeblich anführt, vor Unternehmern und Politikern auch das Recht auf Gewaltanwendung der „Contras“



„Gebt die Hoffnung nicht auf!“ (Karikatur: Plantu)

sanktionierte. Für ihn ist die derzeitige Regierung „...schlimmer als die frühere Diktatur, denn sie ist repressiver und gefährlicher...“¹⁶

Zum Kristallisationspunkt der Auseinandersetzungen, in die sich dann in zunehmendem Maße auch der Vatikan einmischte, aber wurde die Frage der politischen Tätigkeit von Priestern. Bereits am 1. Juni 1981 hatten die nikaraguanischen Bischöfe die Priester in der Regierung – unter ihnen Kulturminister Ernesto Cardenal und Außenminister Miguel d'Escoto – ultimativ aufgefordert, von ihren politischen Ämtern zurückzutreten, da sie sonst als Rebellen eingestuft würden.

Gelang es damals noch nach Gesprächen mit dem Vatikan einen Kompromiß zu erzielen (während die Priester in der Regierung sind, dürfen sie ihr kirchliches Amt nicht ausüben), so schwelte der Konflikt doch weiter.

Der Papstbesuch vom März 1983 in Nicaragua hatte denn auch vor allem die politische Tätigkeit von Priestern und Basiskirche im Visier.

Ähnliches war zu Zeiten der Somoza-Diktatur undenkbar: Nie wurde dieses volksfeindliche Regime vom Papst offiziell verurteilt. Keine Silbe verlautete über die Bombardierung der Bevölkerung durch die Nationalgarde. Im Gegenteil: Wojtyla brachte es fertig, ein halbes Jahr vor dem Sturz des Diktators noch einen Neffen Somozas zum Weihbischof von Managua zu ernennen – gegen den ausdrücklichen Widerstand des gesamten Episkopats.

Erst die Revolution der Sandinistas war dem Papst ein Dorn im Auge. Dabei muß erneut auf die enge Abstimmung der päpstlichen Politik mit den Zielsetzungen der USA, ja sogar ihre enge Einbettung in den strategischen Rahmen des Santa-Fé-Papiers, verwiesen werden.¹⁷ 9 Monate nach dem Papstbesuch in Nicaragua wurde ein Geheimpapier bekannt, dessen Inhalte das päpstliche Auftreten in Nicaragua leiteten.¹⁸

Das durch Indiskretion bekanntgewordene Papier beginnt mit der Feststellung: „Die sandinistische Regierung ist marxistisch-leninistisch. Sie widmet sich in unversöhnlicher Weise der Zerstörung der Kirche: sie ist ein Feind.“

Die Basiskirche wird dabei als ein Instrument der Regierung zur Kirchenspaltung beschrieben. Das Papier empfiehlt auf diesem Hintergrund, führende Mitglieder dieser politischen Richtung innerhalb der Kirche aus einflußreichen Stellungen zu entfernen und die Hierarchie – besonders den Erzbischof von Managua, Obando y Bravo – zu stärken.

Der Urheber dieses Papiers, das den Papst über den Bischof Lopez Trujillo erreichte, ist der Nicaraguaner Humberto Belli Peireira. Belli, der als enger Mitarbeiter Obando y Bravos federführend die Diffamierungskampagnen gegen die sandinistisch orientierten Christen leitete, setzte sich Mitte 1982 in die USA ab, von wo aus er seine Tätigkeit fortsetzt. Belli verfügt über gute Beziehungen zum

Solidaridad

monatlich 12 -16 Seiten Informationen aus und über **CHILE**.

Themen:

- politische und wirtschaftliche Probleme Chiles;
- Opposition und Gewerkschaften;
- Die Arbeit der Menschenrechtsorganisationen und der Kirche;
- ...

Solidaridad übersetzt Artikel aus vier oppositionellen Zeitschriften, die in Chile erscheinen.

Nur 20.--DM im Jahresabo (12,..DM ermäßigt)

Probexemplare anfordern!

Bestellungen an:

Solidaridad

Katholische Studentengemeinde

Frauenstr.3-7

4400 Münster

Pablo Richard

Was ist Theologie der Befreiung?

Pablo Richard ist einer der führenden Befreiungstheologen Lateinamerikas. Der heute 45jährige Chilene war bis zum faschistischen Putsch 1973 Professor an der Katholischen Universität von Santiago de Chile. Seit 1979 unterrichtet er in Kostarika. Er gehörte im Jahr 1972 zu den Gründern der Bewegung Christen für den Sozialismus. Im folgenden erläutert er Bedeutung und Selbstverständnis der Theologie der Befreiung.

(...) Die „Theologie der Befreiung“ ist weder eine marxistische Theologie, noch eine Alternative zum Marxismus. Es ist sehr schwierig, sie außerhalb des lateinamerikanischen Kontextes zu verstehen. Denn die „Theologie der Befreiung“ ist in einem spezifischen historischen Kontext entstanden; und dieser Kontext ist die Integration der Christen in den Kampf für Befreiung, und zwar in allen Formen dieses Kampfes.

Es geht nicht um eine „christliche Praxis“ oder um eine „christliche Volksbewegung“, sondern es gibt nur eine Volksbewegung, eine revolutionäre Praxis, in die die Christen integriert sind. Innerhalb dieser Praxis machen die Christen Erfahrungen, denken sie über ihren Glauben nach, teilen sie ihn mit und feiern ihn.

Ich möchte es so formulieren: Theologie der Befreiung ist die Reflexion von Christen in der Befreiungspraxis. Wenn Christen ihren Glauben im Befreiungsprozess leben und darüber reflektieren, so ist dies Befreiungstheologie. (...)

Was zählt, ist die Praxis

Für uns steht die Praxis an erster Stelle – und erst an zweiter Stelle kommt die Reflexion über die Praxis.

Und hier ist natürlich der Marxismus ein wichtiges Instrument, um diese Praxis zu verstehen – und daher kann auch die Theologie marxistisches Denken verwenden. Aber das ist erst der zweite Schritt. Das Wichtigste für die Theologie der Befreiung ist, daß der Glaube in der Praxis gelebt wird.

Daher kann Befreiungstheologie auch niemals Ersatz für Praxis sein, weil diese eine Vorbedingung für die Befreiungstheologie ist. Hier muß allerdings klar zwischen Praxis und Aktion unterschieden werden, denn Praxis ist mehr als Aktion. Praxis hat drei Dimensionen: eine theoretische, eine organisatorische und eine politische Dimension.

Die politische Dimension bedeutet, daß sie immer in Beziehung zu einer Klasse steht, zur Volksbewegung. Es ist nicht eine individuelle Praxis, sondern eine gesellschaftliche Praxis und diese hat auch ihre theoretische Dimension. (...)

Theologie der Befreiung ist keine revolutionäre Ideologie. Ihr Ziel ist es nicht, die revolutionäre Praxis zu rechtfertigen oder für Christen akzeptabel zu machen. Die revolutionäre Praxis hat ihren Sinn in sich selbst und sie rechtfertigt sich aus sich selbst heraus. Eine Revolution ist gut, wenn sie den Menschen Brot, Arbeit, Gesundheit usw. gibt.

Wenn wir in dieser Revolution unseren Glauben erfahren, so ist dies nicht eine Rechtfertigung. Denn wenn wir die Revolution von der Theologie her rechtfertigen, dann machen wir aus der Theologie eine Ideologie. Dann sind wir wieder bei der christlichen Ideologie, der christlichen Praxis, der christlichen Partei.

Es ist sehr wichtig, daß wir für die Revolu-

tion dieselbe Motivation haben wie andere Menschen auch. (...)

In Lateinamerika gibt es – historisch betrachtet – drei Phasen: das konservative Christentum, das soziale Christentum und das revolutionäre Christentum. Das soziale Christentum, das seinen politischen Ausdruck in Christdemokratischen Parteien gefunden hat, hat sicherlich zu einem Aufbrechen des konservativen Christentums geführt und hat soziale Werte in das theologische Denken eingebracht. Und es hat die Kirche gegenüber der Volksbewegung geöffnet, allerdings im Rahmen eines Bündnisses, das von den oberen Klassen dominiert wurde.

Dieses Projekt des Populismus – also der Zusammenarbeit eines Teils der nationalen Bourgeoisie, der Mittelschichten und der Volksbewegung unter bürgerlicher Hegemonie – ist seit den 60er Jahren gescheitert. Einerseits deswegen, weil der Oligarchie – also dem harten Kern der oberen Klassen – die Reformen zu weit gingen, und andererseits, weil die Volksbewegungen autonom wurden und sich der Führung durch die Bourgeoisie entzogen. Der Aufschwung der Volksbewegungen wurde allerdings von der Oligarchie durch die Errichtung von Militärdiktaturen brutal unterdrückt.

Die heutige Repression in Lateinamerika führt zu einer Krise des sozialen Christentums. Denn für ihr Projekt des Populismus gibt es keine Basis mehr. Die reformistische Kirche steht daher vor der Entscheidung, sich entweder wieder mit der Oligarchie zu verbünden – wie früher das konservative Christentum –, was aber aufgrund der Repression und der Menschenrechtsverletzungen schwer möglich ist, oder einen Schritt weiterzugehen und sich mit der Volksbewegung zu verbünden, wovor sie ebenfalls Angst hat.

Diese Situation, daß das soziale Christentum bzw. die reformistische Kirche vor einer Entscheidungssituation steht, sich aber nicht entscheiden will, bildet den eigentlichen Inhalt der Krise. Aber es ist keine Krise der Kirche, sondern nur eine Krise der reformistischen Kirche. Denn die Volkskirche wird zwar verfolgt, aber sie befindet sich in keiner Krise. In der Volkskirche gibt es heute eine Konzentration an Theologie – und auch an Märtyrern.

Allerdings ist die Volkskirche nicht automatisch entstanden. Es war notwendig, all diese Gemeinden aufzubauen, um es den Christen in den Volksbewegungen zu ermöglichen, ihren Glauben auszudrücken und weiterzugeben. Dies ist sehr wichtig, weil Glaube und Religion für die Mehrheit der Menschen in Lateinamerika zu ihrer Identität gehören. Ohne diese christliche Inspiration kann es daher keine wirklich breite Beteiligung in der Volksbewegung geben.

Wenn z.B. Linksparteien die neue Gesellschaft als eine Gesellschaft ohne Religion, ohne Gott präsentieren, so fürchten viele Menschen, daß sie in dieser Gesellschaft ihre Identität verlieren. Sie verstehen vielleicht,

daß der Sozialismus eine Lösung für ihre ökonomischen, politischen und kulturellen Probleme ist, aber er ist dann nicht ihre eigene Lösung. Natürlich kämpfen die Leute für ihre ökonomischen Interessen, aber sie wollen dabei nicht ihre Identität verlieren. Ähnliches gilt auch für die Indios. Wenn die Linken eine Gesellschaft vorschlagen, die alle Probleme löst, aber in der es keine indiane Identität gibt, werden die Indios nein sagen. Normalerweise waren in Zentralamerika die linken Gruppen atheistisch und weiß. Und deshalb haben die Christen und die Indios nicht an ihnen teilgenommen.

Die Sandinisten haben das geändert. Sie haben sich niemals als atheistisch dargestellt, sondern die Präsenz der Christen mit ihrer Inspiration und auch die Teilnahme der Indios anerkannt.

Natürlich will niemand in Nicaragua eine „christliche Revolution“. Die Revolution ist sandinistisch, aber es ist wichtig, daß die Christen innerhalb dieser Revolution ihren Glauben leben und ausdrücken können, daß sie als Christen voll an dieser Revolution teilnehmen können.



„Zwischen Christentum und Revolution gibt es keinen Widerspruch.“

In Nicaragua ist ein Modell des Sozialismus im Entstehen, in dem sich Frauen, Christen und Indios voll entfalten können – und daher hat Nicaragua auch einen so großen Einfluß in ganz Lateinamerika. Und genau aus diesem Grund ist Nicaragua für den Imperialismus so gefährlich.

Zu den Hauptinstrumenten des Imperialismus im Krieg gegen Nicaragua gehört es, Probleme zwischen Kirche und Revolution sowie zwischen Miskitos und Revolution zu schaffen, um dann sagen zu können, die Revolution ist gegen die Kirche und gegen die Indios. Die gesamte Konterrevolution arbeitet in dieser Richtung. Und in den USA gibt es eine Reihe von Institutionen, die Millionen Dollars für diese Zwecke ausgeben.

Das Hauptziel des Imperialismus besteht darin, die Beteiligung der Christen und der Indios an der Revolution zu verhindern, um damit die Revolution zu verhindern, um damit die Revolution vom Volk zu isolieren und die Beispielwirkung der Sandinisten für ganz Lateinamerika zu zerstören.

(Quelle: Kritisches Christentum, Wien, Februar 1984, S. 9-13)

Institut über Religion and Demokratie (IRD), einem „wichtigen institutionellen Arm der ideologischen Offensive der US-Rechten daheim und in Lateinamerika“¹⁹, das für die Neutralisierung des Einflusses der Befreiungstheologie operiert. Gleichzeitig organisiert Belli Propagandasendungen im honduranischen Sender der vom CIA finanzierten „Contras“.

Bei ihren Überfällen und Massakern unter der Bevölkerung verteilen sie Flugblätter mit dem Bild des Papstes: „Mit Gott und Vaterlandsliebe werden wir den Sandinokommunismus zerschlagen... Der Papst ist mit uns.“

Dreifaltigkeit Reagan, „Contras“ und Wojtyla

„Auf der gleichen ideologischen Linie“ – so kommentierte das Deutsche Allgemeine Sonntagsblatt – „liegt der offizielle Besuch des US-Vizepräsidenten George Bush bei Wojtyla anlässlich einer Visite von Mitgliedern des Nationalen Sicherheitsrats beim Heiligen Stuhl einige Tage vor der Abreise des Papstes nach Mittelamerika. Schon Anfang Oktober 1982 wurde dieses Orientierungsgespräch vorbereitet durch einen Besuch des ehemaligen stellvertretenden Direktors der CIA ... Vernon Walters beim Papst, dem Ende Oktober der erste schwere Angriff des Papstes auf Nicaragua folgte: das Rücktrittsultimatum für die fünf Priester im Staatsdienst. Walters hat Schlüsselfunktionen inne bei der Organisation der CIA-finanzierten Aktivitäten bewaffneter Gruppen an der nikaraguanischen Nordgrenze.“²⁰

Ganz offensichtlich wurde die Frage der politischen Tätigkeit von Priestern in Nicaragua zum Schwerpunkt einer Kampagne kreiert, an der auch die Reagan-Administration ein massives Interesse hat.

Im August 1984 forderten der Vatikan und das nikaraguanische Episkopat nach dem Regierungseintritt Fernando Cardenas die Priester erneut auf, von ihren politischen Ämtern zurückzutreten (siehe AIB 10/1984, S.11f.). „Nicht zuletzt auch deshalb, weil am 4. November dieses Jahres in Nicaragua Wahlen angesetzt sind“ – wie die Frankfurter Allgemeine am 13.8.1984 sinnigerweise bemerkte. Das ist zweifelsohne der ganz aktuelle Hintergrund, auf den sich die Kampagne – in traurem Gleichklang von Vatikan und USA – ausrichtet.

Darüber hinaus verfolgt die Kampagne wesentlich weitergehende Zielsetzungen, indem sie sich in die gesamte US-amerikanische Politik in der Region einreißt. Im Kern geht es darum, die sandinistische Revolution ihrer maßgeblichen christlichen Träger zu berauben und die

Christen Lateinamerikas gegen die Teilnahme an revolutionären Bewegungen zu immunisieren.

Auf diesem konkreten Hintergrund ist dann auch die Zitation Leonardo Boffs in den Vatikan zu verstehen.

Der Vatikan holt zu einem massiven Schlag gegen die gesamte Theologie der Befreiung aus.²¹ Daß es dabei nicht nur um Nicaragua geht, verdeutlicht die Vorladung des brasilianischen Befreiungstheologen ebenso wie die Anwesenheit des peruanischen Episkopats in Rom wenig später.²²

Der Prozeß gegen Boff gipfelte in der Veröffentlichung einer „Instruktion“ der katholischen Glaubenskongregation, in der allen marxistischen Strömungen in der Theologie der Befreiung unmißverständlich der Kampf angesagt wird.²³ Doch es gibt Lichtblicke, Feinheiten, die erweisen, daß die Bäume des Vatikan und Washingtons nicht in den Himmel wachsen, daß einem Vernichtungsschlag gegen die Theologie der Befreiung auch Grenzen gesetzt sind.

„Instruktion“ nicht nur gegen Boff

So mußte der Vatikan aufgrund der starken internationalen Diskussion des Prozesses gegen Boff bald Wesentliches abschwächen: Da verlautete dann etwa, Boff sei nur seines kritikbedürftigen Buches „Kirche – Charisma und Macht“ wegen zu einem „Dialog“ vorgeladen worden und die gleichzeitig ergangene Instruktion des Vatikan dürfte damit nicht in Zusammenhang gebracht werden. Es handele sich um ein „unglückliches Zusammentreffen“.²⁴

Auch die Tatsache, daß der Vatikan seine Erklärung in Form einer Instruktion und nicht einer verbindlichen päpstlichen Enzyklika verbreitete, verweist auf eine maßvollere Herangehensweise. Zu einem weichen Kurs des Vatikan führte schließlich auch die Unterstützung, die Boff im gesamten brasilianischen Episkopat erhielt. Der Protest vieler Christen aus aller Welt tat ein übriges.

Dies zeigt, daß trotz aller Angriffe immer mehr Christen, vor allem in Lateinamerika, bereit sind, für ihre Befreiung zu kämpfen. An dieser Macht wird künftig auch der Vatikan nicht vorbeigehen können, will er seine Massenbasis nicht verlieren.

Anmerkungen:

- 1) Zit. nach: Spiegel, Hamburg, Nr. 37, 10.9.1984, S.120
- 2) Zit. nach: ebenda, Nr. 38, 17.9.1984, S.156
- 3) Vgl. hierzu: M. Schuck, Theologie der Befreiung, in: Neue Stimme, Mainz, Nr. 12/1983, S. 19ff.
- 4) F. Hengsbach, zit. nach: Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 15.9.1984

Zur Kritik hieran siehe: Memorandum westdeutscher Theologen zur Kampagne gegen die Theologie der Befreiung, in: Neue Stimme, Nr. 12/1977, S. 21ff.

- 5) Zum Inhalt siehe: FAZ, 24.1.1979
- 6) Vgl. FAZ, 13.1.1979
- 7) Noticias Aliadas, Lima, Nr. 7, 15.2.1979
- 8) FAZ, 29.1.1979. Zu den Papstreden siehe: FAZ, 2.2.1979 und A. Krims, Wojtyla. Programm und Politik eines Papstes, Köln 1982, S. 60ff.
- 9) Zum Abschlußdokument von Puebla siehe: FAZ, 15.2.1979
- 10) Siehe: A. Krims, Wojtyla..., a.a.O. S.81
- 11) Le Monde (LM), Paris, 12.7.1980
- 12) Zit. nach: International Herald Tribune (IHT), Paris/Zürich, 9.7.1980
- 13) Geheimdokument des Komitees von Santa Fé. Eine neue interamerikanische Politik für die 80er Jahre, Hrsg. ASK, Frankfurt o.J., S.12
- 14) Zur Entwicklung dieses Konflikts siehe: Envio, Managua, Nr. 30, 1983, S. 12ff. und Nr. 38, August 1984, S. 30ff.
- 15) Das Dokument findet sich in: Neue Stimme, Nr. 1, 1984, S. 23ff.
- 16) FAZ, 31.7.1984
- 17) Auch die finanziellen Verflechtungen des Vatikanimperiums mit dem militärisch-industriellen Komplex der USA und seine Zugehörigkeit zur internationalen Finanzoligarchie spielen hier eine Rolle; siehe hierzu: A. Krims, Wojtyla..., a.a.O., S. 164f.; Deutsche Volkszeitung, Düsseldorf, 14.10.1982 und FAZ, 24.12.1982.
- 18) Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt, 25.12.1983
- 19) Siehe: ebenda
- 20) Siehe: ebenda
- 21) Siehe: FAZ, 15.8.1984
- 22) Vgl. FAZ, 27.9.1984
- 23) Siehe: FAZ, 4.9.1984
- 24) Siehe: Süddeutsche Zeitung, München, 6.9.1984 und FAZ, 7.9.1984

Bücher zum Thema:

LATEINAMERIKA



BÜCHERLISTE LATEINAMERIKA

Die Liste enthält ca. 450 politische und literarische Titel, die zum großen Teil besprochen sind:

- Sachbücher zur politischen und sozialen Lage in den einzelnen Ländern
- Länderübergreifende Themen
- Werke lateinamerikanischer Schriftsteller
- Auswahl allgemeiner 3.-Welt-Literatur
- Zeitschriften, Unterrichtseinheiten

Wir verschicken die Bücherliste gegen DM 2,50 in Briefmarken.

Der andere Umst
Buchladen

Zürcher Str. 197
5000 Kien 41
Tel. 0221-416325

Katowitzer Str. 41/43
5000 Kien 80
Tel. 0221-61 83 59

Gasse 80
5000 Kien 30
Tel. 0221-520578

Gespräch mit dem palästinensischen Dichter Mahmoud Darwish Beirut schrieb sein eigenes Epos

Mahmoud Darwish, geboren 1942 in Al Barwa/Galiläa, das israelische Truppen 1949 zerstörten, zählt zu den herausragenden Dichtern Palästinas und der arabischen Welt. 1958 veröffentlichte er zusammen mit Samih Al-Kassem in Israel die ersten palästinensischen Gedichte. Er schloß sich der Gruppe „Al Ard“ (Die Erde) an, die sich der Pflege des Nationalbewußtseins und der Heimatverbundenheit der Palästinenser im Exil und in Israel selbst verschrieb. In den 60er Jahren inhaftierten die israelischen Behörden den Dichter mehrfach. Sie verboten „Al Ard“ und stellten Darwish in Haifa unter Hausarrest. 1970 sah er sich gezwungen, ins libanesische Exil und schließlich 1982 nach Paris auszuweichen. Bis 1981 wirkte er als Direktor des Beirut Forschungszentrums, das die israelischen Invasoren 1982 zerstörten. Während der israelischen Belagerung Beiruts im Juli/August 1982 kämpfte Darwish in den Reihen der Verteidiger Westbeiruts. Danach verarbeitete er in seinem jüngsten großen Werk, der 40seitigen Ballade „Das Gedicht von Beirut“ (siehe Kasten) die Erfahrungswelt der eingeschlossenen PLO-Kämpfer und der zurückgebliebenen Palästinenser (der Massaker-Opfer von Sabra und Shatila).

Die Gedichte und Prosatexte Darwishes spiegeln vornehmlich seine Erfahrungen im „inneren Exil“ wider. Das wird deutlich in dem 1973 entstandenen Prosaband „Tagebuch der alltäglichen Traurigkeit“, dessen deutsche Übersetzung 1978 beim Verlag Olivenbaum erschienen ist, oder in dem Lyrik-Prosa-Band „Ein Liebender aus Palästina“, den der Verlag Volk und Welt herausbrachte. Mahmoud Darwish, der als seine Lieblingsautoren Nazim Hikmet (siehe AIB 6/1983), Wladimir Majakowski, Pablo Neruda und Garcia Lorca nennt, bekennt sich zum unbeugsamen Widerstand, zum Traum der Wiedererlangung der nationalen Rechte des palästinensischen Volkes und sei er noch so langwierig. Er verbindet – etwa in „Wenn dich die Freude trägt“ (siehe Kasten) – die Liebe zu seinem fremdbestimmten Land mit Zuversicht in den bewaffneten Widerstand.

Darwish bietet sich dar als ein Dichter aus Leidenschaft, dessen Tun sich aufs denkbar engste mit dem Aufruf an sein unterdrücktes, zerstreutes Volk zum Kampf um die nationale Unabhängigkeit verbindet: „Der Kampf“ – so betont er in „Die Heimat zwischen Erinnerung und Koffer“ – „ist die Antwort. Wenn du kämpfst, bekennt du dich zu deiner Identität. Die Heimat ist der Kampf zwischen Erinnerung und Koffer. Es gibt keine andere Lösung als den Kampf.“

Über die palästinensische Sache und Dichtung sprach mit Mahmoud Darwish der kolumbianische Schriftsteller Dasso Saldívar.

FRAGE: Welches Portrait könnte Mahmoud Darwish von Mahmoud Darwish in Bezug auf Palästina und dessen Schicksal zeichnen?

M. DARWISH: Stellen Sie mir eine Frage wie diese, und ich weiß nicht, wo ich anfangen soll.

Soviel kann ich sagen: Ich bin nur ein kleiner Tatbestand, ein Komma, wenn Sie wollen, in der Geschichte der Helden, die den Kampf um ihre Zukunft an allen Fronten fortsetzen. Ich wurde 1942 in einem kleinen Dorf in Galiläa geboren, demjenigen, in dem auch Jesus geboren wurde. Seither war es mir unmöglich, dieses Land von meinem Fleisch, die Erinnerungen von Träumen zu trennen. Ich habe oft das Gefühl, literarisch gesprochen, daß die Erde mein Körper und mein Körper diese Erde ist. Ich liebe dieses Land, in dem ich geboren wurde. Ich sehe keinen Unterschied zwischen meinem Fleisch und meinen Knochen und den Elementen, die dieses Land ausmachen: dies alles verkörpert den Geist Palästinas mit seiner ganzen Geschichte, in ihrer Mannigfaltigkeit und ihrem Reichtum. (...)

FRAGE: Es gibt eine zionistische Belagerung der Palästinenser und eine palästinensische Belagerung der Zionisten in Palästina. Wann wird letztere über erste triumphieren?

M. DARWISH: In der Tat, es gibt einen „Belagerungskrieg“, überall. Wie groß der zionistische Sieg im Moment auch sein mag, die Israelis leben, in historischen Kategorien gesehen, in einer belagerten Gesellschaft.

In der Vergangenheit waren die Palästinenser im jüdischen Bewußtsein wie ein Geist. Die Israelis, die flohen, um Sicherheit und Unabhängigkeit auf palästinensischem Territorium zu suchen, werden sich immer mehr dessen bewußt, was sie



Mahmoud Darwish Unser Lied (1967)

Wir werden unsere Lager verlassen
Wir werden unser Exil aufgeben
Wir werden unsere Hütten verlassen
Wir werden nicht mehr Scham empfinden
wenn der Feind uns beleidigt.

Wir werden nicht mehr erröten
Wir wissen, wie man mit einer Sichel umgeht
Wir wissen, wie wir uns verteidigen müssen
Wir, die wir unbewaffnet sind.
Wir wissen auch
Wie man moderne Fabriken baut
Häuser
Spitäler
Schulen
Bomben
Raketen
und wir können die schönsten Gedichte
schreiben.

getan haben. Sie lernen, daß der Palästinenser kein Phantom ist, sondern ein willensstarkes Individuum, das eine Bewegung ins Leben gerufen hat, um seine historische Identität wiederzugewinnen und einen unabhängigen Staat auf seinem eigenen Land zu errichten. Und wenn die Israelis an die fünf Kriege zurückdenken, die sie in weniger als 40 Jahren geführt haben, dann wissen sie, daß sie der Entwicklung von Erziehung und Kultur nicht die gleiche intellektuelle und materielle Anstrengung gewidmet haben, wie sie sie in die technische Weiterentwicklung ihrer gepanzerten Fahrzeuge gesteckt haben.

Denn die Israelis wissen, daß sie nicht an einem sicheren Ruheplatz leben, sondern in einer Festung. Ihre Talente galten militärischen Zwecken auf Kosten der Wissenschaft, der Kunst und der Kultur. All die Anstrengungen und die Fähigkeit, die einst die Juden in Europa auszeichnete, werden heute dazu benutzt, ein neues Sparta aufzubauen. Deshalb sage ich immer, daß die Israelis in einem Panzer geboren werden, aufwachsen und heiraten, essen und pissen. Über Jahre ist es den Israelis gelungen, sich selbst der Welt als verfolgte Individuen darzustellen und die Verantwortung bei Europa zu belassen, damit es den Preis zahlt für das, was die Nazis

ihren Großeltern angetan haben. (...) Aber heute hat ein großer Teil der internationalen Gemeinschaft Israels Taktik der Erpressung durchschaut, und das Land hat seine wichtigste Unterstützung verloren – menschliche Sympathie. Also, wer steht heute wirklich unter Belagerung?

FRAGE: Sie haben gesagt, daß die palästinensische Dichtung ihre Richtung nach dem Holocaust von Beirut ändern muß. Wie sehen Sie den Verlauf Ihrer eigenen Arbeit in Zukunft?

M. DARWISH: Während der Belagerung von Beirut schrieb ich ein Essay in Antwort auf jene, die mich darum baten, an dieser Schlacht als Dichter teilzunehmen.

Jedesmal wenn die Schießerei losgeht, fragt sich der Intellektuelle: Welche Rolle spiele ich jetzt? Die Frage stellte sich für viele von uns, die in Beirut waren. Ich sagte ihnen: „Wenn ihr uns hierher gebracht habt, um diese Frage zu beantworten, würden wir besser nach Hause gehen. Wenn einer von uns in der Lage ist, ein Gewehr zu tragen, laßt ihn an die Front gehen; wenn jemand anders Verwundete zu behandeln weiß, laßt ihn zum Krankenhaus gehen, und wenn ein anderer Essen und Trinken zu den Kämpfern bringen kann, soll er es tun.“ Das ist unsere Rolle in der Schlacht, unsere Rolle als Bürger und nicht als Schriftsteller und Intellektuelle. Der

Dichter hat keinen Platz unter den Explosionen, nur im allgemeinen Zusammenhang. Wenn wir nicht schon vorher eine Rolle zu spielen hatten, hätten wir heute keine und morgen auch nicht.

Vielleicht wird der Schriftsteller, Intellektuelle oder Dichter niemals eine literarische Rolle auf dem Schlachtfeld finden; und so muß er dort seine Rolle als Bürger im Dienste seines Volkes auf andere Art und Weise ausfüllen.

Ich persönlich konnte damals keine Dichtung schreiben. Stattdessen schrieb ich das Essay, von dem ich vorhin sprach, denn ich glaube, Beirut schrieb sein eigenes Gedicht. Beirut war das neue poetische Epos.

Mein Gedächtnis ist das Gedächtnis meines Volkes...

FRAGE: Wenn die palästinensische Sache gewonnen ist und das Volk seine Rechte und sein Land wiedergewonnen hat, in welcher Weise würde das Ihre Arbeit als Dichter berühren?

M. DARWISH: Ich „sympathisiere“ nicht mit der allgemeinen palästinensischen Sache, denn ich bin auch ein Opfer. Es gibt keinen Unterschied zwischen meinen persönlichen und sozialen Bestrebungen, und mein Gedächtnis ist das Gedächtnis meines Volkes.

Es ist meine tiefe Überzeugung, daß ich seine Sache in allen Einzelheiten teile; das bedeutet, daß ich mich nicht davor fürchte, sollte das Volk mich um „Pflicht“-Gedichte bitten, – Gedichte, die unter präzisen Umständen einem besonderen politischen Ziel dienen. Sie akzeptieren mich als schöpferischen Menschen auf der höchsten und allgemeinsten Ebene, der einzigen, auf der ein schöpferischer Mensch wirklich existieren kann. Auf diese Weise wissen sie, daß das, was ich schreibe, die Frucht ihrer eigenen Kultur ist.

Was die Zukunft meiner Dichtung angeht, so glaube ich nicht, daß ich nur Zeuge und Opfer in der Schlacht meines Volkes bin, sondern auch sein Geschichtspoet. Aber was wird nach der Lösung des palästinensischen Dramas geschehen?

Vielleicht werden die Wünsche wahr, die ich in das Gedicht „Nur ein Jahr“ legte: Meine Freunde werden aufhören zu sterben, ich könnte Frauen lieben, Städte besuchen und mich meines Lebens freuen. Aber ich würde immer noch mit derselben Intensität schreiben. Die größten Dichter waren niemals die tragischen, sondern jene, die die Freude im menschlichen Herzen ergreifen, den Triumph über den Tod. (...)

(Quelle: Afrique Asie, Paris, Nr. 318/1984, S. 57-60)

Mahmoud Darwish Gedicht von Beirut

Beirut nachts
keine Finsternis ist tiefer als diese
Nur meine Ermordung gibt mir Licht.
Klopfen sie die Müdigkeit aus dem Stein?
Schmieden sie ihre Waffen aus Psalmen?
ein Opfer
tötete
ein Opfer
und ich bekam seine Identität. (...)

Die Rollen im blutigen Theaterstück
sind durcheinander geraten:
es gibt keine Richter
außer den Ermordeten.
Die Hand des Mörders
vereinte sich mit der des Zeugen
und die Ermordeten
wurden ins Reich ihrer Mörder geführt.
So wurde Die Bestechung des Richters
Vollendet
und er wandte sein Gesicht
dem weinenden Mörder zu...
Sabra – ein schlafendes Mädchen.
Die Männer sind fortgegangen
und der Krieg schlief für zwei kurze Nächte
Beirut ergab sich und wurde Hauptstadt.
Eine lange Nacht
lauert den Träumen in Sabra auf
und Sabra schlief
Sabra – die Reste der Hand einer Leiche.
Hat sich von ihren Reitern
und ihrer Zeit verabschiedet
und sich dem Schläfe hingeeben
aus Müdigkeit und wegen der Araber
die sie hinter sich gelassen
Sabra kann nur ihr Schweigen kaufen und
Verkaufen
für ein paar Rosen, für den Zopf
und das Wissen die Soldaten
die aus Galiläa abreisten.
Sabra besingt ihre verlorene Hälfte:
Warum reist ihr ab und
laßt der eisernen Nacht eure Frauen?
Warum reist ihr ab?
Sabra bedeckt ihre nackte Brust
mit dem Abschiedslied
und zählt ihre Hände
aber verzählt sich
als sie den Arm nicht findet.
Wie oft werde ich abreisen?
und wie lange?
Und zu welchem Traum?
Und falls ihr eines Tages zurückkehrt –
zu welchem Exil
zu welchem Exil werdet ihr zurückkehren?
Sabra zerreißt ihre entblößte Brust
wie oft blüht die Blume?
wie oft wird die Revolution abreisen?
Sabra fürchtet die Nacht.
Sie legt die Nacht in ihren Schoß
und bedeckt sie mit der Schwärze ihrer
Augen
Sie weint.
um die Nacht abzulenken
Sie brachen auf
ohne etwas von Rückkehr zu sagen
sie welkten dahin
aber beugten sich nicht und
wendeten sich nicht ab
von der Glut der Rose.
Sie haben sich zurückgezogen
aber sie sind nicht
an den Ausgangspunkt
zurückgekehrt.
Das Leben?
wie Kinder, die vor einem Kuß
weggelaufen sind
Nein. Ich habe kein Exil –
um sagen zu können, ich hätte eine Heimat

Mahmoud Darwish Wenn Dich die Freude trägt (1973)

(...) Wie kann sich ein Eroberer so in das von ihm eroberte Land verlieben? Weder die Franzosen noch die Amerikaner haben Liebesgedichte über die Wälder Vietnams geschrieben. Sie starben dafür, aber ohne Liebe. Du fürchtest Dich vor der Idee, du hast Angst, daß dieses Beispiel zu einem Argument gegen dich wird. Aber Algerien rettet dich...

Oft haben sie dich gefragt:

Träumer, Träumer seid ihr, Araber...

– Träumer, Träumer seid ihr, Israelis.

– Warum?

– Weil ihr die Zeit nicht anerkennt.

– Was meinst du?

– Macht erzeugt nicht Recht, und wir sind stärker als die Zeit.

– Unser ist das Land, wir werden es verteidigen. Aber das Land ist unser, wir verteidigen es.

– Dann lassen wir die Kanonen sprechen.

– Das habt ihr bereits getan, wir noch nicht...

Palästina schwimmt nicht im Wasser, es schwimmt im Blut, im schon vergossenen und dem, das noch vergossen wird. Ist dies eine Neugeburt? So muß es sein. Die Freude muß uns stählen...

Der Widerstand beginnt. Und wenn die Freude noch einmal zu dir kommt, dann denke nicht daran, daß sie dich früher trug. Tauche in die Freude hinein und explodiere!

Geschmackloses Foto

Sie wissen, daß das Photo in AIB 9/1984 auf Seite 45 geschmacklos ist; die Funktion des Bildes für den Text auch nicht einsehbar ist. Zurschaustellung menschenunwürdiger Verhältnisse mittels Verletzung von Menschenwürde hat etwas Scheinheiliges!

E. Regina Rohs

Anmerkung der Redaktion: Wir möchten energisch widersprechen. Das hier beanstandete Foto zum Sex-Tourismus und Frauenhandel in Thailand hat für uns eine rein dokumentarische Funktion. Es ist genauso wie bei den begleitenden Fotos auf S.44 und 46. Nicht wir und die Autoren dieses Beitrages verletzen die Menschenwürde, enthüllen und belegen wir doch gerade diese menschenunwürdigen Praktiken und deren Duldung durch die Behörden/Regierungen der BRD und Thailands. Diese sind in Wahrheit die „Scheinheiligen“, da sie die Zuhälter bzw. Menschenhändler hier wie da nicht verfolgen und bestrafen, geschweige denn die Prostitution und den Frauenhandel verbieten.



Unsichere Quellen

In dem Artikel „Wende im Golfkrieg“ in AIB 9/1984 wird nicht richtig erklärt bzw. die falsche Vorstellung erweckt, als ob es im Irak Freiwillige gäbe, die an die Front gehen, oder daß die oppositionellen Kräfte Iraks unbedeutend und schwach seien.

Die Wahrheit ist aber anders. Die Studenten und Schüler im Irak und Irakisches Kurdistan haben im Mai dieses Jahres gerade gegen ihre Einbeziehung in die sog. „Volks“armee große Demonstrationen organisiert und den staatlichen Organen regelrechte Straßenschlachten geliefert. Das Regime hat sogar die Universi-

tät Haulers und einige andere Hochschulen geschlossen, da es nicht mehr in der Lage war, volle Kontrolle über die Studenten auszuüben.

Der Artikel deutet auch an, daß die Patriotische Union Kurdistan (PUK) mit 2.000 Partisanen, die größte oppositionelle Organisation war. „Die irakischen Truppen brauchen für den Transport auf einer Strecke im Nordirak, die sie früher in 2 Wochen bewältigten, heute nur noch 2 Tage.“ Mit früher ist die Zeit vor den Verhandlungen der PUK mit dem irakischen Regime gemeint. Einige Zeilen davor gibt der Autor allein die Zahl der „Volks“miliz des Irakischen Regimes mit 0,5 Mio und die Zahl der Kampfflugzeuge mit 330 an!

Wie kann aber eine solche kleine Organisation mit „2.000“ Partisanen eine so hochmodernisierte Armee 12 Tage aufhalten? Und alle anderen Parteien, wie die Kommunistische Partei Irak (IKP), die Demokratische Partei Kurdistan (DPK), die Sozialistische Partei Kurdistan-Irak (SPKI), halten die irakische Armee „nur“ für 2 Tage auf. Es ist ersichtlich, daß die Zahl der Partisanen zu klein gefaßt wurde, denn allein die SPKI, d.h. die kleinste kurdische Oppositionspartei, hat ca. 1.500 Partisanen.

Übrigens behauptet die irakische Regierung auch immer, daß die gegnerischen Parteien zahlenmäßig unbedeutend seien. Es ist deshalb besser für den Autor und vernünftiger, Zahlen aus sicheren Quellen heranzuziehen. Daß aber das irakische faschistische Regime ein gewisses Gleichgewicht wiederherstellen konnte, liegt einzig und allein daran, daß sie hochtechnisierte Waffen von saudiarabischen Geldern, von den imperialistischen Ländern und neuerdings wieder aus der Sowjetunion erhielt, und natürlich auch durch die unbeschränkte Hilfe der reaktionären Staaten wie Ägypten, Jordanien, Kuwait, usw.

So nannte der Auswärtige Ausschuß des US-Senats folgende Zahlen über die Bewaffnung der Kriegsgegner

	Iran	Irak
Panzer	1040	2600
Schützenpanzerwagen	800	3000
Kampfflugzeuge	90	400

K.Kamal, Marburg

Frauenhandel – ein Auftakt

Der Artikel über Sextourismus (AIB 9/1984) hat mir gut gefallen.

Überhaupt solltet Ihr öfter etwas über die Situation der Frauen berichten. Ich hoffe dieser Artikel war ein Auftakt dafür.

R. Götz, Hamburg

Anmerkung der Redaktion: Wir werden dieses Thema im nächsten Jahr verstärkt berücksichtigen. Dabei würden wir uns über die Mitarbeit von Leserinnen und Lesern freuen.

Anmerkung der Redaktion

Je kürzer ein Brief ist, umso größer ist die Chance, daß er auf dieser Seite veröffentlicht wird. Wir behalten uns gegebenenfalls Kürzungen vor.

Dokumentation zum Iran

„Menschenrechte in Iran“, eine Dokumentation des Iran-Solidaritätskomitees gibt einen umfassenden Überblick über die momentane politische Unterdrückung im Iran.

Anhand von Dokumenten der UNO und von Amnesty International sowie Aussagen von Gefolterten und Folterern wird die politische, religiöse und die Verfolgung nationaler Minderheiten dargestellt.

Dies umfaßt Berichte über Foltermethoden, Verhaftungen, Hinrichtungen, Scheinprozesse und die Lage in den Gefängnissen. Die Dokumentation schließt mit einer Analyse der Lage der Frauen, Arbeiter und Bauern sowie der Beziehungen des Iran zu westlichen Staaten und der Bundesrepublik.

Der zweite Teil der Broschüre (68 S., 4 DM) dokumentiert den Hungerstreik von über 200 Iranern, der vom 15.-23.3. 1984 in Köln und Bonn stattfand (siehe AIB 4/1984, S.57).

Um regelmäßig über die politische, wirtschaftliche und soziale Situation im Iran zu informieren, bringt das Iran-Solidaritätskomitee seit Juli d.J. zweimonatlich das Iran-Magazin heraus. (Einzelpreis 3 DM, Jahresabo 20 DM, Förderabo 40 DM). Bezug: Iran-Solidaritätskomitee, Lütticher Str. 14, 5000 Köln 1

Buchtips: Bluthandel, USA



Der Handel mit menschlichem Blutplasma ist ein Millionengeschäft. Nicht nur die großen karitativen Organisationen versorgen Krankenhäuser mit Blutkonserven, auch die Pharmakonzerne haben den neuen Markt entdeckt und seit gut 10 Jahren unter Kontrolle. Menschliches Blut aus Ländern der Dritten Welt, aus den Slums der USA, aber auch von Sozialhilfe- und BAFÖG-Empfängern hier in der Bundesrepublik, wird von Pharmaunternehmen gegen Geld „geerntet“ und zur gewinnversprechenden Ware.

Das Funktionieren dieses weltweiten Ausbeutungsprozesses ist Gegenstand des Buches G. Fätkenheuer u.a. (Hg.), Bluternte. Das Blut der Armen für die Wohlfahrt der Reichen, Rowohlt Taschenbuchverlag, Reinbek bei Hamburg 1984, 280 Seiten, 12,80 DM.

In Zusammenarbeit mit dem Bundeskongress entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO) recherchierten die Autoren über mehrere Jahre zum Thema „Internationaler Blutplasmahandel“. Ihre im Buch dargelegten Ergebnisse sind für die Pharmaindustrie und

unser Gesundheitswesen wenig schmeichelhaft.

Außergewöhnlich informativ und zugleich mitreißend geschrieben, ist der Bericht aus dem Innern der Weltmacht Nr. 1

Frederick Mayer, **Wahnsinn USA. Von einem der auszog, die Freiheit zu finden**, Weltkreis Verlag, Dortmund 1984, 215 Seiten, 12,80 DM.

Der Verfasser, 1921 in Frankfurt/M. als Sohn eines jüdischen Bankdirektors geboren, floh 1936 vor den antisemitischen Verfolgern in die USA. Er wirkte dort von 1944-46 als Professor an der Universität von Redlands/Kalifornien, verfaßte zahlreiche philosophische und pädagogische Bücher. Er war Sonderberater im „Zentrum für das Studium der demokratischen Institutionen“ in Santa Barbara, einer der einflußreichsten Denkfabriken der USA.

Als international renommierter Erziehungswissenschaftler kam F. Mayer mit hochkarätigen Unternehmern, Politikern, Militärs, Filmstars usw. der USA zusammen. Und dies verschaffte ihm noch tiefere Einblicke hinter die Kulissen der US-Gesellschaft. Er beschreibt denn auch mit großem Feingefühl den vielgepriesenen „American Way of Life“ als ein Modell der sozialen Verantwortungslosigkeit, der Verherrlichung des Jungseins, des Vorrechts der Stärkeren (Ellbogengesellschaft), der Gewalt, des Krieges und des religiösen Fanatismus. Er schildert Hollywood als „menschliche Wüste“, skizziert das System der Verdummung und zeichnet die Washingtoner Neuaufgabe des Kalten Krieges nach. F. Mayer verdeutlicht die akute Gefahr, die dem Weltfrieden vom „Wahnsinn USA“ droht, und wie man sich dagegen wehren kann.

Vietnamhilfe

„Ich kam mit großen Schmerzen, aber jetzt bin ich glücklich“, schrieb die 21jährige vietnamesische Medizinstudentin Kim Phuc in einem Aufruf an die humanitären Hilfsorganisationen der Bundesrepublik aus einer Spezialklinik in Oggersheim, aus der sie nach 6 Wochen am 23.8.1984 entlassen wurde. Zwei komplizierte Operationen hatten ihre durch Napalm-Verbrennungen an Kopf, Arm

und Rücken verursachten Leiden beendet.

12 Jahre ist es her, als am 8. Juni 1972 US-Jagdbomber ihr Heimatdorf Trang Bang nahe Saigon mit Napalmbomben angriffen. Nackt und schreiend vor Schmerz und Entsetzen floh das kleine Mädchen Kim Phuc zusammen mit anderen Kindern vor dem Feuer – ein Bild, das damals Millionen von Menschen erschütterte und Kim Phuc auf eine traurige Weise berühmt machte.

Während ihres Aufenthalts in der Bundesrepublik bat sie eindringlich darum, die vielen unbekannteren Napalmopfer in ihrer Heimat nicht zu vergessen, ihnen zu helfen, wie ihr geholfen wurde. Die Hilfsaktion Vietnam hat sich dieser Bitte um eine gemeinsame Hilfe verschiedener Organisationen angenommen und bittet um Spenden für die Errichtung einer „Klinik für die Napalmopfer“ in Ho-Chi-Minh-Stadt.

Hilfsaktion Vietnam e.V., Bismarckstr. 33, 4000 Düsseldorf I, Bank für Gemeinwirtschaft Düsseldorf (BLZ 300 101 11), Konto 1010250300 oder Postscheckamt Essen, Nr. 90040-430

Bundestreff-Studie zu Nahost

Eine ausgezeichnete Studie zur Rolle der Bundesrepublik Deutschland beim US-Aufmarsch gegen den Nahen Osten hat soeben das Bundestreffen der Palästina-, Libanon-, Nahostkomitees herausgebracht.

Die Autoren J. Lang, K.D. Fischer, A. Steffens und I. Lübken-Pistofidis arbeiten minutiös heraus, welchen Standort die BRD bei der Erweiterung des NATO-Einsatzgebietes in Richtung Ölregion einnimmt. Untersucht und ausgiebig belegt werden die Entfaltung der bundesdeutschen Waffenexporte und Wirtschaftsbeziehungen. Der Ausbau der BRD zur Transitstelle für die US-Interventionstruppen auf dem Weg zum Golf und der vereitelte „Probelauf“ der Bundeswehr im Libanon sind weitere Themen.

Die Broschüre ist nicht nur für Nahost-Interessenten ein Gewinn, sondern auch bestens für die Diskussion in und mit der Friedensbewegung geeignet. Umfang 28 S., Preis 1 DM zuzüglich Versandkosten. Bestellungen an: Solidaritätsshop Dritte Welt, Hamburger Allee 52, 6000 Frankfurt 90, Tel. 069-778863

Hilfe für Kinder in Not

Anläßlich des Weltkindertages am 20.9.1984 erinnerte terre des hommes in einem 8seitigen Informationsblatt daran, daß weltweit 150 Mio Kinder in allen Teilen der Welt bis zu 15 Stunden täglich arbeiten müssen, um so die kargen Lebensbedingungen ihrer Familien aufzubessern.

terre des hommes fordert die Bundesregierung auf, endlich die Empfehlung der Internationalen Arbeitsorganisationen (ILO) zu unterzeichnen, die praktische Ansätze – etwa im Sozialbereich – für den Kampf gegen die weltweite Kinderarbeit aufzeigt.

Ergänzt wird das Informationsblatt durch die Vorstellung von Projekten, in denen terre des hommes von Kolumbien bis Thailand Sozialprogramme, Bildungsprogramme sowie Rechtshilfe für Kindersklaven gegen ihre Ausbeuter organisiert.

Das Informationsblatt mit dem Titel „Verkaufte Kindheit“, sowie weitere Materialien zum Thema Kinderarbeit können bezogen werden bei: terre des hommes, Postfach 4126, 4500 Osnabrück.

Frauenhandel

Unter dem Motto „Die Prostitution: Überleben in Sklaverei“ fand in Wien der 28. Kongreß der Internationalen Föderation der Abolitionisten (FAI) statt. Am Kongreß der Sklavereigegner, der unter Schirmherrschaft des UN-Wirtschafts- und Sozialrates im September d.J. zusammenkam, nahmen 160 Delegierte aus 80 Ländern teil.

Die Kongreßinitiatorin Anima Basak hob in ihrer Ansprache hervor, es seien in erster Linie „Frauen aus der Dritten Welt, welche oft im Rahmen einer internationalen Mafia dem weltweiten Prostitutionsmarkt zugeführt werden“. Und in der Abschlusserklärung heißt es: „Durch die Vermarktung der Sexualität werden die ärmsten Frauen und Kinder zur Ware erniedrigt und ihrer Freiheit und Würde beraubt.“ (Siehe auch: AIB 9/1984, S. 44-46)

Europäische Experten unterstrichen den Zusammenhang zwischen Frauenhandel und Sextourismus, der seit der Mitte der 70er Jahre floriert und u.a. durch entsprechende Werbekampagnen entfaltet werde. Bevorzugt im Geschäft seien die Sexmärkte Thailand und Philippinen. FAI-Präsident Francois Pignier forderte von den zuständigen Regierungen energische Maßnahmen zur Bekämpfung von Sextourismus und Frauenhandel, darunter durch Bestrafung von Zuhältern, „Immobilien-Zuhältern“ und Agenten der Menschenhändlering.

Pignier drückte ferner sein Bedauern darüber aus, daß noch immer nicht alle Länder, darunter auch die Bundesrepublik Deutschland, die internationale Konvention der Vereinten Nationen von 1949 über die Bekämpfung der Prostitution und des Menschenhandels unterzeichnet hätten.

Der 2. Dezember, den die FAI künftig weltweit als Tag der Abschaffung der Sklaverei begehen will, sollte in der BRD zum Anlaß für Protestaktivitäten genommen werden, um der Regierung Kohl entsprechende Schritte abzuverlangen.



Kim Phuc: 1972 auf der Flucht vor einem US-Napalmangriff (l.) und heute

Hongkong



Vertragsabschluß nach britisch-chinesischen Verhandlungen

Am 26.9.1984 wurde in Peking eine gemeinsame Erklärung Chinas und Großbritanniens über die Zukunft der britischen Kronkolonie Hongkong unterzeichnet. Sie wird vor dem 30.6.1985, nachdem beide Seiten sie ratifiziert haben, in Kraft treten.

In der Erklärung wird festgestellt, daß China am 1.7.1997 – dem Tag an dem der britische Pachtvertrag ausläuft – wieder die Souveränität über das 5 Mio Einwohner zählende Hongkong ausüben wird.

China wird ein Sonderverwaltungsgebiet einrichten, das mit legislativer, exekutiver und unabhängiger Gerichtsgewalt ausgestattet ist. Der Zentralregierung in Peking obliegen die auswärtigen und Verteidigungsangelegenheiten.

Das kapitalistische System sowie die bestehenden politischen Rechte und Freiheiten sollen mindestens bis zum Jahr 2047 aufrechterhalten werden. Privateigentum, ausländische Investitionen und ein freier Kapitalfluß sind bis dahin geschützt.

Hongkong wird den Status eines Freihafens und eines separaten Zollgebiets erhalten. Die Bürger Hongkongs sind ausnahmslos chinesische Staatsbürger, auch wenn sie über einen britischen Paß für Bürger von abhängigen Territorien (BDTC) verfügen. Großbritannien versagt den 2 Mio Inhabern eines BDTC-Passes, sich in Großbritannien niederzulassen.

China – BRD

Bonn und Peking werden ihre politische Zusammenarbeit ausbauen und den Handel durch neue chinesische Großaufträge an die bundesdeutsche Industrie erweitern.

Mit diesem Ergebnis endete der sechstägige Besuch von Bundeskanzler Kohl Anfang Oktober d.J. in der VR China. Kurz nach Kohls Abflug wurde in Schanghai bekannt, daß die VR China für 1,3 Mrd DM ein Stahlwalzwerk bei bundesdeutschen Firmen kaufen will. Auch beim Bau von Kernkraftwerken erwägt die VR China eine Zusammenarbeit mit Unternehmen aus der Bundesrepublik.

Bereits während des Kohl-Besuchs in Peking war ein Vertrag über die Gründung eines bundesdeutsch-chinesischen Gemeinschaftsunternehmens zum Bau von Personenwagen des

VW-Typs „Santana“ unterzeichnet worden. Ferner wurden ein Notenwechsel über sechs Abkommen zur Entwicklung der Forstwirtschaft und Tierzucht sowie eine Vereinbarung zum Ausbau der chinesischen Binnenschifffahrt unterschrieben.

Weiterhin führte Bundeskanzler Kohl eine Reihe von Spitzengesprächen, die ihn u.a. mit Staatspräsident Li Xiannian, Ministerpräsident Zhao Ziyang, KP-Generalsekretär Hu Yaobang und Chinas „starkem Mann“ Den Xiaoping zusammenführten. Neben der Erörterung über den weiteren Ausbau der politischen Zusammenarbeit wurde dabei vor allem der übereinstimmende Standpunkt Bonns und Pekings in der Afghanistan- und Kampuchea-Frage unterstrichen.

Im Anschluß an seine China-Reise besuchte Helmut Kohl am 13./14. Oktober d.J. Pakistan. In Gesprächen mit dem pakistanischen Diktator Zia ul-Haq versprach Kohl u.a., 160 Mio DM bundesdeutscher Steuergelder zur Unterstützung afghanischer Rebellen lockerzumachen.

Indien

Mit einer politischen Niederlage für die indische Zentralregierung von Ministerpräsidentin I. Gandhi und der von ihr geführten Kongreß-Partei hat der Machtkampf im südindischen Unionsstaat Andhra Pradesh am 16. September d.J. ein vorläufiges Ende gefunden.

Der neue Gouverneur des Unionsstaates, Sharma, beauftragte den am 16. August d.J. von seinem inzwischen zurückgetretenen Amtsvorgänger Ram Lal entlassenen Ex-Ministerpräsidenten Rama Rao wieder mit der Regierungsbildung und vereidigte dessen neunköpfiges Kabinett noch am selben Tag. Gleichzeitig gab er Rao einen Monat Zeit, um den Beweis anzutreten, daß er und seine Telugu-Desam-Partei im Landesparlament über eine regierungsfähige Mehrheit verfügen.

Dem nach der Amtsenthebung Rama Raos eingesetzten Ministerpräsidenten Bhaskara Rao, der von der Kongreß-Partei unterstützt wurde, war es trotz wiederholter Bemühungen nicht gelungen, eine Mehrheit im Parlament des Unionsstaates zu erlangen.

Türkei

Mitte August d.J. begann mit einem großen Angebot der türkischen Armee, unterstützt von Hubschraubern sowie durch ein 4.000 Mann starkes Sonderkommando, eine weiträumig angelegte Militäroperation gegen die kurdische Guerilla. Anlaß für diese Aktion, war ein Wiederaufflammen bewaffneter kurdischer Aktionen.

Am 20. Oktober d.J. drangen die türkischen Truppen auf irakisches Territorium vor. Am 17.10.1984 hatte Ankara bekannt gegeben, der Irak habe zugestimmt, daß türkische Soldaten bis zu 30 km auf irakisches Gebiet vordringen könnten. Die Türkei strebt ein ähnliches Abkommen zur Bekämpfung der kurdischen Aufständischen mit dem Iran an.

Hauptopfer der Armeeooffensive ist die kurdische Zivilbevölkerung. Viele Menschen werden unter dem Vorwand, die Guerilla zu unterstützen, verhaftet oder umgebracht. Im Dorf Segrik soll die Armee ein Sammellager für zahlreiche der über 500 Verhafteten eingerichtet haben. Bei Bombardements der Dörfer Pertavi, Genzag, Zorova und anderer wurden viele Menschen, vorwiegend Kinder, getötet.

Zeitgleich mit diesen Massakern wird in Ankara 56 von 1.386 Bürgern, die in einer an den Staats- und Parlamentspräsidenten gerichteten Bittschrift zur Rückkehr zur Demokratie aufriefen, der Prozeß gemacht. Ihnen wird zur Last gelegt, gegen das Verbot politischer Deklarationen verstoßen zu haben.

Grenada

Ein Jahr nach der US-Invasion auf Grenada (25.10.1983) sollen am 3. Dezember d.J. Parlamentswahlen stattfinden.

Zur Wahl stellen sich einmal der frühere, 1979 gestürzte Diktator Eric Gairy mit seiner Vereinigten Partei der Arbeit (GULP) sowie der ehemalige Premierminister Herbert Blaize mit seiner konservativen, auf US-Wunsch gegründeten 3-Parteienkoalition Neue Nationale Partei.

Auf der Linken stellt sich die Patriotische Bewegung Maurice Bishop (MBPM) unter Führung von Kenrick Radix, des ehemaligen Justizministers der Revolutionären Volksregierung, zur Wahl. Die MBPM wurde am 27.5.1984, dem 40. Geburtstag Maurice Bishops, gegründet. Sie fordert in ihrer Wahlplattform den Abzug aller Besatzungstruppen, die die Unabhängigkeit der Insel gefährden.

Angesichts der wirtschaftlichen und sozialen Krise im Land – Anstieg der Arbeitslosigkeit von 14% auf 30%, Stopp aller Sozial- und Bildungsprogramme der Regierung unter Maurice Bishop – fordert die MBPM sofortige wirtschaftliche Kurskorrekturen. Vor allem müsse dem Ausverkauf grenadischer Firmen an die USA dringend Einhalt geboten werden.

Zunehmend Sorge bereitet der MBPM auch, daß die USA wirklich freie Wahlen zu verhindern suchen.

**Adressenänderungen
bitte rechtzeitig
bekanntgeben!**

Weltbank/IMF

Ende September d.J. fanden in Washington die Jahrestagungen der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds (IMF) statt.

Wichtigstes Ergebnis der Weltbank-Tagung war die Verabschiedung eines Aktionsprogramms zur Linderung der Armut in den afrikanischen Staaten der Subsaharazone. Gefördert werden soll vor allem die Landwirtschaft in diesen Gebieten.

Auf der IMF-Tagung wurden die Forderungen der Entwicklungsländer nach Zuteilung neuer Sonderziehungsrechte von den USA, der Bundesrepublik, Großbritannien und Japan abgelehnt.

Der vor 3 Jahren geschaffene und bis 1984 befristete „Erweiterte Zugang“ zu Kreditmöglichkeiten für Entwicklungsländer mit besonderen Schulden- und Zahlungsproblemen wurde um 1 Jahr verlängert. Allerdings wurde der Umfang der zusätzlichen Kredite auf Betreiben der USA eingeschränkt.

Auch bezüglich einer gesonderten Schuldenkonferenz konnten die USA ihre Vorstellungen durchsetzen. Die Industriestaaten wollen zwar im April 1985 im Rahmen des IMF mit den Entwicklungsländern einen Dialog über Wirtschafts-, Handels- und Finanzprobleme aufnehmen. Dies bedeutet jedoch nicht, daß die bisher eingeschlagene Strategie, bei Zahlungsschwierigkeiten Lösungen von Fall zu Fall zu suchen, zugunsten einer globalen Lösung des Schuldenproblems aufgegeben werden soll.

Der Bundesregierung, die die Politik des IMF vorbehaltlos unterstützt, warfen SPD und Grüne am 3.10.1984 im Bundestag vor, nicht genügend für die Entschärfung des Schuldenproblems getan zu haben. Stattdessen betreibt sie zusammen mit den anderen westlichen Industrienationen einen „finanzpolitischen Kolonialismus“ (Marieluise Beck-Oberndorf) gegenüber der Dritten Welt.

Marokko

Bei den marokkanischen Parlamentswahlen vom 14.9.1984 konnten sich erneut die Rechtsparteien durchsetzen.

Auf die Konstitutionelle Union (UC), die Nationale Versammlung der Unabhängigen (RNI) und die Nationaldemokratische Partei (PND) entfielen zusammen 108 von 204 Direktmandaten. Die Sozialistische Union der Volkskräfte (USFP) konnte trotz Stimmenverlusten ihre Sitzzahl gegenüber 1977 mit 34 Mandaten mehr als verdoppeln.

Auf die kommunistische Partei des Fortschritts und des Sozialismus entfielen 2 (vorher 1) und auf die neue Linkspartei Organisation der Demokratischen und Volksaktion (OADP) 1 Sitz. Die Isti-qaal-Partei (PI) erhielt 23, die Volksbewegung (MP) 31 Mandate.

Die Wahlen ändern jedoch wenig an der Allmacht König Hassans II. und geben zudem ein verzerrtes Bild des Wählerwillens wieder. Parteien, die die Besetzung der Westsahara ablehnen, sind illegal, 2.000 Oppositionelle schmachten in den Gefängnissen. Wie bei vorherigen Wahlen kam es auch diesmal zu massiven Wahlfälschungen. Das politische Spektrum des Parlaments wurde zudem durch die Wahl von weiteren 102 Abgeordneten durch die Kommunalparlamente am 2.10.1984 nach rechts verschoben.

Ägypten – Jordanien

Am 30. September d.J. machte Ägyptens Präsident Hosni Mubarak Preiserhöhungen für Grundnahrungsmittel (Brot, Zucker, Speiseöl usw.) wieder rückgängig, nachdem es zu Arbeiterunruhen in Kafr el-Dauar, einem Industrievorort von Alexandria, gekommen war.

Kurz zuvor, am 25.9.1984, hatte Mubarak einen außenpolitischen Erfolg verbucht, als Jordaniens König Hussein die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zu Ägypten bekannt gab. Dem war im Dezember 1983 ein jordanisch-ägyptisches Handelsprotokoll vorausgegangen, das den wirtschaftlichen Boykott Jordaniens gegenüber Ägypten beendet hatte. Die Beziehungen zwischen Kairo und Amman waren im März 1979 unterbrochen worden, nachdem der Arabische Gipfel von Bagdad wegen des Separatfriedens Sadats von Camp David/Washington zum Boykott Ägyptens aufgefordert hatte. Damals waren nur drei Mitglieder der Arabischen Liga, der Oman, Sudan und Somalia, dem Sanktionsbeschluß nicht gefolgt. Jordanien stellte nun als erster Boykottstaat die Beziehungen wieder her.



Bei einem anschließenden Staatsbesuch Mubarak in Amman am 9.10.1984 war die Rede von einer gemeinsamen Strategie zur Lösung der Palästinafrage. Dies erfordere – so Mubarak – weder eine jordanische Anerkennung von Camp David noch eine Wiederbelebung des Reaganplans vom September 1982. Vielmehr unterstützten beide Seiten die Idee, eine internationale Nahost-Friedenskonferenz unter UN-Schirmherrschaft (siehe AIB 9/1984, S.50) einzuberufen.

Moçambique

Am 3.10.1984 schlossen die moçambikanische FRELIMO-Regierung und die konterrevolutionäre Bewegung Nationaler Widerstand Moçambiques (RNM) in Pretoria ihre erste Übereinkunft zur Beendigung des Krieges in Moçambique.

Das 4-Punkte-Abkommen beinhaltet die Anerkennung Samora Machel als Präsidenten des Landes, die Notwendigkeit der Beendigung des Krieges, die Bitte an Südafrika zur Durchsetzung des Abkommens beizutragen und den Auftrag zur Bildung einer gemeinsamen Verhandlungskommission.

Beide Seiten stellten aber sofort klar, daß dies weder ein Waffenstillstandsabkommen noch ein Friedensvertrag darstelle. Auch werde die Stationierung südafrikanischer Truppen auf moçambikanischem Territorium zur Sicherung wichtiger Anlagen wie des Cabora-Bassa-Staudamms nicht gestattet.

Zweifellos gelang Südafrikas Premierminister P.W. Botha mit seinem Auftreten als Vermittler zwischen der moçambikanischen Regierung und dem RNM ein publizistischer Coup, der über die materielle und politische Unterstützung des RNM-Terrors hinwegtäuschen soll. So gehen die Kämpfe in Moçambique mit wachsender Härte weiter, während in Pretoria über die Modalitäten eines Waffenstillstands verhandelt wird.

Uganda

5 Jahre nach dem Sturz des Amin-Regimes ist in Uganda noch immer kein Ende des Terrors abzusehen. Vielmehr verdichten sich die Anzeichen dafür, daß das Militär auch unter der zivilen Regierung Obote die Vernichtung von Menschenleben in großem Stil betreibt.

Hintergrund der Geschehnisse ist die nach wie vor ungelöste „Stammesfrage“ (Auseinandersetzungen zwischen den Baganda im Südosten und vorwiegend nilonamitischen Stämmen im Norden; siehe AIB 3/1981, S. 34f.). Der Konflikt wird zudem durch wirtschaftliche Probleme verschärft, insbesondere durch die Unfähigkeit der Regierung, geeignete Schritte zur Lösung des Hungerproblems einzuleiten.

Die Betroffenheit der Bevölkerung schlägt sich u.a. in einem wachsenden Zulauf zu Rebellenarmeen nieder, von denen zur Zeit sechs im Land operieren. Die einflußreichste Guerillaorganisation ist die Nationale Widerstandsarmee (NRA) des ehemaligen Verteidigungsministers Yoweri Museveni, die das „Luwero-Dreieck“ – wichtiges Anbaugbiet des Hauptexportprodukts Kaffee – fast vollständig kontrolliert. Da die Armee der Guerilla bislang militärisch nicht beikommen konnte, hält sie sich an der Bevölkerung schadlos. Internationale Beobachter sprechen von bis zu 200.000 Toten seit Obotes Regierungsantritt.

Ungeachtet dieser Menschenrechtsverletzungen halten Bonn, London und Washington an ihrer wirtschaftlich-militärischen Unterstützung fest.

Entdeckung eines Massengraves in Uganda



Für's AIB werben lohnt sich!

Warum Bücher kaufen, wenn sie als Geschenk ins Haus kommen?
Für AIB-Abonnenten halten wir jeweils aktuelle Buchtitel als Geschenk bereit. Bücher, die für Dritte-Welt-Interessierte unentbehrlich sind. Unser Angebot wird alle zwei bis drei Monate aktualisiert.

Jeder AIB-Leser kann in den Genuß unseres Buchgeschenks kommen, wenn er

- das AIB bereits selbst abonniert hat,
- einen neuen Abonnenten für unsere Zeitschrift wirbt, und
- der neue Abonnent das Jahresabo bezahlt bzw. uns auf der Bestellkarte (siehe Heftmitte) eine Abbuchungsvollmacht erteilt hat.



Weitere Buchprämien sind aus unserem Gesamtverzeichnis zu entnehmen. Gesamtverzeichnis anfordern bei:
AIB, Liebigstraße 46, 3550 Marburg 1

Unser aktuelles Buchgeschenk



Espresso-Kaffee aus Angola

Tee aus Mozambique

WEIHNACHTSSONDERANGEBOT

Tee aus Mozambique
5 Päckchen à 250 g
nur 40,- DM und versandkostenfrei

A 4913 40,- DM

250 g Tee aus Mozambique

A 4912 8,50 DM

100 g Tee aus Mozambique

A 4911 3,50 DM

Espresso-Kaffee aus Angola
2,5 Pfund - gemahlen
vakuum-verpackt à 250 g
nur 35,- DM und versandkostenfrei

A 2902 35,- DM

250 g Espresso-Kaffee

A 2901 7,50 DM



**VERTEIDIGT DIE
SANDINISTISCHE
REVOLUTION !**

WEIHNACHTSSONDERANGEBOT

Nicaragua - Kaffee
3 Pfund, gemahlen, vakuum-verpackt
à 500 g, nur 35,- DM und versandkostenfrei

B 3902 35,- DM

1 Pfund Nicaragua-Kaffee

B 3901 13,- DM

250 g Nicaragua-Kaffee

B 3911 6,50 DM

Peter Roth, Maria Müller, Hanna Perawalla

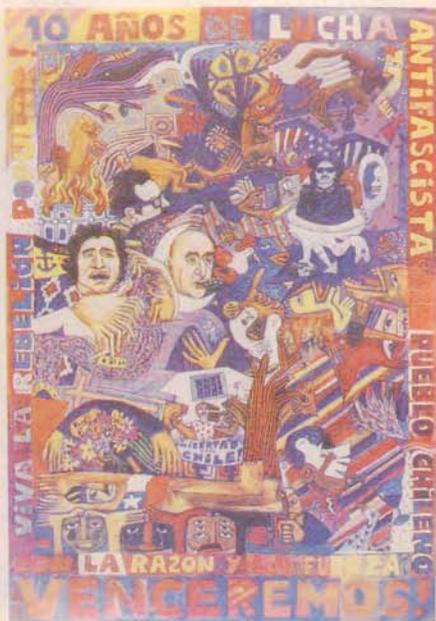
**Chilenische
Küche**



KOCHBUCH "Chilenische
Küche", 60 Rezepte, zahl-
reiche Abb. und Neruda-
Gedichte, 84 Sn.(s.Abb)
B 1202 6,80 DM

Den Aufbau unterstützen ...

... Kaffee aus Nicaragua trinken !



¡Nicaragua libre!



15 Plakate aus dem freien Nicaragua

PLAKATMAPPE "Nicaragua libre" mit 15 Plakaten aus dem freien Nicaragua, DIN A 3, alle Plakate mehrfarbig (s. Abb. oben)
B 3501 SONDERPREIS 12,- DM

POSTER des chilenischen Malers Cesar O'Higgins, mit spanischen Text: "10 Jahre antifaschistischer Kampf des chilenischen Volkes"
DIN A 1, Mehrfarbdruck auf Kunstdruckpapier (s. Abb. oben links)
D 1508 10,- DM

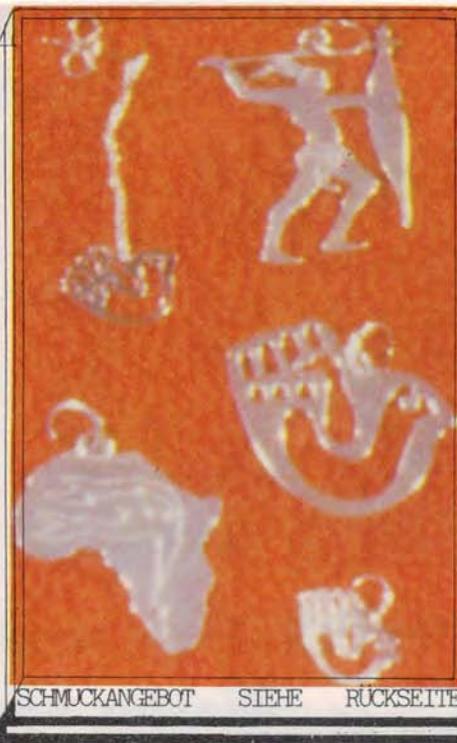
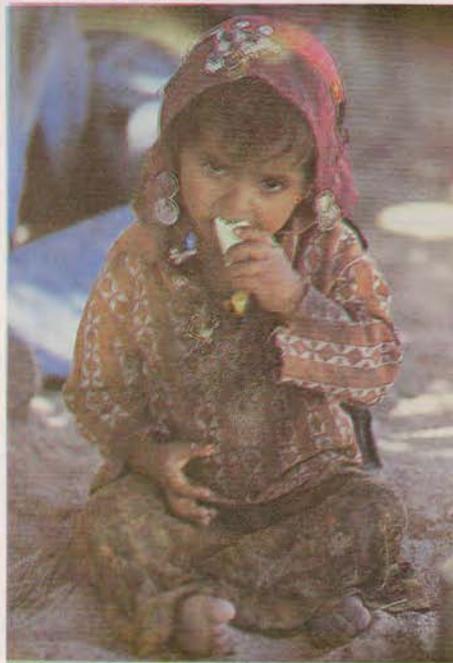
POSTER "Nelson Mandela", Graphik von Harbut Schröter, DIN A 2
Mehrfarbdruck auf Kunstdruckpapier (s. Abb. unten rechts)
A 1509 6,- DM

POSTER "Solidarität mit den palästinensischen Gefangenen", Gemälde von Sulaim Mansour, DIN A 1, Mehrfarbdruck auf Kunstdruckpapier (s. Abb. oben rechts)
D 1509 10,- DM



Postkarten der internationalen Solidarität

Für die Feiertage und den Jahreswechsel



SCHMUCKANGEBOT SIEHE RÜCKSEITE

Schmuck

Anhänger, ASK-Taube
silber F 0701 16,- DM
(s. Abb. Nr.1 auf der Rückseite)
gold F 0714 78,- DM

Anhänger, ASK-Minitaube
silber F 0702 10,- DM
(s. Abb. Nr. 2 auf der Rückseite)
gold F 0715 26,- DM

Kettchen

silber 49 cm F 0703 9,- DM
silber 55 cm F 0704 10,50 DM
gold 38 cm F 0717 32,- DM
gold 42 cm F 0716 34,- DM

Anstecker, ASK-Taube
silber F 0705 29,- DM

Ohrstecker, ASK-Taube
silber einzeln F 0709 14,- DM
silber Paar F 0708 25,- DM

Ohrhänger, ASK Taube
am Bügel, silber
einzeln F 0713 17,- DM
Paar F 0712 32,- DM

Ornhänger, ASK Taube
Stecker mit Kettchen
silber(s.Abb.3,Rücks.)
einzeln F 0711 20,- DM
Paar F 7010 37,- DM

Anhänger, ASK Taube
aus Ton
blau F 0706 6,50 DM
braun F 0707 6,50 DM

Anhänger, chilenische
Friedenstaube aus
Achat
B 0701 5,- DM

Anhänger
Symbol der SWAPO
silber(s.Abb.4,Rücks.)
A 3701 18,- DM

Anhänger
Symbol des ANC
silber(Abb.5,Rücks)
A 1707 18,- DM



Anhänger aus salva-
dorianischen
Copinol-Kernen mit
typisch salvadoria-
nischen Motiven in
leuchtenden Farben,
von Anhängern der
FMLN bearbeitet und
bemalt (s. Abb. o.)
B 2701 10,- DM



GRAPHIKMAPPE des salva-
dorianischen Künstlers
Rafael Cabrera
5 Blätter, dazu je ein
Blatt mit Gedichten von
Neruda, Cardenal, Vega,
DIN A 1-Überformat,s/w,
(s. Abb. oben)
B 2504 10,- DM

Solidaritätsshop Dritte Welt

Produktions · Verlags · Vertriebs GmbH
Hamburger Allee 52 · 6000 Frankfurt/M. 90



GESCHENK- BASAR

